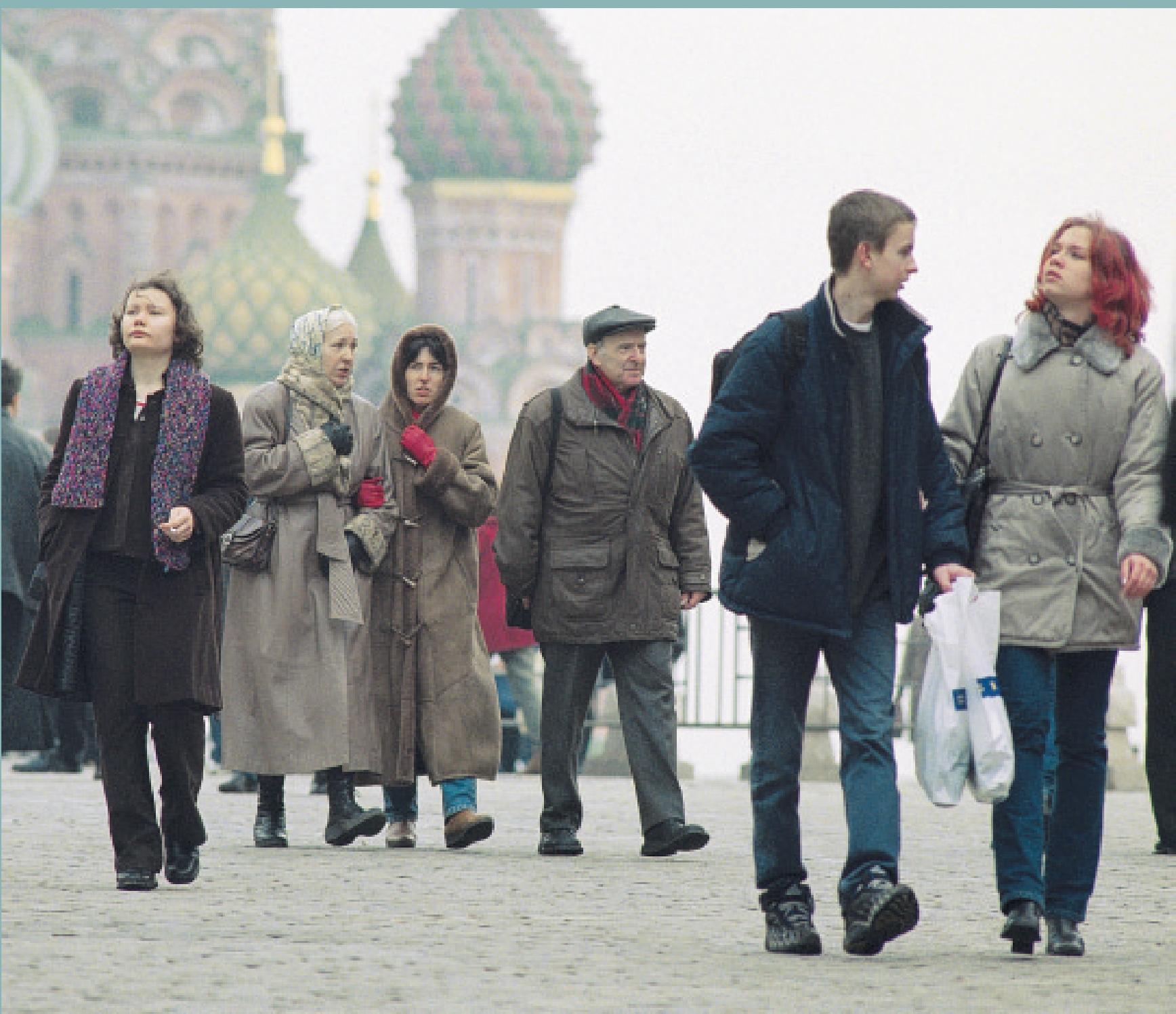


Jahresbericht 2000



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung





Einsatzländer

Stand: 31. Januar 2001

Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakische Republik, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Ungarn, Weißrussland



Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) nahm 1991 ihre Geschäftstätigkeit auf. Sie hat das Mandat, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und private und unternehmerische Initiativen in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen.



Unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Länder in unterschiedlichen Transformationsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 27 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorbezogener wirtschaftlicher Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt. Die gesamte Geschäftstätigkeit der Bank ist von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit bestimmt.



Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, dass sie Kofinanzierungen und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen und anderen internationalen und nationalen Organisationen zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine im Hinblick auf die Umwelt verantwortungsbewusste und nachhaltige Entwicklung.

Eckdaten 2000

Für die Einsatzländer der EBWE brachte das Jahr 2000 eine Erholung der Investitionstätigkeit und eine Konsolidierung der Produktion mit sich, und in der Region war ein positives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Indem die Bank zum Erfolg dieser Länder beitrug, konnte sie ihre Zusagen in der Region erheblich vermehren und ihre Rückkehr in die Gewinnzone konsolidieren.

Die EBWE investierte weiterhin in Projekte, die den Übergang zur Marktwirtschaft fördern, und mobilisierte zur Unterstützung dieser Aktivitäten beträchtliche einheimische und ausländische Investitionen. Im Herbst begann die EBWE mit einer Überprüfung ihrer Kapitalressourcen. Sie untersuchte ebenfalls die Auswirkung ihrer Tätigkeit auf den Transformationsprozess. Dabei bestätigte sich, dass die Bank sich in einer guten Lage befindet, auf den erfolgreichen Erfahrungen in der Region aufzubauen.

Die Geschäftsziele für das Jahr wurden im allgemeinen übertroffen, und die revidierten mittelfristigen Schwerpunkte der Geschäftspolitik (*Den Transformationsprozess voranbringen*) dienten der EBWE weiterhin als Richtschnur. Die EBWE zeichnete 95 Projekte im Gesamtwert von 2,7 Milliarden Euro, das bisher höchste jährliche Zusagenniveau.

Die EBWE konsolidierte ihre Rückkehr in die Gewinnzone und konnte einen Nettogewinn in Höhe von 153 Millionen Euro verbuchen. Dies war vor allem auf Anlageveräußerungen, die Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung und anhaltende Budgetdisziplin zurückzuführen. Die Bank bildete im Jahr 2000 Rücklagen und führte nach den früheren finanziellen Rückschlägen eine Wende herbei. Die Tätigkeit des Bereichs Banking zeigte zum ersten Mal einen Gewinn und trug entscheidend zum positiven Gesamtergebnis der EBWE bei.

Im Lauf des Jahres spielte die EBWE eine aktive Rolle bei der Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa und wurde der größte institutionelle Einzelinvestor in der Region. Im Dezember nahm die EBWE die Bundesrepublik Jugoslawien als 27. Einsatzland auf, und die Bank begann, ihre Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes einzuschätzen.

Nachdem Horst Köhler zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds ernannt wurde, wählte der Gouverneursrat der EBWE Jean Lemierre im Mai einstimmig zum vierten Präsidenten der Bank.

Das Portfolio der Nettozusagen der Bank stieg bis Ende 2000 um 13 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro. Der Anteil des Privatsektors am Portfolio betrug 68 Prozent.

Das Jahresgeschäftsvolumen in den fortgeschrittenen Ländern Mittel- und Osteuropas nahm im Jahr 2000 um 14 Prozent zu und belief sich damit auf 39 Prozent der Jahreszusagen der EBWE. Die Aktivitäten in Russland vermehrten sich um mehr als das Doppelte, wobei der Gesamtanteil auf 22 Prozent anstieg. Die Länder in der frühen und mittleren Transformationsphase verbuchten einen Anstieg von 2 Prozent und erzielten damit einen Anteil von 39 Prozent am Jahresgeschäftsvolumen.¹

Die Bruttoauszahlungen nahmen im Jahr 2000 in Übereinstimmung mit den Zielvorgaben für das Jahr leicht zu und erreichten 1,5 Milliarden Euro. Die Darlehen und Kaptitalanlagen erreichten die Höhe von 7,6 Milliarden Euro.

Die Pipeline der Bankprojekte in der Vorbereitungsphase vergrößerte sich beträchtlich. Projekte, die im Jahr 2000 vor der Bewilligung durch das Direktorium die Endüberprüfung durchliefen, erreichten den Betrag von 3,8 Milliarden Euro, gegenüber 1999 eine Zunahme von 27 Prozent. Auch die Anzahl der Vorhaben in den früheren Phasen des Projektzyklus nahm um mehr als 15 Prozent zu.

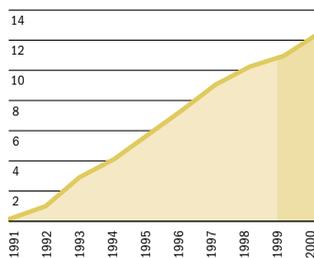
Wie in den Jahren vorher gelang es der EBWE, ein Budget mit Nullwachstum zu erreichen. Obwohl die Zahl von Mitarbeitern nur geringfügig anstieg, konnte die Bank ihre Produktivität erhöhen.

Die Bank billigte neue Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen und revidierte ihre Rückstellungspolitik.

¹ Eine Erläuterung der Ländergruppierungen findet sich auf S. 115

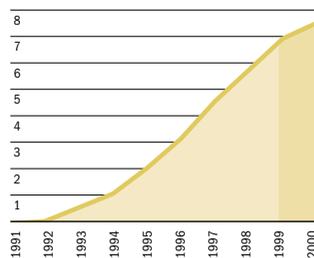
Banking-Portfolio

zum 31. Dezember 2000 (Mrd. Euro)



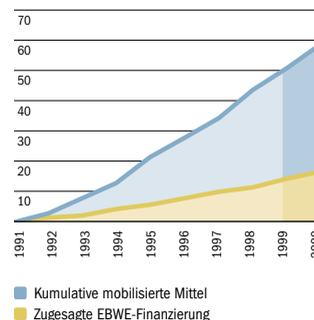
Aktivbestand

zum 31. Dezember 2000 (Mrd. Euro)



Mobilisierte Mittel, kumulativ

zum 31. Dezember 2000 (Mrd. Euro)



Finanzergebnisse

Mio Euro	2000	1999	1998	1997	1996
Operative Einkünfte	519,2	376,4	450,5	346,0	243,7
Aufwendungen und Abschreibungen	(192,1)	(172,8)	(158,7)	(152,1)	(146,4)
Operative Gewinne vor Rückstellungen	327,1	203,6	291,8	193,8	97,3
Rückstellungen für Verluste	(174,3)	(160,9)	(553,1)	(177,7)	(92,4)
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum	152,8	42,7	(261,2)	16,1	4,9
Genehmigtes Kapital	20.000	20.000	20.000	20.000	10.000
Eingezahltes Kapital	5.186	5.163	5.084	4.877	2.965
Eingegangene Kapitalraten (kumulativ)	3.769	3.480	3.217	2.949	2.916
Rückstellungen und Rücklagen insgesamt	1.278	1.040	762	508	263
Aktiva insgesamt	21.290	19.595	16.047	13.495	10.964

Operative Ergebnisse

Jährliche Zusagen	2000	1999	1998	1997	1996
Anzahl der Projekte	95	88	96	108	95
Finanzierung durch die EBWE (Mio. Euro)	2.673	2.162	2.373	2.315	2.188
Mobilisierte Ressourcen (Mio. Euro)	5.188	4.862	7.541	4.210	3.819
Portfolio (Mio. Euro)¹					
Banking-Portfolio	12.218	10.835	10.182	8.932	7.263
Operative Aktiva	7.563	6.955	5.761	4.580	3.202
Zinstragende Aktiva	6.805	6.160	5.247	4.393	3.168
Zusätzliche mobilisierte Mittel	41.949	33.964	29.102	22.335	18.926

¹ Angaben für 1996-99 sind die für diese Jahre ausgewiesenen. Spätere Veränderungen, die z. B. auf Wechselkurse, Stormierungen, Syndizierungen oder Restrukturierungen zurückzuführen sind, werden nicht berücksichtigt. Termini werden auf Seite 115 erläutert. Die Schaubilder oben entsprechen neu berechneten Angaben.

Inhaltsverzeichnis

Eckdaten 2000

Innere vordere Umschlagseite

2 Vorwort des Präsidenten

3 Begleitschreiben

4 Überblick

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

Finanzergebnisse

Umsetzung der Schwerpunkte der
Geschäftspolitik der EBWE

Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse

Förderung von Partnerschaften im
Transformationsprozess

Entwicklungen der Institution

Herausforderungen für die Zukunft

14 Jüngste Entwicklungen im Transformationsprozess

Fortschritte im Transformationsprozess

Jüngste wirtschaftliche Entwicklungen

Kapitalströme

Rechtliches Umfeld

23 Rückblick auf die Geschäftstätigkeit

Überblick

Aktivitäten nach Transformationsphasen

Aktivitäten nach Sektoren

Umwelt

53 Bewertung von Projekten der EBWE

Bewertung von Projekten

Zusammenarbeit mit anderen multilateralen
Entwicklungsbanken

Bewertung der technischen Zusammenarbeit
und Sonderstudien

59 Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Kofinanzierung

Beschaffung und Auftragsvergabe

Fonds für technische Zusammenarbeit

TurnAround-Management

Reaktorsicherheit

72 Finanzergebnisse und Jahresabschluss

102 Projektbewilligungen 2000

110 Leitungsgremien

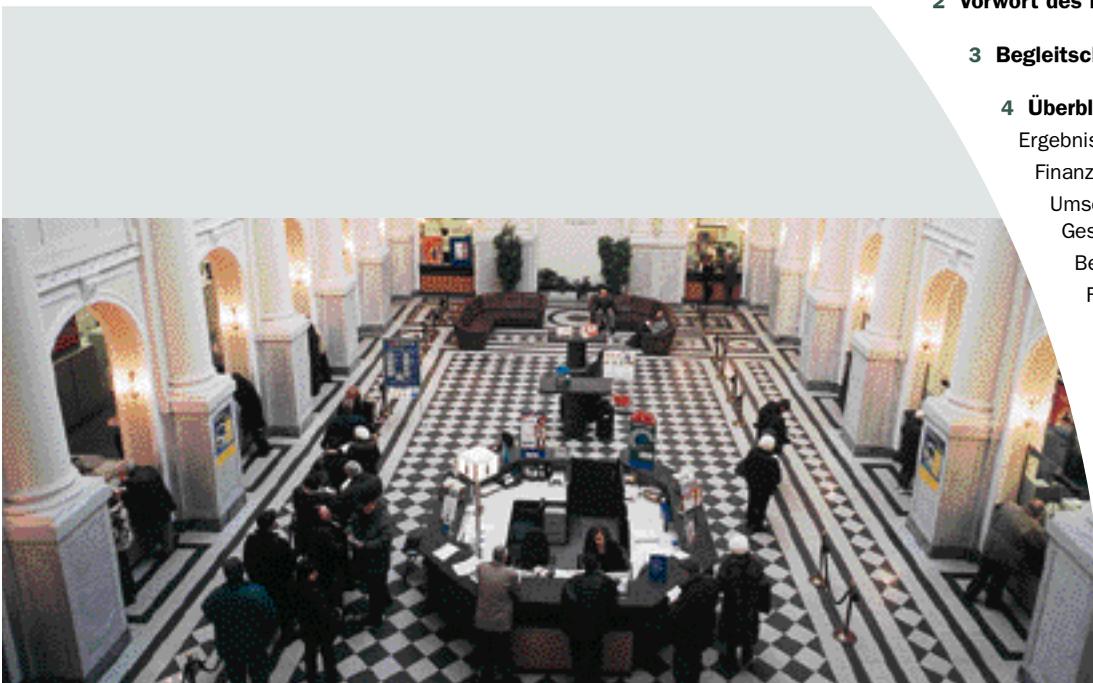
Gouverneure

Direktoren

Vertretungen der EBWE

Kontakte und Informationen

115 Hinweise



Vorwort des Präsidenten

Für die EBWE war 2000 ein erfolgreiches Jahr. Im Rahmen eines verbesserten Wirtschaftsklimas erreichten wir einen Rekord bei der Zeichnung von Neugeschäften. Es gelang uns, nach der Krise von 1998 die finanzielle Gesundheit der Bank wiederherzustellen. Die Bank ist jetzt noch besser in der Lage, den Übergang zur Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu fördern. Sie feiert ihr zehnjähriges Bestehen in dem Bewusstsein, dass ihre Rolle wichtiger ist als je zuvor. Die Herausforderungen sind gewaltig.



In den weiter fortgeschrittenen Ländern Mittel- und Osteuropas rechnen wir mit vielen Neugeschäften in Verbindung mit dem Beitrittsprozess zur EU, der selbst eine weitere Herausforderung der Bank im Hinblick auf den Transformationsprozess darstellt. Unsere Arbeit wird sich mehr und mehr auf komplexere Transaktionen konzentrieren, insbesondere industrielle Restrukturierungen und die schwierigeren Sektoren wie kommunale Infrastruktur, Agrarwirtschaft und die New Economy.

Wir werden unsere Aktivitäten in Russland und der Ukraine ausweiten, wo eine riesige Investitionsbereitschaft besteht und wo wir dazu beitragen müssen, eine Kultur der guten Unternehmensführung zu entwickeln.

Im Jahr 2000 spielte die EBWE eine Schlüsselrolle im Stabilitätspakt für Südosteuropa. Ende des Jahres begrüßten wir die Bundesrepublik Jugoslawien als 27. Einsatzland. Damit öffnete sich für Initiativen der EBWE in der Balkanregion ein umfangreiches Betätigungsfeld.

Wir werden weiterhin in den zentralasiatischen Ländern investieren, wo nach wie vor schwierige gesellschaftliche Bedingungen herrschen und Investitionsmöglichkeiten bisher noch begrenzt waren.

Die Bank ist zum größten Einzelinvestor in Mittel- und Westeuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geworden. Aufgrund unserer starken lokalen Präsenz durch die Länderbüros und des Dialogs mit Geschäftsleuten, Regierungen und lokalen Behörden kennen wir die Region gut. Wir haben in den letzten zehn Jahren gelernt, dass transparente, berechenbare und faire Regelungen und Institutionen für gut funktionierende Märkte unerlässlich sind, dass Liberalisierung und Privatisierung zum Wachstum beitragen und dass die demokratische Achtung der Rechenschaftspflicht von Seiten der Regierungen

entscheidend ist. Wir bauen unsere Zukunft auf unseren Erfolgen auf und dem, was wir aus den bisherigen Erfahrungen gelernt haben.

An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts wollen wir unsere Rolle als Bank im öffentlichen Sektor verbessern und Märkte bewegen, indem wir Risiken übernehmen und andere Investoren durch unser Beispiel ermutigen. Wir werden uns ständig um Innovationen bemühen, um uns den entstehenden lokalen Bedürfnissen anpassen zu können. Gleichzeitig werden wir den Kunden gerecht werden. Mit klaren Schwerpunkten und fachkundigen und engagierten Mitarbeitern sind wir bereit, uns den beträchtlichen Herausforderungen zu stellen, die auf dem Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft noch vor uns liegen.

Aber kein Markt kann funktionieren, wenn es nicht auch gelingt, die Armut zu mildern, die Gesundheitsfürsorge zu verbessern und das Bildungswesen zu fördern. Obwohl die Sorge dafür nicht im direkten Verantwortungsbereich der Bank liegt, werden wir mit anderen internationalen Institutionen und Ländern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Grundbedürfnisse der Menschen angesprochen werden.

Im ersten Jahr meiner Amtszeit als Präsident der Bank freue ich mich über die Gelegenheit, die Arbeit meiner Vorgänger weiter zu entwickeln und zur Bewältigung der Herausforderungen der kommenden Jahre beizutragen.

Jean Lemierre
Präsident, EBWE

Begleitschreiben

London, den 13. März 2001

An die Gouverneure

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank sowie Abschnitt 11 der Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Jahr 2000 vor.

Zum Jahresbericht gehören der genehmigte und geprüfte Jahresabschluss, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens sowie Abschnitt 13 der Satzung vorzulegen ist. Gemäß Artikel 10 des Übereinkommens enthält er außerdem einen gesonderten Abschluss für die Sonderfonds und befasst sich, wie in Artikel 35 des Übereinkommens vorgeschrieben, mit der Auswirkung der Geschäftstätigkeit der Bank auf die Umwelt.

Präsident

Jean Lemierre

Direktoren

António de Almeida
Byongwon Bahk
Joaquin de la Infiesta
Peter Engström
Michael Flynn
Erzsébet Gém
Gerlando Genuardi
Laurent Guye
Tor Hernæs
Jean-Pierre Landau
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Sergej Owsejtschik
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrocioche
Norbert Radermacher
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Valentin Zwetanow
Pim van Ballekom
Kunimitsu Yoshinaga

Stellvertretende Direktoren

Stefanos Vavalidis
Gary Johnston
Carlos Escribano
Martin Pöder
Torsten Gersfelt
Igor Očka
Grammatiki Tsingou-Papadopetrou
Ayşe Dönmezer
Rauli Suikkanen
Marc Jullien
Gideon Schurr
Andrew Lewis
Tom MacDonald
Igor Kowtun
Vassili Lelakis
Ionut Costea
Francesco Saverio Nisio
Clemens Kerres
Nicht besetzt
Georges Heinen
Jan Bielecki
Hidde van der Veer
Masato Iso

Überblick

Für die Einsatzländer der EBWE war das Wirtschaftswachstum 2000 stärker als in allen Jahren seit Beginn der Transformation, ein Ergebnis, das durch Verbesserungen in der Wettbewerbsfähigkeit der Region nach außen und ein solides Wachstum der Weltwirtschaft noch untermauert wurde. Die EBWE trug zur Förderung dieses Wachstums bei und unterstützte den Übergang zur Marktwirtschaft, indem sie ihre Zusagen in der Region beträchtlich erhöhte und zugleich sicherstellte, dass sie alternative Finanzierungsquellen nicht verdrängte, sondern ergänzte. Zur gleichen Zeit verbuchte die Bank starke Finanzergebnisse.

Während des Jahres nutzten die EU-Beitrittsländer die Stärke der europäischen Wirtschaft und die ihnen im Ausblick auf die Mitgliedschaft in der EU zufließenden Kapitalströme. Die meisten Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) erlebten dank ihrer Wettbewerbsfähigkeit infolge größerer Währungsabwertungen ein durch Exporte und Investitionen vorangetriebenes Wachstum. Energieexporteure wie Russland und die Länder am Kaspischen Meer profitierten von hohen Ölpreisen und erlebten eine Vermehrung der Realeinkünfte, Exporte und Steuereinnahmen.

In der gesamten Region schufen die verbesserten Wirtschaftsaussichten eine Möglichkeit, die Wirtschafts- und Unternehmensführung zu verbessern und die Institutionen zu stärken, die eine gut funktionierende Marktwirtschaft tragen. Verbessertes Wirtschaftswachstum und Fortschritte bei der Stabilisierung boten den Investoren Anreize, ihre Aktivitäten in der Region im Jahr 2000 zu vermehren. Es ist von Bedeutung, dass diese Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen sich auf die Länder konzentrierte, die im Übergang zur Marktwirtschaft die meisten Fortschritte erzielt hatten. Dieser Trend lässt sich allerdings nur dann aufrechterhalten, wenn Strukturreformen und fiskale Disziplin durchgehalten werden, denn das günstige externe Umfeld könnte von kurzer Dauer sein.

Im Jahr 2000 baute die EBWE weiterhin auf ihren revidierten Schwerpunkten der Geschäftspolitik auf, die in dem Dokument *Den Transformationsprozess voranbringen* dargelegt wird. Im Geschäftsjahr unterzeichnete die Bank 95 Projekte im Gesamtwert von 2,7 Milliarden Euro. Die Auszahlungen erhöhten sich um 3 Prozent und erzielten einen kumulativen Gesamtwert von 11,4 Milliarden Euro. Die Gewinne in Höhe von 153 Millionen

Euro waren erneut höher als in den Vorjahren. Das Volumen der vom Direktorium bewilligten Projekte erreichte im Berichtszeitraum den Wert von 3,6 Milliarden Euro.

Die EBWE setzte im zehnten Jahr ihrer Aktivitäten die Überprüfung der Schwerpunkte ihrer Geschäftstätigkeit fort. Insbesondere formulierte sie innovative Methoden zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), der Restrukturierung von Großunternehmen und der Entwicklung regionaler Ansätze in der Wirtschaft. Außerdem bewilligte die Bank neue Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen, revidierte ihre Rückstellungspolitik und modifizierte die Prinzipien der Planung und Budgetierung.

Im Herbst 2000 begann die EBWE mit der satzungsmäßig alle fünf Jahre fälligen Überprüfung der Kapitalressourcen und nahm eine Untersuchung ihrer Auswirkung auf den Transformationsprozess vor. Man kam zu dem Schluss, dass die Bank sich in einer guten Ausgangsposition befindet und auf ihren Erfolgen in der Region aufbauen kann. Die EBWE fuhr mit der Reorganisation des Bereichs Banking fort und baute den Personalbestand in den Ländervertretungen aus.

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

Die Zusagen der EBWE erreichten im Jahr 2000 einen Wert von 2,7 Milliarden Euro, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 24 Prozent und repräsentiert das höchste bisher von der Bank erreichte jährliche Geschäftsvolumen. Auszahlungen der EBWE in allen Einsatzländern erreichten im Jahr 2000 einen Wert von 1,5 Milliarden Euro, wobei der größte Anteil auf Kroatien, Polen, Rumänien und Russland entfiel.

Das Portfolio der EBWE erhöhte sich bis Ende 2000 auf 12,2 Milliarden Euro. Damit war die Zielvorgabe des Geschäftsplans der Bank überschritten. Die operativen Aktiva beliefen sich zum Jahresende 2000 auf 7,6 Milliarden Euro, verglichen mit 7,0 Milliarden Euro im Jahr 1999. Der Umfang der Zunahme wurde durch ein hohes Maß an Rückzahlungen beeinflusst, eine Folge der reifenden Portfolios der Bank.

Das Jahresgeschäftsvolumen in den Ländern der fortgeschrittenen Transformationsphasen erhöhte sich von 906 Millionen Euro 1999 auf 1,034 Milliarden Euro im Jahr 2000, eine Zunahme von 14 Prozent. Ausgedrückt als allgemeiner Anteil an den Zusagen der EBWE im Geschäftsjahr entsprach dies 39 Prozent, etwas unter dem im Jahr 1999 ausgewiesenen Niveau – 42 Prozent –, aber im Rahmen der von der Bank gesetzten Vorgabe.

Durch die vermehrte Mittelvergabe an KMU über Finanzintermediäre bemühte sich die EBWE 2000 um neues Vertrauen in den Finanzsektor.



Zusagen in den Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase erhöhten sich von 1,039 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 1,060 Milliarden Euro im Jahr 2000. Dies entsprach 39 Prozent des Jahresgeschäftsvolumens der Bank. In Russland haben sich die jährlichen Zusagen mehr als verdoppelt, und zwar von 217 Millionen Euro 1999 auf 579 Millionen Euro 2000. Der Anteil des Landes am Jahresgeschäftsvolumen stieg von 10 Prozent 1999 auf 22 Prozent 2000.

Das im allgemeinen verbesserte Geschäftsklima in der Region führte dazu, dass Rückzahlungen von Darlehen der EBWE zum Ende des Jahres die Höhe von 681 Millionen Euro erreichten, verglichen mit 482 Millionen Euro für 1999. Die Stornierungen beschränkten sich 2000 auf 387 Millionen Euro, verglichen mit 1,086 Milliarden Euro in den vorangegangenen 12 Monaten. Der Anteil der Kapitalanlagen an den Zusagen der EBWE in den Einsatzländern insgesamt belief sich im Jahr 2000 auf 23 Prozent.

Finanzergebnisse

Im Jahresverlauf 2000 gelang es der EBWE, ihre Rückkehr in die Gewinnzone zu konsolidieren. Nach Rückstellungen verbuchte sie einen Gewinn in Höhe von 152,8 Millionen Euro für das Geschäftsjahr, verglichen mit 42,7 Millionen Euro für 1999. Die Bank konnte damit wieder Rücklagen einstellen (65,9 Millionen Euro zum 31. Dezember 2000) und war in der Lage, den finanziellen Rückschlag von 1998 weitgehend wettzumachen.

Die operativen Erträge vor allgemeinen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 519,2 Millionen Euro lagen um fast 40 Prozent über denen des letzten Jahres (376,4 Millionen Euro). Alle Ertragsbereiche wiesen im Jahr 2000 bessere Ergebnisse aus. Insbesondere lagen die Nettozinsenträge mit 273,3 Millionen Euro um 46 Prozent über dem für 1999 ausgewiesenen Betrag, und die Dividendeneinkünfte aus Aktienanlagen in Höhe von 28,1 Millionen Euro

übertrafen die Summe des Vorjahres um mehr als das Doppelte. Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen in Höhe von 166,8 Millionen Euro lagen um 30 Prozent über denen von 1999.

Die Rückstellungen waren mit 174,3 Millionen Euro etwas höher als die für 1999 mit insgesamt 160,9 Millionen Euro. Die Gesamtrückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking beliefen sich zum Jahresende auf 1,2 Milliarden Euro, verglichen mit 1,1 Milliarden Euro Ende 1999.

Die Tätigkeit des Bereichs Banking erreichte im Geschäftsjahr zum ersten Mal die Gewinnzone und wies nach Zuweisung aller Aufwendungen, Rückstellungen und Kapitalleistungen einen Nettogewinn in Höhe von 79,1 Millionen Euro aus. Dieser war in der Hauptsache auf Zunahmen der Nettozinsenträge und Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen zurückzuführen. Außerdem profitierte das Portfolio der EBWE von einer durch den russischen Aufschwung getragenen Verbesserung des Geschäftsklimas in der Region. Die Finanzabteilung kann auf ein weiteres profitables Jahr zurückblicken; sie erhöhte ihren Nettogewinn um mehr als ein Drittel auf 73,7 Millionen Euro und konnte attraktive Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten nutzen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE hielten sich im Rahmen des Budgets und waren mit denen für 1999 vergleichbar, was auf eine andauernde Budgetdisziplin und effektive Kostenkontrollen zurückzuführen ist. Ausgedrückt in Pfund Sterling beliefen sie sich auf insgesamt 129,5 Millionen GBP; das entspricht einer Budgetnutzung von 93 Prozent.



- 1 Diese Verpackungsanlage für Haselnüsse war eins von 2.500 Mikro- und Kleinunternehmen, die 2000 ein Darlehen von der Microfinance Bank in Georgien erhielten. Die Bank wurde von der EBWE mit Eigen- und Fremdkapital unterstützt.
- 2 Zusagen der EBWE in Höhe von rund einer Milliarde Euro für Kommunal- und Umweltdienstleistungen in Mittel- und Osteuropa und der GUS.



Umsetzung der Schwerpunkte der Geschäftspolitik der EBWE

Im Sinne ihres Mandats stellt die EBWE die Finanzierung solcher Projekte – vor allem im Privatsektor – in den Vordergrund, die den Transformationsprozess voranbringen. Sie nimmt dabei die Fortschritte aller einzelnen Länder bei wirtschaftlichen und politischen Reformen sorgfältig zur Kenntnis. Die Bank beachtet in ihrer gesamten Tätigkeit die Prinzipien des soliden Bankgeschäfts und stellt sicher, dass ihre Aktivitäten sich additional zu alternativen Finanzierungsquellen verhalten, statt mit ihnen in Wettbewerb zu treten. Das aktive und unternehmerische Management des bestehenden Portfolios ist wesentlicher Teil ihres Kerngeschäfts. Darüber hinaus ist ein aktives Vorgehen in Umweltbelangen Bestandteil ihrer gesamten Arbeit.

Im Geschäftsjahr 2000 orientierte sich die EBWE weiterhin an den in dem Dokument *Den Transformationsprozess voranbringen* festgelegten Schwerpunkten. Dazu gehören:

- ein Beitrag zur Schaffung von soliden Finanzsektoren, die den Bedürfnissen von Unternehmen und Privathaushalten entsprechen;
- die führende Rolle bei der Entwicklung von Existenzgründungen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
- Bemühungen um Kommerzialisierung der Infrastrukturentwicklung unter Verwendung eines vollständigen Spektrums von Finanzstrukturen;
- das Aufzeigen von Methoden der wirksamen Restrukturierung lebensfähiger Großunternehmen anhand sorgfältig ausgewählter Beispiele;
- die Förderung der realen Wirtschaft durch Kapitalanlagen und Unterstützung von Unternehmern; und
- die Förderung eines gesunden Investitionsklimas und robusterer Institutionen auf der Grundlage ihrer Projekterfahrungen und ihrer Sicht auf den Investor.

Erhöhtes Vertrauen in Finanzintermediäre

Im Jahr 2000 fuhr die EBWE damit fort, das Vertrauen in die Finanzordnungen der Region nach der Finanzkrise von 1998 wiederaufzubauen. Insbesondere erweiterte sie die Produktpalette und entwickelte überall in ihrer Einsatzregion Projekte. Sie vermehrte im Jahr 2000 ihre Zusagen in fortgeschrittenen Transformationsländern durch die Ausweitung der Beteiligung an privaten Aktienfonds und Versicherungen. Darüber hinaus unterzeichnete die EBWE eine bedeutende Anzahl von Projekten in Russland und den Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase, wobei sie den Schwerpunkt auf Handelsfinanzierungen, Mikrokredite, Unterstützung für KMU sowie Bankenprivatisierungen und -restrukturierungen legte. Im Jahresverlauf unterzeichnete die EBWE 295 Transaktionen im Gesamtwert von 840 Millionen Euro. Darunter waren 194 Garantien zur Handelsförderung im Gesamtwert von 142 Millionen Euro, die einen Betrag zur Erholung der Exporttätigkeit in der Region leisteten.

Förderung von Kleinunternehmen

Die KMU-Finanzierung in den Einsatzländern der EBWE wurde im Jahr 2000 ausgeweitet. Im Zentrum aller Länderprogramme für KMU steht das Ziel, die Finanzinstitute zu stärken, die sich für die Bereitstellung von Finanzierungen für diese Unternehmen und die Verbesserung des Geschäftsumfelds einsetzen. Die Programme umfassen eine Reihe von Initiativen zur Stärkung der Verbindungen zwischen den Großunternehmenskunden der Bank und lokalen KMU und zur Schaffung von Unterstützungsnetzen für diese Unternehmen. Neuzusagen für KMU-Finanzierungen stiegen 2000 fast auf das Doppelte, von 187 Millionen Euro 1999 auf 360 Millionen Euro im Berichtsjahr, und deckten alle Einsatzländer ab. Zehn Banken beteiligten sich an der KMU-Finanzierungsfazilität der EU/EBWE, und die Tätigkeit des Mikrokreditvergabeprogramms der Bank und der Regionalen Wagnisfonds (siehe Seite 33) nahm deutlich zu.



- 3 Bei der Rekapitalisierung der KMB-Bank in Russland, die 2.000 Kleindarlehen im Gesamtwert von mehr als 64 Millionen Euro ausreichte, spielte die EBWE eine wichtige Rolle.
- 4 Die Darlehensprogramme für Mikro- und Kleinunternehmen und die mit ihrer Abwicklung beauftragten Institutionen erreichten 2000 mehr als 50.000 Kunden.



Die Anzahl der im Rahmen von EBWE-Programmen bereitgestellten Mikro- und Kleindarlehen hat sich im Zeitraum 1999-2000 fast verdoppelt: Im Berichtsjahr wurden mehr als 50.000 Darlehen ausgezahlt. Der Fonds für Kleinunternehmen in Russland (RSBF), der Vorreiter des Darlehensprogramms für Mikro- und Kleinunternehmen (MKU) der EBWE, hat ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Der Fonds übertraf seine Leistungen vor der Krise und gewährte mehr als 13.800 Darlehen im Wert von 130 Millionen Euro an Mikro- und Kleinunternehmen. Seit Beginn des Projekts im Jahr 1994 wurden rund 45.000 Darlehen im Gesamtwert von 537 Millionen Euro an Kleinunternehmen in Russland vergeben. Auch die Kleinunternehmensprogramme der EBWE in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Moldau, der Ukraine und im Territorium des Kosovo in der Bundesrepublik Jugoslawien erzielten bedeutende Fortschritte.

Unterstützung der Infrastruktur und der Umwelt

Jahre der Vernachlässigung in den früheren Kommandowirtschaften haben dazu geführt, dass die kommunalen Dienstleistungsunternehmen in den Einsatzländern der EBWE dringende Finanzierungsbedürfnisse haben. Da die EBWE das einzigartige Mandat hat, in allen Aktivitäten eine umweltbewusste Entwicklung zu fördern, wurden im Jahr 2000 in einer Reihe von Sektoren Projekte entwickelt, die der Bank gestatten, das vollständige privat-öffentliche Spektrum von Finanzierungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Investiert wurde vor allem in den Bereichen Wasserbehandlung und -versorgung, Abwassererfassung und -behandlung, Festmüllentsorgung, Fernheizung und städtische Verkehrssysteme. Im Geschäftsjahr stellte die EBWE Finanzierungen in Höhe von 211 Millionen Euro zur Unterstützung von neun Transaktionen im Kommunal- und Infrastruktursektor im Gesamtwert von 833 Millionen Euro bereit. Damit erreicht der Wert der Gesamtzusagen der Bank für Kommunal- und Umweltdienstleistungen einen Wert von fast einer Milliarde Euro. Die Zusagen entfallen auf 90 Kommunen in 18 Ländern und betreffen etwa 30 Millionen Menschen.

Effektive Ansätze bei der Restrukturierung

Die EBWE setzte im Jahr 2000 ihre Unterstützung für die Unternehmensrestrukturierung fort. Gemeinsam mit strategischen Investoren wurden Finanzierungen in Bereichen wie Stahl, Chemikalien und Textilien zugesagt. Die Restrukturierungstätigkeit der Bank im Eisenbahnsektor wurde durch das polnische PKP-Projekt erweitert, das darauf angelegt ist, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnsystems des Landes zu stärken. Darüber hinaus erzielte die EBWE bedeutende Fortschritte bei der Restrukturierung einer Reihe von bestehenden Kundenunternehmen in Fällen, wo dies mit einer Restrukturierung der EBWE-Finanzierung Hand in Hand ging.

Förderung des Unternehmertums in der realen Wirtschaft

Kapitalanlagen sind das wichtigste Instrument der EBWE bei der Förderung guter Unternehmensführung und des Transformationsprozesses. Mehr als 50 Prozent des Anlageportfolios der Bank sind auf den Sektor Finanzinstitutionen konzentriert und bestehen aus Investitionen in Banken, Versicherungsgesellschaften und privaten Aktienfonds. Im abgelaufenen Jahr erweiterte die EBWE den Bestand an Kapitalbeteiligungen und investierte in Ländern, in denen die Fortschritte im Transformationsprozess langsamer sind, wie in Albanien, der EJR Mazedonien und Kirgisistan. Außerdem tätigte die Bank mit der Rekapitalisierung der International Moscow Bank ihre erste Kapitalanlage in einer russischen Bank seit der Finanzkrise von 1998. Durch das Portfolio der privaten Aktienfonds der Bank wurden rund 600 einzelne Teilinvestitionen getätigt, vor allem in KMU. Als aktiver Minderheitsaktionär ist die EBWE in den entsprechenden Gremien der Zielunternehmen vertreten und hat in diesen Firmen dazu beigetragen, das Unternehmertum zu stärken.

1 Nach der Aufnahme der BR Jugoslawien als 27. Einsatzland der EBWE begann die Bank mit den Vorbereitungen für die Eröffnung eines Büros in Belgrad.



Förderung eines soliden Investitionsklimas

Im Jahr 2000 setzte die EBWE durch die Zusammenarbeit mit Regierungen ihre Förderung eines soliden Investitionsklimas, für die Verbesserung der Wirtschaftsführung, des regulatorischen Rahmens und des rechtlichen Umfelds fort. Der Schwerpunkt lag auf Gebieten wie Insolvenzen, Unternehmensführung und Regulierung der Finanzmärkte. Außerdem bediente sich die Bank, wo nötig, rechtlicher Mittel. In Russland zum Beispiel leitete die EBWE ein Gerichtsverfahren ein, um ihren Rechtsanspruch auf Rückzahlung durch Tschernogorneft, eine der größten Ölgesellschaften des Landes, einzuklagen. Die Aktion der Bank war ein Testfall für die relativ neuen Insolvenzgesetze in Russland und bewies anderen Gläubigern, dass der Rechtsweg beschritten werden kann und auch beschritten werden sollte. In einem anderen Fall erreichte die EBWE einen gütlichen Vergleich im Hinblick auf die beträchtlichen ausstehenden Verpflichtungen von Uneximbank, einer großen russischen Bank. Mit dieser Lösung wurde ein langwieriges Insolvenz- oder Liquidationsverfahren vermieden, das kostspielig gewesen wäre und erheblich kleinere Beitreibungen für andere Kreditgeber bedeutet hätte. Das Projekt zeigte eine effektive Methode auf, wie man angesichts schwerwiegender Probleme einen Vergleich erreichen kann.

Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse

Investieren in Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase

In den Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase stieg das Jahresgeschäftsvolumen der EBWE von 1,039 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 1,060 Milliarden Euro im Jahr 2000. Das entspricht 39 Prozent der jährlichen Zusagen der Bank. Obwohl die nach dem Volumen der Geschäftstätigkeit wichtigen Länder die Ukraine, Rumänien, Kasachstan und Bulgarien waren, galt der Sicherung eines angemessenen Geschäftsniveaus in den kleineren Ländern dieser Transformationsgruppe besondere Aufmerksamkeit. Die Zahl und der Umfang von Aktivitäten in den einzelnen Ländern entsprach der Tendenz nach den jeweiligen Fortschritten im Transformationsprozess und den Bemühungen der Regierungen um eine Verbesserung des Geschäftsklimas.

Unterstützung des Aufschwungs in Russland

Das Jahr 2000 bedeutete einen erheblichen Durchbruch für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung in Russland. Die beträchtliche Erhöhung der Energiepreise an den Weltmärkten, die verzögerte Auswirkung der massiven Rubelabwertung des Jahres 1998 und die Anstrengungen der Regierung, die Folgen der Finanzkrise von 1998 zu überwinden, förderten den Aufschwung der Produktion.

Die EBWE unterstützte diese Entwicklungen im Jahr 2000 durch die Zusage von 579 Millionen Euro. Diese führten zu einer Erhöhung des Anteils von Zusagen in Russland von 10 Prozent im Jahr 1999 auf 22 Prozent im Jahr 2000. Die Zunahme spiegelt die zunehmende Fähigkeit der EBWE wider, auf das sich rasch verändernde Umfeld ihrer Geschäftstätigkeit einzugehen. Im September bestätigte die neue EBWE-Strategie für Russland das Engagement der Bank für die Unterstützung von KMU, die Entwicklung der Infrastruktur, die Finanzintermediäre, ausländische Direktinvestitionen und gute Unternehmensführung.

Gemeinsame Ziele mit dem EU-Beitritt

Der Transformationsprozess, den die EBWE in all ihren Aktivitäten unterstützt, und der Beitrittsprozess zur EU sollen gleichermaßen die Marktliberalisierung, den Wettbewerb und die Privatisierung fördern und die demokratische Gesellschaftsordnung stärken. Die EBWE begrüßte das Ergebnis der Tagung des Europäischen Rats im Dezember in Nizza, bei der bedeutende Schritte unternommen wurden, um die EU-Beitrittsverhandlungen mit einer Reihe von Einsatzländern der Bank zu beschleunigen. Die Aktivitäten der Bank ergänzen häufig den Beitrittsprozess zur EU, und die Investitionsbedürfnisse der Beitrittsländer haben die Investitionsmöglichkeiten für die EBWE in Mitteleuropa vermehrt. Im Jahr 2000 beliefen sich die Zusagen der EBWE in diesen Ländern auf 1,034 Milliarden Euro bzw. etwa 39 Prozent der Gesamtzusagen der Bank.



- ② Der zur Abdeckung des Reaktors 4 nach dem Unglück von 1986 errichtete Sarkophag wird in ein für die Umwelt rund 100 Jahre sicheres System verwandelt. In diesem Zeitraum soll eine Methode für die Endlagerung des radioaktiven Abfalls aus dem geborstenen Reaktor entwickelt werden.
- ③ Bei der Jahrestagung 2000 der EBWE in Riga (Lettland) stand die regionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Mehr als 2.000 Geschäftsleute aus aller Welt nahmen am Business-Forum teil.



Unterstützung für Entwicklungen in Südosteuropa

Nach der Wahl einer neuen demokratischen Regierung im Oktober 2000 in der Bundesrepublik Jugoslawien stimmte der Gouverneursrat im Dezember einstimmig für die Aufnahme des Landes als Mitglied der EBWE.

Im Jahr 2000 spielte die EBWE unter den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Ziele des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Die Aktivitäten der Bank lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen: regionale Finanzierungsinitiativen des Privatsektors, Finanzierung der Infrastruktur und eine Steigerung des Geschäftsvolumen in der Region. Zu den Privatsektorinitiativen gehörte eine Zusage der EBWE in Höhe von 58 Millionen Euro im Rahmen des Handelsförderungsprogramms zur Unterstützung der verbesserten Handelsströme in der Region. Andere Privatsektorinitiativen umfassten Klein- und Mikrofinanzierungen für Firmen und Banken und Unterstützung für sechs „Schnellstart“-Infrastrukturprojekte.

Im Geschäftsjahr sagte die EBWE für die Länder Südosteuropas 523 Millionen Euro zu. In den Republiken des ehemaligen Jugoslawien, so Bosnien und Herzegowina, der EJR Mazedonien, Kroatien und Slowenien, hat die EBWE für 77 Projekte einen kumulativen Gesamtbetrag von mehr als 1,5 Milliarden Euro zugesagt. Im Territorium Kosovo¹ in der BR Jugoslawien stellte die EBWE im Berichtsjahr technische Hilfe für die Gründung einer Mikrounternehmensbank bereit. Außerdem hat die EBWE angesichts des wachsenden Vertrauens der Investoren in Südosteuropa eine zunehmende Anzahl von Projekten in Vorbereitung.

¹ Das Kosovo ist ein Teil der BR Jugoslawien, die im Januar 2001 Mitglied der EBWE wurde. Dementsprechend beschränken sich im Jahr 2000 die Tätigkeiten der Bank im Kosovo gemäß einem von der Bank 1999 angenommenen Aktionsplan für das Kosovo auf die Nutzung der Fonds für die Technische Zusammenarbeit.

Reaktorsicherheit

Die EBWE spielt für die Reaktorsicherheit in der Einsatzregion eine wichtige Rolle. Im Namen der internationalen Gemeinschaft verwaltet die Bank Fonds für die Reaktorsicherheit, für die bisher mehr als 1,5 Milliarden Euro zugesagt wurden: das Reaktorsicherheitskonto (RSK), den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds und Internationale Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen (*International Decommissioning Support Fund/IDSF*) für Bulgarien, Litauen und die Slowakische Republik. Die Rahmenvereinbarungen für diese IDSF enthalten Beschlüsse zur Abschaltung alter Reaktoren in den AKW Kosloduj, Igalina und Bohunice und sie entsprechen im großen und ganzen den Festlegungen in den Zuschussvereinbarungen des RSK. Es wird erwartet, dass sie Anfang 2001 unterzeichnet werden. In Russland sind alle kurzfristigen Projekte zur Verbesserung der Betriebssicherheit nunmehr erfolgreich abgeschlossen worden. Einige in der Vereinbarung enthaltene Bedingungen für die Sicherheit der AKW sind jedoch noch nicht erfüllt. Angesichts des zunehmenden Alters der Kernanlagen der ersten Generation in Russland und fehlender gründlicher Sicherheitsbewertungen verursacht diese Situation bei den Beitragszahlern des RSK ernsthafte Besorgnisse.

Am 15. Dezember hat die Regierung der Ukraine das AKW Tschernobyl endgültig abgeschaltet. Das entsprach einer vertraglichen Regelung mit dem RSK und war ebenfalls entscheidende Voraussetzung für ein vom Direktorium am 7. Dezember 2000 für die Fertigstellung und die Modernisierung der Sicherheitsvorkehrungen in zwei anderen AKW bewilligtes Darlehen über 215 Millionen US-Dollar (230 Millionen Euro). Weitere Bedingungen für diesen Kredit bestimmen, dass der örtliche Kreditnehmer (Energoatom) die Sicherheit aller Kernanlagen und deren Fahrweise verbessert. Zusätzlich dazu muss die Regierung der Ukraine entsprechend den Bedingungen der Garantievereinbarung die Regulierungstätigkeit im Hinblick auf die Kernenergie im Lande intensivieren und Reformen im Elektrizitätssektor vorantreiben.

Förderung von Partnerschaften im Transformationsprozess

Bei der Umsetzung ihrer Transformationsschwerpunkte setzte die EBWE ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Einsatzländern und ausländischen Investoren fort. Durch die Zusammenarbeit mit offiziellen Institutionen wie anderen IFI und der EU sowie mit privaten Kreditgebern und Investoren konnte die Bank im Geschäftsjahr auf ihren guten Erfahrungen bei der Mobilisierung anderer Finanzierungsquellen für ihre Projekte aufbauen.

Die EBWE verfügt über Kofinanzierungsbeziehungen mit rund 260 Partnern sowohl im kommerziellen wie auch im offiziellen Sektor. Der Gesamtbetrag der im Jahr 2000 durch die Bank mobilisierten Kofinanzierungen belief sich auf 1,4 Milliarden Euro, davon kamen 468 Millionen Euro von Geschäftsbanken und 881 Millionen Euro von offiziellen Kofinanzierungsinstitutionen wie den IFI. Im Privatsektor arbeitete die Bank im Jahr 2000 mit 27 Geschäftsbanken aus 13 Ländern bei der Unterstützung von 24 Projekten zusammen. Seit ihrer Errichtung hat die Bank 16,6 Milliarden Euro an die Region zugesagt und weitere 41,9 Milliarden Euro mobilisiert, was einer Gesamtinvestition von nahezu 59 Milliarden Euro entspricht.

Zuschüsse von Gebern spielen für die Unterstützung der Transformationsbemühungen der EBWE eine bedeutende Rolle. Durch das TZ-Fondsprogramm setzt die Bank Gebermittel ein, um Berater und Experten einzustellen, die private und öffentliche Kunden bei der Strukturierung solider Investitionsprojekte unterstützen. Das TZ-Programm war aktiv an der Unterstützung von KMU, der Umwelt- und Kommunalinfrastruktur, rechtlichen Reformen und der Entwicklung von Fertigkeiten im Management beteiligt. Im Jahr 2000 finanzierte die EBWE 295 Beraterverträge über das TZ-Programm; damit steigt die Gesamtzahl solcher Verträge auf 2.651. Mit Hilfe der energischen Unterstützung der Gebergemeinschaft der Bank konnte das TZ-Programm seit Errichtung der EBWE Gesamtzusagen im Wert von mehr als 650 Millionen Euro verzeichnen.

Entwicklungen der Institution

Überprüfung von Grundsätzen und Strategien

Im Frühjahr 2000 bewilligte die EBWE neue Grundsätze für die Tätigkeit im Energiebereich, die festlegen, wie die Bank sich im gesamten Energiezyklus von der Konservierung primärer Energie über die Erzeugung, Übertragung und Verteilung bis zu den Endverbrauchern für die Förderung der Energiewirksamkeit einsetzen wird. Im Frühsommer billigte die Bank nach einer einjährigen Überprüfung der Grundsätze des öffentlichen Zugangs und Offenlegung von Informationen aus dem Jahr 1996 neue Grundsätze der Veröffentlichung von Informationen (siehe nachfolgenden Kasten).

Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen

Im Juli 2000 bewilligte die EBWE neue Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen, in denen mehrere Schlüsselemente der Grundsätze des öffentlichen Zugangs und Offenlegung von Informationen der Bank aus dem Jahr 1996 gestärkt werden. Die Grundsätze erweitern das Spektrum von Informationen, das die EBWE der Öffentlichkeit zugänglich macht und bereichern den Entscheidungsfindungsprozess der Bank um eine Reihe wichtiger neuer Elemente. Im Rahmen der Grundsätze werden folgende Dokumente auf der Website der Bank veröffentlicht:

- Entwürfe von Sektorengrundsätzen vor der Bewilligung durch das Direktorium für einen Zeitraum von 45 Kalendertagen mit Gelegenheit für Stellungnahmen der Öffentlichkeit;
- vom Direktorium bewilligte Sektorengrundsätze;
- vom Direktorium bewilligte Länderstrategien; und
- Zusammenfassungen anderer mittelfristiger Strategiepapiere der Bank nach der Bewilligung durch das Direktorium.

In den Grundsätzen wird ebenfalls festgestellt:

- Bei der Veröffentlichung von Projektzusammenfassungen, die Einzelheiten über in Vorbereitung befindliche Projekte der EBWE enthalten, wird Wert auf Pünktlichkeit und Einhaltung gelegt, und
- Träger von Projekten, bei denen sich Umweltfragen stellen, werden aufgefordert, auf ihrer eigenen Website vollständige Umweltverträglichkeitsuntersuchungen (UVU) zu veröffentlichen.

Die Überprüfung der Grundsätze für die Konditionen staatlicher Projekte (*Sovereign Pricing Policy Review*) wurde im Juni 2000 abgeschlossen, unter anderem die Erwägung eines Ansatzes, der nach Risiken unterscheidet. Nach Einschätzung der Vor- und Nachteile fasste die Bank den Entschluss, die bestehende Pauschalpreispolitik beizubehalten, allerdings auch ein Verfahren einzuführen, das unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen erlaubt. Seit seiner Einführung hat eine Reihe von Projekten diese Kriterien erfüllt, und in diesen Fällen wurden Ausnahmen gestattet.

Die Grundsätze für die Bildung von Rückstellungen der EBWE wurden im Jahr 2000 verfeinert, um den Erfahrungen der Bank in Verbindung mit dem Portfolio und den Ergebnissen des Risikokapitalprojekts Rechnung zu tragen. Die revidierten Grundsätze bestätigen das Grundprinzip, dass die Bank angesichts der Risiken in ihrem Portfolio angemessene Rückstellungen und Rücklagen bilden muss. Außerdem wird ein höheres Maß an Differenzierung eingeführt und der Rückstellungsprozess vereinfacht. Einige Hauptelemente der Grundsätze sind die folgenden:

- Rückstellungen werden bei allen Darlehen und Kapitalanlagen der Abteilung Banking bei Auszahlung und bei allen Aktivitäten der Finanzabteilung gebildet;
- allgemeine Rückstellungen für nichtstaatliche Aktiva der Abteilung Banking werden nach Ländern, Art der Anlage sowie Sektoren- und Projektrisiko differenziert;
- allgemeine Rückstellungen für staatliche Aktiva der Abteilung Banking werden weiterhin ohne Rücksicht auf das Länderrisiko als pauschaler Prozentsatz ausgedrückt.

In der zweiten Jahreshälfte begann die EBWE mit einer groß angelegten Untersuchung zur Entwicklung einer neuen Überprüfung der Kapitalressourcen (siehe Kasten). Gleichzeitig untersuchte die Bank ihre Auswirkung auf den Transformationsprozess. Im Rückblick auf die Transformationswirkung, der im Frühjahr 2001 veröffentlicht werden soll, wird der Versuch unternommen, Gebiete zu identifizieren, auf denen die EBWE den Transformationsprozess erfolgreich gefördert hat, und Sektoren und Länder hervorzuheben, in denen die Bank auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Überprüfung der Kapitalressourcen

Laut Übereinkommen zur Errichtung der EBWE ist der Gouverneursrat verpflichtet, das Stammkapital der Bank mindestens alle fünf Jahre zu überprüfen. Dementsprechend wurde die erste Überprüfung des Stammkapitals auf der Jahrestagung der Bank im April 1996 bewilligt. Im Jahr 2000 wurden die folgenden Vorbereitungen für die zweite Überprüfung der Kapitalressourcen getroffen, die dem Gouverneursrat auf der Jahrestagung 2001 vorgelegt wird:

- Analyse der operativen und finanziellen Ergebnisse seit der letzten Überprüfung;
- Überprüfung der bisherigen Transformationswirkung der Bank;
- Einschätzung der Aussichten für das Wirtschafts-, Länder- und Portfoliorisiko;
- Einschätzung der zukünftigen Fortschritte im Transformationsprozess und der Nachfrage nach den Dienstleistungen der EBWE;
- Formulierung eines Rahmens für die strategische Portfoliosteuerung der Bank;
- Bestimmung von Tendenzen der Portfolioentwicklung;
- Analyse der gegenwärtigen finanziellen Performanz der EBWE; und
- Analyse der Kapitalausstattung.

Im Verlauf der Überprüfung bestätigte die EBWE die Gültigkeit ihres Mandats. Außerdem wurde festgestellt, dass es weiterhin nötig ist, in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit die Prinzipien solider Bankarbeit anzuwenden, alternative Finanzierungsquellen nicht zu ersetzen, sondern zu ergänzen und den Transformationsprozess zu unterstützen.

Einhaltung von Artikel 1

Gemäß Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank fördert die EBWE die Mehrparteiendemokratie, den Pluralismus und die Marktwirtschaft in allen ihren Einsatzländern. Eine wichtige Lehre aus zehn Jahren Geschäftstätigkeit der Bank ist, dass die Länder, die sich von diesen Prinzipien leiten lassen, wirtschaftlich am meisten profitieren. Qualität und Quantität der Aktivitäten der Bank in einem Land hängen entscheidend von dessen Reformbereitschaft ab.

Teil der laufenden Überprüfung der Projekte und Kreditvergabe-strategien der EBWE durch das Direktorium im Jahr 2000 war eine Einschätzung des Engagements aller Länder für die Verpflichtungen gemäß Artikel 1. Man äußerte sich mit besonderer Besorgnis über den Mangel an Fortschritten in Verbindung mit diesen Verpflichtungen in Turkmenistan und Weißrussland, wo es internationale Kritik an der Durchführung der Parlamentswahlen gegeben hatte. In einigen anderen Ländern in Zentralasien kamen internationale Beobachter zu dem Schluss, dass die Wahlen ein Schritt in die richtige Richtung seien, den internationalen Normen der Fairness aber nicht ganz gerecht würden.

Mitgliedschaft für die Bundesrepublik Jugoslawien und die Mongolei

Im Jahr 2000 nahm die EBWE die Bundesrepublik Jugoslawien als 27. Einsatzland auf. Die Bank wird die folgenden dringend benötigten Beistandsmaßnahmen ergreifen:

- Identifizierung und Unterstützung kreditwürdiger örtlicher Banken, wobei der Schwerpunkt auf die Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten und die Bereitstellung von Finanzierungen für Mikrounternehmen und KMU gelegt wird;
- Finanzierung der Betriebskapitalerfordernisse exportorientierter mittlerer und großer Unternehmen im Zuge der Privatisierung;
- Investitionen in die Infrastruktur im öffentlichen Sektor mit anfänglicher Bevorzugung der Flugnavigation und Modernisierung von Flughäfen, Wiederherstellung der Stromversorgung und Verbesserungen des Eisenbahnsystems;
- Darlehen an Kommunen für Wasserversorgung, Fernheizung oder Umweltdienstleistungen; und
- Mobilisierung bilateraler Finanzierung für technische Hilfe zur Unterstützung von Reformen der Unternehmens- und Finanzsektoren – eine Vorbedingung für größere Auslandsinvestitionen und die Entwicklung effizienter lokaler Finanzintermediäre.

Auf der Jahrestagung 2000 der EBWE wurde angekündigt, dass die Mongolei neues Mitglied der Bank werden soll. Dieser Beschluss trat am 9. Oktober in Kraft.



- 1 Um in der Region stärker vertreten zu sein, verlagerte die EBWE eine Reihe von Stellen aus dem Hauptsitz in die Länderbüros.
- 2 Präsident Jean Lemierre wurde bei der Jahrestagung der EBWE im Jahr 2000 zum vierten Präsidenten der EBWE gewählt und trat sein Amt im Juni an.



Humanressourcen

Ende Dezember 2000 beschäftigte die EBWE im Hauptsitz 862 festangestellte Mitarbeiter, gegenüber 833 im Jahr 1999. In den Ländervertretungen gab es 238 lokal Beschäftigte verglichen mit 226 im Vorjahr. Insgesamt 15 Stellen wurden in Verbindung mit den Anstrengungen der Bank, ihre lokale Präsenz zu verstärken, in die örtlichen Vertretungen verlagert. Im Jahresverlauf führte die Bank eine Mitarbeiterumfrage durch, um festzustellen, wie man die Humanressourcen optimal einsetzen könnte. Nach einer Auswertung der Ergebnisse beauftragte das Spitzenmanagement alle Abteilungen der Bank, regelmäßig über Fortschritte in diesem Bereich Bericht zu erstatten.

Veränderungen im Spitzenmanagement

Im Jahr 2000 gab es im Spitzenmanagement der EBRD größere Veränderungen. Im April wurde Horst Köhler zum Geschäftsführenden Direktor des IWF ernannt. Das Direktorium der Bank würdigte Herrn Köhlers bedeutende Verdienste als Präsident, insbesondere seine Führung der Bank in der Zeit nach der Russlandkrise 1998. Charles Frank, der Erste Vizepräsident, sorgte für einen reibungslosen Übergang, bis der neue Präsident, Jean Lemierre, Ende Juni sein Amt antrat.

Herr Lemierre wurde auf der Jahrestagung 2000 der EBWE vom Gouverneursrat zum vierten Präsidenten der EBWE gewählt. Vorher bekleidete er nach einer erfolgreichen Karriere in der französischen Verwaltung den Posten des Directeur du Trésor (Schatzamt). Außerdem war er Vorsitzender des Pariser Clubs und des Wirtschafts- und Währungsausschusses der EU.

Im Geschäftsjahr begrüßte die EBWE die Ernennung von Hanna Gronkiewicz-Waltz, der vorherigen Gouverneurin der polnischen Zentralbank, zur neuen Vizepräsidentin für Personal und Verwaltung. Sie trat an die Stelle von Miklos Nemeth, der in der Bank

seit ihrer Gründung eine wichtige Rolle gespielt hatte und im April seinen Abschied nahm. Joachim Jahnke wurde für weitere zwei Jahre zum Vizepräsidenten für Projektbewertung und Unterstützung für Geschäfts- und Umwelttätigkeit ernannt. Willem Buiter, der neue Chefvolkswirt der Bank, trat seine Stellung im Juni an. Vorher war er Mitglied des Währungspolitischen Ausschusses der Bank of England und Professor an der Cambridge University.

Herausforderungen für die Zukunft

In den letzten zehn Jahren haben die Einsatzländer der EBWE und ihre Bevölkerung weitreichende politische und wirtschaftliche Freiheiten gewonnen. Freie und faire Wahlen werden mehr und mehr zum Regelfall, und politische und zivile Freiheiten haben Wurzeln geschlagen. Die Marktwirtschaft herrscht in der Region vor, und die meisten Güter und Dienstleistungen werden vom Privatsektor bereitgestellt und unter Wettbewerbsbedingungen gehandelt. Der Finanzsektor gewinnt seine entscheidende Rolle als Intermediär zurück. Im Sinne ihres Mandats hat die EBWE einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieser Länder geleistet.

Die EBWE geht ihrem zehnten Jahrestag entgegen, und es ist deutlich geworden, dass der Transformationsprozess langsam, mühselig und von schweren Rückschlägen bedroht ist. Um Wachstum und Stabilisierung in der Region zu erhalten, ist es in der nächsten Zeit entscheidend, starke Volkswirtschaften aufzubauen, gute Unternehmensführung zu fördern, gut funktionierende Märkte zu unterstützen und die Armut zu mildern. Die Bank wird ihre Geschäftspolitik, Projekte und Produkte weiterhin der Förderung dieser Entwicklungen anpassen.

Die EBWE wird zum Wirtschaftswachstum beitragen, indem sie das Niveau ihrer Zusagen in den fortgeschrittenen Ländern beibehält, ihre Tätigkeit in Russland intensiviert und die Finanzierungen in den Ländern der frühen und mittleren Transformationsphasen erweitert.

Die Bank wird ihre Anstrengungen verdoppeln, gute Unternehmensführung zu fördern, die wesentliche Anreize für Auslandsinvestitionen bietet. Die EBWE wird den Ländern bei der Verbesserung der Rechtssicherheit und -qualität, der Transparenz der Entscheidungsfindung im öffentlichen Sektor, dem Schutz von Minderheitsaktionären, der Bekämpfung der Korruption und der Überwindung bürokratischer Einmischung weiterhin zur Seite stehen. Die EBWE wird den Schwerpunkt insbesondere auf die Implementierung neuer Gesetze legen.

Eine Schlüsselpriorität der EBWE ist die Förderung gut funktionierender Märkte, denn Investoren setzen ihre Ressourcen lieber da ein, wo ein ordnungsrechtlicher Rahmen und institutionelle Vereinbarungen von hoher Qualität den Wettbewerb fördern.

Gleichzeitig mit den Fortschritten im Transformationsprozess hat das Ausmaß der Armut in der Region weiter zugenommen. In einigen Ländern ist ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Bevölkerung verarmt. Obwohl die EBWE über kein besonderes Mandat zur Linderung der Armut verfügt, setzt sie sich dafür ein, Regierungen und anderen Institutionen bei der Inangriffnahme dieser Probleme beizustehen. Daher bemüht sie sich um Möglichkeiten der Kofinanzierung mit der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Union, der Entwicklungsbank des Europarats und insbesondere der Weltbank.

Die EBWE ist sich bewusst, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in weiten Teilen der Region weiterhin problematisch sind. Insbesondere müssen die Vorteile des Transformationsprozesses so weitergegeben werden, dass die Lebensbedingungen sich bessern, vor allem für die Teile der Bevölkerung, die am meisten gelitten haben – so die Älteren und die Arbeitslosen. Bei der Durchführung der Überprüfung der Kapitalressourcen räumte die EBWE ein, dass trotz der erheblichen in der Region insgesamt erzielten Fortschritte im zweiten Jahrzehnt der Transformation noch schwierige Herausforderungen zu meistern sind. Diese Schlussfolgerung wurde durch die Überprüfung der Transformationswirkung der Bank bestätigt. Letztere zeigt Möglichkeiten auf, wie die EBWE diese Herausforderungen angehen und ihre Auswirkung auf den Transformationsprozess verstärken kann, indem sie ihre Erfolge als Ausgangspunkt betrachtet und auf ihnen aufbaut.

Im kommenden Jahr dürften die globalen Geschäftsbedingungen sich schwieriger gestalten als im Jahr 2000. In den GUS-Ländern lassen die günstigen Auswirkungen der massiven Währungsabwertung nach, die auf die Russlandkrise des Jahres 1998 folgten. Daher werden weitere Fortschritte im Transformationsprozess in der Region immer entscheidender von der Reformbereitschaft der Regierungen abhängen. Die EBWE wird diesen Prozess im zweiten Jahrzehnt ihrer Geschäftstätigkeit weiterhin unterstützen.

Jüngste Entwicklungen im Transformationsprozess

Im Jahr 2000 war das Wirtschaftswachstum in der Einsatzregion der EBWE das bisher stärkste seit Beginn des Transformationsprozesses. Im zweiten Jahr in Folge übertraf das Wachstum in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) dasjenige in Mittel- und Osteuropa (MOE) und den baltischen Ländern. Fast alle Länder nahmen an dem Aufschwung teil und profitierten von der hohen Performanz der Weltwirtschaft im Jahr 2000. Da ein globaler Rückgang zu erwarten ist, scheint es unwahrscheinlich, dass diese günstigen externen Bedingungen 2001 weiterbestehen.

In den meisten GUS-Ländern waren Exporte und Investitionen Lokomotiven des Wachstums. Zum großen Teil war dies auf die Wettbewerbsvorteile aufgrund des steilen Absinkens des Außenwerts der Währungen zurückzuführen. Diese Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit dürfte von kurzer Dauer sein, wenn sie nicht durch konsequente Strukturreformen und fiskale Zurückhaltung untermauert wird. Nettoexporteure von Öl und Gas, wie Russland und die Anrainerländer des Kaspischen Meeres, konnten aufgrund der hohen Ölpreise für einen Großteil des Jahres 2000 eine Anhebung der Realeinkommen, Exporte und Steuereinkünfte verzeichnen. Die meisten Marktprognosen rechnen für 2001 mit niedrigeren Ölpreisen, und es ist wesentlich, volkswirtschaftlich umsichtig zu handeln, um die Rohstoffpreiserisiken abzufedern.

Die Beitrittskandidaten der EU in Mittel- und Osteuropa und den baltischen Ländern profitierten von der Wirtschaftsstärke in der EU und wachsenden Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in Erwartung der EU-Mitgliedschaft. Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die breitere europäische und globale Wirtschaft Ende 2000 war ein positives Ereignis für ganz Südosteuropa.

In der Einsatzregion der EBWE insgesamt schafften die verbesserten Wirtschaftsaussichten 2000 eine Gelegenheit, die Wirtschafts- und Unternehmensführung zu verbessern und die juristischen, regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Institutionen zu stärken, die eine gut funktionierende Marktwirtschaft unterstützen. Verbesserte Marktkonditionen geben ausländischen Investoren einen Anreiz, ihre Aktivitäten in der Region zu intensivieren. Die ADI nahmen 2000 weiter auf rund 26 Milliarden Euro zu, konzentrierten sich aber nach wie vor auf die Länder, die im Übergang zur Marktwirtschaft die meisten Fortschritte erzielt hatten. Für die Region insgesamt gibt es für weitere Zunahmen der ADI noch viel Spielraum.

Bei verbesserter Wirtschaftsperformanz haben die Realeinkommen in vielen Ländern zugenommen, am meisten in Russland, wo die Reallöhne 2000 um mehr als 20 Prozent stiegen. Um diese Verbesserungen nachhaltig zu machen, sind weitere Produktivitätszuwächse erforderlich, die alten unproduktiven Unternehmen Anpassungskosten abverlangen. Die Verbesserung der Wirtschaftsaussichten in der Region vollzieht sich vor dem Hintergrund gewaltiger Herausforderungen an die Sozialpolitik, der sich die Regierungen in den kommenden Jahren verstärkt widmen müssen.

Fortschritte im Transformationsprozess

Seit 1994 hat die Volkswirtschaftliche Abteilung der EBWE in ihrem *Transition Report* jährliche Bewertungen der Fortschritte im Transformationsprozess in allen Einsatzländern veröffentlicht. Obwohl diese Bewertungen subjektiv sind, spiegeln sie Expertenmeinungen zu den jüngsten politischen Veränderungen und Entwicklungen der Strukturreformen wider. Im Jahr 2000 war seit 1997 der höchste Anstieg der mittleren allgemeinen Transformationsbewertung zu verzeichnen. 22 Länder zeigten verbesserte Ergebnisse, für zwei blieben die Werte unverändert, und nur für zwei waren sie schlechter. Nicht nur war der Mittelwert insgesamt der höchste der letzten Jahre – auch die Unterschiede der Mittelwerte zwischen den meisten Ländern verringerten sich weiter. Nichtsdestoweniger gibt es zwischen den Ländern in mehr oder weniger fortgeschrittenen Transformationsphasen noch immer erhebliche Unterschiede im Verlauf der Reformen.

Zu den Ländern, die im letzten Jahr die meisten Fortschritte erzielt haben, gehören Georgien, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Tadschikistan. Sie holen weiterhin lange aufgeschobene Reformen nach, besonders in den Bereichen Preis- und Handelsliberalisierung, Privatisierung kleiner Unternehmen und Wettbewerbspolitik. Der Spielraum für die Reformtätigkeit in diesen Ländern hat sich mit der Beendigung des Kosovo-Krieges und der Erholung vom Bürgerkrieg erweitert.

Bemerkenswerte Fortschritte wurden in einigen der Länder erzielt, die vor kurzem eingeladen wurden, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen, insbesondere in Bulgarien und Litauen, aber auch Lettland und der Slowakischen Republik. Ein besonderer Anstoß für Reformen kam von Privatisierungen an ausländische strategische Investoren. So flossen größere Zuflüsse privatisierungsbezogener ADI nach Bulgarien, Litauen und in die Slowakische Republik. Auch bei Reformen im Finanzsektor wurden Fortschritte erzielt.

Während einige neue Beitrittskandidaten bemerkenswerte Reformfortschritte erzielten, konnten auch die Vorreiter im Beitrittsprozess weitere Verbesserungen verzeichnen. Polen und Ungarn, wo ein solider und gut fundierter Rahmen geschaffen wurde und die Investoren mit Vertrauen vermehrt tätig sind, haben jetzt an den Wertpapiermärkten einen Grad der Performanz erreicht, der sich

von dem in den reiferen Schwellenmärkten kaum unterscheidet. Allgemeiner gesehen veranlasst der Beitrittsprozess die fortgeschrittenen Reformer, ihre Gesetze und Regulierungen weiter anzupassen und die Umsetzung auf den Gebieten der Wettbewerbspolitik (Slowenien) und der Regulierung des Finanzwesens und der Unternehmensführung (Slowakische und Tschechische Republik) sowie der Kommerzialisierung der Infrastruktur und der Umwelt zu verbessern.

In der GUS konzentrierten sich die Reformfortschritte vor allem auf den Bereich der Liberalisierung, während die Restrukturierung von Unternehmen, die Wettbewerbspolitik und Reformen im Finanzsektor weiter zurückbleiben. Drei GUS-Länder (Kasachstan, Russland und Weißrussland) bauten einige der administrativen Kontrollen von Preisen und Handel ab, die sie infolge der Russlandkrise von 1998 eingeführt hatten, und kehrten zu der schon früher erreichten Liberalisierungsstufe zurück. Nach Kirgisistan im Jahr 1999 trat Georgien als zweites GUS-Land 2000 der Welthandelsorganisation bei. Armenien soll demnächst folgen. Unter der neuen Regierung der Ukraine wurden mehrere Reforminitiativen in Gang gesetzt, unter anderem die Privatisierung von Großunternehmen in Staatsbesitz (darunter Versorgungsbetriebe), die Vorbereitung einer neuen Steuergesetzgebung und die Konsolidierung des Bankensektors. Moldau hob die Energiegebühren auf ein kostendeckendes Niveau an und setzte damit die Liberalisierung der Inlandspreise fort.

In Russland gab es einige Verbesserungen in den Bereichen Unternehmensführung und -restrukturierung. Dies fand seinen Niederschlag in einem deutlichen Rückgang des Tauschhandels und der erfolgreichen Überwindung einiger öffentlich gebrandmarkter Missbräuche im Unternehmensführungsbereich. Auch bei der Steuerreform wurden Schritte unternommen. Darüber hinaus hat die Erfahrung gezeigt, dass niedrige Standards der Unternehmensführung für die Unternehmen selbst mit hohen Kosten verbunden sind, dazu gehören niedrige Vermögenswerte und mangelnder Zugang zu Finanzierungen. Unter den russischen Unternehmern könnte also die Einsicht wachsen, dass eine integrale Geschäftsführung nutzbringend sein kann. Es ist jedoch zu früh zu beurteilen, ob diese Entwicklungen von Dauer sind und zu nachhaltigen Verbesserungen der Performanz von Unternehmen führen werden. Tatsächlich schien sich im Verhältnis zu den im Sommer 2000 veröffentlichten ehrgeizigen Plänen das Tempo der Strukturreformen gegen Ende des Jahres abzuschwächen, da der Widerstand von Interessengruppen zugenommen hat. Die Kapitalflucht bleibt hoch. Nachdem sie in der ersten Jahreshälfte zurückgegangen war, stieg sie später wieder durchschnittlich auf schätzungsweise 2 Milliarden US-Dollar pro Monat an.

Die russischen Behörden müssen die Gelegenheit ergreifen, Reformen in entscheidenden Bereichen voranzutreiben, so im Rechtswesen, in der öffentlichen Verwaltung, der Zahlungsdisziplin, der Infrastruktur und der Bankenrestrukturierung. Die im Reformprogramm der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen sind ermutigend, können sich aber nur durch ihre erfolgreiche Umsetzung bewähren. Die EBWE beteiligt sich aktiv an Gesprächen mit den Behörden zur Unterstützung von Reformen in den Sektoren Eisenbahnen und Energie. Außerdem hat sie eine Reihe von Projekten mit russischen Großunternehmen vorbereitet, die auf die Verbesserung der finanziellen Transparenz und der Unternehmensführung abzielen.

Turkmenistan und Usbekistan verzeichneten als einzige Länder in der Region 2000 ein weiteres Absinken ihrer mittleren Transformationsbewertungen, da sie ihre Reformen nach wie vor hinauszögerten. Dieser Rückgang spiegelt zunehmende wirtschaftliche Verzerrungen wider, so die Umleitung von Subventionen in Unternehmen mit chronischen Verlusten auf Kosten der übrigen Wirtschaft. Die Regierung Usbekistans, die für Anfang 2001 wiederholt eine Vereinheitlichung ihrer Wechselkurse in Aussicht gestellt hatte, scheint ihren eigenen Zeitplan aufs neue zu verfehlen.

Mit der Wahl neuer demokratischer Regierungen in Jugoslawien sowohl auf Bundesebene als auch in der Republik Srpska ist der Beginn ernsthafter Strukturreformen in diesem Land jetzt von höchster Dringlichkeit. Im Vergleich mit seinen Nachbarn liegt Jugoslawien in allen Transformationsbereichen weit zurück. Die neuen Behörden haben allerdings bereits eine Reihe wichtiger Reformschritte in die Wege geleitet, unter anderem die Einführung vollständiger Währungsconvertibilität und den Abbau des Systems mehrerer Wechselkurse. Die Privatisierung bedeutender staatlicher Unternehmen ist in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen, und in den vorwiegend in Privathand befindlichen Firmen haben Insider weitgehend die Kontrolle behalten. Nach Jahren staatlicher Einmischung und makroökonomischer Instabilität ist das Bankensystem in einem desolaten Zustand.

Die neue jugoslawische Regierung steht gewaltigen Herausforderungen gegenüber, kann aber von einem Jahrzehnt der Reform Erfahrungen in anderen Teilen der Region profitieren. Wenn die wirtschaftliche Transformation in Jugoslawien ernstlich in Schwung käme, wären die Vorteile für ganz Südosteuropa beträchtlich. Gleichzeitig bedeutet das dramatische Absinken des Lebensstandards der jugoslawischen Bevölkerung, dass man den sozialen Folgen der Reformen, die die Reformanstrengungen in den kommenden Jahren in der Region wahrscheinlich prägen werden, besondere Aufmerksamkeit schenken muss.

1 Trotz der 2000 erzielten Fortschritte bei der Reform des Finanzsektors bleibt bei der Stabilisierung der Finanzinstitute und der Förderung besserer Finanzintermediation noch viel zu tun.



Jüngste wirtschaftliche Entwicklungen

In viele Transformationsländer kehrte im Jahr 2000 das Wirtschaftswachstum zurück. Der Aufschwung, der in Russland und vielen anderen Ländern etwa Mitte 1999 einsetzte, hat sich inzwischen gefestigt, und das Durchschnittswachstum für die Region insgesamt lag im Jahr 2000 über 5 Prozent (siehe Tabelle auf Seite 18). Darüber hinaus sind die Wechselkurse in fast allen Ländern der Region relativ stabil, und die Inflation ist rückläufig. Der auffälligste Aspekt der gegenwärtigen Erholung ist jedoch die Tatsache, dass sie zum ersten Mal seit Beginn des Transformationsprozesses eine breite Basis in der gesamten Region hat. Tatsächlich übertrafen die Wachstumsraten des Jahres 2000 in der Mehrzahl der GUS-Länder die in den MOE-Ländern. Die größte Volkswirtschaft der Region (Russland) wuchs schneller als die zweitgrößte (Polen).

In den letzten Jahren war das Wachstum in den MOE-Ländern mit einer robusten Exportleistung verbunden, insbesondere in Ungarn und Estland. Im Jahr 1999 wurde diese allgemeine Tendenz für einige Länder zeitweilig unterbrochen, da wichtige Exportmärkte infolge der russischen Wirtschaftskrise einbrachen. Im Jahr 2000 war jedoch eine Rückkehr zur früheren Tendenz zu beobachten.

Alle Länder der Region profitierten im hohen Maße von dem starken Wachstum in der EU. Dies galt besonders für Ungarn, dessen Wachstum für das gesamte Jahr 2000 bei 5 Prozent lag. Auch die Erholung in der Tschechischen Republik war in der Hauptsache auf Exporte in die EU zurückzuführen, die Binnennachfrage kam jedoch in der zweiten Jahreshälfte in Schwung. In Polen trug die Beschleunigung des Exportwachstums trotz einer durch die straffe Geldpolitik verursachten Verlangsamung der Binnennachfrage zu einer nachhaltigen Produktionsleistung bei.

Das Wachstum in den baltischen Ländern setzte im Jahr 2000 energisch wieder ein, besonders in Estland, wo es durch den Export vorangetrieben wurde. Auch in Südosteuropa konnte das exportgetriebene Wachstum dank der EU-Nachfrage an Boden gewinnen. Zum Beispiel wuchsen die in US-Dollar ausgedrückten Exporte Bulgariens im Jahr 2000 um 12,5 Prozent, nachdem sie im Vorjahr um 5 Prozent zurückgegangen waren. In Rumänien

kehrte endlich ein Wachstum von rund 2 Prozent zurück, und die Exporte stiegen infolge einer umfangreichen realen Wechselkursanpassung um zweistellige Prozentzahlen. In Südosteuropa dürften die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Jugoslawien und die daraus resultierende Verminderung der Transportkosten 2001 zu einem weiteren Auftrieb des Exporthandels und daher zum Wachstum beitragen.

In den MOE-Ländern ist 2001 ein weiteres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erwarten, wobei das gegenwärtige hohe Niveau in Estland, Lettland, Polen, Ungarn und Slowenien anhalten soll, während in fast allen anderen Ländern ein weiterer Anstieg erwartet wird. Diese positiven Aussichten sind jedoch mit einigen Risiken verbunden. Vor allem würde ein steiler Abschwung in der EU – nach einem Rückgang in den Vereinigten Staaten – die Wachstumsaussichten in den MOE-Ländern erheblich beeinträchtigen. Gleichzeitig könnte ein fortgesetzt hohes Wachstum vermehrten inflationären Druck ausüben und die Außenbilanzen erneut belasten.

Daher ist es nötig, dem richtigen Gleichgewicht für die makroökonomische Politik sorgfältige Beachtung zu schenken. Insbesondere verringert die Offenheit der Kapital- und Warenmärkte der Region die Fähigkeit der Zentralbanken, die Inflation zu bekämpfen und gleichzeitig wettbewerbsfähige Wechselkurse beizubehalten. Daher wird die Fiskalpolitik die Hauptlast der Anpassung tragen müssen.

Eine positive Entwicklung in der Region war ohne Frage der Aufschwung in Russland und vielen anderen GUS-Ländern. Das Wachstum für 2000 wird in neun der 12 GUS-Länder auf 5 Prozent oder mehr geschätzt. Preise und Wechselkurse sind stabiler geworden, obwohl die Mehrzahl der Länder immer noch anfällig ist. Nur Usbekistan, das für seine verzerrende Wechselkurspolitik und multiple Wechselkurse teuer bezahlen muss, und Moldau, das eine weitere schlechte Ernte hinter sich hat, sind Ausnahmen im allgemein positiven Trend. Auch die Nachhaltigkeit des vom Gasexport angetriebenen Wachstums in Turkmenistan und die durch Kredite finanzierte Expansion in Weißrussland geben Anlass zur Besorgnis.

② Wie die anderen Beitrittsländer zur EU erzielte Polen 2000 ein solides Wachstum des realen BIP.



Der Aufschwung in der GUS wurde durch die starke Angebotsreaktion nach den drastischen realen Wechselkursabwertungen 1998-99 beflügelt. Diese Ansicht lässt sich dadurch belegen, dass nicht nur die mit natürlichen Ressourcen ausgestatteten Volkswirtschaften stark wachsen, sondern auch andere Länder der Region, wie – zum ersten Mal seit Beginn des Transformationsprozesses – die Ukraine. Hinzu kommt, dass Russlands wiedergewonnene makroökonomische Stärke positive Auswirkungen auf Exporteure aus anderen GUS-Ländern hat, ebenso wie Russlands Abschwung 1998 seine Haupthandelspartner in der GUS negativ beeinflusste.

Die Industrieproduktion nahm im Jahr 2000 in der GUS insgesamt zu. Dabei reichte die Größenordnung von 2,3 Prozent in Moldau bis zu 14,6 Prozent in Kasachstan. Russland und die Ukraine verbuchten einen Anstieg von etwa 9 Prozent bzw. 13 Prozent. In Russland und mehreren zentralasiatischen Ländern sowie in Aserbaidschan spielte die robuste Performanz des Rohstoffsektors eine führende Rolle beim industriellen Aufschwung. Es ist jedoch anzumerken, dass die verbraucherorientierte Leichtindustrie, so die Produktion von Nahrungsmitteln, Textilien und Haushaltsgeräten, in der gegenwärtigen Erholungsphase zum ersten Mal seit Beginn des Transformationsprozesses kräftig zulegt. Die Wettbewerbsgewinne gegenüber westlichen Importeuren waren ein wichtiger Faktor für die Erholung des Verarbeitungssektors in der GUS.

Sollen die gegenwärtigen Gewinne jedoch anhalten, nachdem die zur Zeit gegebenen Wettbewerbsvorteile nicht mehr greifen, müssen die einheimischen Hersteller umfassendere Anpassungen vornehmen. Es gibt bereits Anzeichen für einen merklichen Rückgang der Industrieerzeugung in Russland, wo sich die wachsende einheimische Nachfrage zunehmend auf Importe verlagert. Es bleibt abzuwarten, ob die positiven wirtschaftlichen Möglichkeiten im gegenwärtigen makroökonomischen Umfeld den Managern genügend Anreize für die Investitionen und schmerzhaften Anpassungen geben, die notwendig sind, um sich dem zunehmenden Wettbewerb stellen zu können.

Darüber hinaus sind die langfristigen Kosten der Russlandkrise für viele Länder der GUS trotz der jüngsten Verbesserungen nach wie vor beträchtlich. Das Sinken der effektiven Wechselkurse war zwar gut für die Wettbewerbsfähigkeit, hat aber für viele GUS-Länder zu einer drastischen Erhöhung der Außenverschuldung geführt. Für einige kleinere Volkswirtschaften, so für Georgien, Kirgisistan, Moldau und Tadschikistan, ist die Bedienung der wachsenden Schulden eine fortwährende Herausforderung. Russland und die Ukraine warten noch immer auf die Restrukturierung der Außenverschuldung.

Ein Rückgang der Rohstoffpreise vor dem Hintergrund eines weniger günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds würde die Schuldendienstprobleme vieler GUS-Länder verschlimmern. Darüber hinaus haben viele Länder seit 1998 Banken Krisen durchlaufen, die ihre Bankensysteme fast zerstörten. Obwohl die effektiven Kosten dieser Krisen begrenzt waren, da die Verbindungen zwischen dem Bankensektor und der realen Wirtschaft in der Region insgesamt schwach sind, wurde die Schwäche des öffentlichen Finanzwesens durch die Kosten der Stützungsaktionen verschlimmert. Eine längerfristige Entwicklung kann sich jedoch nicht ohne ein funktionierendes Finanzwesen vollziehen. In vielen GUS-Ländern, vor allem in Russland, sind die zur Stabilisierung der Finanzinstitute und zur Förderung einer umfassenderen Betätigung von Finanzintermediären ergriffenen Maßnahmen immer noch weitgehend unzureichend.

Kapitalströme

Hand in Hand mit dem Aufschwung der regionalen und globalen Wirtschaft war im letzten Jahr eine moderate Erholung der Kapitalströme in die Transformationsländer zu beobachten. Allerdings sind die Kapitalströme seit der Russlandkrise 1998 sowohl hinsichtlich der Empfängerländer als auch ihrer Art deutlich differenzierter geworden. Was die Art der Ströme betrifft, haben sich ADI als viel robuster und den Marktschwankungen gegenüber viel widerstandsfähiger erwiesen als andere Arten wie Anleihen, Zuströme von Beteiligungskapital und Konsortialkredite.

Wachstum des realen BIP in Mittel- und Osteuropa, den baltischen Ländern und der GUS

(in Prozent)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Geschätzte Höhe des realen BIP 2000 (1989=100)	BIP pro Kopf 2000 (in US-Dollar)
Albanien	-28,0	-7,2	9,6	8,3	13,3	9,1	-7,0	8,0	7,3	7,2	102	1.195
Bulgarien	-11,7	-7,3	-1,5	1,8	2,1	-10,9	-6,9	3,5	2,4	4,5	70	1.484
Estland	-13,6	-14,2	-9,0	-2,0	4,3	3,9	10,6	4,7	-1,1	6,4	82	3.409
Kroatien	-21,1	-11,7	-8,0	5,9	6,8	6,0	6,5	2,5	-0,4	3,6	80	4.245
Lettland	-10,4	-34,9	-14,9	0,6	-0,8	3,3	8,6	3,9	1,1	5,0	63	2.935
Litauen	-5,7	-21,3	-16,2	-9,8	3,3	4,7	7,3	5,1	-4,2	2,9	64	3.045
EJR Mazedonien	-7,0	-8,0	-9,1	-1,8	-1,2	1,2	1,4	2,9	2,7	5,5	78	1.689
Polen	-7,0	2,6	3,8	5,2	7,0	6,1	6,9	4,8	4,1	4,1	127	4.108
Rumänien	-12,9	-8,8	1,5	3,9	7,1	3,9	-6,1	-5,4	-3,2	2,0	77	1.600
Slowakische Republik	-14,6	-6,5	-3,7	4,9	6,7	6,2	6,2	4,1	1,9	2,0	102	3.736
Slowenien	-8,9	-5,5	2,8	5,3	4,1	3,5	4,6	3,8	5,0	4,7	114	9.319
Tschechische Republik	-11,6	-0,5	0,1	2,2	5,9	4,8	-1,0	-2,2	-0,8	2,5	97	4.909
Ungarn	-11,9	-3,1	-0,6	2,9	1,5	1,3	4,6	4,9	4,5	5,0	104	4.721
<i>Mittel- und Osteuropa und baltische Länder¹</i>	<i>-10,7</i>	<i>-4,4</i>	<i>-1,2</i>	<i>3,7</i>	<i>5,5</i>	<i>4,7</i>	<i>4,0</i>	<i>2,6</i>	<i>1,2</i>	<i>4,0</i>	<i>99</i>	<i>-</i>
Armenien	-11,7	-41,8	-8,8	5,4	6,9	5,9	3,3	7,2	3,3	6,0	63	504
Aserbaidschan	-0,7	-22,6	-23,1	-19,7	-11,8	1,3	5,8	10,0	7,4	11,0	52	507
Georgien	-20,6	-44,8	-25,4	-11,4	2,4	10,5	10,8	2,9	3,0	2,0	34	555
Kasachstan	-13,0	-2,9	-9,2	-12,6	-8,2	0,5	1,7	-1,9	1,7	9,6	68	1.115
Kirgisistan	-5,0	-19,0	-16,0	-20,1	-5,4	7,1	9,9	2,1	3,7	5,1	66	275
Moldau	-17,5	-29,1	-1,2	-31,2	-1,4	-7,8	1,3	-6,5	-4,4	0,0	32	326
Russland	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,1	-3,5	0,8	-4,6	3,5	7,7	62	1.582
Tadschikistan	-7,1	-29,0	-11,0	-18,9	-12,5	-4,4	1,7	5,3	3,7	8,3	47	158
Turkmenistan	-4,7	-5,3	-10,0	-17,3	-7,2	-6,7	-11,3	5,0	16,0	17,6	75	415
Ukraine	-11,6	-13,7	-14,2	-23,0	-12,2	-10,0	-3,0	-1,9	-0,4	6,0	39	640
Usbekistan	-0,5	-11,1	-2,3	-4,2	-0,9	1,6	2,5	4,4	4,1	1,5	96	298
Weißrussland	-1,2	-9,6	-7,6	-12,6	-10,4	2,8	11,4	8,3	3,4	6,0	85	807
<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten²</i>	<i>-6,0</i>	<i>-14,1</i>	<i>-9,3</i>	<i>-13,8</i>	<i>-5,2</i>	<i>-3,5</i>	<i>0,9</i>	<i>-3,5</i>	<i>3,1</i>	<i>7,4</i>	<i>59</i>	<i>-</i>
Mittel- und Osteuropa, baltische Länder und GUS	-8,1	-9,7	-5,6	-5,8	-0,3	0,2	2,2	-1,0	2,1	5,3	71	-

Anmerkungen:

Zahlen für 1991-99 entsprechen den jüngsten offiziellen Schätzungen der Ergebnisse in Veröffentlichungen der nationalen Behörden, des IWF, der Weltbank und der OECD. Angaben für 2000 sind vorläufige Ist-Zahlen, vor allem offizielle Schätzungen der Behörden. Schätzungen des Wachstums für Bosnien und Herzegowina sind erst ab 1995 verfügbar und daher nicht in dieser Zusammenfassung aufgeführt.

¹ Schätzungen des realen BIP entsprechen gewichteten Mittelwerten für Albanien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, die EJR Mazedonien, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Die für die Wachstumsraten benutzten Gewichtungen waren EBWE-Schätzungen des nominalen US-Dollar-BIP im Vorjahreszeitraum; die für den Index in der letzten Spalte waren EBWE-Schätzungen des BIP, in den Wechselkursen von 1989 in US-Dollar-Kaufkraftparitäten umgerechnet.

² Schätzungen des realen BIP entsprechen gewichteten Mittelwerten für die GUS-Länder. Die für die Wachstumsraten genutzten Gewichtungen waren EBWE-Schätzungen des nominalen Dollar-BIP im Vorjahreszeitraum, die für den Index in der letzten Spalte waren EBWE-Schätzungen des BIP, in den Wechselkursen von 1989 in US-Dollar-Kaufkraftparitäten umgerechnet.

Internationale Kapitalströme in die Region sind von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche Transformation und können einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des Wachstumspotenzials der Region leisten. Die einheimischen Finanzsysteme sind noch nicht in der Lage, den Investor hinreichend zu schützen. Darüber hinaus sind die Ersparnisse begrenzt, besonders während der Erholung von der Transformationsrezession, wenn die Erwartungen zukünftiger Einkünfte den Verbrauch ankurbeln.

Kapitalströme haben wesentlich zur Senkung der Kosten finanzieller Investitionen beigetragen und waren eine Hauptquelle für die Befriedigung der steigenden Nachfrage nach Investitionen, insbesondere in den fortgeschrittenen Ländern. Die Nachhaltigkeit des Wachstums in der gegenwärtigen Größenordnung bleibt eine Herausforderung. Die Grenzen dieser Art des von Effizienz getriebenen Wachstums sind inzwischen in mehreren MOE-Ländern (besonders in Polen) als Verbindung hoher Leistungsbilanzdefizite mit erheblicher Abhängigkeit von ADI deutlich geworden.

Die verbesserten wirtschaftlichen Aussichten im Jahr 2000 trugen zwar dazu bei, die Investoren zurück in die Region zu locken, insbesondere nach Russland, aber das Wachstum der Nettozuflüsse war im Umfang bescheiden. Die gesamten Nettokapitalströme stiegen 2000 auf geschätzte 17 Milliarden US-Dollar – im Vergleich zu 12 Milliarden US-Dollar 1999 –, aber diese Summe liegt noch immer deutlich unter dem Rekordbetrag von 30 Milliarden US-Dollar 1997. Der Anstieg der Zinsen in den USA und Europa und das in beiden Regionen andauernde beträchtliche Wachstum lenkte die Kapitalströme weg von den Schwellenmärkten, u. a. auch den Transformationsländern. In letzter Zeit haben die durch die Finanznöte in Argentinien und der Türkei ausgelösten Sorgen um die Schwellenmärkte zum Abfluss von kurzfristigen Portfolioinvestitionen aus der Region geführt.

Das gestärkte Vertrauen der Investoren in die Region schlägt sich vor allem in den wesentlichen Verbesserungen der Kreditaufnahmebedingungen nieder. Trotz der jüngsten Turbulenzen fielen im Berichtsjahr infolge der Erholung in Ostasien und Russland und des nachhaltigen Wachstums in den Industrieländern für die meisten Schwellenmärkte die Ertragsspannen.

Russlands Umschuldung bei privaten ausländischen Gläubigern sowie die zunehmende politische Stabilität nach den Präsidentschaftswahlen haben dazu beigetragen, westliche Investoren zurück in die Region zu bringen. Im Übereinkommen mit den Gläubigern des Londoner Clubs im Februar 2000 ging es um den Austausch ausstehender Schulden gegen Eurobonds. Dieser verringert den laufenden Nettowert der Schulden beträchtlich und verlängert ihre Laufzeit. Außerdem machte die Ukraine im Frühjahr 2000 das Angebot, ihre ausstehenden Außenschulden gegen neue auf Euro und US-Dollar lautende Eurobonds mit siebenjähriger Laufzeit einzutauschen, um ihre schwere Schuldenlast in den Jahren 2000

und 2001 zu erleichtern. Das Angebot wurde von Anleihegebern, die mehr als 95 Prozent der ausstehenden Schulden halten, angenommen.

Der Trend hinsichtlich der Aktienkurse war 2000 infolge der im allgemein gedämpften Performanz der Börsen weltweit weniger deutlich. Nach einem anfänglich energischen Anziehen der Aktienkurse Ende 1999 und Anfang 2000 fielen sie im übrigen Teil des Jahres in den meisten Ländern auf einen Stand zurück, der leicht unter dem Wert von Ende 1999 lag. Darüber hinaus haben nur die ungarische und die polnische Börse unter den vielen aufstrebenden Börsen der Region einen Grad der Liquidität erreicht, der sie zu einem attraktiven Markt für Neuemissionen macht.

ADI waren das einzig konstant positive Element der privaten Nettoinvestitionen in den Transformationsländern. Sie erwiesen sich als äußerst widerstandsfähig und erreichten 2000 die geschätzte Höhe von 26,2 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung gegenüber 17,5 Milliarden US-Dollar 1997 (siehe Tabelle auf Seite 20). Fast 60 Prozent der ADI flossen im Jahr 2000 in die MOE-Länder, vor allem nach Polen, in die Tschechische Republik und nach Ungarn. In Südosteuropa waren Bulgarien, Kroatien und Rumänien die Hauptempfängerländer für ADI. Unter den GUS-Ländern geht der Hauptteil der ADI an Kasachstan und Russland, was zum Großteil auf die Bodenschätze dieser Länder zurückzuführen ist.

Die Höhe der ADI pro Kopf ist von Land zu Land sehr verschieden. Während die mittleren kumulativen ADI-Zuflüsse zwischen 1989 und 2000 in den MOE-Ländern bei 782 US-Dollar pro Kopf lagen, beliefen sie sich in der GUS nur auf 170 US-Dollar. Darüber hinaus bestehen oft selbst zwischen benachbarten Ländern große Unterschiede. Zum Beispiel erreichten die kumulativen ADI im letzten Jahrzehnt in Ungarn die Höhe von 1.935 US-Dollar pro Kopf, während sie sich in Rumänien nur auf 303 US-Dollar beliefen. In der GUS flossen zwischen 1989 und 2000 ADI in Höhe von 588 US-Dollar pro Kopf nach Kasachstan, ins benachbarte Usbekistan aber nur 41 US-Dollar pro Kopf.

Derartig hohe Unterschiede zwischen den Ländern kennzeichnen auch andere Schwellenmärkte. Global tendieren ADI zur Konzentration auf wenige große Empfängerländer, während die Mehrzahl der Entwicklungsländer kaum ADI erhält. Im weltweiten Vergleich der ADI-Ströme empfangen MOE-Länder im Durchschnitt pro Dollar des BIP etwa den gleichen Betrag an ADI wie Süd-, Ost- und Südostasien. Zugleich bekommen sie weniger als Südamerika und die Karibik und mehr als Afrika. Ausgedrückt als Zustrom pro Kopf erhält MOE mehr als alle anderen Regionen mit Ausnahme von Südamerika und der Karibik. In der GUS dagegen sind ADI aufgrund des unzulänglichen Investitionsklimas sehr gering. Dies muss ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen, wenn die ehemaligen Sowjetrepubliken im nächsten Jahrzehnt des Transformationsprozesses die EU-Beitrittsländer einholen wollen.

Ausländische Direktinvestitionen											
<i>(in der Zahlungsbilanz ausgewiesene Nettozuströme)</i>											
	1996	1997	1998	1999	2000 (geschätzt)	Kumulative ADI-Zuströme 1989-2000	Kumulative ADI-Zuströme pro Kopf 1989-2000	ADI-Zuströme pro Kopf 1999	ADI-Zuströme pro Kopf 2000	ADI-Zuströme in Prozent des BIP 1999	ADI-Zuströme in Prozent des BIP 2000
	<i>(in Millionen US-Dollar)</i>						<i>(in US-Dollar)</i>			<i>(% des BIP)</i>	
Albania	97	42	45	51	92	546	161	15	27	1,4	2,3
Albanien	97	42	45	51	92	546	161	15	27	1,4	2,3
Bosnien und Herzegowina	0	0	100	90	117	307	75	21	29	2,1	2,8
Bulgarien	138	507	537	806	820	3.152	388	98	101	6,5	6,8
Estland	111	130	574	222	277	1.882	1.307	154	198	4,3	5,7
Kroatien	509	302	781	1.350	750	3.984	885	299	167	6,7	3,9
Lettland	379	515	303	331	300	2.400	1.016	136	127	5,0	4,3
Litauen	152	328	921	478	295	2.307	626	129	80	4,5	2,6
EJR Mazedonien	12	18	175	27	100	368	184	14	50	0,8	3,0
Polen	2.741	3.041	4.966	6.348	9.299	29.052	751	164	240	4,1	5,9
Rumänien	415	1.267	2.079	1.070	1.000	6.768	303	48	45	3,1	2,8
Tschechische Republik	1.276	1.275	2.641	4.912	4.500	19.424	1.884	476	436	9,3	8,9
Slowakische Republik	199	84	374	701	1.500	3.611	669	130	278	3,6	7,4
Slowenien	188	340	250	144	133	1.534	768	72	67	0,7	0,7
Ungarn	1.987	1.653	1.453	1.414	1.650	19.420	1.935	140	164	2,9	3,5
<i>Mittel- und Osteuropa und baltische Länder</i>	<i>8.202</i>	<i>9.500</i>	<i>15.198</i>	<i>17.943</i>	<i>20.834</i>	<i>94.755</i>	<i>782</i>	<i>135</i>	<i>143</i>	<i>3,9</i>	<i>4,3</i>
Armenien	18	52	221	131	150	605	159	34	39	7,1	7,8
Aserbaidshon	661	1.093	1.024	510	500	4.092	502	64	61	12,8	12,1
Georgien	54	236	221	60	101	687	128	11	19	2,2	3,4
Kasachstan	1.137	1.320	1.143	1.584	1.350	8.706	588	106	91	10,0	8,2
Kirgisistan	47	83	109	35	42	450	95	8	9	2,9	3,2
Moldau	23	71	88	34	100	438	102	8	23	2,6	7,1
Russland	1.665	4.036	1.734	746	2.000	12.344	85	5	14	0,4	0,9
Tadschikistan	18	18	25	21	19	141	22	3	3	1,9	1,9
Turkmenistan	108	108	62	89	100	882	165	18	19	4,8	4,5
Ukraine	526	581	749	494	583	3.341	67	10	12	1,6	1,8
Usbekistan	90	167	226	201	231	1.021	41	8	9	2,6	3,1
Weißrussland	73	198	142	225	171	852	83	22	17	2,9	2,1
<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>	<i>4.419</i>	<i>7.963</i>	<i>5.744</i>	<i>4.130</i>	<i>5.347</i>	<i>33.559</i>	<i>170</i>	<i>25</i>	<i>26</i>	<i>4,3</i>	<i>4,7</i>
Gesamt	12.622	17.463	20.942	22.074	26.181	128.314	500	84	89	4,1	4,5

Quellen: IWF, Zentralbanken und Schätzungen der EBWE.

Für die meisten Länder decken die Angaben nur Investitionen in Kapitalanlagen und in einigen Fällen Sachleistungen.

Für Länder (z. B. Estland, Slowakische Republik), in denen Angaben über Nettoinvestitionen in Kapitalanlagen nicht leicht zur Verfügung standen, enthalten die jüngeren Angaben wieder angelegte Erträge sowie anstehende

Schulden anderer Unternehmen. Bruttozuströme von ADI sind aufgrund zunehmender intraregionaler Investitionszuströme in einigen Fällen beträchtlich höher als die Nettozuströme.

Rechtliches Umfeld

Die Transformationsländer konzentrierten sich im Jahr 2000 weiterhin auf die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Unterstützung einer effizienten Marktwirtschaft. Die Verabschiedung und Novellierung der Wirtschaftsgesetze kam weiter voran, und auf dem Gebiet Kapitalmärkte und Bankenregulierung wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Wie bisher waren die EU-Beitrittsländer führend bei Reformen ihrer Rechtssysteme. Dabei wirkte der Beitritt zur EU als starker Anreiz für die Harmonisierung der Gesetze und Regulierungen im Bestand der Europäischen Gemeinschaft.

Eine verstärkte internationale Beachtung des Investitionsklimas war die treibende Kraft hinter der Rechtsreform in den GUS-Ländern. Die Übersicht der EBWE über die Rechtsindikatoren, mit deren Hilfe Umfang und Wirksamkeit der Wirtschafts- und Finanzgesetze in der Region gemessen werden, ergab allerdings nach wie vor, dass die schwierige Arbeit des Aufbaus von Rechtsinstitutionen zur Implementierung und Durchsetzung neuer Gesetze erheblich hinter der Arbeit der Gesetzgeber zurückbleibt. Diese unzureichende Durchsetzung unterminiert das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rechtsstaatlichkeit.

Die Kodifizierung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Gesetzgebung machte 2000 weitere Fortschritte. Die Länder ersetzten die veralteten Gesetze, um eine zusammenhängendere und umfassendere Gesetzesstruktur zu schaffen. Polen verabschiedete ein neues Wirtschaftsgesetzbuch, das an die Stelle des alten aus dem Jahr 1934 tritt, und Litauen verabschiedete ein neues Bürgerliches Gesetzbuch, das das alte von 1964 ersetzt. Turkmenistan erließ ein neues Unternehmensgesetz, das die Bildung, Arbeitsweise und Auflösung öffentlicher und privater Firmen regelt. Es ersetzt das ursprüngliche Gesetz von 1993.

Die Gesetzgebung zu den Finanzmärkten bildete 2000 weiterhin einen Schwerpunkt der rechtlichen Reformbemühungen. Bulgarien, Estland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik und Ungarn revidierten oder verabschiedeten Finanzmarktgesetze in dem Bemühen, ihre Gesetze mit dem Bestand der EU zu harmonisieren. Da die internationale Aufmerksamkeit weiterhin den Normen der Unternehmensführung und der Regulierung der Finanzmärkte gilt, revidierten Armenien, die EJR Mazedonien und Rumänien bei dem Versuch, die internationale beste Praxis zu übernehmen und den Schutz von Aktionären zu verbessern, außerdem ihre Wertpapier- und Bankengesetze. Es hängt von der effektiven Umsetzung dieser neuen Gesetze ab, ob die Anstrengungen zu einer wirksamen Regulierung der Finanzmärkte in diesen Ländern führen.

Die Slowakische Republik und die Tschechische Republik unternahmen Schritte zur Rationalisierung ihrer Insolvenzverfahren und zur besseren Durchsetzung der Sicherheit durch die Annahme von Novellierungen ihrer Insolvenzgesetze. Sie beginnen, mit der EBWE an der Verbesserung ihrer Sicherungsrechte zu arbeiten. In Russland spielte die Rechtsreform in den Wirtschaftsreformplänen der neuen Regierung eine große Rolle; allerdings wurden 2000 nur wenige neue Gesetze erlassen. Bezeichnenderweise verabschiedete Russland Gesetze, die die Struktur und die Beziehungen zwischen der Bundeslegislative und den ausführenden Organen betreffen, sowie Veränderungen von Teil II der Steuergesetze, die sich mit der Mehrwert-, Verbrauchs-, Personen-, Einkommens- und Sozialsteuer befassen.

Neue Telekommunikationsgesetze wurden in Albanien, Estland, Polen und der Tschechischen Republik verabschiedet. Diese Gesetze schufen unabhängige Regulierungsbehörden und/oder trugen zur weiteren Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in den einzelnen Ländern bei. Im Jahresverlauf wurde die Privatisierung der Telekommunikation in der EJR Mazedonien und in Polen zum Abschluss gebracht. In der Ukraine machte die Privatisierung durch die Verabschiedung eines lange hinausgezögerten Gesetzes Fortschritte, das der Regierung gestattet, einen Minderheitsanteil am staatlichen Betreiber an einen strategischen Investor zu verkaufen. Dagegen wurden Privatisierungen in Bulgarien und Lettland hinausgezögert oder im Laufe des Jahres angefochten.

Rechtsreformen

Das Rechtsreformprogramm der EBWE (*Legal Transition Programme/LTP*) arbeitet an der Verbesserung des rechtlichen Umfelds in den Einsatzländern der Bank, indem es das Interesse für Rechtsreformen in der Region und deren weitere Entwicklung insgesamt fördert. Das LTP legt den Schwerpunkt auf sechs Rechtsbereiche: Insolvenzen, Gesellschaftsrecht/Unternehmensführung, Lizenzen, Regulierung des Finanzmarktes, Sicherungsgeschäfte und Telekommunikation.

Die EBWE arbeitete im Jahr 2000 weiter an der Entwicklung von analytischen Verfahren zur Erfassung von Fortschritten bei den Rechtsreformen in den sechs Schlüsselbereichen des LTP. Anfang des Jahres veröffentlichte die EBWE auf ihrer Website eine Regionale Übersicht über Sicherungsgeschäfte, die eine objektive Bewertung der diesbezüglichen Gesetze in der Region ermöglicht. Die Bank brachte während des Jahres eine Prüfliste zur Unternehmensführung zum Abschluss und erzielte beträchtliche Fortschritte bei der Entwicklung ähnlicher analytischer Methoden für Insolvenz- und Bankengesetze. Diese Arbeit wurde durch den jährlichen Rechtsindikatoren-Überblick ergänzt. Diese rechtlichen Übersichten werden gegenwärtig in die Kreditgrundsätze und Risikoeinschätzungen der EBWE aufgenommen.

Die EBWE setzte 2000 ihre Mitarbeit an den internationalen Bemühungen zur Festsetzung von Normen fort. In Verbindung mit der Weltbank und der US-Behörde für Internationale Entwicklung (*Agency for International Development*) organisierte und finanzierte die EBWE einen Workshop für Mitteleuropa und die baltischen Länder über wirksame Insolvenzsysteme als Teil der Insolvenzinitiative der Weltbank zur Entwicklung diesbezüglicher internationaler Prinzipien. Eine Reform der Insolvenzsysteme war auch Gegenstand von Gesprächen internationaler und regionaler Experten bei einem Seminar anlässlich der Jahrestagung der EBWE in Riga. Außerdem nahm die EBWE an einer Anzahl internationaler Insolvenzkonferenzen teil, die zu der Entscheidung der UN-Kommission über Internationales Handelsrecht führte, mit der Entwicklung von Gesetzgebungsrichtlinien zur Reform von Insolvenzgesetzen zu beginnen.

Die EBWE setzte ihre Zusammenarbeit mit Institutionen der Vereinten Nationen und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an der Harmonisierung der Normen für Lizenzen fort, darunter auch die Vorbereitung eines Lizenzrechtsmodells. Darüber hinaus nahm die EBWE teil an den Bemühungen des Financial Stability Forums, die Entwicklung und Anwendung internationaler Finanzstandards zu koordinieren.

Die Projekte technischer Rechtshilfe und die rechtspolitische Beratung des LTP wurden im Jahr 2000 noch erweitert. Während des Jahres beendigte die EBWE ihre zwei größten Rechtsreformprojekte erfolgreich: Hilfestellung für die tschechische Wertpapierkommission und Unterstützung für die Gesellschafts- und Wertpapiergesetzreform der russischen Nationalen Kommission für den Wertpapiermarkt (FCSM). Ende des Jahres rief die EBWE ein viel beachtetes Modellprojekt ins Leben, um ein Schlüsselproblem in Russland anzusprechen – unzureichende Unternehmensführung. Die EBWE wird der FCFSM bei der Entwicklung eines Gesetzes zur Unternehmensführung unterstützen. Überdies begann die Bank, mit der FCFSM an der Schaffung eines Rechtsrahmens für die Expansion des Rubelanleihemarktes zu arbeiten.

Die EBWE entwickelte im Jahr 2000 im Zusammenhang mit der Rechtsreform und der Bildung von Institutionen in der Slowakischen Republik ein umfassendes Sicherungsgeschäftsprojekt. Ähnliche Projekte in Russland und der Tschechischen Republik sind im Gespräch. In Slowenien begann die EBWE ein Projekt zur Entwicklung eines Rahmenlitzengesetzes und in Aserbaidschan wurde die Arbeit für die Gründung einer Börse in Baku begonnen. Die EBWE setzte ihre Arbeit an der Reform des Telekommunikationssektors in Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan, der Ukraine und im Territorium Kosovo in der Bundesrepublik Jugoslawien fort. Bei allen diesen Projekten arbeitet die EBWE eng mit den Regierungsbehörden zusammen, um in dem Bemühen, das Investitionsklima in den Einsatzländern der Bank zu verbessern, solide rechtspolitische Beratung bereitzustellen.

Die EBWE förderte weiterhin die Rechtsreform in allen Transformationsländern durch die Veröffentlichung von zwei Ausgaben der Rechtszeitschrift *Law in transition*. In der Frühjahrs- und Herbstausgabe 2000 standen Insolvenzen bzw. Sicherungsgeschäfte im Mittelpunkt. Außerdem setzte die EBWE die Zusammenarbeit und Koordinierungsanstrengungen zur Bereitstellung von Rechtshilfe mit der Europäischen Kommission, der Internationalen Finanz-Corporation, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie mit bilateralen Gebern fort.

Rückblick auf die Geschäftstätigkeit

Überblick

Die EBWE erreichte im Jahr 2000 sehr gute operative Ergebnisse. Das jährliche Geschäftsvolumen betrug 2,7 Milliarden Euro, das höchste Ergebnis in der Geschichte der Bank, und lag 24 Prozent höher als der im Vorjahr erzielte Betrag von 2,2 Milliarden Euro. Die Investitionen in Russland haben sich auf 579 Millionen Euro mehr als verdoppelt, verglichen mit 217 Millionen Euro 1999. Der Umfang des Neugeschäfts in den fortgeschrittenen Transformationsländern erreichte mit 1,034 Milliarden Euro einen Höchststand (1999: 906 Millionen Euro). Das Geschäftsvolumen in den Ländern in der frühen und mittleren Transformationsphase stieg von 1,039 Milliarden Euro auf 1,060 Milliarden Euro.

Die Bank hat ihre schwerpunktmäßige Ausrichtung auf Fortschritte im Transformationsprozess intensiviert. Dazu nahm sie in die Finanzierungsvereinbarungen Bedingungen auf, die die Empfänger zu mehr Transparenz und Verbesserungen bei der Unternehmensführung verpflichten. Die EBWE hat auch weiterhin die Privatisierung von Banken, Telekommunikationsunternehmen und Energieversorgern sowie Industriefirmen gefördert. Bei ihrem Grundsatzdialog mit den zentralen und kommunalen Behörden hat die Bank unterstrichen, dass unabhängige Regulierungseinrichtungen, kostendeckende Tarife und finanziell tragfähige kommerziell ausgerichtete Versorgungsunternehmen notwendig sind. Die Bank arbeitete aktiv mit an der Restrukturierung zahlungsunfähiger Banken und unterstützte die Verbesserung der Regulierung des Banksektors und der Kapitalausstattung. Der von der Bank auf die Entwicklung des Privatsektors gelegte Schwerpunkt spiegelte sich darin, dass die Zusagen für den privaten Sektor im Jahr 2000 78 Prozent erreichten.

Die Tätigkeit der Bank zur Unterstützung von Mikro- sowie Klein- und Mittelunternehmen (KMU) wurde erweitert. Die Finanzierung von Mikro- und Kleinunternehmen in Russland hat sich erholt und einen Stand erreicht, der über dem vor der Russlandkrise im Jahr 1998 liegt. Mit Hilfe von Zuschüssen aus dem Phare-Programm der EU begann die Finanzierung für KMU in den Beitrittsländern zur EU. Die Finanzierungstätigkeit der EBWE im Bereich KMU in Südosteuropa wurde durch die Errichtung eines neuen Treuhandfonds durch einen Erstbeitrag von den Vereinigten Staaten unterstützt. Insgesamt wurden im Jahr 2000 etwa 50.000 neue Darlehen an Kleinunternehmen ausgereicht. 1999 waren es 14.000.

Entsprechend ihrem Mandat hat die Bank weiterhin komplexe und innovative Projekte gefördert und damit einen Beitrag zum Transformationsprozess in allen Einsatzländern geleistet. So hat sie zum Beispiel in Russland ein Lagerquittungs-Programm ins Leben gerufen. Die Betriebskapitalbedürfnisse der primären Landwirtschaft werden über dieses Programm und durch weitere Kreditvergaben auf der Grundlage von Lagerbeständen finanziert.

Finanzierungszusagen der EBWE, nach Ländern

	2000			Kumulativ		
	Anzahl ¹	Mio. Euro	%	Anzahl ¹	Mio. Euro	%
Tadschikistan	0	0	0,0	4	17	0,1
Albanien	1	2	0,1	13	105	0,6
Armenien	2	44	1,7	5	133	0,8
Bosnien und Herzegowina	3	61	2,3	12	145	0,9
Turkmenistan ²	0	2	0,1	4	169	1,0
Weißrussland ³	0	2	0,1	6	173	1,0
Kirgisistan	1	1	0,1	12	177	1,1
Moldau	4	43	1,6	16	193	1,2
Georgien	1	38	1,4	13	226	1,4
EJR Mazedonien	2	65	2,4	13	241	1,5
Lettland	2	49	1,8	22	293	1,8
Aserbajdschan	1	82	3,1	11	359	2,2
Estland	3	57	2,1	37	360	2,2
Slowenien	2	20	0,7	22	361	2,2
Litauen	4	108	4,0	22	378	2,3
Bulgarien	7	116	4,3	31	482	2,9
Slowakische Republik	1	18	0,7	23	552	3,3
Usbekistan	2	57	2,1	15	580	3,5
Kasachstan	3	127	4,8	14	655	4,0
Kroatien	5	153	5,7	29	728	4,4
Tschechische Republik	2	51	1,9	33	793	4,8
Ukraine	10	293	11,0	40	1.171	7,1
Ungarn	1	13	0,5	57	1.204	7,3
Rumänien	4	126	4,7	50	1.677	10,1
Polen	17	566	21,2	96	1.978	11,9
Russland	18	579	21,7	106	3.406	20,6
Gesamt	95	2.673	100	708	16.553	100

Anmerkung:

Die Tabelle bezieht sich auf durch die EBWE unterzeichnete Projekte. Eine Liste der im Jahr 2000 vom Direktorium bewilligten Projekte findet sich auf S. 102.

¹ Innerhalb von Rahmenvereinbarungen gezeichnete Teilprojekte werden in Bruchzahlen erfasst.

² Zwei Teilprojekte wurden innerhalb einer vom Direktorium bewilligten Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

³ Drei Teilprojekte wurden innerhalb einer vom Direktorium bewilligten Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Sektor						
	2000			Kumulativ		
	Anzahl ¹	Mio. Euro	%	Anzahl ¹	Mio. Euro	%
Finanzinstitutionen						
Bankenkreditvergabe	7	302	11	105	2.546	15
Bankkapital	7	73	3	73	831	5
Finanzierung für Kleinunternehmen	4	80	3	13	303	2
Kapitalanlagefonds	9	263	10	59	1.014	6
Nichtbanken-Finanzinstitute	4	70	3	19	142	1
Zwischensumme	32	788	29	269	4.836	29
Industrie und Handel						
Agrarindustrie	16	352	13	73	1.210	7
Bodenschätze	4	228	9	32	1.359	8
Immobilien, Tourismus und Schifffahrt ²	4	70	3	40	684	4
Telekommunikation, Informatik und Medien	3	125	5	47	1.494	9
Zwischensumme	26	774	29	192	4.747	29
Infrastruktur						
Elektrizität und Energieversorgung	7	267	10	36	1.512	9
Energiewirksamkeit	1	17	1	7	188	1
Kommunal- und Umweltinfrastruktur	8	211	8	29	822	5
Transport	5	216	8	64	2.248	14
Zwischensumme	21	711	27	136	4.770	29
Allgemeine Industrie						
Allgemeine Industrie	17	400	15	111	2.200	13
Gesamt	95	2.673	100	708	16.553	100

¹ Innerhalb von Rahmenvereinbarungen unterzeichnete Teilprojekte werden als Bruchzahlen erfasst.

² Schließt sektorspezifische Kapitalanlagefonds aus.

Eine örtliche Behörde in Zentralasien erhielt den ersten langfristigen internationalen Kredit ohne staatliche Garantie. Dabei handelt es sich um Finanzierungen in Höhe von 21 Millionen Euro für Almaty. Die Stadt wird diese Mittel für Verbesserungen der Müllfassung und -entsorgung nutzen.

Ein besonders wichtiges Projekt hat die EBWE in der Ukraine finanziert. Vier Elektrizitätsgesellschaften bekamen Arbeitskapital für die Dauer eines Jahres in Höhe von 108 Millionen Euro. Das Projekt stellt eine Reihe von entscheidenden Bedingungen für eine

Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Art der Fazilität						
	2000			Kumulativ		
	Anzahl	Mio. Euro	%	Anzahl	Mio. Euro	%
Privatdarlehen	48	1.259	47	334	8.079	49
Staatsdarlehen	14	599	22	140	4.911	30
Kapitalanlagen	32	605	23	228	3.242	20
Garantien	2	210	8	7	321	2

Reform des Elektrizitätssektors in der Ukraine. Dazu gehören Vorgaben für die Privatisierung der Verteilungsgesellschaften und den Gebühreneinzug.

In allen Ländern und Sektoren hat die Bank ihre Tätigkeit im Finanzsektor weiter ausgebaut. Im Verlauf des Jahres 2000 hat sich das Portfolio von Finanzinstitutionen im Nichtbank-Bereich mehr als verdoppelt. Besondere Aufmerksamkeit galt den KMU. Für die Umsetzung der KMU-Fazilität der EBWE und der EU, die Verlängerung des Mikrokredit-Programms in Russland und anderen Ländern und die Ausweitung des Handelsförderungsprogramms wurden neue Darlehen und Kredite in Höhe von 142 Millionen Euro bereitgestellt.

Aufgrund dieser erhöhten operativen Aktivität wuchs das Portfolio der EBWE von 10,8 Milliarden Euro Ende 1999 auf 12,2 Milliarden Euro Ende 2000. Das ist ein Anstieg um 13 Prozent. Die Projektauszahlungen betragen 2000 1,5 Milliarden Euro, verglichen mit 1,4 Milliarden Euro 1999. Die operativen Aktiva der EBWE erreichten 7,6 Milliarden Euro im Vergleich zu 7,0 Milliarden Euro im Jahr 1999.

Die Bank hat diese Ergebnisse erreicht und gleichzeitig einen soliden Projektstrom vorbereitet. Das Direktorium bewilligte 38 Prozent Projekte mehr. Im Vergleich zu 1999 wuchsen die Abschlussprüfungen um 27 Prozent und die Erstüberprüfungen um 16 Prozent. Im Jahr 2000 erreichte die Summe der Bewilligungen durch das Direktorium 3,6 Milliarden Euro, nach dem Höchstwert von 4,0 Milliarden Euro 1997 das zweitbeste Ergebnis.

Die nachhaltige Konzentration auf die Qualität des Portfolios führte zu einem geringfügigen Absinken bei den notleidenden Aktiva, und zwar von 795 Millionen Euro 1999 auf 758 Millionen Euro im Jahr 2000; der Zufluss zu den notleidenden Aktiva verringerte sich von 338 Millionen Euro 1999 auf 160 Millionen im Jahr 2000. Bei der Restrukturierung notleidender Aktiva wurden bemerkenswerte Ergebnisse erreicht. Die zinstragenden Aktiva nahmen von 6,2 Milliarden Euro auf 6,8 Milliarden Euro, also um 10 Prozent zu.

Auszahlungen der EBWE, nach Ländern		
	2000 Millionen Euro	Kumulativ Millionen Euro
Tadschikistan	2	13
Albanien	6	51
Turkmenistan	16	54
Bosnien und Herzegowina	22	61
Moldau	10	98
Armenien	25	103
Georgien	48	114
Kirgisistan	15	144
EJR Mazedonien	34	151
Weißrussland	2	166
Lettland	29	201
Aserbaidschan	42	242
Litauen	77	290
Kasachstan	79	299
Estland	18	310
Slowenien	35	335
Usbekistan	49	362
Bulgarien	96	404
Ukraine	96	453
Kroatien	101	486
Slowakische Republik	19	489
Tschechische Republik	29	584
Ungarn	27	978
Rumänien	144	1.279
Polen	213	1.345
Russland	231	2.356
Gesamt	1.464	11.367

Die Verbesserung der Portfolioqualität nach den Ereignissen des Jahres 1998 hat in Verbindung mit beträchtlichen Kapitalgewinnen aus der Veräußerung von Kapitalanlagen zum besten Finanzergebnis des Bereichs Banking seit Errichtung der Bank beigetragen. Zum ersten Mal erreichte die Tätigkeit des Bereichs Banking in diesem Jahr die Gewinnzone und konnte einen Nettogewinn in Höhe von 79,1 Millionen Euro verbuchen.

Die Reorganisation des Bereichs Banking in sechs Geschäftsgruppen, wovon drei sektororientiert (Finanzinstitute, Industrie und Handel sowie Infrastruktur) und drei länderorientiert sind (Mitteleuropa, Russland und Zentralasien sowie Südosteuropa und der Kaukasus) wurde abgeschlossen. Die Gruppen brachten das erste volle Geschäftsjahr erfolgreich hinter sich. Außerdem intensivierte die Bank die Marketingtätigkeit zur Unterstützung des Ausbaus des Portfolios.

Die EBWE bemühte sich aktiv um eine Dezentralisierung und versetzte weiterhin mehr und mehr Mitarbeiter in die Länderbüros. Die Anzahl der Fachkräfte in den Länderbüros stieg von 71 (1996) auf 107 (1999) und 134 zum Abschluss des Jahres 2000. Eine Reihe von Länderdirektoren arbeitet jetzt direkt vor Ort. Damit haben die Länderbüros zusätzliche Arbeitsbereiche in Verbindung mit Länderstrategien, Portfolioentwicklung und -steuerung und dem politischen Dialog übernommen.



Einsatzländer nach Transformationsphasen

● Fortgeschrittene Länder:

Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn

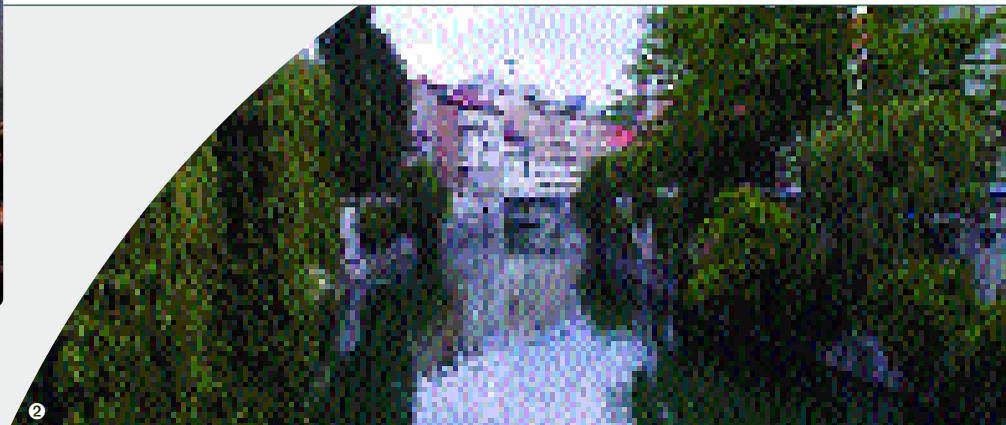
● Länder der frühen und mittleren Phase:

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kasachstan, Kirgisistan, Georgien, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland

● Russland



1



2

1 Ende 2000 hatte die EBWE der Slowakischen Republik zur Unterstützung von 23 Projekten mehr als 550 Millionen Euro zugesagt.

2 In Slowenien ergänzen die Investitionen der EBWE in die Infrastruktur und weitere Schlüsselbereiche die Fortschritte im Beitrittsprozess.

Aktivitäten nach Transformationsphasen

Fortgeschrittene Länder

Mit der Unterzeichnung von Projekten im Gesamtwert von 1,034 Milliarden Euro erreichte die EBWE in 2000 das höchste Jahresvolumen für das Neugeschäft in den fortgeschrittenen Ländern. Dieses Ergebnis wurde trotz der besonderen Auflage erzielt, dass die Banktätigkeit weiterhin additional bleibt und nicht mit alternativen Quellen der Marktfinanzierung konkurriert. Beträchtliche positive Auswirkungen auf den Transformationsprozess wurden in den baltischen Ländern, Kroatien und Polen erreicht, auf die 90 Prozent der Banktätigkeit in dieser Region entfielen. Bescheidenere Auswirkungen waren in der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn zu verzeichnen, wo Projekte vorbereitet werden.

Die Finanzierungen durch die EBWE ergänzten auch 2000 die privaten Kapitalströme nach Mitteleuropa. Beim Übergang zur Marktwirtschaft spielte die Bank mit ihrer Unterstützung für die Länder Mitteleuropas eine bedeutsame Rolle. Der Beitrittsprozess zur EU führte dazu, dass in den zehn Beitrittsländern – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn – zusätzliche Investitionen erforderlich wurden und die bestehenden regionalen Ressourcen nicht ausreichten. Gleichzeitig verbesserten sich die Möglichkeiten für die EBWE, in Mitteleuropa zu investieren und die mit dem Mandat der Bank und dem EU-Beitritt verbundenen gemeinsamen Zielstellungen umzusetzen.

Im Unternehmensbereich unterstützte die EBWE umfangreiche Initiativen. Dazu gehören die Privatisierung von Lietuvos Telekomas, die Modernisierung eines führenden polnischen Zementherstellers, Unterstützung für Produzenten von Chemikalien in Slowenien und von Düngemitteln in Litauen, Investitionen in ausgewählten einheimischen Unternehmen (insbesondere in der Agrarindustrie und im pharmazeutischen Sektor in Kroatien) sowie mehrere Immobilienprojekte. In der Slowakischen Republik wurde

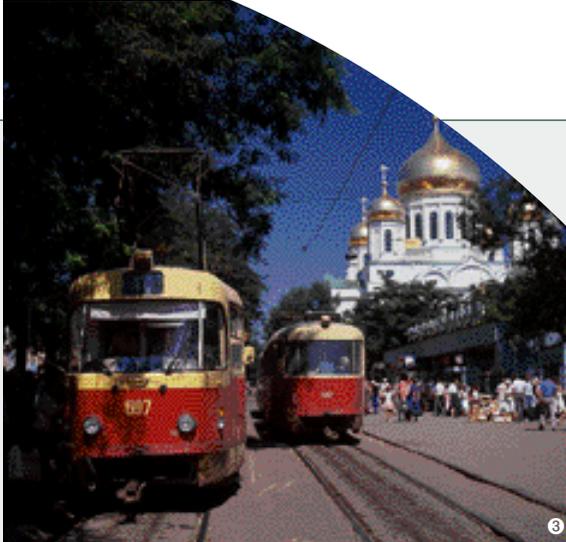
ein innovatives Lagerquittungs-Programm ins Leben gerufen. Weitere innovative Projekte sind die Finanzierung von kommunalen Versorgungsbetrieben ohne Staatsgarantien und die Bereitstellung von Finanzierungen in der Landeswährung, die auf Projekte in Polen und der Tschechischen Republik ausgedehnt wurde.

Im Finanzsektor weitete die Bank ihre Unterstützung für KMU beträchtlich aus und gewährte ihnen Finanzierungen über Kreditlinien an örtliche Banken. Die Bank steigerte auch ihre Kapitalbeteiligungen an lokalen Banken und wurde im Versicherungsbereich tätig. Darüber hinaus tätigte sie umfangreiche Investitionen in inländischen und regionalen Kapitalanlagefonds. Die Unterstützung der EBWE für Infrastrukturprojekte in Mitteleuropa konzentrierte sich auf die Restrukturierung von Eisenbahnen (Polen) und auf die Tätigkeit im kommunalen Bereich (unter Einschluss von Abwasserbehandlung und Fernwärme).

Die Zusammenarbeit zwischen EBWE und Europäischer Kommission intensivierte sich beträchtlich. Im Rahmen der KMU-Fazilität, deren zweite Phase von der Kommission im Verlauf des Jahres gebilligt wurde, wurden 100 Millionen Euro genehmigt. Bis zum Ende des Jahres 2000 zählten Banken in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien und der Tschechischen Republik zu den Empfängern. Ebenfalls reichte die Bank Kreditlinien im Rahmen der Molkerei-Fazilität für Polen aus, deren Ziel eine Verbesserung der Qualitätsvorgaben bei der Milchproduktion ist. Über drei Geschäftsbanken in Polen werden EBWE-Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro sowie EG-Zuschüsse von 8 Millionen Euro an polnische Molkereien weitergeleitet. Die Kofinanzierungen zwischen der Bank und der ISPA (EU) im kommunalen Bereich nahmen stark zu.

Die EBWE verfolgt das Ziel, ihre Tätigkeit in Mitteleuropa auf dem gegenwärtig erreichten hohen Stand fortzuführen. Gleichzeitig gibt sie sich große Mühe, ihre Tätigkeit in Ländern wie der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn auszubauen.

Die Zusagen der EBWE an Russland haben sich 2000 mehr als verdoppelt. Im Vergleich mit 217 Millionen Euro 1999 erreichten sie 579 Millionen Euro.



Russland

Die EBWE hob 2000 ihre Zusagen für Russland im Vergleich zu 1999 um mehr als 250 Prozent an. Das erreichte Geschäftsvolumen lässt sich nahezu mit dem vor der Finanzkrise im Jahre 1998 erreichten Stand vergleichen. Während des Jahres unterzeichnete die Bank 18 Projekte im Gesamtwert von 579 Millionen Euro. Zusätzlich dazu stellte die EBWE im Rahmen des Programms für Mikro- und Kleinunternehmen (dem Fonds für Kleinunternehmen in Russland) über 13.800 Darlehen im Wert von 130 Millionen Euro zur Verfügung. Zum Jahresende 2000 umfassten die gesamten Zusagen der EBWE an Russland 3,4 Milliarden Euro.

Dieser Anstieg im Portfolio spiegelt nicht nur eine allmähliche Verbesserung im Geschäftsklima wider, sondern ist ebenfalls Ergebnis der neuen Strategie der EBWE für Russland. Sie wurde im September angenommen und trat an die Stelle der unmittelbar nach der Krise von 1998 angenommenen Geschäftsgrundsätze. Darin wird bestätigt, dass die EBWE ihre Schwerpunkte in Russland in der Unterstützung für KMU, der Entwicklung von Infrastruktur, der Stärkung von Finanzintermediären, Projekten für ausländische Direktinvestitionen und der Förderung guter Unternehmensführung sieht. Als Teil ihrer Darlehensvereinbarungen stellt die EBWE eine Reihe von Konditionen für die Unternehmensführung auf. Werden diese nicht erfüllt, verschiebt die Bank die Auszahlung. Zum Beispiel wird die EBWE die Finanzierung an Lukoil, ein führendes russisches Ölunternehmen, erst auszahlen, nachdem die Firma geprüfte Abschlüsse nach internationalen Rechnungslegungsnormen vorgelegt hat, wie in der Darlehensvereinbarung vorgesehen.

In 2000 konzentrierte die Bank sich insbesondere auf Fragen der guten Unternehmensführung im Geschäftssektor. Projekte wie Viz Stahl, Severstal (vgl. S. 48) und die Sondermüllentsorgung in St. Petersburg sind gute Beispiele für die Anlage strenger Maßstäbe bei der Auswahl von Geschäftspartnern. Im Verlauf des Jahres gingen 25 Prozent der gesamten Zusagen an KMU. 21 Projekte hat die Bank über ihre regionalen Wagnisfonds und die direkte Investitions-Fazilität unterstützt. Auf direkte Unterstützung für Finanzintermediäre entfielen 15 Prozent der gesamten Zusagen.

Ein Großteil der Zusagen entfiel 2000 auf die Agrarindustrie und den metallverarbeitenden Sektor. Jeder dieser Bereiche erreichte nahezu 20 Prozent des gesamten Geschäftsumsatzes. Einige Projekte in diesen beiden Bereichen wurden mit ausländischen Partnern gemeinsam finanziert. Das spiegelt das erneute Interesse der Investoren für beide Gebiete wider. Im Bereich Infrastruktur finanzierte die Bank mehrere wichtige Kommunal-, Umwelt- und Verkehrsprojekte.

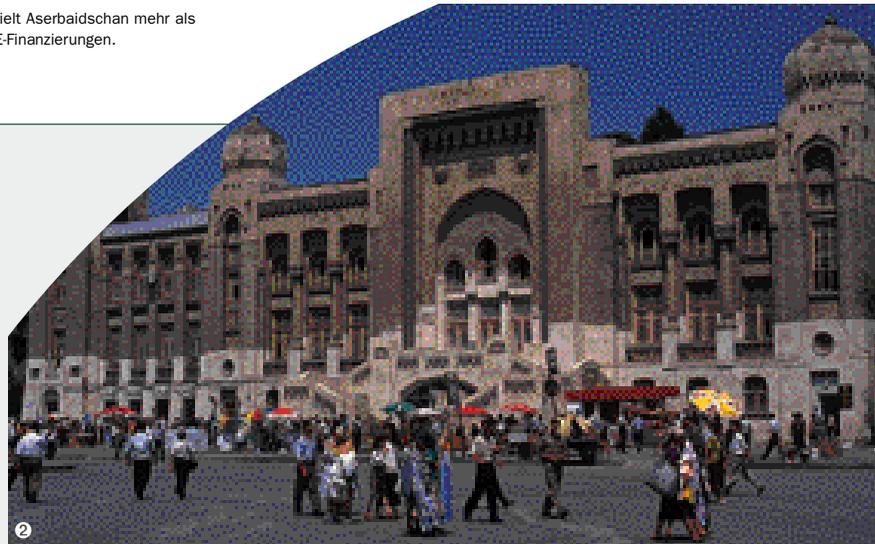
Während des Jahres gab es auch Fortschritte bei der Verwirklichung eines erfolgreicherer Grundsatzdialogs mit der neuen Regierung zu Fragen der Restrukturierung von Monopolen, großer Unternehmen in Staatseigentum und des Energiesektors. Insbesondere bei der Unterstützung für den Entwurf eines nationalen Gesetzes über Lagerkredite arbeitete die Bank eng mit einigen Ausschüssen der Duma zusammen. Nach Annahme sollte dieses Gesetz die Möglichkeiten der Bank für die Mittelvergabe in der Landwirtschaft beträchtlich vergrößern. Als Mitglied des Lenkungsausschusses des Beratergremiums für ausländische Investitionen spielte die EBWE weiterhin eine aktive Rolle und ermutigte zur Einführung der internationalen Normen der Rechnungslegung, effektiver Unternehmensführung und anderer Strukturreformen.

Die Bank unterstützte die Nationale Kommission für den Wertpapierhandel durch die Bereitstellung von Mitteln für die Erarbeitung eines Gesetzes über den Wertpapierhandel wie auch von Richtlinien für die Unternehmensführung und anderer Gesetzesvorhaben im Bereich Wertpapiere. Darüber hinaus förderte die Bank das Zentrum für Aktienrecht und Unternehmensführung durch die Finanzierung eines Projekts für technische Zusammenarbeit zur Vorlage eines Bewertungssystems für die Unternehmensführung.

Im Berichtsjahr führte die EBWE ihre Arbeit an den von der Finanzkrise des Jahres 1998 betroffenen Restrukturierungsprojekten fort und legte dabei besonderen Wert auf eine faire und transparente Restrukturierung von Schulden sowie von Vorkehrungen für Insolvenzen und Liquidation. Die wichtigsten Beispiele dafür sind Uneximbank und Kamas.



- 1 Bei der Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs in Südosteuropa spielte die EBWE eine große Rolle. Sie erhöhte die Zusagen an Bosnien und Herzegowina und viele andere Länder in der Region.
- 2 Seit Errichtung der Bank erhielt Aserbaidschan mehr als 350 Millionen Euro an EBWE-Finanzierungen.



Trotz der Bemühungen der Bank, mit ARCO – der russischen Behörde für die Restrukturierung von Krediteinrichtungen – und Regierungsbehörden auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, wurden bei den Reformen im Bankensektor kaum Fortschritte erzielt. Russland begann jedoch, an der Novellierung von Gesetzen im Zusammenhang mit Insolvenzen, der Zentralbank und dem Bankensystem im allgemeinen zu arbeiten. Im Berichtsjahr konzentrierte sich die EBWE auf die Unterstützung von Tochterunternehmen ausländischer Banken sowie der KMB-Bank. Letztere zeigt sehr gute Leistungen.

Länder der frühen und mittleren Transformationsphase

Die EBWE spielte 2000 in den Ländern der früheren und mittleren Phase eine bedeutende Rolle. Sie arbeitete für die Ziele des Stabilitätspakts für Südosteuropa, stimmte der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Jugoslawien zu und unterstützte den Reformprozess in der Ukraine sowie die Entwicklung in Zentralasien.

Der infolge der Kosovo-Krise ins Leben gerufene Stabilitätspakt zielt auf die Förderung von Investitionen und die Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in Südosteuropa. Die Bank realisierte diese Ziele durch die Ausweitung ihrer Zusagen in der Region und übernahm bei der Förderung der Privatsektorentwicklung eine führende Rolle unter den internationalen Finanzinstitutionen (IFI).

Anfang des Jahres organisierte die EBWE eine Zusammenkunft der in der Region tätigen IFI. Dabei wurde eine Reihe von spezifischen Schwerpunkten vereinbart. Diese wurden im März 2000 den Gebern vorgelegt und führten dazu, dass 356 Millionen Euro für neue Initiativen im Privatsektor in der Region bereitgestellt wurden.

Eine der ersten Prioritäten war die Erweiterung des Handelsförderungsprogramms der EBWE, das zur Anregung des Handels in der Region konzipiert wurde. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war die Unterstützung für KMU und Mikrofirmen. Zu diesem Zweck wurden Banken für Mikrounternehmen und kleine Kapitalanlagefonds in Albanien, Bosnien und Herzegowina, der EJR Mazedonien und auf dem Territorium Kosovo in der BR Jugoslawien errichtet.

Die Bank übernahm bei drei auf der Geberkonferenz im März festgelegten Schnellstart-Projekten im Infrastrukturbereich die Rolle des leitenden Finanzierungsinstituts. Alle drei Projekte – zwei für die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung und eines für den Straßenbau – wurden während des Jahres unterzeichnet und befinden sich derzeit im Stadium der Umsetzung. Zusammen mit anderen IFI stellte die EBWE Kofinanzierungsmittel für drei weitere Schnellstart-Projekte im Verkehrssektor bereit. Die sechs Projekte haben einen Gesamtwert von 168 Millionen Euro. Die EBWE stellt 95 Millionen Euro dafür zur Verfügung.

Im Berichtsjahr stellte die Bank 523 Millionen Euro an Direktmitteln für Südosteuropa bereit. Einen beträchtlichen Anstieg an Zusagen gab es für die größeren Länder der Region, wie Bulgarien und Rumänien, die EBWE weitete jedoch ihre Tätigkeit auch in den kleineren Ländern, wie Bosnien und Herzegowina und der EJR Mazedonien, aus. Etwa die Hälfte aller neuen Zusagen in der Region waren Infrastrukturprojekte. Während des Jahres wurden insgesamt 127 Millionen Euro in Form von Zuschuss-Kofinanzierungen für Projekte der Bank in Südosteuropa aufgebracht.

Kurz nach den Wahlen zu einer neuen demokratischen Regierung im Oktober 2000 beantragte die BR Jugoslawien ihre Mitgliedschaft in der EBWE. Im Dezember stimmte das Direktorium der Bank diesem Antrag zu, und die Mitgliedschaft wurde im Januar 2001 wirksam. Die EBWE hat bereits mehrere Teams zu Beratungen mit wichtigen Mitarbeitern der Regierung und Vertretern der Geschäftswelt entsandt. Zur Zeit plant sie die Einrichtung eines Büros in Belgrad, das von einem Länderdirektor vor Ort geleitet werden soll. Der Aktionsplan der Bank für die BR Jugoslawien wird auf Seite 11 beschrieben.

In Rumänien sah sich die Bank einem schwierigen Investitionsumfeld gegenüber, erarbeitete jedoch eine Reihe innovativer Projekte zur Unterstützung des Finanzsektors und der Förderung von KMU. Zur gleichen Zeit leistete die Bank einen größeren Beitrag zur Modernisierung des Energiesektors und unterstützte die Schaffung eines Unternehmens für Energieübertragung. Die Zusagen während des Jahres betragen insgesamt 126 Millionen Euro.

- ④ Trotz der Investitionshemmnisse in Usbekistan unterstützte die EBWE auch weiterhin die Entwicklung kleiner Unternehmen.



In der Ukraine vergrößerte die EBWE ihr Portfolio beträchtlich, und zwar sowohl im öffentlichen wie auch im Privatsektor. Durch ihr Bestehen auf Reformen des Energie- und des öffentlichen Versorgungssektors als Voraussetzung für wichtige Infrastrukturkredite, die während des Jahres unterzeichnet wurden, trug die Bank zur Beschleunigung des Transformationsprozesses bei. Mit der Mittelvergabe an den Finanzsektor unterstützte die EBWE weiterhin die Entwicklung von KMU. Sie vergrößerte die Anzahl ukrainischer Banken, die als Intermediäre für Kreditlinien-Fazilitäten fungieren. Die Bank führte eine Reihe größerer Operationen unter Beteiligung einheimischer Privatunternehmen und ausländischer Investoren durch. Projekte waren in der Agrarwirtschaft, im Luftverkehr, der Verarbeitung und Telekommunikation angesiedelt. Die Gesamtzusagen der EBWE beliefen sich im Jahr 2000 auf 293 Millionen Euro.

In der Kaukasus-Region unterzeichnete die Bank im Berichtsjahr Projekte im Wert von insgesamt 210 Millionen Euro zur Unterstützung der Bereiche Agrarwirtschaft, Finanzinstitutionen, Bodenschätze sowie Elektrizität und Energie. Zu den bedeutenden Projekten gehörte eine beträchtliche Investition in die Ölindustrie Aserbaidschans, ein Kredit für die Microfinance Bank of Georgia zur Mittelvergabe an Mikro- und Kleinunternehmen sowie Unterstützung für die Privatisierung des Elektrizitätssektors in Armenien.

Trotz des schwierigen Investitionsklimas in Zentralasien unterzeichnete die EBWE 2000 sechs Projekte im Gesamtwert von 187 Millionen Euro. Die meisten Zusagen entfielen auf Kasachstan. Dort konzentrierte sie sich auf eine weitere Stärkung des Finanzsektors und die Verbesserung der Infrastruktur des Landes zur Schaffung eines besseren wirtschaftlichen Umfelds. In den Bereichen Festmüllentsorgung und Straßenbau wurden Projekte unterzeichnet, dazu kam eine Kreditfazilität für den Finanzsektor. In Usbekistan beteiligte sich die EBWE am politischen Dialog auf hoher Ebene, um das sehr schwierige Investitionsklima zu verbessern, und unterstützte die Entwicklung von KMU durch die Implementierung von Kreditlinien. Das wichtigste Projekt war ein Darlehen für eine Erweiterung des Projekts im Goldbergwerk Sarafschan Newmont.

Die Tätigkeit der EBWE in Kirgisistan wurde durch den langsamen Aufschwung nach der Finanzkrise von 1998 und eine generelle Straffung der Haushalts- und Geldpolitik der Behörden beeinträchtigt. Trotz einer Krise im lokalen Bankensektor gelang es der Bank, als Reaktion auf die Bedürfnisse von Banken und deren Kunden die KMU-Kreditlinie um ein Element für Mikrofinanz zu erweitern. Als Teil der Anstrengungen um weitere Verbesserungen im Finanzsektor wurden mit zwei Privatbanken Handelsförderungsprogramme unterzeichnet. Mit der beginnenden Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Tadschikistan konzentrierte sich die EBWE auf die Sektoren Luftverkehr und Telekommunikation und leistete dazu umfassende Vorbereitungsarbeiten. Im März 2000 bewilligte die EBWE eine neue Länderstrategie für Turkmenistan. Die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Land lösten ernsthafte Besorgnis aus, und die Bank machte abgestufte Reaktionen von den erreichten Fortschritten abhängig.

Aktivitäten nach Sektoren

Finanzinstitutionen

Eine der zentralen Zielstellungen der EBWE ist die Unterstützung zur Entwicklung eines Finanzsektors, der auf Grundsätzen der soliden Banktätigkeit aufbaut, Dienstleistungen hoher Qualität sowohl für den Unternehmens- als auch den Kleinhandelssektor der Volkswirtschaft zur Verfügung stellt und nach den Grundsätzen der Transparenz und guten Unternehmensführung organisiert ist.

Die Bank bemüht sich durch Kapitalanlagen in Finanzinstitutionen und die Bereitstellung von Mitteln für lokale Finanzintermediäre, die ihrerseits den privaten Unternehmenssektor – insbesondere KMU – fördern, um einen Beitrag zu dieser Entwicklung. Ein Teil der Banktätigkeit konzentriert sich auf einen Dialog mit den örtlichen Verwaltungen und Behörden zu Problemen wie die Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzsektors, die Privatisierung, die Unternehmensführung und das Geschäftsklima.

- 1 Die EBWE unterstützte Pekao, eine der größten Bankengruppen in Polen, bei der Kapitalerhöhung sowie bei der Platzierung neuer Aktien an der Börse.
- 2 Mit einer Investition in die National Commercial Bank unterstützte die EBWE die erste Privatisierung im Bankensektor Albanien seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes Anfang der neunziger Jahre.



Unterzeichnete Projekte der EBWE im Bereich Finanzinstitutionen

Kumulativ zum 31. Dezember 2000

	Anzahl der Projekte	Mio. Euro	Gesamtanteil in Prozent
Bankkapital	73	831	17
Fremdkapital von Banken	105	2.546	51
Kredite ohne Staatsgarantie	84	1.737	
Kredite mit Staatsgarantie	19	697	
Handelsförderung	2	112	
Kapitalanlagefonds¹	67	1.177	24
Gebergestützte Fonds ²	17	375	
Risiko-Kapitalanlagefonds	25	222	
Große Kapitalanlagefonds	25	580	
Mikrokredite	13	303	6
Nichtbanken-Finanzinstitute	19	142	3
Gesamt	277	4.999	100

¹ Unter Einschluss sektorspezifischer Kapitalanlagefonds.

² Diese Projekte repräsentieren Investitionen in 30 gebergestützten Fonds.

Angesichts der ersten nachhaltigen Anzeichen einer Erholung von der Russlandkrise des Jahres 1998 war die EBWE im Jahr 2000 sehr aktiv im Finanzsektor. In den meisten Einsatzländern der Bank genossen die Finanzsysteme zunehmendes Vertrauen. Das Portfolio und die zinstragenden Aktiva der EBWE im Finanzsektor nahmen beträchtlich zu. Gleichzeitig reifte das Portfolio, Fremdkapital wurde zurückgezahlt und Kapitalanlagen wurden an strategische Investoren verkauft. Angesichts einer besseren Performanz des bestehenden Portfolios und neuer Zusagen von hoher Qualität, insbesondere in Mitteleuropa, verbesserte sich die Qualität des Portfolios im Finanzsektor. Insgesamt entfielen 38 Prozent der neuen Zusagen auf die fortgeschrittenen Transformationsländer.

Die bestehenden Programme wurden erweitert und neue Produkte und Programme eingeführt. In 24 Einsatzländern wurden neue Projekte unterzeichnet und in der BR Jugoslawien begannen die Arbeiten an der Entwicklung einer Reihe neuer Projekte. Es wurde ein gutes Verhältnis zwischen Fremd- und Eigenkapital erreicht, und Nichtbanken-Finanzinstitutionen erhielten vermehrte Aufmerksamkeit. Durch die Umsetzung der KMU-Finanzierungsfazilität der EBWE/EU, die Erweiterung des Mikrokredit-Programms in Russland und anderen Ländern und die aktive Einschaltung des Handelsförderungsprogramms für kleine und mittlere Geschäftsvorfälle standen die KMU besonders im Mittelpunkt. Die Geschäftsgruppe Finanzinstitutionen unterzeichnete im Jahr 2000 31 Prozent des Neugeschäfts der Bank.

Kapitalanlagen der Bank

Im Jahr 2000 gab es eine Konsolidierung und Erweiterung des Aktienportfolios der EBWE. Transaktionen mit vorhandenen Kunden erfolgten in Gestalt von vier Kapitalerhöhungen sowie durch die Verwandlung des nachrangigen Darlehens der EBWE an die Bank of Georgia in Eigenkapital. Außerdem nahm die Bank Kapitalanlagen in neue Kundenunternehmen in Ländern wie Albanien, Kirgisistan und der EJR Mazedonien vor, die weniger Fortschritte im Transformationsprozess erzielt haben. Mit diesen Investitionen wollte die Bank die örtlichen Finanzinstitute rekaptalisieren und restrukturieren, ihre Wettbewerbsstellung am Markt festigen und sie in die Lage versetzen, ihren Kunden vor Ort bessere Dienstleistungen und Erzeugnisse anzubieten.

Bei der West Ukrainian Commercial Bank gelang es der EBWE zum ersten Mal, gemeinsam mit einem Investoren aus Mitteleuropa, der Kredyt Bank aus Polen, Mittel einzuwerben und zu investieren. Diese Transaktion war bahnbrechend und zeigte, dass mehrheitlich in ausländischer Hand befindliche Banken aus Mitteleuropa damit begonnen haben, Strategien für die Expansion in der Region umzusetzen. Im Jahr 2000 nahm die Bank nach der Finanzkrise von 1998 auch ihre erste Kapitalanlage in einer

russischen Bank, der International Moscow Bank, vor. Diese Transaktion war ein Vertrauensbeweis für den örtlichen Bankensektor. Vorausgesetzt, dass weitere Fortschritte im Bankensektor zu erwarten sind, ist in Russland im Jahr 2001 mit weiteren Transaktionen zu rechnen.

Die Reifung des Portfolios der EBWE bedeutete, dass die Anzahl der Austritte aus Kapitalbeteiligungen über Verkäufe an strategische Investoren entsprechend den ursprünglich verfolgten Investitionszielen zunahm. Nach beträchtlicher Unterstützung der Rekapitalisierung und Restrukturierung durch die EBWE sind einige Zielunternehmen der Bank Anziehungspunkt für internationale strategische Investoren geworden. Nach Abschluss des Investitionsmandats verkaufte die EBWE ihre Anteile an Bankas Hermis (Litauen), die von Vilniaus Bankas – in schwedischer Hand – erworben wurden. Ebenfalls wurden die Beteiligungen an Varazdinska Banka (Kroatien), an Zagrebacka Banka, die größte kroatische Bank, veräußert. Außerdem verkaufte die Bank ihre Anteile an der Kredyt Bank (Polen) an Banco Portugues do Espirito Santo, einen der ausländischen Anteilseigner. Die EBWE-Anteile an der United Bulgarian Bank (Bulgarien) erwarb die Nationalbank von Griechenland. Die Raiffeisenbank übernahm die EBWE-Anteile an der Market Banka in Bosnien und Herzegowina. Diese Verkäufe erbrachten beträchtliche Kapitalgewinne für die EBWE. Die einheimischen Banken befinden sich jetzt in der Hand engagierter strategischer Investoren, die bereit sind, sich verstärkt an der Entwicklung der örtlichen Bankensysteme zu beteiligen.

Auch in Zukunft wird die EBWE aktiv mit den vorhandenen Kunden zusammenarbeiten. So schloß sie zum Beispiel eine innovative Transaktion ab, um die Kapitalerhöhung von Pekao in Polen zu unterstützen. Die EBWE zeichnete nicht nur neue Aktien und übernahm vorhandene Aktien von einem Anteilseigner, sondern half der Bank auch dabei, neu emittierte Aktien an der Börse zu platzieren. Durch Unterstützung für von Pekao emittierte handelbare globale Hinterlegungsscheine und die Bereitstellung weitergehender Hilfe wurden die Kapitalmärkte gefestigt. Es konnte sichergestellt werden, dass der Kurs der neuen Aktien für eine Anfangsperiode stabil blieb. Diese Transaktion hatte eine beträchtliche Demonstrationswirkung und wirkte sich positiv auf die Liquidität und Handelbarkeit der neu ausgegebenen Aktien aus. Die EBWE hofft, dass sie diese Transaktion auch in einer anderen Situation wiederholen kann, weil dadurch die Tätigkeit der Börse genutzt wird, um Kapital aufzubringen.

Fremdkapital für Banken

Auch 2000 stellte die EBWE Fremdfinanzierungen für Banken zur Verfügung und unterstützte den Handel in der gesamten Region. Im Verlauf des Jahres erweiterte die Bank das Spektrum ihrer Produkte und richtete die bisher größte Anzahl von Fazilitäten für Fremdkapital ein. Zur gleichen Zeit hat sie die regionalen Handelsaktivitäten beträchtlich erweitert. Insgesamt wurden 23 Fremdkapital-Fazilitäten im Wert von 212 Millionen Euro unterzeichnet. Zusätzlich dazu wurden 25 weitere Vereinbarungen mit Emissionsbanken im Handelssektor abgeschlossen.

Mit ihrer Tätigkeit deckte die EBWE ein großes Gebiet ab. Sie wurde in allen Einsatzländern geschäftlich tätig und unterzeichnete Kredit- bzw. Handelsfazilitäten mit Banken und emittierte Handelsgarantien in 24 Ländern.

Einer Reihe von Banken in der Region hat die Bank nachrangige Fremdmittel zur Verfügung gestellt. Diese rangieren als Kapital der Ebene Zwei und ermöglichen den betreffenden Banken die Aufnahme von Fremdmitteln für die Mittelvergabe in der Region. Mit Citibank in Kasachstan sowie Raiffeisenbank und International Moscow Bank in Russland wurden Fazilitäten im Gesamtwert von 47 Millionen Euro unterzeichnet. Diese drei Vereinbarungen symbolisieren die enge Zusammenarbeit mit Banken in ausländischer Hand. Außerdem sind die beiden Geschäftstransaktionen in Russland nach der russischen Bankenkrise 1998 die ersten Kreditfazilitäten der EBWE für Banken in Russland.

Finanzierungsfazilität von EBWE/EU

Im Oktober 2000 stimmte das Direktorium der Bank einer Erhöhung der Finanzierungsfazilität der EBWE/EU für KMU von 75 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro zu. Diese Fazilität ist für die zehn Beitrittsländer der EU bestimmt. Ihr Hauptziel besteht darin, lokale Banken zu ermutigen, sich an KMU-Operationen zu beteiligen, oder die diesbezügliche Tätigkeit mittel- bis langfristig auszubauen. Einzelne Teildarlehen haben eine Obergrenze von 150.000 Euro, der durchschnittliche Kredit sollte 50.000 Euro nicht überschreiten. Die Kreditfazilität wird zusätzlich zu Mitteln für die technische Hilfe und Zuschussmitteln aus dem Phare-Budget der EU zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2000 wurden neun neue Fazilitäten im Gesamtwert von 78 Millionen Euro unterzeichnet. Zu den Banken, die sich diesem Programm im Jahr 2000 anschlossen, gehören Bank Slaski und Fortis Bank Polska (Polen), Union Bank (Bulgarien), Latvijas Unibanka (Lettland), Nova Kreditna Banka Maribor und Bank Koper (Slowenien), Ceska Sporitelna (Tschechische Republik), Sampo Pank (Estland) und Siauliu Bankas (Litauen). Das Programm ist nunmehr in acht Beitrittsländern tätig. Im ersten Quartal des Jahres 2001 sollen zusätzliche Fazilitäten in den verbleibenden Beitrittsländern bereitgestellt werden.



- 1 Drei Geschäftsbanken in Polen leiten im Rahmen der polnischen Molkereifazilität EBWE-Mittel an Molkereiunternehmen weiter.
- 2 Im Rahmen der KMU-Finanzierungsfazilität der EBWE/EU reicht Ceska Sporitelna in der Tschechischen Republik Darlehen bis zu 150.000 Euro an KMU aus.



Handelsförderungsprogramm

Das neue Handelsförderungsprogramm (*Trade Facilitation Programme/TFP*) ist nunmehr voll geschäftstätig. Um den zu erwartenden Anstieg des Geschäftsvolumens im Jahr 2001 abzufangen, stimmte die EBWE im Dezember 2000 einer Erhöhung der ursprünglich auf 100 Millionen Euro festgesetzten Obergrenze des Programms auf 250 Millionen Euro zu.

Ende 2000 waren 46 Emissionsbanken in 20 Ländern¹ zum TFP zugelassen. Insgesamt lag die Grenze über 365 Millionen Euro. Es wird erwartet, dass im ersten Quartal 2001 zusätzliche Banken aufgenommen werden. Dadurch wird das Netz der Emissionsbanken beträchtlich erweitert. Die Fazilität unterstützte den intraregionalen Handel beträchtlich, insgesamt wurden 22 Garantien im Gesamtwert von 22 Millionen Euro unterzeichnet.

Im Berichtsjahr wurden Garantien für 194 Handelsoperationen im Gesamtwert von 142 Millionen Euro vergeben. Seitdem das Programm im Jahre 1999 seine Tätigkeit aufnahm, wurden 245 Garantien über insgesamt 223 Millionen Euro erteilt. Dabei ging es um Geschäftsvorfälle von insgesamt 274 Millionen Euro. Der Unterschied drückt die direkte Risikobeteiligung der bestätigenden Banken aus und entspricht 19 Prozent der Gesamtsumme. Zu den typischen Geschäftsvorfällen gehörten die Prägung von Rupien-Scheidemünzen in der russischen Münzstätte für das indische Finanzministerium, der Export von russischen Mähdreschern nach Kasachstan und ein breites Spektrum von Exporten und Importen von Nahrungsmitteln, Verbrauchsgütern, medizinischen Gütern und Industrieausrüstungen. Insbesondere in Südosteuropa hat das Programm entscheidende Beiträge zur Unterstützung von KMU geleistet.

Insgesamt wurden 130 bestätigende Banken in den wichtigsten Ländern der Welt in das Programm aufgenommen, darunter 29 in den Einsatzländern der EBWE. Die raschen und zuverlässigen Dienstleistungen des TFP verbesserten den Ruf der Europäischen Bank unter den in der Handelsförderung tätigen Bankinstitutionen.

Im Verlauf des Jahres wurde im Rahmen des TFP eine neue revolutionäre Kreditfazilität für die Vorfinanzierung von Krediten geschaffen. In ihrem Rahmen erhalten berechnete Banken in den Einsatzländern der EBWE nicht zugesagte Fazilitäten zur Weitervergabe an nachrangige Kreditnehmer, die Arbeitskapital für ihre Betätigung im Handelssektor benötigen.

Kapitalanlagefonds

In allen Einsatzländern der EBWE ist mindestens ein Kapitalanlagefonds tätig, an dem die EBWE beteiligt ist. Das Kapitalanlagefonds-Portfolio der EBWE umfasst zwei Kategorien: private Kapitalanlagefonds und gebergestützte Fonds. Beide sind Bündelungen von Direktinvestitionen, die Investitionsstrategien für Privatkapital/Wagniskapital nutzen. Die gebergestützten Fonds wurden eingerichtet, um in den weniger vorangeschrittenen Transformationsländern zu investieren, oder sie dienen spezifischen Entwicklungszielen. Im Normalfall erhalten sie von den Geberregierungen eine Zuschussfinanzierung, mit der in erster Linie die Betriebskosten abgedeckt werden. Die EBWE hat gemeinsam mit verschiedenen Geberregierungen eine Reihe gebergestützter Fonds für die Unterstützung von Privatisierung und Restrukturierung mittlerer Unternehmen eingerichtet.

Im Rahmen der Additionalität und des positiven Einflusses auf den Transformationsprozess spielen die Kapitalanlagefonds der Bank eine wichtige Rolle. Erstens werden durch diese Form von Investitionen Fachwissen und Know-how in den örtlichen Unternehmen herangebildet. Zum Zweiten führen die durch diese Fonds getragenen Investitionstätigkeiten allmählich zur Herausbildung einer „Aktienkultur“ in der Region. Sie wird dringend gebraucht, um die für eine Marktwirtschaft erforderlichen Unternehmer heranzubilden. Drittens strömt wegen der attraktiven Renditen eine große Summe institutionellen Kapitals in die Region. In der Tat bilden die Kapitalanlagefonds nach wie vor die wichtigste Quelle der Eigenkapitalfinanzierung privater Unternehmen in den Einsatzländern der Bank.

¹ Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, EJRMazedonien, Moldau, Rumänien, Russland, Slowakische Republik, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland.

Bis Ende 2000 hatte die Europäische Bank 1,2 Milliarden Euro für 79 Kapitalanlagefonds zugesagt; damit war sie in diesem Tätigkeitsbereich der größte Investor in den Einsatzländern. Diese Fonds fungieren als hochwirksame Intermediäre für die Mobilisierung zusätzlicher Finanzierungsquellen in zwei Schritten. Im ersten Schritt sagen die Investoren auf der Ebene des Fonds ihr Kapital zu. Der zweite Schritt findet auf der Ebene des Zielunternehmens statt, in dem durch die Kapitalbeteiligung der Zugang zu weiteren örtlichen Fremdmitteln und/oder zur Finanzierung von Kapitalbeteiligungen möglich wird.

Ende 2000 betrug das gesamte für Fonds mit Beteiligung der EBWE mobilisierte Kapital 4,9 Milliarden Euro. Im Ergebnis wurden bisher Investitionen im Gesamtbetrag von nahezu 1,5 Milliarden Euro in über 550 in der Region tätigen und angesiedelten Unternehmen in einem breiten industriellen Spektrum vorgenommen.

Private Kapitalanlagefonds

Private Kapitalanlagefonds werden von Privatinstitutionen und Fondsverwaltern getragen. Zum Ende des Jahres 2000 wurden 48 derartige Fonds im Portfolio geführt. Ihr Gesamtkapital betrug 4,1 Milliarden Euro, von denen die EBWE 802 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hatte.

Im Jahr 2000 gab die EBWE Zusagen an weitere sechs neue private Kapitalanlagefonds. Die wichtigsten davon sind der Polish Enterprise Fund IV und der Baring Vostok Private Equity Fund, die beide Zusagen der EBWE über 54 Millionen Euro erhalten haben. In beiden Fällen hatte die EBWE in den Vorläuferfonds investiert. Sie konnten erfolgreich Erfahrungen sammeln und ihre Fähigkeit zur effektiven Umsetzung der Zielstellungen der Bank unter Beweis stellen. Beide Fonds erweckten das Interesse institutioneller Investoren ersten Ranges. Außerdem sagte die Bank insgesamt 70 Millionen Euro für die Restrukturierungsfazilität der NUS, für Argus Capital Partner, an Heitman Central Europe Property Fund und den Baltic Investment Fund III zu.

Gebergestützte Fonds

Gebergestützte Fonds kombinieren Kapitalbeteiligungen mit der Unterstützung durch Zuschüsse. Durch die Finanzierung von Maßnahmen der banküblichen Sorgfalt vor Investitionen sowie Unterstützung für das Management nach Investitionen soll der Zuschuss das Risiko des wirtschaftlichen und politischen Umfelds, in dem der Fonds tätig ist, abfedern. Dies erlaubt der EBWE, den Umfang ihrer Investitionen zu vergrößern und erster Investor in Ländern mit höherem Risiko zu sein. Die Hauptprodukte im Rahmen dieser Kategorie sind Regionale Wagnisfonds (RWF) in Russland und Nach-Privatisierungsfonds (NPF) in den baltischen Ländern, Bulgarien, Kasachstan, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Ukraine. Dazu gehören ebenfalls der Kleine Kapitalanlagefonds in den baltischen Ländern, Bulgarien, Polen

und Russland (Nischnij Nowgorod und St. Petersburg) und ein gebergestützter Fonds in Albanien. Außerdem unterzeichnete die Bank eine Erstinvestition im Rahmen der KMU-Finanzierungsfazilität der EBWE/EU in der Slowakischen und der Tschechischen Republik, und sie bereitet gegenwärtig im Rahmen dieser Fazilität Investitionen in anderen EU-Beitrittsländern vor.

Ende 2000 bestand das Portfolio aus 29 Fonds mit einem Gesamtkapital von 728 Millionen Euro, davon hatte die EBWE 355 Millionen zugesagt. Üblicherweise zielen diese Fonds auf Geschäftsvereinbarungen im Frühstadium oder auf Kleinprojekte im Umfang bis zu 1,8 Millionen Euro ab. Im Jahr 2000 haben die gebergestützten Fonds ausgezeichnete Ergebnisse erreicht. Das RWF-Programm erwies sich als widerstandsfähig und hat sein Ergebnis sehr verbessert. Die Neuzusagen umfassten 58 Millionen Euro für 14 neue Zielunternehmen. Zusätzlich ist die Bank aus einem ersten Projekt im RWF für St. Petersburg ausgeschieden und hat dabei einen Gewinn erzielt. Man geht davon aus, dass das RWF-Programm bei der Erweiterung der direkten Investitionstätigkeit in Russland eine entscheidende Rolle spielen wird. Bei den Nach-Privatisierungsfonds war das Jahr 2000 erfolgreich. Es wurden 23 Millionen Euro an Neuinvestitionen für 16 Unternehmen bereitgestellt.

Finanzierung für Mikro- und Kleinunternehmen

Insgesamt erreichten die Kreditvergabeprogramme und -institute der EBWE für Mikro- und Kleinunternehmen im Jahr 2000 mehr als 50.000 Kreditnehmer und gewährten ein Gesamtvolumen von Darlehen in Höhe von 261,2 Millionen Euro, wobei die mittlere Darlehenshöhe bei 5.000 Euro lag. Gegenüber dem Jahr 1999 bedeutet dies einen Anstieg des Volumens um mehr als 120 Prozent.

Fonds für Kleinunternehmen in Russland

Der Vorreiter des EBWE-Programms für die Kreditvergabe an Mikro- und Kleinunternehmen, der Fonds für Kleinunternehmen in Russland (*Russia Small Business Fund/RSBF*), nahm im Jahr 2000 einen neuen Aufschwung. Nach der Konsolidierung im Jahr 1999 ging die Mittelvergabe des Programms im Jahr 2000 über den Stand vor der Krise hinaus. Es wurden mehr als 13.800 Darlehen für Mikro- und Kleinunternehmen im Wert von 130 Millionen Euro vergeben, im Vergleich zu 1999 ein Anstieg von 104 Prozent. Seit Projektbeginn im Jahr 1994 wurden fast 45.000 Kredite in Höhe von 537 Millionen Euro an Kleinunternehmen in Russland vergeben.

Der RSBF führte seine intensive Zusammenarbeit mit der Sberbank fort, wobei sich die Small Business Credit Bank (KMB-Bank) zur entscheidenden Partnerbank entwickelte. Zur Ausweitung der Tätigkeit auf das ganze Land setzte der RSBF die Zusammenarbeit mit mehreren kleinen Regionalbanken fort.



- 1 Über einen Finanzintermediär in Bulgarien reichte die EBWE ein Darlehen zur Modernisierung eines kleinen Lebensmittelladens in Bulgarien aus.
- 2 Die Entwicklung von KMU, die für die Anregung des Wirtschaftswachstums eine entscheidende Rolle spielen, ist Schwerpunkt der EBWE.



Im Jahr 2000 vergab Sberbank mehr als 8.000 Darlehen im Wert von rund 56,6 Millionen Euro, gegenüber 1999 ein Anstieg von 70 Prozent. Bei den Regionalbanken war der Fortschritt weniger beeindruckend, sie sind nach wie vor unterkapitalisiert. Far East Bank, Petrovsky Bank und NBD Bank erzielten jedoch alle weiterhin ein stabiles Kreditvergabevolumen. Insgesamt wurden im Jahr 2000 über 800 Darlehen im Wert von 9,8 Millionen Euro vergeben. Mit dem Beitritt zum Programm im Oktober wurde Investment Bank of Kuban die seit zwei Jahren erste neue Partnerbank des RSBF.

Die KMB-Bank entwickelte sich im Jahr 2000 rasch und verdreifachte die 1999 erreichten Auszahlungen. Im Berichtsjahr hat die Bank über 4.600 Mikro- und Kleinkredite im Umfang von nahezu 64,1 Millionen Euro vergeben. Zum Dezember war das Monatsvolumen auf 7,5 Millionen Euro gestiegen. Die Zahlungsrückstände über 30 Tage belaufen sich bezogen auf dieses Portfolio gegenwärtig auf lediglich 0,6 Prozent. Angesichts der raschen Erweiterung ist das ein hervorragendes Ergebnis. Die Rekapitalisierung von KMB, bei der die EBWE eine entscheidende Rolle spielte, wurde im Dezember unter Einbeziehung des Soros Economic Development Fund, der DEG (Deutschland) und der Triodos Bank (Niederlande) abgeschlossen. Diese Kapitalspritze wird es der auf Mikro- und Kleinkredite spezialisierten Bank ermöglichen, 2001 weiter zu wachsen und ihren regionalen Einfluss von den gegenwärtig betriebenen elf Filialen und Büros in ganz Russland aus verstärken.

Albanien

Die Investition der EBWE in der FEFAD-Bank in Albanien wurde im Februar 2000 abgeschlossen. Dieses Institut wurde von der KfW als Stiftung ins Leben gerufen und nach dem Vorbild der Micro Enterprise Bank (MEB) in Bosnien und Herzegowina in eine spezialisierte Bank für Mikro- und Kleinunternehmen umgewandelt. Die Umwandlung in eine Bank, die damit verbundene neue Führung sowie die Kapitalspritze haben sich insgesamt positiv ausgewirkt. Die FEFAD-Bank vergab im Berichtsjahr so viele Kredite, wie in den gesamten fünf Jahren ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit. Das Portfolio wuchs zum Jahresende auf 15 Millionen Euro, die Zahlungsrückstände über 30 Tage lagen bei 1,8 Prozent.

Bosnien und Herzegowina

Die Investitionen der EBWE in der MEB in Bosnien und Herzegowina wurden 2000 solide ausgebaut. Im Berichtsjahr zahlte die MEB über 3.000 Darlehen im Wert von mehr als 12,8 Millionen Euro aus. Zahlungsrückstände von mehr als 30 Tagen liegen mit 0,6 Prozent für das Portfolio außergewöhnlich niedrig. Die MEB hat in der Föderation von Bosnien und Herzegowina Filialen in Bihac, Ilidza, Sarajewo, Tuzla und Mostar eingerichtet. Im November gründete die MEB als erste in der Föderation registrierte Bank in Banja Luka in der Republika Srpska eine Filiale. Sie stellt nunmehr Einzelpersonen Kredite für den Wiederaufbau von Privatwohnungen und Mikro- und Kleinunternehmen Darlehen zur Verfügung. Die Nachfrage ist im ganzen Land nach wie vor stark.

Georgien

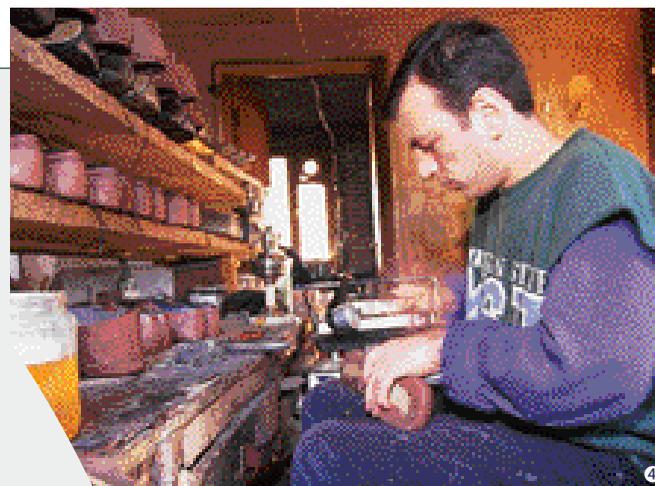
In Georgien reichte die EBWE im Jahr 2000 an die Microfinance Bank of Georgia (MBC) Eigen- und Fremdkapital aus. Die Bank hat ein äußerst erfolgreiches Konzept für die Verbraucherkreditvergabe entwickelt. Sie reichte im Berichtsjahr mehr als 19.000 Kredite mit einer Durchschnittshöhe von lediglich 200 Euro aus. Im Verlauf des Jahres vergab die Bank über 2.500 Mikro- und Kleinkredite im Gesamtumfang von 18,6 Millionen Euro. Für den Anfang des Jahres 2001 ist eine Kapitalerhöhung vorgesehen, die den Anteil der EBWE auf 10 Prozent anheben wird.

Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan

Das Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan (*Kazakhstan Small Business Programme/KSBP*) entwickelte sich im Jahr 2000 rascher als erwartet und vergab mehr als doppelt so viele Kredite wie 1999. Bisher wurden in seinem Rahmen fast 8.800 Darlehen im Gesamtwert von über 69,4 Millionen Euro ausgereicht. Das KSBP arbeitet mit sieben Banken in 14 kleineren und größeren Städten zusammen. Die Qualität des Darlehensbestands ist nach wie vor vorbildlich, die Rückzahlungsrückstände geringfügig. Das KSBP ist besonders erfolgreich bei der Arbeit mit Kleinstkreditnehmern: Zwei Drittel aller ausgereichten Darlehen lauteten auf Beträge unter 5.000 Euro. Die regionale Erweiterung im Jahr 2001 wird die noch fehlenden größeren Städte des Landes in das KSBP einbeziehen.



- 3 Nach einer EBWE-Investition erhöhte die Micro Enterprise Bank in Bosnien und Herzegowina die Mittelvergabe an Mikro- und Kleinunternehmen. Im Berichtsjahr wurden mehr als 3.000 Darlehen ausgereicht.
- 4 Zur Förderung des Wachstums kleiner Unternehmen vergab die Microfinance Bank in Georgien 2000 mehr als 19.000 Darlehen, durchschnittlich nicht höher als 200 Euro.



Moldau

Im Juni nahm die EBWE eine Kapitalanlage von 107.000 Euro in einem spezialisierten Mikrofinanzierungsinstitut in Moldau vor: Micro Enterprise Credit (MEC) ist ein nach moldauischem Recht gegründetes Finanzunternehmen, das im Jahr 2001 in eine Geschäftsbank umgewandelt werden soll. Gegenwärtig hält die EBWE einen Anteil von 15,3 Prozent am MEC, der zum Zeitpunkt der Umwandlung auf 20 Prozent erhöht werden soll. 2000 hat der MEC 230 Darlehen im Gesamtwert von 1,8 Millionen Euro ausbezahlt.

Ukraine

Das gemeinsame Mikrokreditprogramm von KfW und EBWE in der Ukraine erzielte im Jahr 2000 Fortschritte und vergab 2.000 Darlehen im Wert von insgesamt 26,3 Millionen Euro. Bezogen auf dieses Portfolio lag der Anteil von Zahlungsrückständen von mehr als 30 Tagen bei lediglich 0,8 Prozent. Der Aufbau von Institutionen bei den Partnerbanken macht Fortschritte: Sie nehmen zunehmend Verfahren für die Vergabe von Mikrokrediten in ihre Kernkreditvergabetätigkeit auf. Im Dezember des Jahres 2000 wurde die Ukraine Micro Finance Bank (MFB) von der Nationalbank zugelassen. Sie wird ihre Geschäftstätigkeit in Kiew aufnehmen und danach rasch Filialen bzw. Büros in mindestens drei Regionen, darunter in der Stadt Slawutitsch nahe Tschernobyl, eröffnen.

Technische Hilfe

Die EBWE stellt der im Januar 2000 errichteten Micro Enterprise Bank im Kosovo (MEBK) technische Hilfe zur Verfügung. Die MEBK hat sich bei der Bereitstellung dringend benötigter Finanzdienstleistungen an Mikro- und Kleinunternehmen über fünf Filialen in Städten im Kosovo als höchst erfolgreich erwiesen. Bis Ende des Berichtsjahrs hatte die MEBK mehr als 800 Darlehen im Wert von 5,1 Millionen Euro gewährt. Es gab in diesem Portfolio keinerlei Rückstände – angesichts des höchst instabilen Geschäftsumfelds eine bemerkenswerte Leistung.

Zukünftige Kreditvergabe

Im Jahr 2001 möchte die EBWE diese guten Ergebnisse ausbauen und Programme für Mikro- und Kleinunternehmen sowie spezialisierte Finanzinstitute in vielen der übrigen Einsatzländer der Bank einrichten. Derartige Initiativen sind für Aserbaidschan, Bulgarien, die EJRMazedonien, die BR Jugoslawien, Kirgisistan, Rumänien und Weißrussland geplant. Obwohl diese Bemühungen in der Anfangsphase durch Gebermittel unterstützt werden, möchte die Bank sicherstellen, dass diese Programme mittelfristig ohne sie auskommen.

Nichtbanken-Finanzinstitute

Im Jahr 2000 konzentrierte die EBWE sich verstärkt auf die Tätigkeit von Nichtbanken-Finanzinstituten. Für zehn neue Transaktionen wurden insgesamt 70 Millionen Euro ausgereicht. Der Schwerpunkt dabei lag weiterhin auf Investitionen in den Bereichen Versicherungen und Pensionen, in denen die Bank inzwischen der größte Finanzinvestor der Region ist. Die Tätigkeit der EBWE im Bereich der Nichtbanken-Finanzinstitute wurde jedoch während des Jahres erweitert. Sie umfasst zahlreiche Projekte in den Sektoren Leasing, lokale Vermögensverwaltung, Hypothekeneinrichtungen sowie Unternehmen zur Finanzierung von Verbraucherkrediten. Diese Vorhaben sollen Anfang 2001 abgeschlossen werden.

Versicherungen

Unter Berücksichtigung des starken Wachstums des Versicherungsektors in Mitteleuropa leistete die EBWE über das Rahmenabkommen weitere Kapitalbeiträge für die Winterthur-Versicherungsunternehmen in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn. Anfang 2000 beteiligte sich die Bank am Eigenkapital von Lietuvos Draudimas, dem größten Versicherungsunternehmen in den baltischen Ländern. Diese Investition wurde gemeinsam mit dem Versicherungsunternehmen Codan aus Dänemark – des Mehrheitsaktionärs dieser Gesellschaft – erbracht, das seine Anteile ursprünglich während der Privatisierung erworben hatte.

Das Mikrokreditprogramm der EBWE in der Ukraine erlebte nach der Gründung der Ukraine Micro Finance Bank Ende 2000 einen Aufschwung.



Die Bank vergrößerte durch eine Kapitalerhöhung ihre Investitionen in Energo Asekuracja aus Polen. Mit diesen Mitteln soll die Tätigkeit dieses Unternehmens von Sachversicherungen auf Lebensversicherungen ausgeweitet werden.

Nach der erfolgreichen Investition der EBWE in der Bulgarian Insurance & Pensions Group, die gemeinsam mit TBIH, einem Joint-venture von Deutscher Bank und Kardan, durchgeführt wurde, entschloss sich die EBWE zu einer Direktinvestition in TBIH. Durch eine Kapitalerhöhung übernahm sie 24 Prozent des Eigenkapitals. Gleichzeitig stellte sie zusätzliche Fazilitäten für mittelfristige Kredite bereit. Durch diese Kapitalerhöhung wird TBIH in die Lage versetzt, in der Region neben ihren Anteilen an der Insurance & Pensions Group weitere Investitionen in den Bereichen Versicherungs- und Pensionsinvestitionen vorzunehmen. Mit diesen neuen Investitionen erhöhte die EBWE im Jahr 2000 ihre direkten und indirekten Kapitalbeteiligungen im Versicherungssektor auf 16.

Pensionen

Durch eine Investition in TBIH investierte die EBWE indirekt in das Pensionsfonds-Verwaltungsunternehmen Tatry in der Slowakischen Republik und Doverie in Bulgarien. Weiterhin gibt es Investitionen der EBWE im Erste Pension Fund in Kroatien und in drei Pensionsfonds des Unternehmens Winterthur in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn. Die Bank arbeitet weiterhin sowohl vor der Einführung von Rentenreformen als auch danach und bei der Umsetzung anderer Reformen aktiv mit den Behörden zusammen. Die EBWE erwartet nach der Einführung lange überfälliger obligatorischer Reformen für das Jahr 2001 weitere Investitionen in Pensionsfonds in Rumänien sowie in den baltischen Ländern und in Kasachstan.

Leasing

Im Jahr 2000 beteiligte sich die EBWE an der Kapitalerhöhung von Uzbek Leasing. Angesichts der Bedeutung des Leasingsektors für die Entwicklung von KMU stellte die Bank für die Vorbereitung von Leasingprojekten zusätzliche Ressourcen zur Verfügung. Anfang 2001 soll eine Reihe von Projekten erfolgreich auf den Weg gebracht werden.

Hypothekeneinrichtungen

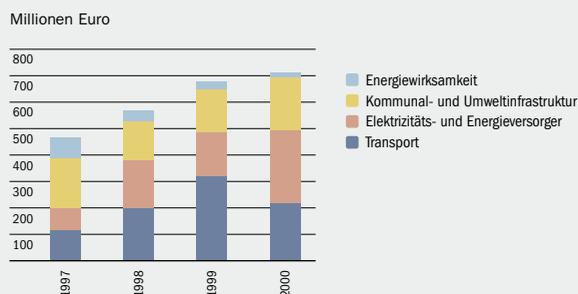
Die EBWE kennt die Bedeutung des Hypothekenbereichs in ihren Einsatzländern, besonders angesichts des mittelfristigen Bedarfs an der Erweiterung des Spektrums von lokalen Kapitalmarktinstrumenten, die dem rasch anwachsenden Stamm lokaler Investoren zur Verfügung stehen, darunter Lebensversicherungsunternehmen und Pensionsfonds. In diesem Sektor hat die Bank eine Reihe aktiver Projekte in Vorbereitung, die voraussichtlich 2001 gestartet werden können.

Infrastruktur

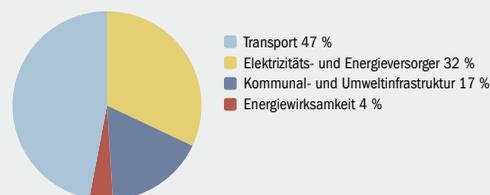
Die Aktivitäten der EBWE im Bereich Infrastruktur entfallen auf vier Hauptgebiete: Kommunal- und Umweltinfrastruktur (*Municipal and Environmental Infrastructure/MEI*), Transport und Verkehr, Elektrizitäts- und Energieversorger und Energiewirksamkeit. Im Jahr 2000 hat die Bank ihre Zusagen im Infrastruktursektor weiter erhöht. Im Vergleich zu 665 Millionen Euro im Jahr 1999 hat sie Finanzierungen von insgesamt 711 Millionen Euro zur Verfügung gestellt (vergleiche Schaubild xxx). Die Zusagen waren relativ gleichmäßig auf drei Hauptgebiete verteilt: kommunale Infrastruktur und Dienstleistungen, Elektrizitäts- und Energieversorger und Transport. Fast zwei Drittel der im Jahr 2000 unterzeichneten Projekte entfielen auf Volkswirtschaften der frühen und mittleren Transformationsphase, das verbleibende Drittel auf fortgeschrittene Länder.

In den letzten Jahren veränderten sich die Methoden der EBWE-Finanzierung im Infrastruktursektor beträchtlich. Die anfängliche Betonung von Staatskrediten verschob sich zugunsten einer Vermehrung des Anteils von privaten und nichtstaatlichen öffentlichen Finanzierungen. 2000 betrug der Anteil der Finanzierungen

Infrastrukturzusagen 1997-2000



Infrastruktur-Portfolio, Stand Ende 2000



für den staatlichen Sektor (unter Einschluss von staatlichen Garantien oder von Staatskrediten) 62 Prozent der Neuzusagen; 20 Prozent der Gesamtsumme entfielen auf Finanzierungen für den privaten Sektor. Finanzierungen für den öffentlichen Sektor ohne Staatsgarantie erreichten 18 Prozent, davon entfiel die überwältigende Mehrheit auf den kommunalen Sektor. Die EBWE erwartet, dass der Anteil privater und nichtstaatlicher Finanzierungen für den öffentlichen Bereich, besonders in den Elektrizitäts- und Kommunalsektoren, in den kommenden Jahren rapide zunimmt.

Ende 2000 belief sich die Gesamtsumme der Zusagen der EBWE im Bereich Infrastruktur auf 4,8 Milliarden Euro. Das entspricht einem Drittel aller Zusagen der Bank. Die Mehrheit entfällt mit einem Anteil von 47 Prozent bzw. 32 Prozent auf die Bereiche Transport und Elektrizität und Energie.

In den letzten Jahren nahmen die Aktivitäten im Bereich MEI rasch zu. Im Jahr 2000 entfielen auf sie 30 Prozent der neuen Infrastrukturzusagen, und ihr Anteil an den kumulativen Zusagen für den Infrastrukturbereich stieg auf 17 Prozent. Außerdem besteht ein Wachstumspotenzial für den Sektor Energiewirksamkeit, insbesondere im Bereich Fernheizung.

Mit der weiter steigenden Zahl von Zusagen gewannen das Portfoliomanagement und die Projektüberwachung mehr und mehr an Bedeutung. Im Jahr 2000 berief die EBWE einen Portfolioverwalter mit spezifischer Verantwortung für das Risiko- und Portfoliomanagement im Sektor Infrastruktur. Ende 2000 waren weniger als ein Prozent der gesamten Aktiva in diesem Sektor notleidend.

Ende 2000 wurden Infrastrukturprojekte im Gesamtwert 4,0 Milliarden Euro vorbereitet, und ein beträchtlicher Teil entfiel auf Länder in der fortgeschrittenen Transformationsphase. Finanzierungen für Projekte im Staatssektor werden in allen Einsatzländern der Bank auch in Zukunft wesentlicher Bestandteil der Infrastrukturinvestitionen sein, insbesondere in Ländern der früheren und mittleren Transformationsphase. Der Anteil nichtstaatlicher und privater Projektfinanzierungen soll jedoch auf insgesamt mehr als 50 Prozent anwachsen.

In Zukunft werden sich die Projekte wahrscheinlich auf Russland und die fortgeschrittenen Transformationsländer Mitteleuropas konzentrieren. Dort gibt es viel Raum für eine intensivere Beteiligung der EBWE am Infrastruktursektor. Insbesondere ist im Bereich kommunale Infrastruktur im Privatsektor oder auf nichtstaatlicher Grundlage eine wachsende Nachfrage nach EBWE-Finanzierungen zu erwarten.

In den nächsten Jahren will die Bank das Volumen der jährlichen Finanzierungszusagen im Bereich Infrastruktur auf über eine Milliarde Euro erhöhen. Um das zu erreichen, muss sie Finanzierungen zu Konditionen zur Verfügung stellen, die von keiner anderen Institution geboten werden, und bereit sein, transformationsabhängige Risiken zu übernehmen, vor denen die Märkte oder andere IFI noch zurückscheuen.

Kommunal- und Umweltinfrastruktur

Im Jahr 2000 stellte die EBWE für den Bereich Kommunal- und Umweltinfrastruktur (*Municipal & Environmental Infrastructure /MEI*) zur Unterstützung von neun Projekten im Gesamtwert von 883 Millionen Euro Finanzierungen in Höhe von 211 Millionen Euro zur Verfügung. Bei diesen Vorhaben ging es um Investitionen in zwölf Kommunen. Sie entfielen vorwiegend auf die Bereiche Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und kommunale Festmüllentsorgung. In drei Ländern (Bulgarien, EJR Mazedonien und Kasachstan) investierte die Bank zum ersten Mal im kommunalen Sektor.

Ende 2000 umfasste das kumulative Portfolio der EBWE im Bereich Kommunal- und Umweltdienstleistungen – unter anderem Wasser, Abwasser, Fernheizung und städtische Verkehrssysteme – insgesamt nahezu eine Milliarde Euro. Bisher erhielten etwa 90 Kommunen in 18 Ländern Finanzierungen der EBWE, die nahezu 30 Millionen Menschen zugute kamen.

Gemäß den Grundsätzen der Bank zur Unterstützung der Dezentralisierung der kommunalen Infrastruktur und der dazugehörigen Dienstleistungen konzentrierte sie sich im Jahr 2000 weiterhin auf die Bereitstellung von Finanzierungen ohne staatliche Garantien. Im Berichtsjahr entfielen mehr als 60 Prozent der Bankfinanzierungen auf den öffentlichen nichtstaatlichen und 18 Prozent auf den privaten Sektor.

Im Jahr 2000 wurden mehr als die Hälfte der Finanzierungen der EBWE für Kommunen in fortgeschrittenen Transformationsländern bereitgestellt. Das spiegelt den höheren Entwicklungsgrad des kommunalen Finanzwesens in diesen Ländern und die starke Nachfrage nach Mitteln auf nichtstaatlicher Grundlage wider, die anderswo kaum zu beschaffen sind.

Zwei seit 1999 beobachtete wichtige Trends verstärkten sich 2000. Erstens hat die Bank weiterhin öffentlichen Stadtwerken Kredite ohne Garantien der übergeordneten Kommune zur Verfügung gestellt. Zweitens wurde eine Anzahl bereits ausgereichter Staatskredite an kommunale Behörden in nichtstaatliche Darlehen umgewandelt. Nahezu die Hälfte der von der Bank im Jahr 2000 finanzierten MEI-Projekte entfiel auf Kommunen oder Stadtwerke, die bereits früher Darlehen von der EBWE erhalten hatten.

Im Jahr 2000 vertiefte die EBWE ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Union insbesondere bei der Verbesserung des Umweltschutzes in den Sektoren Wasser und Abwasser in Beitrittsländern. Fünf von der EBWE unterstützte Investitionsprojekte erhielten im Jahr 2000 von der EU Kofinanzierungen in Gestalt von Zuschüssen. Vier davon – in Breslau, Constanza, Krakau und Riga – erhielten Mittel aus dem strukturpolitischen Instrument der EU zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA). Insgesamt hat die EU 318 Millionen Euro für EBWE-finanzierte Infrastrukturprojekte bereitgestellt.

Eines der wichtigsten Projekte der Bank im Jahr 2000 war ein Darlehen über 31 Millionen Euro an Sofijska Voda, das erste privat geführte Wasserwerk in Bulgarien. Dieses Projekt stellt den Höhepunkt einer jahrelangen engen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Sofia und der Bank zur Entwicklung einer Strategie dar, durch die der Privatsektor in die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung einbezogen werden soll. Es wird über einer Million Menschen zugute kommen. Die Finanzierung versetzt das Unternehmen in die Lage, die Wartung des Rohrleitungssystems der Stadt zu verbessern, die Dienstleistungen für die Verbraucher auszubauen und ein effektiveres Gebührensystem einzuführen.

In Estland stellte die EBWE Tallinna Vesi, dem kommunalen Wasser- und Abwasserunternehmen in Tallinn, einen Kredit über 23 Millionen Euro zur Verfügung. Das Ziel besteht darin, die Privatisierung des Unternehmens durch die Festlegung neuer Rückzahlungsbedingungen für bereits aufgenommene Mittel bereits im Vorfeld zu unterstützen. Die Umwandlung eines staatlich garantierten Darlehens in ein Unternehmensdarlehen wird die Anziehungskraft des Unternehmens für internationale Bieter steigern. Gleichzeitig signalisiert sie den Märkten, dass profitable kommunale Dienstleistungen ohne staatliche oder kommunale Garantien finanziert werden können.

Fallstudie: Kommunal- und Umweltaktionsprogramm, EJR Mazedonien

Als Teil des Schnellstart-Programms im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa stellte die EBWE im Jahr 2000 ihr erstes Infrastrukturprojekt fertig. Das von der Bank koordinierte Programm mit einem Umfang von 69,5 Millionen Euro unter Einbeziehung eines EBWE-Kredits von 21 Millionen Euro, wird komplizierte Probleme bei der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung in fünf Städten in der EJR Mazedonien lösen. Diese Finanzierung versetzt fünf öffentliche Wasserunternehmen in die Lage, das Verteilungsnetz und die Wasserbehandlung auszubauen und vier neue Kläranlagen zu errichten. Durch die Dezentralisierung und Kommerzialisierung der kommunalen Dienstleistungen wird sich das Projekt positiv auf den Transformationsprozess auswirken. Zusätzlich zur Bereitstellung von sauberem und sicherem Trinkwasser wird erwartet, dass das Projekt auch andere kommunale Versorgungsbetriebe ermuntert, ähnliche Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

In Zentralasien beteiligte sich die EBWE in Almaty, der größten Stadt Kasachstans mit Investitionen an zwei Projekten. Beim ersten ging es um ein Darlehen von 21 Millionen Euro an die Stadt zur Verbesserung der Erfassung und sicheren Entsorgung von kommunalen Abfällen. Hierbei wurde zum ersten Mal einer Kommunalbehörde in Zentralasien ein langfristiges internationales Darlehen ohne staatliche Garantie eingeräumt. Das zweite Projekt in Almaty war ein Darlehen in Höhe von 8 Millionen Euro für Almaty Sui, das städtische Wasser- und Abwasserunternehmen, zur Finanzierung von Verbesserungen der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung.

Mit schon geplanten Projekten wird die EBWE auch in Zukunft auf die erforderlichen Verbesserungen bei den kommunalen Dienstleistungen und der Infrastruktur reagieren. Insbesondere gilt das für Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Festmüllentsorgung, städtische Verkehrssysteme und Fernheizung.

Transport und Verkehr

Auch 2000 berücksichtigte die Bank die Notwendigkeit von Investitionen im Transportsektor und unterzeichnete fünf Projekte im Gesamtwert von 216 Millionen Euro. Dadurch steigen die gesamten Zusagen der EBWE für diesen Bereich auf 2,2 Milliarden Euro.

Die umfangreichste Zusage der Bank für den Transportbereich während des Jahres betraf die Umstrukturierung von PKP, dem polnischen nationalen Eisenbahnunternehmen. Das von der Bank bereitgestellte Darlehen über 100 Millionen Euro zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung zielt auf eine Erhöhung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahndienste in Polen. Diese Finanzierung unterstützt ein radikales Restrukturierungsprogramm, das zur Schaffung von mindestens drei unabhängigen Unternehmen führen wird. Private Beteiligungen

- 1 Die Abwasserbehandlung war 2000 ein Schlüsselbereich für die Hilfe der EBWE im Bereich Infrastruktur.
- 2 Fünf Städte in der EJR Mazedonien erhielten zur Finanzierung dringend benötigter Wasser- und Abwasserdienstleistungen Mittel von der EBWE.



sollen später angestrebt werden. Die finanzielle Leistungskraft von PKP wird dadurch beträchtlich vergrößert und das Unternehmen in die Lage versetzt, eine Strategie für die Privatisierung vorzubereiten und Anreize für zukünftige Investitionen zu schaffen.

Im Jahr 2000 unterzeichnete die Bank zwei wichtige Projekte für den Straßenbau: ein Darlehen für die Modernisierung der Autobahn M06 in der Ukraine und Finanzierungen zur Verbesserung der Straßenverbindung zwischen Almaty und Bischkek in Zentralasien. Die Projekte sind Teil einer Kofinanzierungsvereinbarung mit der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB).

Fallstudie: Modernisierung der Autobahn M06 in der Ukraine

Mit Hilfe eines EBWE-Kredits über 75 Millionen Euro soll eine der wichtigsten Straßenverbindungen der Ukraine, die Kiew mit der ungarischen Grenze verbindet, modernisiert werden. Neben Verbesserungen für den grenzüberschreitenden Handel wird das Darlehen die ukrainische Straßenverwaltung bei der Umsetzung wesentlicher Reformen für die Finanzierung des Straßenbaus sowie bei der Trennung von operativen und regulierenden Funktionen unterstützen. Durch das Projekt werden Ausschreibungen für öffentliche Bauarbeiten eingeführt. Es wird erwartet, dass so private Investitionen in die Bauindustrie angeregt werden, die gegenwärtig durch staatliche Unternehmen beherrscht wird.

Das 31-Millionen-Euro-Projekt der EBWE in Kasachstan wird in erster Linie für Verbesserungen eines 50 Kilometer langen Abschnitts der Straßenverbindung Almaty-Bischkek verwendet, gleichzeitig werden jedoch auch kleinere Reparaturen an den Zubringerstraßen durchgeführt. Die Modernisierung des verbleibenden Teils der Autobahn wird von der ADB finanziert. Hauptziele des Projekts sind die Förderung des regionalen Handels in Zentralasien und die Unterstützung der Regierung bei der Verbesserung von Planung und Finanzierung des Straßensektors.

Im Privatsektor unterzeichnete die EBWE im Jahr 2000 zwei Vorhaben im Bereich Transport und Verkehr. In Russland stellte sie ein Darlehen über 4 Millionen Euro für den Ausbau eines modernen

Luffrachtterminals am Flughafen Pulkowo (St. Petersburg) zur Verfügung. Dabei handelt es sich um eins der ersten privat finanzierten Infrastrukturprojekte in Russland, und es wird erwartet, dass sich dadurch die Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten des Landes wesentlich verbessert. Das zweite Bankprojekt im Privatsektor bestand aus einer gemeinsam mit internationalen strategischen Investoren vorgenommenen Kapitalbeteiligung in Höhe von 6 Millionen Euro an Ukraine International Airlines, die das Unternehmen in die Lage versetzt, sich der Marktnachfrage zu stellen und eine glaubwürdige Alternative zu westeuropäischen Fluggesellschaften zu bieten.

Im Berichtsjahr hat sich die EBWE einen beträchtlichen Projektvorrat geschaffen, der in den nächsten Jahren finanziert werden soll. Sie betreffen im wesentlichen Straßen und Eisenbahnen; in diesen Bereichen zeichnen sich Möglichkeiten für die Bereitstellung nichtstaatlicher Finanzierungen ab. Diese Finanzierungsweise wird – besonders in den fortgeschrittenen Einsatzländern – noch an Bedeutung zunehmen, da die Fähigkeit der Regierungen, staatliche Garantien zu gewähren, nach Annahme einer vorsichtigeren Finanzpolitik mehr und mehr begrenzt wird.

Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen

Im Jahr 2000 verstärkte die EBWE ihre Unterstützung für die Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen. Es wurden sieben Projekte im Gesamtvolumen von 267 Millionen Euro – im Vergleich zu 155 Millionen Euro im Jahr 1999 – unterzeichnet. Die gesamten Zusagen der Bank entfielen auf Länder in der frühen oder mittleren Transformationsphase, in denen ein wachsender Investitionsbedarf besteht.

Im vergangenen Jahr nahm die Bank neue Grundsätze für die Tätigkeit im Energiebereich an, in denen die Bedeutung des effektiven Einsatzes von Primärenergie unterstrichen wird. Die Bank verfolgt das Ziel, die Energiewirksamkeit in allen Phasen – von der Verwandlung in Primärenergie bis zum Endverbraucher – durch Förderung der Marktentwicklung und der Energiewirksamkeit sowohl bei der Versorgung als auch beim Verbrauch zu unterstützen. Außerdem bestätigte dieses neue Konzept die Strategie der Bank für die Reaktorsicherheit und Investitionen für Kernenergie. Insbesondere setzt sich die Bank engagiert für



1 Ein EBWE-Darlehen für das polnische nationale Eisenbahnunternehmen PKP trägt zur Restrukturierung und der Erhöhung der Produktivität bei.

2 Ukraine International Airlines erhielt zur Verbesserung der Flugverbindungen zwischen der Ukraine und Westeuropa Mittel von der EBWE.



eine verstärkte Sicherheit bei der Nutzung der Kernenergie ein. Sie fungiert als Verwalter der von Gebern bereitgestellten Mittel (vgl. S. 70) und beteiligt sich an Projekten, die direkt zur Sicherheit von Kernenergieanlagen der ersten Generation beitragen werden.

Die wichtigste Zusage der EBWE im Berichtsjahr war ein Darlehen in Höhe von 108 Millionen Euro, durch das für ein Jahr Betriebskapital für vier Elektrizitätsunternehmen in der Ukraine zur Verfügung gestellt wird. Durch das Projekt sollen Reformen im Elektrizitätssektor ausgelöst werden. Zu diesem Zweck wird eine Reihe entscheidender Bedingungen festgelegt. Dazu gehören Zielvorgaben für die Privatisierung der Verteilungsunternehmen und die Erfassung von Außenständen bei Kunden. Im Rahmen der Finanzierungsbedingungen vergab die Bank diesen Kredit an die Regierung der Ukraine, die die Mittel an die betreffenden Elektrizitätsversorger weiterleitet.

Für das vorgeschlagene Darlehen zur Fertigstellung und Verbesserung der Sicherheitstechnik der AKW Chmelnitzkij 2 und Rowno 4 in der Ukraine wurden ebenfalls strenge Bedingungen vorgegeben. Das Direktorium der EBWE billigte diesen Kredit im Dezember 2000 und legte dabei vier entscheidende Konditionen fest: die endgültige Stilllegung des letzten Reaktors in Tschernobyl; die Gewährleistung einer Reihe von wichtigen Sicherheitsmaßnahmen, darunter einen Bericht der internationalen Regulierungsbehörden für AKW mit der Bestätigung, dass die Regulierungsbehörde in der Ukraine ausreichend unabhängig ist und genügend Ressourcen hat, um sicherzustellen, dass der Betrieb der AKW in der Ukraine nach westlichen Sicherheitsstandards erfolgt; die Bereitstellung aller erforderlichen externen Finanzmittel für den Betrieb sowie die Bestätigung, dass der IWF das Wirtschafts- und Haushaltsreformprogramm in der Ukraine unterstützt.

Die Bank unterstützte weiterhin den Elektrizitätssektor in Bosnien und Herzegowina und reichte ein Staatsdarlehen über 50 Millionen Euro an drei regionale Elektrizitätsunternehmen aus. Die Finanzierung gestattet dem Land, die Elektrizitätsübertragungsanlagen in das europäische Verbundnetz einzugliedern und die Wirksamkeit der Elektrizitätsverteilung zu verbessern.

Fallstudie: Das rumänische Elektrizitätsverbundnetz-Unternehmen

Die Bank hat bei der Liberalisierung der rumänischen Elektrizitätsindustrie entscheidende Unterstützung gewährt. Sie half bei der Schaffung von Transelectrica, einem unabhängigen Übertragungsunternehmen für Strom und bei der Modernisierung des nationalen Verbundnetzes. Ein EBWE-Kredit über 55 Millionen Euro leistete den erforderlichen Beitrag zur Aufgliederung des staatlichen Elektrizitätsunternehmens in unabhängige Betreiber-gesellschaften und schuf die Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Strommarkt in Rumänien. Durch dieses Projekt gelang es Rumänien außerdem, eine Bedingung für den Beitritt zur Europäischen Union zu erfüllen. Die Finanzierung durch die EBWE führte dazu, dass die Europäische Investitionsbank weitere 90 Millionen Euro zur Verfügung stellte. Dazu kam noch ein Zuschuss über 20 Millionen Euro aus dem Phare-Programm der EU.

Die Privatisierung des Elektrizitätssektors in Armenien erhielt im Berichtsjahr Unterstützung von der EBWE. Gemeinsam mit internationalen Partnern stimmte die Bank einer Beteiligungsinvestition von bis zu 21 Millionen Euro in vier Verteilungsunternehmen zum Zeitpunkt der Privatisierung zu. Die Bank nutzte ihre Stellung als potenzieller Hauptinvestor und führte mit der armenischen Regierung Gespräche über die Rahmenvorstellungen für die Privatisierung unter Einbeziehung gesetzlicher und regulatorischer Voraussetzungen. Während des Jahres wurden offizielle Ausschreibungen für Privatinvestitionen veröffentlicht. Es wird erwartet, dass die Finanzierung der EBWE Anreize für weitere ausländische Investoren schafft.

In Moldau hat die EBWE gemeinsam mit Union Fenosa Internacional aus Spanien eine Kapitalbeteiligung von 5 Millionen Euro für drei Energieverteilungsunternehmen als Teil der Privatisierung des moldauischen Elektrizitätssektors vorgenommen. Die EBWE stellt außerdem ein Darlehen in Höhe von 27 Millionen Euro für die privatisierten Unternehmen bereit. Diese werden die Mittel zur Modernisierung ihrer Verteilungsnetze, für den Abbau von Verlusten und zur Steigerung der Energiewirksamkeit einsetzen.

- 3 Über eine Kapitalbeteiligung unterstützte die EBWE die Privatisierung von vier Elektrizitätsverteilungsunternehmen in Armenien.



Projekte der Bank in der Vorbereitungsphase konzentrieren sich auf Mitteleuropa und Russland. Mehr und mehr liegt der Schwerpunkt auf dem Privatsektor und der Vergabe nichtstaatlicher Kredite. Durch die Bereitstellung von Finanzierungen zu Bedingungen, die gegenwärtig an den kommerziellen Märkten nicht geboten werden, kann die EBWE auch weiterhin eine Rolle in den fortgeschrittenen Transformationsländern spielen.

Energiewirksamkeit

Die EBWE unterstützte auch im Jahr 2000 die Bereitstellung von Investitionen für Verbesserungen der Energiewirksamkeit. Bei der Erarbeitung einer Reihe neuer Projekte wurden gute Fortschritte erzielt. Die Zusagen der Bank im Verlauf des Jahres beliefen sich auf insgesamt 17 Millionen Euro. Damit erreichten die kumulativen Zusagen in diesem Sektor 188 Millionen Euro.

Im Berichtsjahr konzentrierte sich die Tätigkeit auf Investitionen für Fernheizungsprojekte. Dieser Bereich steht besonders in den Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase vor großen Problemen, die die Vorlage solider Projekte erschweren. Zu den Schwierigkeiten gehören die Festlegung von Stromgebühren unter den Erzeugungskosten, unzureichende Bargeldeinkommen aufseiten der Fernheizungsunternehmen und eine wenig effektive Betriebsweise. Dazu kommt, dass Kommerzialisierung und Privatisierung im Sektor nur langsam vorankommen. Infolgedessen waren die Investitionsmöglichkeiten im Jahr 2000 begrenzt.

Im Berichtsjahr begann die EBWE, Managementprogramme für Energieerzeuger im öffentlichen Sektor zu erarbeiten. Sie richten sich an große Kommunen, Ministerien und Verwaltungsabteilungen der Regierung und öffentliche Unternehmen, die beträchtliche Energiemengen verbrauchen. Die Bank unterstützt mehrere von ihnen bei der Strukturierung von Energieeinsparprojekten. Sie wird sich bemühen, private Betreiber und Investoren über Energiedienstleistungsunternehmen (*Energy Service Company/ESCO*) daran zu beteiligen.

Zur Prüfung der von den Vereinten Nationen vorgelegten Klimarahmenkonvention und der durch sie gebotenen Möglichkeiten arbeitete die EBWE ebenfalls eng mit einigen Ländern zusammen. Dazu gehören marktgestützte Instrumente für den Umweltschutz im Rahmen des Kyoto-Protokolls von 1997, insbesondere im Rahmen des Mechanismus für die Gemeinsame Umsetzung und die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien.

Fallstudie: Fernheizungsanlage Harpen, Tschechische Republik

Ungefähr 20 größeren und kleineren Städten in der Tschechischen Republik werden die modernen Anlagen zugute kommen, die nach einem Darlehen der EBWE an Harpen ČR Heizenergie und warmes Wasser bereitstellen. Hierbei handelt es sich um den ersten Kredit der Bank zur Unterstützung des Bereichs Fernheizung im Land. Mittel der EBWE in Höhe von 17 Millionen Euro wurden der Filiale des deutschen Versorgungsunternehmens Harpen AG zur Verfügung gestellt, das damit Fernheizungsanlagen modernisieren und die Treibhausgasemissionen vermindern wird. Mit den Mitteln werden dringend benötigte Investitionen in einer Reihe von kleineren Heizanlagen finanziert, wodurch der Energieverbrauch verringert und die Qualität der Heizleistungen für die Kunden verbessert werden. Das Projekt unterstützt den Transformationsprozess, indem es die Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung und der Gewährleistung von kommunalen Dienstleistungen in der Tschechischen Republik vorantreibt.

Die EBWE unterstützte nach wie vor durch Finanzierungen eine Reihe von ESCO. Sie dienen der Verwirklichung von Projekten für den effektiven Energieeinsatz und tragen insgesamt zur Verminderung atmosphärischer Emissionen in der Region bei. Durch Investitionen zur Steigerung der Energiewirksamkeit über den neu errichteten Dexia-FondElec Energy Efficiency and Emission Reduction Fund, dessen Hauptaktionär die EBWE ist, wird eine Reduzierung des Energieverbrauchs und der damit verbundenen Emission erzielt.



Ein Darlehen der EBWE an Harpen (Tschechische Republik) wird zur Modernisierung von Fernheizungsanlagen verwendet. Dies führt zu beträchtlichen Energieeinsparungen und verbesserten Heizleistungen für die Verbraucher.

Industrie und Handel

Im Sektor Industrie und Handel legt die EBWE ihren Schwerpunkt auf die Finanzierung von Projekten im Privatsektor in vier Hauptbereichen: Agrarwirtschaft, Bodenschätze; Immobilien, Touristik und Schifffahrt sowie Telekommunikation; Informatik und Medien. Im Jahr 2000 unterzeichnete die EBWE 26 Projekte im Gesamtumfang von 774 Millionen Euro. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 13 Prozent und entspricht 29 Prozent der Zusagen der Bank für das Jahr 2000. Insgesamt entfielen 4 Prozent der Zusagen der EBWE im Jahr 2000 auf Zentralasien. Besonders bedeutsam war das erste Projekt der Bank im Privatsektor Armeniens. Etwa 39 Prozent der Neuzusagen entfielen auf Länder in der frühen und mittleren Transformationsphase, 30 Prozent auf Russland. Ende 2000 belief sich das gesamte Geschäftsvolumen in Industrie und Handel auf 4,7 Milliarden Euro.

Im Jahr 2000 standen Innovationen und Privatsektorprojekte zunehmend im Mittelpunkt. Im Berichtsjahr entfielen auf letztere 99 Prozent der gesamten Zusagen der EBWE im Sektor Industrie und Handel. Ein steigender Anteil der Neuzusagen betraf Kapitalanlagen, die im Berichtsjahr 20 Prozent der Zeichnungen ausmachten.

Eine der wichtigsten Leistungen der Bank im Jahr 2000 war ein innovativer Ansatz bei Finanzierungen des erforderlichen Betriebskapitals von landwirtschaftlichen Betrieben. Im Rahmen eines Lagerquittungs-Programms unterzeichnete die EBWE das erste Projekt, das den KMU im Bereich Landwirtschaft Betriebskapital bereitstellt, wenn Getreide in zugelassenen Lagerhäusern zur Besicherung verwendet wird. Im Berichtsjahr hat die EBWE auch eine Reihe weitere auf Lagerbestände gestützte Kreditaktivitäten durchgeführt, mit deren Hilfe die Mittelvergabe im Landwirtschaftssektor angehoben werden soll.

Im Sektor Bodenschätze tätigte die Bank ihre erste Kapitalbeteiligung in Aserbaidschan. Die Investition in Moncrief Oil war außerdem die erste Umwandlung eines Joint-ventures im Bereich der Ölproduktion in eine Vereinbarung zur Aufteilung der Produktion. Im Jahr 2000 zeichnete die EBWE ihren ersten regionalen Immo-

bilienfonds und sagte dem Heitman Central Europe Property Fund beträchtliche Finanzierungen zu. Dieser bemüht sich, durch die Entwicklung von Immobilienprojekten in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik Kapitalgewinne zu erreichen.

Im Bereich Telekommunikation stellte die Bank beträchtliche Kapitalanlagen für den Börsengang von Lithuanian Telecom und Vimpelcom, ein bereits börsennotiertes Mobilfunkunternehmen, zur Verfügung.

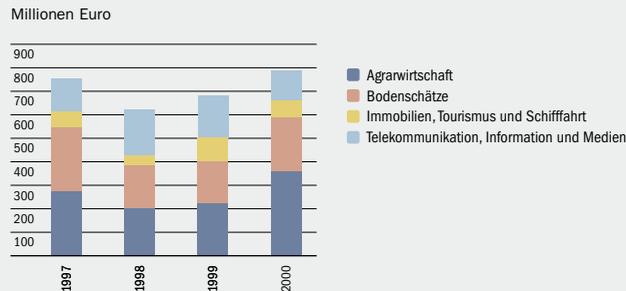
Zu den Kofinanzierungspartnern zählten im Berichtsjahr Cargill, EBS, Pernod Ricard, Skanska, Telenor, TIW und Ukrrichflot.

Agrarwirtschaft

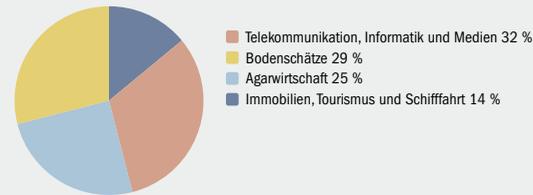
Im Jahr 2000 erhöhte die Bank ihre Zusagen für die Agrarwirtschaft beträchtlich. Im Verlauf des Jahres unterzeichnete die EBWE 16 Projekte über insgesamt 352 Millionen Euro. Insgesamt ist das im Vergleich zu 1999 eine Erhöhung um 52 Prozent sowie eine Verdopplung des Projektwerts von 1998. Die Agrarwirtschaft ist inzwischen nach Finanzinstitutionen und verarbeitender Industrie der drittgrößte Tätigkeitsbereich der Bank. Ende 2000 hatte die EBWE der Agrarwirtschaft mehr als 1,2 Milliarden Euro zugesagt, was fast 20 Prozent der Direktfinanzierungen der Bank für den Unternehmenssektor entspricht.

Dieser Anstieg der Aktivitäten auf das zunehmende Vertrauen der Investoren in den Sektor und den Erfolg der Bank bei der Gewinnung von Neukunden aufgrund ihrer umfassenden Marketinganstrengungen zurückzuführen. So vereinbarte die Bank zum Beispiel im Jahr 2000 die bisher größte Finanzierung für den Sektor in Kroatien, ein syndiziertes Darlehen in Höhe von 170 Millionen Euro an Agrokor, einen führenden Lebensmittelhersteller. Die Projektmittel umfassten 70 Millionen Euro von der EBWE und bis zu 100 Millionen Euro von lokalen und ausländischen kommerziellen Kreditgebern. Agrokor erhält die Möglichkeit, seine Geschäftstätigkeit auf die Nachbarländer auszudehnen, und dadurch fördert die Finanzierung die regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa. Man erwartet, dass weitere Investoren angezogen werden. In Russland reichte die Bank ein

Zusagen für Industrie und Handel 1997-2000



Industrie und Handel, Portfolio Ende 2000



syndiziertes Darlehen über 32 Millionen Euro an Louis Dreyfus Vostok aus. Dabei handelt es sich um eine Getreidehandels- und Tochtergesellschaft der französischen Firma Louis Dreyfus.

Nach einer gemeinsamen Investition in der Ukraine im Jahr 1999 setzte die EBWE im Jahr 2000 die Zusammenarbeit mit Cargill, einer führenden Agrarwirtschaftsgruppe, fort. Die EBWE entwickelte die gemeinsame Tätigkeit weiter und stellte Lifosa, einem Phosphatdüngerhersteller und einer der größten litauischen Firmen, ein Darlehen in Höhe von 64 Millionen Euro (von dem 32 Millionen Euro syndiziert werden) zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll die Produktion erweitert und die Effizienz der Produktionseinrichtungen des Unternehmens verbessert werden.

Im Getränkektor setzte die Bank auf ähnliche Weise ihre erfolgreiche Partnerschaft mit Pernod Ricard fort. Sie unterzeichnete ein Darlehen in Höhe von 22 Millionen Euro für die Yerevan Brandy Company (YBC), den führenden Brantweinproduzenten des Landes und Filialbetrieb der französischen Gesellschaft. Bei dem Projekt handelt es sich um das erste bedeutende Vorhaben im Privatsektor Armeniens. Es unterstützt YBC bei der Einführung besserer Qualitätsnormen in den Produktionseinrichtungen. Weitere Unterstützung für den Getränkektor erfolgte durch ein Darlehen von 6,1 Millionen Euro für die Modernisierung von Pivara Tuzla, einer der ältesten Brauereien in Bosnien und Herzegowina. Da es sich hierbei um eine der ersten Auslandsinvestitionen im Privatsektor des Landes handelt, wird sie darüber hinaus die Möglichkeiten für ausländische Investoren in den Unternehmen des Landes signalisieren. Für beide Projekte standen keine Mittel aus dem Privatsektor zur Verfügung.

Der Lebensmitteleinzelhandelssektor war im Jahr 2000 einer der am raschesten wachsenden Tätigkeitsbereiche der EBWE. In Bulgarien stellte die Bank Ramstore Bulgaria A. D., einer hundertprozentigen Tochter des türkischen Lebensmitteleinzelhändlers Migros, einen Kredit von 13,7 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Darlehen soll der Bau einer Supermarktkette im Land finanziert werden, so

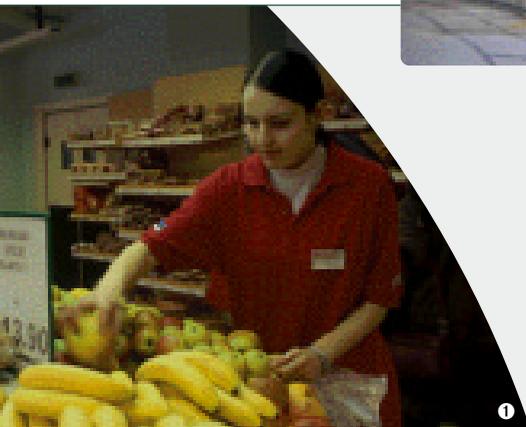
dass die bulgarischen Verbraucher in den Genuss einer größeren Auswahl an Lebensmitteln zu niedrigeren Preisen gelangen. In ähnlicher Weise unterstützte die Bank die von der schwedischen und norwegischen Axfood and Selvaag getragene Baltic Food Holding (BFH). Durch die Bereitstellung von 12,1 Millionen Euro kann BFH neue Supermärkte erwerben, bestehende Verkaufseinrichtungen modernisieren und den Großhandel in den baltischen Ländern ausweiten. Dieses Tätigkeitsfeld wird wahrscheinlich auch im Jahr 2001 an Bedeutung zunehmen, besonders in den Ländern der GUS.

Fallstudie: Lagerquittungs-Programm, Regionalprojekt

Durch eine Erweiterung des Lagerquittungs-Programms im Jahr 2000 bemühte sich die EBWE, den ständigen Mangel an Betriebskapital in der Landwirtschaft zu überwinden. Mit diesem Programm können die Landwirte die dringend benötigten Mittel dadurch erhalten, dass sie die in zugelassenen Lagereinrichtungen gespeicherten Waren zur Besicherung verwenden. Die EBWE hat das Programm zusammen mit der Expressbank in Bulgarien und Polnobanka in der Slowakischen Republik weiter ausgebaut. Seit 1998 wurden im Rahmen dieses Finanzierungsinstrumentes fast 300 Teilkredite ausgereicht. Zusammen mit Rabo Invest, der russischen Tochtergesellschaft von Rabobank International, hat die EBWE ein neues warengestütztes Finanzierungsprogramm eingerichtet, über das die Bank einen Stützbetrag von 54 Millionen Euro zur Unterstützung der Landwirtschaft in Russland bereitstellt. Dies ist das erste Projekt im Rahmen des von der EBWE im Jahr 2000 genehmigten regionalen Lagerquittungs-Programms, für das sie 108 Millionen Euro bereitgestellt hat. Ziel des Programms ist es, den saisonbedingten Mangel an Finanzierungen, eines der schwerwiegendsten Probleme für die Landwirtschaft der Transformationsländer, zu überwinden. Es wird erwartet, dass dadurch weitere kommerzielle Investitionen in den Sektor fließen.



- 1 Die Kapitalanlage der EBWE in Baltic Food Holding hilft dem Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen bei der Expansion seiner Supermärkte und im damit verbundenen Großhandel.
- 2 Louis Dreyfus Vostok erhielt Finanzierungen von der EBWE für den Ankauf von Getreide nach der Ernte sowie zur späteren Verarbeitung und zum Verkauf.
- 3 Die größte Brennerei Armeniens, Yerevan Brandy Company, kam in den Genuss eines Darlehens der EBWE, das zur Anhebung der Qualität und zur Expansion der Produktionskapazitäten beiträgt.



Angesichts der bedeutenden Rolle, die die Restrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors während des EU-Beitrittsverfahrens spielt, begann die Bank, bei der Entwicklung neuer Finanzinstrumente mit der Europäischen Kommission zusammenzuarbeiten. Zusammen mit der EG richtete die EBWE in Polen eine Fazilität von 32 Millionen Euro ein, mit der der Leistungsstand im Molkereiwesen verbessert werden soll. Drei polnische Banken werden mit dieser Fazilität arbeiten: WBK, Rabobank Polska und Bank Slaski.

Im Rahmen einer Vereinbarung mit der Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen stellte die EBWE mehreren Unternehmen und Regierungseinrichtungen in der Region weiterhin technische Hilfe zur Verfügung.

Bodenschätze

Die Investitionen der Europäischen Bank für den Bereich Bodenschätze verstärkten die Beteiligung des Privatsektors und förderten strategische Investitionen in der Erdöl- und Gasindustrie sowie im Bergbau. Gleichzeitig wurden Engpässe beim Transport abgebaut und der Marktzugang zu Wettbewerbsbedingungen abgesichert. Das regulatorische und institutionelle Umfeld verbesserte sich. Zusätzlich dazu setzte die EBWE zur Abwicklung von Geschäften und für den Umweltschutz anspruchsvolle Normen.

Im Jahr 2000 unterzeichnete die EBWE in Aserbaidschan, Georgien, Russland und Usbekistan sechs Projekte im Bereich Bodenschätze im Gesamtbetrag von 310 Millionen Euro (einschließlich sind die Syndizierungen in Höhe von 82 Millionen Euro). Ende 2000 hatte die Bank 32 Projekte in diesem Sektor bewilligt, deren Gesamtwert sich auf 1,4 Milliarden Euro beläuft.

Fallstudie: Moncrief Oil, Aserbaidschan

Eine innovative Produktionsteilungs-Vereinbarung wurde 2000 von der EBWE zur Unterstützung von Moncrief Oil, einer unabhängigen Ölgesellschaft, finanziert. Mittel in Höhe von 55 Millionen Euro wurden bereitgestellt, die ein Darlehen von 44 Millionen Euro und eine Kapitalanlage von bis zu 11 Millionen Euro umfassten. Die Finanzierung wird die kommerzielle Erschließung und Sanierung von Ölfeldern in Aserbaidschan unterstützen. Bei dem Projekt geht es um die Umwandlung eines bestehenden Joint-ventures zwischen PetOil und SOCAR, der staatlichen Ölgesellschaft Aserbaidschans, in eine Produktionsteilungs-Vereinbarung mit Moncrief Oil. Ein derartiges Projekt wurde in Aserbaidschan zum ersten Mal unternommen, und man hofft, dass es den Anstoß zu neuen Auslandsinvestitionen im Ölsektor gibt. Die Finanzierung wird zur Verbesserung der Bohrlöcher, zur Erhöhung der Produktion und für Umweltmaßnahmen eingesetzt. Das Projekt soll zur Erhöhung der Ölproduktion in der Region beitragen und zur Übernahme besserer Geschäftsgewohnheiten und des Umweltschutzbewusstseins führen.

Für die Goldförderung stellte die Bank Sarafschan Newmont einen Kredit von 32 Millionen Euro zur Verfügung. Das Unternehmen verarbeitet das Gold aus der Grube Muruntau (Usbekistan), der größten Goldförderstätte der GUS. Die ursprüngliche Investition der Bank für dieses Unternehmen im Jahr 1993 war die erste größere Auslandsinvestition in Usbekistan, die weitere Inlandsinvestitionen begünstigte. Es wird erwartet, dass dieser neue Kredit eine ähnliche Wirkung haben wird. Die Bank unterzeichnete außerdem eine Fazilität für die der Produktion von Gold vorgelagerten Produktionsphasen. Damit werden Finanzmittel für Schwemmgoldproduzenten in Russland bereitgestellt, die nur beschränkt Zugang zu Kapital haben. Gleichzeitig werden sie mit den Kreditvoraussetzungen westlicher Länder sowie den stringenten Anforderungen an die bankübliche Sorgfaltspflicht vertraut gemacht.

- 4 Eine EBWE-Investition für Moncrief Oil unterstützt das Unternehmen durch innovative Produktionsaufteilungsmethoden bei der kommerziellen Entwicklung der Erdölförderung in Aserbaidschan.
- 5 Ein Darlehen der EBWE für Sarafschan-Newmont ermöglicht eine Expansion der Tätigkeit im Goldbergwerk Muruntau in Usbekistan.



Immobilien, Tourismus und Schifffahrt

Im Berichtsjahr erweiterte die EBWE ihre Tätigkeit im Immobilien- und Hotelsektor durch die Unterzeichnung von sechs neuen Projekten im Gesamtwert von 103 Millionen Euro. Ende 2000 belief sich das Gesamtvolumen der EBWE-Projekte im Sektor Immobilien und Tourismus auf 684 Millionen Euro.

In Mitteleuropa führte die Bank ihre Strategie weiter und konzentrierte sich besonders auf die Finanzierung von Kapitalbeteiligungen oder kapitalähnlichen Beteiligungen im Immobilienbereich und die Errichtung von Immobilienfonds, deren Ziel darin besteht, weitere Investitionen aus dem Privatsektor einzuwerben. In Osteuropa und der GUS stand die Bereitstellung von Darlehen allerdings weiterhin im Vordergrund.

In einer ersten bedeutsamen Investition für einen regionalen Immobilienfonds sagte die EBWE 28,2 Millionen Euro für den Heitman Central Europe Property Fund zu. Das Ziel besteht darin, langfristig durch Bau, Modernisierung sowie den späteren Verkauf von Immobilien in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn Kapitalgewinne zu erzielen. Mit dem Vorhaben wird ein Beitrag zur Entwicklung der sekundären Immobilienmärkte in der Region geleistet. Außerdem werden die örtlichen Märkte für Büro- und Lagerflächen sowie Einzelhandelseinrichtungen erweitert. Die Beteiligung der Bank soll sich durch die Einwerbung weiterer Investitionen internationaler Investoren im Immobiliensektor positiv auf den Transformationsprozess auswirken.

In Polen stellte die EBWE 17,4 Millionen Euro für Investitionen in Globe Trade Centre (GTC) S. A. bereit. Dieses Unternehmen zur Erschließung von Immobilien soll vergrößert werden. Außerdem besteht die Absicht, den Gang an die Warschauer Börse zu unterstützen und neue Investoren zu finden. Die Beteiligung der EBWE an diesem Projekt soll die Liquidität von Immobilienwerten an der Warschauer Börse verbessern und mittel- bis langfristig Investitionen lokaler Investoren einwerben. Die Investitionen der Bank für Globe Trade Centre S.A. sind das erste Projekt im Immobiliensektor, das auf Stärkung der lokalen Kapitalmärkte abzielt, eine Voraussetzung für einen entwickelten Immobilienbereich.

Die Bank setzte ihre lange und erfolgreiche Beziehung mit Skanska AB, der in Schweden ansässigen internationalen Bau- und Entwicklungsgruppe, fort. Für Entwicklung, Bau und Betrieb eines Viersterne-Hotels mit 366 Zimmern im Zentrum Warschaus wurde ein Darlehen von 14,5 Millionen Euro bereitgestellt. Dieses Hotel ist eine Weiterführung des Atrium-Programms, eines der größten Immobilienprojekte in der Region.

Fallstudie: Victoria International Property, Rumänien

Mit einem Kredit von 8,2 Millionen Euro für Victoria International Property unterstützte die EBWE den Bau eines modernen Bürogebäudes in Bukarest. Die Mittel sollen für den Bau von rund 17.000 Quadratmeter Büro- und Handelsflächen im Zentrum der Stadt genutzt werden. Durch die großflächige offene Planung, mit der wachsenden Unternehmen flexible Büroeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden, soll dieses Zentrum neue Qualitätsmaßstäbe für die Entwicklung von Immobilien vorgeben. Zur gleichen Zeit wird damit dem Bedürfnis nach kostengünstigem Büroraum hoher Qualität in Bukarest entsprochen. Da dieses Gebäude weithin sichtbar ist, demonstriert dieses Vorhaben die Möglichkeit, vergleichbare Projekte in der Hauptstadt und in anderen Orten der Region zu planen.

Gemeinsam mit der Bulgarian American Credit Bank unterzeichnete die Bank in Bulgarien eine Kreditlinie in Höhe von 5 Millionen Euro für die Mittelvergabe an KMU, insbesondere für touristische Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um die erste einer Reihe ähnlicher Kreditlinien, die mit bulgarischen Banken eingerichtet werden sollen.

Auch im Berichtsjahr förderte die EBWE die Bereiche Schiffs-transport und Schiffbau. Zum Jahresende hatte sie 283 Millionen Euro zur Unterstützung von Projekten mit einem Gesamtwert von 1,1 Milliarden Euro, vorwiegend in Form langfristig syndizierter Kreditfinanzierungen, zugesagt. Die Mittel wurden in erster Linie an Schifffahrtsunternehmen in Russland ausgereicht.

1 Die EBWE-Investition für das Globe Trade Centre ermöglicht den Börsengang des Immobilienunternehmens in Warschau.



Bisher konzentrierte sich die Mitarbeit der EBWE im Sektor Schifffahrt auf die Finanzierung neuer Schiffe für Reedereien zum Hochseeinsatz. Jedoch bemüht sich die Bank seit kurzem darum, ihr Portfolio zu erweitern und sich auf Projekte mit einer besonders positiven Auswirkung auf den Transformationsprozess zu konzentrieren. Dazu gehört die Finanzierung von Werften, die in erster Linie durch die Gewährung von Rückzahlungsgarantien und Fazilitäten für Betriebskapital erfolgt, und die von Schiffe für den Flussverkehr und den kombinierten Fluss- und Hochseeinsatz.

Im Zuge dieses neuen Ansatzes stellte die EBWE ein Darlehen von 15 Millionen Euro für JSSC Ukrichflot, eine hundertprozentig privatisierte Reederei im kombinierten Fluss- und Hochseeinsatz aus Kiew, bereit. Mit diesen Mitteln soll der Erwerb von zwei Frachtschiffen finanziert werden, die auf der rumänischen Werft Navol gebaut werden sollen. Das Projekt verfolgt das Ziel, Exporte aus der Ukraine sowie den interregionalen Handel zu fördern und Hilfe bei der Restrukturierung und Modernisierung der kombinierten Fluss- und Hochseeflotte von JSSC Ukrichflot bereitzustellen.

Telekommunikation, Informatik und Medien

In ihren Einsatzländern ist die Bank der führende institutionelle Investor für die Tätigkeit im Privatsektor im Bereich Telekommunikation, Informatik und Medien (TIM). Durch eine Vielzahl von Projekten unterstützte die Bank die Entwicklung preiswerter Telekommunikationsdienstleistungen hoher Qualität, die eine entscheidende Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum haben.

Im Jahr 2000 litten die Einsatzländer der Bank insgesamt unter mangelnder Unterstützung durch Investoren aus aller Welt für den Technologiebereich. Das führte dazu, dass eine Reihe von Börsengängen verzögert oder im Umfang verringert wurde. Trotzdem schloss die Bank das Jahr mit drei neuen Projekten von insgesamt 125 Millionen Euro ab. Sie alle waren im Privatsektor angesiedelt und in erster Linie Kapitalbeteiligungen. Damit erreichen die

gesamten Zusagen der Bank für den Bereich TIM 1,5 Milliarden Euro. Sie umfassen 47 Projekte in 20 Ländern zur Unterstützung von Projekten im Gesamtwert von 8,7 Milliarden Euro.

Die Zusagen der EBWE entsprechen ihrer Politik, die Entwicklung des Telekommunikationsnetzes zu fördern, zum Entstehen innovativer und fortgeschrittener Telekommunikationsdienstleistungen beizutragen, den Privatisierungsprozess zu beschleunigen, regulatorische und rechtliche Rahmenbestimmungen zu erarbeiten und die Entwicklung des Bereichs über die grundlegenden Telefondienstleistungen hinaus auszuweiten.

Im Jahr 2000 arbeitete die Bank weiterhin eng mit anderen IFI, insbesondere der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank, zusammen. Im Rahmen einer Absichtserklärung, die die Förderung und Entwicklung des Bereichs Telekommunikation in der Einsatzregion der Bank zum Ziel hat, kooperierte die EBWE auch mit der Europäischen Kommission. Ein weiteres Feld für die Zusammenarbeit war für die EBWE der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Hier ging es um die gemeinsame Arbeit mit anderen Institutionen bei der Entwicklung von Telekommunikationsprojekten.

Zwei der entscheidenden Projekte der Bank im Jahr 2000 betrafen Kapitalbeteiligungen bei Lietuvos Telekomas, dem litauischen Festnetzbetreiber, und bei Vimpelcom, dem führenden russischen Mobilfunkunternehmen.

Fallstudie: Lietuvos Telekomas

Beim ersten nennenswerten Börsengang in Litauen erwarb die EBWE 7,7 Prozent der Aktien von Lietuvos Telekomas im Wert von 51,8 Millionen Euro. Der Verkauf von 25 Prozent des Regierungsanteils an den Börsen von London und Wilna ist entscheidender Bestandteil des Privatisierungsprogramms der Regierung. Mit ihrer Aktivität setzt die Bank ihre seit acht Jahren bestehende Verbindung mit dem Unternehmen fort. Sie war Zeuge des Übergangs von Lietuvos Telekomas von einem hundertprozentigen Staatsunternehmen zu einem Betrieb, der sich zu 90 Prozent in Privatbesitz befindet.

- ② Ukrrihflot (Ukraine) erhielt ein EBWE-Darlehen zur Hilfe bei der Modernisierung des Bestands an Fluss-/Seeschiffen.
- ③ Die Kapitalbeteiligung der EBWE an Vimpelcom, dem führenden Mobilfunkbetreiber in Russland, ermöglicht dem Unternehmen den Netzausbau und erste Internetdienstleistungen.



Die Investition von 33,1 Millionen Euro durch die EBWE in Vimpelcom war Bestandteil des Verkaufs von Aktien und Wandelanleihen durch das Unternehmen an der Börse von New York (NYSE). Vimpelcom ist das erste an der New Yorker Börse notierte russische Unternehmen. Der Börsengang erbrachte insgesamt 250 Millionen Euro zur weiteren Entwicklung des Mobilfunkbereichs des Unternehmens. Es wird erwartet, dass das Projekt ein positives Signal an den internationalen Kapitalmärkten setzt und auf das langfristige Potenzial des Sektors Telekommunikation in Russland aufmerksam macht.

Durch ihre Unterstützung für Lietuvos Telekomas und Vimpelcom stellte die Bank ihr Engagement für den Telekommunikationssektor unter Beweis und leistete in einer schwierigen Situation für Technologieaktien entscheidende Hilfe beim Börsengang dieser Unternehmen.

In der Ukraine stellte die EBWE Kyivstar, dem zweitgrößten Mobilfunkbetreiber des Landes einen Kredit von 32,2 Millionen Euro und kapitalähnliche Beteiligungen in Höhe von 4,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das Vorhaben unterstützt die doppelte Zielstellung des Unternehmens, die auf eine Erweiterung des nationalen Netzes und Verbesserungen beim Kundendienst gerichtet ist. Angesichts des zur Zeit eingeschränkten Zugangs zu Festnetz-Dienstleistungen in der Ukraine nimmt die Rolle der Mobiltelefone noch zu.

Die Bank unternimmt beträchtliche Anstrengungen, um im E-Commerce tätige Firmen sowie kleinere Technologiebetriebe zu unterstützen. Im abgelaufenen Jahr unterstützte die Bank eine Internet-Rahmenfazilität von 35,4 Millionen Euro zur Finanzierung von E-Commerce-Projekten in Mittel- und Osteuropa. Im Dezember unterzeichnete die Bank ihre erste diesbezügliche Zusage und stellte Rila Solutions, einem Unternehmen für elektronische Dienstleistungen aus Bulgarien, ein Darlehen von 3,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Jahr 2000 unterstützte die EBWE Regierungen in Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan, der Ukraine und auf dem Territorium des Kosovo in der BR Jugoslawien weiterhin durch die Bereitstellung von Mitteln für die technische Zusammenarbeit bei der Umsetzung rechtlicher und regulatorischer Reformprogramme im Bereich TIM.

Allgemeine Industrie

Projekte in den Sektoren Verarbeitung und Verteilung werden nicht von den oben angeführten Gruppen für Industriesektoren, sondern von den Länderteams der EBWE durchgeführt.

Verarbeitung

Die EBWE half Pliva d. d. (Kroatien), dem größten pharmazeutischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa, beim Bau eines modernen Forschungsinstituts in Zagreb zur Entwicklung neuer Medikamente. Gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) wird die EBWE ein unbesichertes Darlehen von 82 Millionen Euro mit einer Laufzeit von sieben Jahren übernehmen. Dieses Vorhaben wird die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten von Pliva besonders auf dem Gebiet der Makrolide vergrößern. Es wird dazu beitragen, das Unternehmen zu einem wichtigen regionalen Akteur in der pharmazeutischen Industrie zu entwickeln.

Zwei Vorhaben in der Zementindustrie werden zu verbesserter Effizienz beitragen und die Expansion begünstigen. Ein Darlehen in Höhe von 20 Millionen Euro an das zweitgrößte Zementunternehmen Kroatiens, Nasice Cement d. d., dient der Unterstützung von Plänen zum Abbau der Betriebskosten durch den Übergang von Gas zu Kohle als Hauptbrennstoff im Zementdrehrohren. Gleichzeitig werden Mittel von der Bank für mögliche Aufkäufe in ähnlich gelagerten Unternehmen der Region bereitgestellt. Es wird erwartet, dass das Projekt durch den intensivierten Wettbewerb im Bereich Baumaterialien und die Vorbildwirkung einer erfolgreichen Restrukturierung nach der Privatisierung einen positiven Einfluss auf den Transformationsprozess hat.



- 1 Der ukrainische Batteriehersteller Ista erhielt von der EBWE Mittel zum Ausbau der Kapazitäten und der Produktpalette.
- 2 Finanzierung der EBWE unterstützt den bulgarischen Papierhersteller Celhart bei der Verbesserung von Qualität und Kapazität der Produktion.



In Polen wird ein Kredit von 75 Millionen Euro Lafarge Cement Polska in die Lage versetzen, die Produktionsanlagen für Zement zu modernisieren. Mit der Investition wird der Bau eines neuen Zementwerks und die Modernisierung einer Altanlage finanziert. Das Unternehmen ist eine Tochter von Lafarge und gehört zu den führenden Zementherstellern des Landes. Die Investitionen der EBWE sollen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit von Lafarge verbessern, sondern zusätzlich dazu einen positiven Einfluss auf die Zulieferunternehmen im Sektor Baumaterialien haben.

Die EBWE reichte im Jahr 2000 zwei Darlehen zur Stärkung der Textilindustrie aus. Der Kredit von 10 Millionen Euro an Fibrex SA, einen rumänischen Betrieb für die Herstellung von Nylonfasern, unterstützt die nach der Privatisierung notwendige Restrukturierung. Das in Italien angesiedelte RadiciNylon ist der drittgrößte Hersteller von Nylonfasern in Europa und plant nach der bereits erfolgten Integration von Fibrex in seine weltweite Geschäftstätigkeit eine Modernisierung der Anlage sowie die Steigerung der Fertigungskapazitäten.

Zur weiteren Unterstützung für die Erweiterung der Textilindustrie in Slowenien reichte die EBWE gemeinsam mit Bank Austria Aktiengesellschaft einen syndizierten Kredit von 15 Millionen Euro an die Spinnerei Yulon aus. Nach der Privatisierung 1995 und anschließender Übernahme durch das italienische Unternehmen Bonazzi wurde Yulon, das kurz vor dem Konkurs stand, zum effektivsten Textilhersteller in ganz Slowenien. Der Kredit mit einer Laufzeit von sieben Jahren ermöglicht es der Firma, die Spinnkapazitäten auszuweiten und zusätzlich dazu in ein neues Werk in einer der weniger entwickelten Regionen des Landes zu investieren. Das Vorhaben leistet einen Beitrag zum Transformationsprozess, denn es führt zum Einsatz der modernsten Technologie im Industriezweig und erweitert das Fachwissen der einheimischen Mitarbeiter.

Zwei Projekte der Bank konzentrierten sich 2000 auf den Stahlsektor Russlands. OAO Severstal erhielt von der EBWE eine revolving Handelsfinanzfazilität von 33,3 Millionen Euro. Das Unternehmen ist das größte Stahlwerk in Russland und das sechstgrößte in Europa, hatte jedoch seit der Finanzkrise von 1998 keinen Zugang zu internationalen Kapitalmärkten oder zu Arbeitskapital von ausländischen Banken. Severstal beschäftigt 44.000 Arbeitskräfte und verzeichnet die geringsten Fertigungskosten aller russischen Stahlhersteller. Die Fazilität soll eine steuergünstigere und flexiblere Form von Export-Vorfinanzierungen schaffen und den erneuten Zugang zu einer Art der Finanzierung ermöglichen, die vor der Finanzkrise allgemein zur Verfügung stand. Die Gelder werden für den Ankauf von Rohstoffen, Energie und weiteren für die Produktion benötigten Dienstleistungen verwendet. Die EBWE möchte einen Teil der Finanzierungen syndizieren. Dieses Projekt stellt unter Beweis, dass trotz des schwierigen Investitionsklimas in Russland Unternehmen, die bei der Verbesserung der Unternehmensführung und der Transparenz beträchtliche Fortschritte erreicht haben, erneut Zugang zu Finanzierungsmitteln bekommen können.

Die EBWE beteiligte sich mit 5,75 Millionen Euro an Viz Stahl, einem russischen Werk für Spezialstähle in Jekaterinburg. Die Kapitalbeteiligung dient der Modernisierung der bestehenden Produktionseinrichtungen, der Wiederherstellung eines Teils der ursprünglichen Kapazitäten sowie der Verbesserung von Erzeugnisqualität und Energiewirksamkeit. Die EBWE-Investition für dieses Unternehmen trägt weiter zur Verbesserung der finanziellen Transparenz und der Unternehmensführung bei.

Die Bank vergab in Russland außerdem 16,5 Millionen Euro als langfristiges Darlehen an die Elektrolyse-Zinkschmelze Tscheljabinsk, die größte Anlage des Landes. Sie befindet sich mehrheitlich in der Hand der großen internationalen Ölhandels- und Raffineriegesellschaft Vitol. Die Mittel sollen zur Erneuerung und Erweiterung der bestehenden Anlagen verwendet werden, um die Einhaltung von russischen und internationalen Umweltnormen und die Herstellung von hochqualitativem Zink zu ermöglichen.

- ④ Durch Einbeziehung des Privatsektors wird die Wartung der Wasser- und Abwasseranlagen in Sofia mit Hilfe eines Darlehens der EBWE verbessert.



Umwelt

Wie im Mandat festgelegt, unterstützt die EBWE in ihrer gesamten Tätigkeit eine umweltfreundliche und nachhaltige Entwicklung. Sie erkennt an, dass der Schutz der Umwelt wesentlicher Bestandteil einer soliden Geschäftspraxis ist. Die EBWE setzt ihr Umweltmandat um, indem sie Projekte in Bereichen wie kommunale Infrastruktur und Energiewirksamkeit finanziert (vgl. S. 36-41) und bei allen Projekten der Bank die Auswirkung auf die Umwelt prüft.

Im Jahr 2000 wurden zehn Umweltprojekte unterzeichnet, für die die EBWE insgesamt 228 Millionen Euro zusagte. Umweltkomponenten weiterer Investitionsprojekte umfassten die Finanzierung von Technologien zur Verringerung von Emissionen, zur Abwasserbehandlung und für sonstige Aufwendungen in Verbindung mit Umweltaktionsplänen (UAP).

Untersuchungen im Rahmen der Sorgfaltspflicht für die Umwelt werden in der Regel früh im Projektzyklus durchgeführt, damit genug Zeit zur Klärung von Umweltproblemen und Möglichkeiten zur Planung von Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen bleibt und eine Einigung über Vorgehensweisen erreicht werden kann, bevor das Projekt vom Direktorium der EBWE bewilligt wird. Umweltbedingungen in Verbindung mit Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen und deren Überwachung werden in die jeweiligen Darlehensverträge aufgenommen.

Insgesamt 48 Umweltanalysen, darunter drei Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) und 29 Ökoaudits, wurden 2000 für vom Direktorium bewilligte Projekte durchgeführt. In einigen Fällen waren sowohl Analysen als auch Audits erforderlich.

Bodenschätze

Mit Mitteln der EBWE für Moncrief Oil werden im Verlauf von drei bis fünf Jahren die Ölfelder Mischowdag und Kemaleddin in Aserbaidschan modernisiert. Sie liegen ca. 80 km südwestlich von Baku in einem wüstenähnlichen Gebiet mit kärglicher Vegetation (vgl. S. 44). Dadurch werden die Risiken für die Umwelt gemindert und die Arbeitssicherheit verbessert. Für Bohrungen werden gering-giftige Bohrlässigkeiten auf Wassergrundlage verwendet. Außerdem werden Geräte genutzt, die den Ausbruch von Bohrungen verhindern. Mit dem Projekt werden in einem Gebiet, das in der Vergangenheit unter unbefriedigenden Vorgaben gelitten hat, die Normen für gute industrielle Tätigkeit eingeführt. Das Unternehmen Moncrief stimmte zu, vom Projekt möglicherweise betroffenen Personen Informationen zukommen zu lassen und sich mit ihnen zu beraten. Nach einer Reihe von Begegnungen mit interessierten Parteien, wie Viehhirten und Gemeinden in der Umgebung, erarbeitete das Unternehmen ein Programm im Interesse der Betroffenen, dessen Umsetzung begonnen hat.

Die EBWE stellte Sarafschan Newmont im Jahr 2000 für die Expansion ihrer bestehenden Haufenlaugungsanlage in der Nähe des Goldbergbaukomplexes Muruntau in Usbekistan eine dritte Finanzierungsfazilität zur Verfügung (siehe S. 44). Eine vollständige UVP wurde für das ursprüngliche 1993 unterzeichnete Projekt durchgeführt. Dabei wurde die potenzielle Umweltbelastung festgestellt und die Adäquatheit der im Projektentwurf vorgeschlagenen Umweltschutzmaßnahmen überprüft. Die geplanten Erweiterungseinrichtungen sichern auch in Zukunft, dass keine Belastungen von Oberflächen- und Grundwasser erfolgen, wobei in den USA gebräuchliche Verfahren und Standards zur Anwendung kommen. Dazu gehört die Verwendung von Kunststoffauskleidungen, die das Einsickern von Laugungsflüssigkeit in das Erdreich verhindern.

- ① Mit Unterstützung der EBWE führt das Lafarge-Zementwerk (Polen) ein Modernisierungsprogramm durch, das zur beträchtlichen Minderung negativer Umwelteinflüsse führt.
- ② Das große Textilunternehmen Drobe (Litauen) erhielt von der EBWE Mittel für eine Reihe wichtiger Investitionen, darunter für bessere Lagerung und Entsorgung von Sondermüll.
- ③ Pivara Tuzla, eine der ältesten Brauereien in Bosnien und Herzegowina, wird EBWE-Mittel für die Verbesserung von Abwasserbehandlung und Energiewirksamkeit nutzen.



①



②

Elektrizität und Energie

Die positiven Umweltauswirkungen der von der Bank im Jahr 2000 unterzeichneten Projekte im Bereich Elektrizität und Energie waren in erster Linie im Bereich von Effizienzverbesserungen zu sehen. So wird zum Beispiel die zum Teil durch ein Darlehen der EBWE an Transselectrica finanzierte Modernisierung des Übertragungssystems in Rumänien Leitungsverluste und die damit verbundene Luftverschmutzung vermindern. Transselectrica ist der neu geschaffene Netzbetreiber Rumäniens. Ein Staatsdarlehen an Bosnien und Herzegowina schafft ähnliche Vorteile für die Umwelt. Mit seiner Hilfe entsteht ein effizienteres und zuverlässigeres System für die Elektrizitätsübertragung vor Ort. Kapitalinvestitionen für die Elektrizitätsverteilungsgesellschaften in Armenien und Moldau tragen zur Finanzierung von Wartungsarbeiten bei, bei denen es um die Umsetzung von UAP zur Verbesserung der Anlagensicherheit und zur Erfüllung internationaler Umweltnormen (vgl. S. 40) geht.

Ein Darlehen der EBWE an Harpen ČR trägt zu Modernisierung und Betrieb bestimmter Fernheizungsanlagen in der Tschechischen Republik bei (s. S. 41). Das Unternehmen hält alle gültigen nationalen Vorschriften ein, und die geplanten Investitionen werden sicherstellen, dass es auch den Umweltnormen der EU voll und ganz genügt. Das Projekt erleichtert die Umstellung der Anlagen von Kohlefeuerung auf den Einsatz von Erdgas. Die Übertragungsverluste von Energie werden von gegenwärtig 40 Prozent auf 5 bis 10 Prozent verringert, wodurch die atmosphärischen Emissionen beträchtlich vermindert werden.

Allgemeine Industrie

Ein EBWE-Darlehen an Lafarge Cement Polska für die Modernisierung der Zementproduktion in Polen wird zur Finanzierung des Baus eines neuen Werks und die Modernisierung einer weiteren Fertigungsanlage eingesetzt (s. S. 48). Aus dem vorgeschlagenen Investitionsprogramm ergeben sich beträchtliche Vorteile für die Umwelt. Der Einsatz der modernsten Trockentechnologie reduziert negative Umwelteinwirkungen. In erster Linie ist dies ein

Ergebnis geringerer Emissionen und der effektiveren Nutzung von Energie. Die vorgeschlagenen Investitionen wurden so strukturiert, dass sie sowohl den Umweltnormen Polens als auch der EU vollständig entsprechen.

Severstal, der größte russische Erzeuger von Stahl- und Walzprodukten, hat sich verpflichtet, eine UVP durchzuführen. Als Teil einer Finanzierung durch die EBWE gehört dazu auch die Stilllegung der Siemens-Martin-Anlage im Jahr 2001 (vgl. S. 48). Damit wird Severstal eines der wenigen Unternehmen in Russland sein, die die Siemens-Martin-Öfen für immer abgeschafft haben. Die UVP schließt auch Schritte zur Verringerung der Emissionen der Kokereianlage ein. Weiterhin geht es um die erhöhte Wirksamkeit der Hochöfen, die Modernisierung der Einrichtungen für die Stahlproduktion, den Bau einer neuen Abwasserkläranlage und die Entwicklung eines Systems für das Umweltmanagement, das den internationalen Normen entspricht.

Zur Unterstützung der Privatisierung in der Textilindustrie Litauens reichte die EBWE Darlehen und Kapitalbeteiligungen an Drobe, eine der größten Wollwebereien in Mittel- und Osteuropa, aus. Für weitere Verbesserungen des Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes wurde von dem Unternehmen eine UVP erarbeitet, der die Bank zustimmte. Eine für die nächste Zukunft geplante Schlüsselinvestition betrifft die verbesserte Lagerung und Behandlung von Sondermüll. Durch die Modernisierung der Produktionseinrichtungen werden darüber hinaus umfassende Verbesserungen der Energiewirksamkeit sowie Energieeinsparungen ermöglicht.

Der Kredit der EBWE an Fibrex SA, eine Nylonspinnerei in Rumänien, wird zur Unterstützung der Restrukturierung nach der Privatisierung eingesetzt (vgl. S. 48). Unabhängige Umweltberater führten einen Ökoaudit durch. Danach wurde eine UVP mit einer Laufzeit von fünf Jahren entwickelt, die kurzfristige Verbesserungen zu geringen Kosten umfasst und Maßnahmen beschreibt, die im Rahmen zukünftiger Projekte umgesetzt werden sollen.



Agrarwirtschaft

Die Umweltbewertung der Geschäftstätigkeit der EBWE im Bereich Agrarwirtschaft konzentrierte sich weiterhin nach Bedarf auf den Einsatz von Ökoaudits und Umweltanalysen. Fragen im Zusammenhang mit einer von der Bank finanzierten Brauerei in Bosnien und Herzegowina – Pivara Tuzla – und einer Brennerei in Armenien – Yerevan Brandy – ergaben die Notwendigkeit, die Abwasserbehandlung zu verbessern, die Qualität und den Einsatz von Brauchwasser zu regulieren, die Behandlung des Festmülls umzustellen und die interne Arbeitsweise, und damit auch die Energiewirksamkeit, positiv zu beeinflussen. Im Rahmen einiger Projekte wurden Getreidebauern in Bulgarien, Russland und der Slowakischen Republik durch Lagerkredite (vgl. S. 43) kurzfristig Mittel zur Verfügung gestellt. Dabei standen Fragen der Getreidequalität im Hinblick auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und anderen Schadstoffen sowie Gesundheits- und Arbeitsschutzprobleme im Mittelpunkt.

Im Molkereisektor stellt die EBWE über Finanzintermediäre Mittel zur Erhöhung der Qualität von Molkereiprodukten nach EU-Normen zur Verfügung. Einzelne Teildarlehen an polnische Molkereibetriebe unterliegen einer Sorgfaltsprüfung, um die Maßnahmen festzulegen, die für die Modernisierung benötigt werden. Die Betriebe sollen den Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltnormen Polens und der EU entsprechen. Einschlägige Maßnahmen werden in die einzelnen Kreditvereinbarungen aufgenommen und überwacht.

Transport und Verkehr

Im Zusammenhang mit den von der EBWE im Bereich Transport und Verkehr im Jahr 2000 unterzeichneten fünf Projekten ergaben sich keine wesentlichen Umweltprobleme. Die erforderliche Sorgfaltsprüfung für Autobahnprojekte in der Ukraine und Kasachstan ergab, dass die Auswirkungen sich auf Lärm, Sicherheit und Luftqualität während der Bauarbeiten beschränken würden (vgl. S. 39). Maßnahmen zur Abmilderung von Belastungen, die diese Fragen aufgreifen, werden in die Ausschreibungsdokumente aufgenommen.

Die UVP für den neuen Luftfrachtterminal in St. Petersburg, der eine bestehende weniger effektive Einrichtung ablöst, stellt sicher, dass der Betrieb gemäß internationalen Normen unter Berücksichtigung des Umweltschutzes erfolgt. Die Umweltanalyse von Ukrainian International Airlines, für die die EBWE im Jahr 2000 Mittel bereitstellte, ergab, dass die Fluggesellschaft Programme für Treibstoff- und Flugzeugmotorenmanagement einführte, durch die

der Treibstoffverbrauch verringert wird. Das Unternehmen arbeitet an einer Erneuerung des Flugzeugparks. Dabei hält sie sich an die internationalen Normen für den Flugtransport, um Lärmbelästigung bei Starts von und Landungen auf Flugplätzen der EU zu reduzieren (vgl. S. 39).

Finanzintermediäre

Sämtliche Projekte mit Finanzintermediären (FI) unterliegen den entsprechenden Umwelanforderungen der EBWE. Dazu gehört die Annahme von Verfahren für Sorgfaltsprüfungen, die den Anforderungen der Bank entsprechen, die jährliche Berichterstattung zu Umweltfragen, die Einhaltung der Umweltausschlussliste der Bank für FI und die Bedingung, dass Kunden zumindest die Normen und Bestimmungen für Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz in ihren Gastländern einhalten. Im Jahr 2000 wurden die Umweltbestimmungen der EBWE für Handelsfinanzierungen erneuert, die Berichtsformate wurden verbessert und die Umweltausschlussliste der Bank für FI erweitert.

Im Rahmen des laufenden Umweltschulungsprogramms der EBWE fanden im Jahr 2000 Ausbildungsveranstaltungen für FI in Aserbaidschan, Bulgarien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Polen, Rumänien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, der Tschechischen Republik, Ungarn und Usbekistan statt. Umweltexperten der EBWE beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung eines Workshops für Sorgfaltsprüfungen zu Umweltfragen für FI-Kunden der EBWE und anderer Finanzinstitute in Istanbul.

Alle FI-Kunden der EBWE erhielten das Handbuch *Environmental Risk Management for Financial Institutions* (Umweltrisikomanagement für Finanzinstitute). Es enthält Informationen über Umwelt-Sorgfaltsprüfungen für Finanzinstitute sowie nationale und internationale Bestimmungen der Ordnungsbehörden in den Einsatzländern der Bank. Diese CD-ROM wird zur Zeit aktualisiert und ins Polnische, Rumänische, Russische und Tschechische übersetzt. Sie soll Anfang 2001 erscheinen.

Im Jahr 2000 war die EBWE Gastgeber von zwei Workshops zur Tätigkeit von Finanzintermediären und zum Thema Umwelt für IFI. Fachleute für Umweltfragen aus einer Reihe multilateraler und bilateraler Finanzinstitutionen nahmen daran teil. Es wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die sich auf Fragen wie Berichterstattung zu Umweltfragen, die Stärkung von Institutionen und rechtliche Bestimmungen konzentrierten.

Weitere Initiativen

Der Vorbereitungsausschuss für Projekte (*Project Preparation Committee/PPC*) ist ein Netz von IFI und Gebern, die die Umsetzung von Investitionen zum Schutz der Umwelt in Mittel- und Osteuropa und der GUS unterstützen. Der PPC unterstützte auch weiterhin die Ergänzung von Zuschussfinanzierungen von Gebern durch entsprechende Finanzierungen in gleicher Höhe für solche Projekte, die die EBWE und andere IFI entwickeln. Gegenwärtig arbeiten in der Bank fünf Mitarbeiter des PPC. Sie werden von Gebern bezahlt und unterstützen die Bank bei der Entwicklung ihres Umweltportfolios. Zu den Aktivitäten im Berichtsjahr gehörte die Organisation einer Tagung des PPC in Bern. Dort wurden den Gebern insgesamt 15 Umweltprojekte der EBWE in der GUS und Südosteuropa zur Kofinanzierung vorgelegt. Bei einer Sitzung in Almaty in Kasachstan ging es um Wasserversorgungs- und Abwasserprojekte in der GUS. Dort wurden neun EBWE-Projekte vorgestellt. Diese Sitzung fand gleichzeitig mit einem Treffen der Wirtschafts-, Finanz- und Umweltminister zu Fragen der Wasserversorgung und Investitionen statt, an dem die EBWE teilnahm.

Der Umweltbeirat (*Environmental Advisory Council/ENVAC*), eine Gruppe von Umweltpersonen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, versorgte die EBWE weiterhin mit fachlichem Rat zu Fragen des Umweltmandats der Bank. Im Jahr 2000 fanden zwei Sitzungen statt. Zu den erörterten Themen gehörten die Möglichkeiten der EBWE bei der Förderung von finanziell tragfähigen Projekten mit beträchtlichen Vorteilen für die Umwelt, die mit Projekten öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich Infrastruktur und Umwelt verbundenen Umweltfragen sowie die Unterstützung von KMU.

Im September 2000 war die EBWE Gastgeber einer Sitzung der Arbeitsgruppe der multilateralen Finanzinstitutionen. Sie befasste sich mit Koordinationsfragen im Hinblick auf die Umweltgrundsätze und Forderungen nach der Verbesserung der Effektivität kofinanzierter und anderer Projekte. An der Sitzung nahmen Vertreter von 13 multilateralen Finanzinstitutionen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen sowie ein Vertreter der bilateralen Finanzinstitutionen teil. Zu den erörterten Themen gehörten eine laufende Studie der umweltbezogenen und sozialen Vorschriften von IFI, die Umweltanalyse von Vorhaben ohne Kapitalinvestitionen, Indikatoren für Leistungsbewertung und Berichterstattung sowie soziale Fragen.

Wie in den Vorjahren trafen sich Management und Mitarbeiter des Bereichs Banking, der Umweltprüfungsgruppe und anderer Unterstützungsbereiche mit Vertretern von Umweltgruppen. Bei der Begegnung während der Jahrestagung der EBWE wurden grundsätzliche und projektbezogene Fragen diskutiert. Höhepunkt der Beratung war ein Treffen der NGO mit dem Amtierenden Präsidenten. Für Umweltfragen zuständige Mitarbeiter trafen sich bei projektbezogenen Reisen nach Aserbaidschan, Kirgisistan, Russland und Turkmenistan mit Kommunalvertretern und NGO. Die Initiative für ein Kommunales Wirtschaftsforum in Kirgisistan, die durch die Abteilung Internationale Entwicklung der britischen Regierung unterstützt wird, wird zur Zeit als Modellbeispiel für die Region entwickelt. Die Initiative half bei der Verbreitung von Informationen und der Förderung eines Dialogs. Sie hat „Startgelder“ für ein Programm kleiner Zuschüsse mobilisiert, das auf die kommunale Entwicklung und die Schaffung von Kapazitäten in ausgewählten Dörfern abzielt.

Im Jahr 2000 erschienen zwei Ausgaben der EBWE-Publikation *Environments in transition*. In ihnen wurde eine Vielfalt von Themen behandelt, wie etwa die Hilfestellung der Bank bei der Lösung von Umweltproblemen während des Beitrittsprozesses, die Internationalen Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen sowie jüngste Projekte im Bereich Kommunal- und Umweltinfrastruktur. Im Berichtsjahr brachte die EBWE auch die Veröffentlichung *Serving the environment* heraus, die die Rolle der Bank bei der Verbesserung des Umweltschutzes und der Reaktorsicherheit beschreibt.

Bewertung von Projekten der EBWE

Nach Abschluss einer Investition findet eine Projektbewertung statt. Dies geschieht in der Regel ein oder zwei Jahre nach der Auszahlung der gesamten Mittel. Die Ergebnisse werden danach eingestuft, wie das Projekt das Mandat der EBWE erfüllt hat. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkung auf den Transformationsprozess und die Anwendung der Prinzipien des soliden Bankgeschäfts. Außerdem werden „Additionalität“ und die Umweltergebnisse eingeschätzt. Darüber hinaus werden Projekte der technischen Zusammenarbeit bewertet. Dabei werden die gleichen Bewertungsmethoden angewandt wie für Investitionen der EBWE.

Die aus Projekten gewonnenen Lehren werden auf verschiedenartige Weise gezogen und weitergegeben. Die Projektbewertungsabteilung der Bank (*Project Evaluation Department/PED*) fertigt drei Arten von Bewertungsberichten an:

- Projektergebnisbewertungen (*Operation Performance Evaluation Reviews/OPER*), die sich auf die Arbeit im Projektgebiet, Interviews und zusätzliche Analysen stützen und oft durch externe Sachverständige ergänzt werden;
- PED-Analysen der Eigenbewertungen, die von Projektteams in der Abteilung Banking ausgearbeitet werden;
- thematische und sektorbezogene Bewertungsberichte, die sich um das Erkennen von Erfahrungsstrukturen bemühen.

Die PED versucht zu ermitteln, inwieweit die Projekte der EBWE den Zielsetzungen gerecht werden und bewertet auf diese Weise die Transformationswirkung der Bank. Die aus den Projekten der EBWE und den Erfahrungen anderer internationaler Finanzinstitutionen gezogenen Lehren werden genutzt, um die Auswahl und die Planung zukünftiger Projekte zu verbessern. Die EBWE verwendet die einschlägigen Erfahrungen bei der Formulierung von Strategiepapieren und ist darüber hinaus bemüht, aus der Bewertung laufender Projekte zu lernen. Die Unabhängigkeit der PED gewährleistet Objektivität, Transparenz und die Wahrnehmung der Rechenschaftspflicht.

Bewertung von Projekten

Bis zum Frühjahr 2001 hatte die PED 239 der 308 Projekte bewertet, für die die Auszahlung abgeschlossen war. Die Ergebnisse sind daher relativ repräsentativ. Insgesamt 75 Prozent der Projekte erhielten im Hinblick auf die Transformationswirkung mittlere bis hohe Einstufungen (44 Prozent mittlere und 31 Prozent hohe). Die Transformationswirkung wurde für Projekte im öffentlichen Sektor (wo der Schwerpunkt auf der Infrastruktur liegt) höher eingestuft als für Projekte im Privatsektor. Im Hinblick auf die Größe der Investition oder ihren Status als Darlehen oder Kapitalanlagen waren die Schwankungen gering.¹ Diese Ergebnisse bestätigen, dass die EBWE weiterhin im Sinne ihres Mandats für den Fortschritt des Transformationsprozesses in ihren Einsatzländern tätig ist.

¹ Die allgemeinen Einstufungen der Transformationswirkung sind für Darlehen im Vergleich zu Kapitalanlagen durchschnittlich etwas besser. Dies entspricht einem etwas höheren Anteil von Darlehen in der Infrastruktur.

Von den 239 bewerteten Projekten lagen für 115 OPER-Berichte und für 124 PED-Analysen der Eigenbewertungen der Abteilung Banking vor. Die übrigen 23 Prozent wurden durch Eigenbewertungsberichte abgedeckt, die von Projektleitern ausgearbeitet, aber von der PED nicht unabhängig überprüft wurden. Ergebnisbewertungen für diese Projekte werden in den folgenden Tabellen nicht berücksichtigt.

Transformationswirkung und die allgemeine Transformationswirksamkeit der EBWE

Bei der Bewertung der Transformationswirkung von Projekten berücksichtigt die EBWE insbesondere die umfassende Auswirkung auf den Sektor und die Volkswirtschaft im allgemeinen. In der Projektauswertung wendet die PED bei der Einschätzung der Transformationswirkung die gleichen Kriterien an, die die Bank zur Auswahl und Bewilligung von Projekten anlegt. Einige Schlüsselindikatoren sind die Förderung der Privatisierung, die Aus- und Weiterbildung, die Förderung des Wettbewerbs und Unterstützung für die Expansion des Marktes. Sonstige entscheidende Aspekte sind der Aufbau von Institutionen zur Unterstützung besser funktionierender Märkte, positive Demonstrationseffekte und die Etablierung neuer Normen für Geschäftsgewahren und Unternehmensführung. Diese Kriterien werden von der PED und der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank laufend weiterentwickelt. Von den 212 im Zeitraum 1996-2000 bewerteten Projekten² erreichten 43 Prozent eine „mittlere“ und 33 Prozent eine „hohe“ Einstufung der Transformationswirkung.

Einstufungen der Transformationswirkung bewerteter EBWE Projekte 1996-2000

	Negativ %	Keine %	Niedrig %	Niedrig-Negativ %	Mittel %	Hoch %	Mittel-Hoch %	Anzahl der bewerteten Projekte
1996	0	0	17	17	66	17	83	35
1997	0	6	25	31	42	28	70	36
1998	6	6	14	26	41	33	74	49
1999	6	12	8	26	50	24	74	50
2000	2	12	5	19	19	62	81	42
1996-97	0	3	21	24	54	23	77	71
1996-98	3	5	18	26	48	27	75	120
1996-99	4	6	15	25	49	26	75	170
1996-2000	3	8	13	24	43	33	76	212

² Transformationseinstufungen vor diesem Zeitraum waren nicht hinreichend verfeinert, und die Prüfliste der Reformindikatoren war noch nicht vollständig ausgearbeitet.

Insgesamt 24 Prozent der bewerteten Projekte erhielten Einstufungen der Transformationswirkung im niedrigen-negativen Spektrum, ein ähnliches Ergebnis wie in früheren Jahren. Dieser offensichtliche Mangel an Fortschritten könnte auf die infolge der Russlandkrise 1998 entstandenen Schwierigkeiten zurückzuführen sein. Sie gefährdete die Nachhaltigkeit einiger Projekte im Privatsektor und beeinträchtigte so die potenzielle Transformationswirkung. Ein stabiler Anteil von mittleren-hohen Einstufungen der Transformationswirkung lässt sich von daher als positiv betrachten, obwohl es für endgültige Schlussfolgerungen zu früh ist. Die Wirtschaftskrise von 1998 unterstrich, wie in den jüngsten Bewertungsberichten deutlich wurde, die systemischen institutionellen Schwächen in der Region, aber die Anzeichen für ein Wiederaufleben des Wachstums sollten das Transformationspotenzial neuer Projekte im Privatsektor verbessern.

Allgemeine Transformationswirksamkeit bewerteter EBWE Projekte 1996-2000						
	Erfolglos %	Teilweise erfolgreich %	Erfolgreich %	Sehr erfolgreich %	Erfolgreich/Sehr erfolgreich %	Anzahl der bewerteten Projekte
1996	14	31	43	11	54	35
1997	11	42	36	11	47	36
1998	22	20	53	4	57	49
1999	22	24	46	8	54	50
2000	17	24	45	14	59	42
1996-97	13	37	39	11	50	98
1996-98	17	30	45	8	53	120
1996-99	18	28	45	8	53	170
1996-2000	18	27	45	9	54	212

Die obige Tabelle zeigt den allgemeinen Erfolg der EBWE-Projekte und stellt die Gesamteinstufungen der „Transformationswirksamkeit“ dar. „Transformationswirksamkeit“ gewichtet die Transformationswirkung sehr hoch, schließt aber auch andere Ergebniseinstufungen ein, so die Erfüllung der Projektziele, Finanz- und Umwelt-ergebnisse sowie Additionalität. Im Zeitraum 1996-2000 wurden 54 Prozent der bewerteten Projekte als erfolgreich oder sehr erfolgreich eingestuft.

Die Einstufungen der Transformationswirksamkeit sind niedriger als die der Transformationswirkung. Ein Hauptgrund dafür ist die Auswirkung der niedrigeren Bewertungen der Finanzergebnisse, die auf ein Investitionsumfeld mit hohem Risiko zurückzuführen sind, das die finanzielle Nachhaltigkeit vieler EBWE-Projekte

beeinträchtigte. In mehreren Projektbewertungen kam man zu der Schlussfolgerung, dass die Bank die industriespezifischen Risiken effektiver hätte abfedern können und dass bei der Einschätzung und Strukturierung der Projekte Fachleute des betreffenden Industriezweigs hinzugezogen werden müssen. Im allgemeinen hatte die EBWE bei der Identifizierung von Risiken im industriellen Sektor mehr Erfolg, wenn sie auf das Fachwissen spezifischer Bereiche zurückgriff.

Weitergabe von Erfahrungen

Neben der Einstufung der Ergebnisse im Rahmen der Rechenschaftspflichten einer öffentlichen Institution besteht eine wichtige Bewertungsfunktion darin, sicherzustellen, dass Erfahrungen bei neuen Projekten berücksichtigt werden. Dies fängt an mit intensiven Beratungen mit den Projektteams über die in Bewertungsberichtsentswürfen beschriebenen Lehren. In jeder Phase des Bewilligungsprozesses wird außerdem regelmäßig dafür gesorgt, dass die Banker Zugang zu einschlägigen früheren Erfahrungen bekommen. Es finden Workshops zu Fallstudien statt, die auf die besonderen Bedürfnisse der Banking-Teams zugeschnitten sind. Dazu kommen sonstige Aktivitäten wie Präsentationen für das Management und die Führung einer Erfahrungsdatenbank für den internen und externen Gebrauch.

Investitionstätigkeit – einige thematische Lehren aus Bewertungen

Die folgenden Schlussfolgerungen wurden aus wichtigen Beispielen erfolgreicher und weniger erfolgreicher EBWE-Projekte seit Errichtung der Bank gezogen. Sie werden gemäß den Grundsätzen zur Veröffentlichung von Informationen der Bank präsentiert; die Auswahl stützt sich auf ihren potenziellen Einfluss auf die zukünftige Strategie.

Infrastrukturprojekte mit hohem Potenzial für die Transformationswirkung und niedrigem Risiko. Öffentliche wie auch private Infrastrukturprojekte können mit einem relativ niedrigen Risiko einhergehen, wenn sie mit institutionellen und Unternehmensreformen verbunden sind und von diesen abhängig gemacht werden. Dies rechtfertigt auch in Zukunft den hohen Stellenwert der Infrastruktur in der Geschäftstätigkeit der Bank.

Institutionelle und ordnungsrechtliche Reformen zur Unterstützung der Märkte. Direktinvestitionen in sorgfältig ausgewählte Projekte im Privatsektor können einen erheblichen Einfluss auf den Transformationsprozess haben, wenn institutionelle und ordnungsrechtliche Reformen zur Unterstützung der Märkte in Angriff genommen worden sind. Im Gegensatz dazu können schleppende Reformbemühungen die Nachhaltigkeit von Investitionen des

Beispiele für die Bewertung von EBWE-Projekten

Als erfolgreich eingestufte Projekte

Stufenweise Finanzierung unterstützt die Privatisierung eines nationalen Telekombetreibers

Vor einigen Jahren vergab die EBWE ein Darlehen im Gegenwert von mehr als 100 Millionen Euro mit staatlicher Garantie für die Modernisierung und Erweiterung seines Netzwerks an einen nationalen Telekombetreiber. Dieses staatliche Monopol in Mitteleuropa wurde daraufhin in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Nachdem die Netzenpässe verringert und Investitionen für Fern- und Auslandsdienstleistungen abgeschlossen waren, begann die Regierung eine allmähliche Privatisierung. Die durch eine neue Gebührenpolitik und verbesserte Finanzplanung erreichte Eigenständigkeit ebnete den Weg für die zweite Phase der Privatisierung. Um diese Entwicklung zu fördern und einen strategischen Investor anzuziehen, der die Verantwortung für das Management der in eine Kapitalgesellschaft umgewandelten Firma bis zum Erlöschen ihres Monopols übernehmen würde, gewährte die EBWE ein zweites Firmendarlehen in ähnlicher Höhe wie das ursprüngliche. Dies hatte zur Folge, dass die Regierung einen bedeutenden Anteil an dem Unternehmen an einen ausländischen strategischen Investor verkaufen konnte. Der neue Investor hält gegenwärtig einen beträchtlichen Minderheitsanteil an dem Unternehmen, der ihm Kontrolle über das Management gibt. PED-Bewertungen bestätigten, dass die Bank bei der Förderung des Privatisierungsprozesses eine entscheidende Rolle gespielt hat. Neue Gesetze wurden verabschiedet und die Regulierung für den Sektor Telekommunikation eingeführt, besonders zur Förderung des Wettbewerbs der Mobilfunkdienste. Beträchtliche Infrastrukturinvestitionen kamen den einheimischen Zulieferern zugute, während die internationalen Zulieferer dazu beitrugen, die Qualifikationen im Sektor Telekommunikation zu entwickeln. Der Prozess förderte insbesondere das Wachstum der Mobilfunkdienste.

EBWE unterstützt lokale Bank bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen

Die EBWE gewährte einer führenden Bank in einem Land der mittleren Transformationsphase verhältnismäßig hohe Kredite zur Weiterleitung an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und an Hauseigentümer zur Finanzierung von Hypotheken. Langfristige Finanzierungen, wie sie von der EBWE bereitgestellt wurden, standen über kommerzielle Kanäle nicht zur Verfügung. Sie versetzten die Kundenbank in die Lage, allmählich Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu finden. Darüber hinaus konnte

die EBWE aufgrund der relativen Stabilität der Empfängerbank zum ersten Mal einer Bank in diesem Land auf direkter Basis Darlehen ohne staatliche Garantie gewähren. Die Unterstützung der EBWE trug dazu bei, dass die Bank einen neuen Schwerpunkt auf das Banking für kleine Firmen und Privatkunden legen konnte. Die Bewertung bestätigte, dass die Finanzierung der EBWE den Bedürfnissen der neuen Marktwirtschaft mit Erfolg entgegenkam. Die Finanzierung leistete einen Beitrag zur Förderung neuer Banking-Produkte und bildete für ausländische und neu privatisierte Banken einen Anreiz für ähnliche Aktivitäten. Dieses Projekt wurde sorgfältig geplant und umgesetzt. Es lieferte ein positives Beispiel für andere einheimische Banken und übte einen beträchtlichen Einfluss auf den Transformationsprozess aus.

Erfolg in russischer Verarbeitungsfirma mit Unterstützung strategischer Investoren

Nach der Privatisierung eines Erzeugers von Baumaterialien und Baugruppen für die Maschinenindustrie in Russland in den frühen neunziger Jahren wurde ein strategischer Investor für die Unterstützung der Reformen gesucht. Die EBWE stellte über ein Steuerungskonsortium in einer Parallelaktion mit einem anderen multinationalen Finanzinstitut Anlagekapital zur Verfügung. Die Investitionen leisteten einen Beitrag zur Verbesserung der Produktqualität und Energiewirksamkeit sowie zum Gesundheits- und Arbeitsschutz- und zur Verminderung der Umweltrisiken. Die Bewertung des Projekts bestätigte, dass die langfristige Entwicklungsstrategie des starken Trägers Schlüssel zum Erfolg des Projekts war. Die Finanzierung hatte eine erhebliche Auswirkung auf den Transformationsprozess, und gutes Management trug dazu bei, dass es gelang, sich dem Marktabschwung nach der Wirtschaftskrise von 1998 zu entziehen. Das Projekt zeigte, wie ein Unternehmen Absatz, Produktion, Qualitätskontrolle und Rechnungslegung erfolgreich anpassen kann. Die Reform des Fertigungsbetriebs gelang aufgrund der Intervention eines kompetenten und engagierten strategischen Investors, der in der Lage war, die volle Kontrolle über das Unternehmen zu gewinnen. Als Minderheitsaktionär bleibt die EBWE im Aufsichtsrat und ist bereit, bei Bedarf einzuschreiten. Die PED-Bewertung bestätigte, dass ein weiterer Stellenabbau notwendig ist, um das internationale Produktivitätsniveau zu erreichen. Jüngste Gespräche haben sich auf mögliche internationale und einheimische Unterstützung zur Abfederung der sozialen Auswirkungen weiterer Entlassungen konzentriert.

Beispiele für die Bewertung von EBWE-Projekten

Weniger erfolgreiche Projekte

Eine beträchtliche Minderheitsbeteiligung an einem Verarbeitungsunternehmen in der Hand einheimischer Manager/Eigentümer zeigt keine guten Ergebnisse

Die EBWE übernahm einen erheblichen Minderheitsanteil an einem mitteleuropäischen Erzeuger technischer Gebäudeausrüstungen. Die Firma war vor kurzem privatisiert worden, wobei die Spitzenmanager als Hauptaktionäre in dem Unternehmen verblieben. Die Investition der EBWE stützte sich auf eine günstige Bewertung des Unternehmens und seines Managements. Die Kapitalinvestitionen führten zur Erzeugung hochmoderner Produkte, die den höchsten Industrienormen entsprachen. Der Absatz lag jedoch erheblich unter den Voraussagen. Eine Erhöhung des Absatzes in westlichen Märkten erwies sich als schwieriger als erwartet und hätte größere Investitionen bei Absatz und Vertrieb erfordert. Darüber hinaus war der Markt in weiten Teilen Westeuropas bereits übersättigt. Die Vertreter der EBWE im Aufsichtsrat sprachen sich angesichts der ungünstigen Märkte für Binnenabsatz und Exporte in benachbarte Transformationsmärkte gingen im Gefolge der Russlandkrise von 1998 noch weiter zurück Kosteneinsparungen aus. Außerdem schlugen sie vor, Kredite von Geschäftsbanken umzuschulden und mobilisierten einige Unterstützung für das Turnaround-Management. Die Manager/Mehrheitseigner wiesen jedoch alle durchgreifenden Maßnahmen zurück. Die von der Bank geführte Suche nach einem neuen strategischen Investoren blieb erfolglos.

Die PED-Bewertung kam zu dem Schluss, dass das Projekt den Transformationsprozess im großen und ganzen nicht vorangebracht hatte. Die einheimischen Manager/Eigentümer hatten keine Reformen in Angriff genommen und damit die Kapitalanlage der EBWE aufs Spiel gesetzt. Eine umfassendere Einschätzung hätte für die Identifikation und Milderung einiger der Risiken hilfreich sein können. Aufgrund einer angemessenen Strukturierung hätte man darauf bestehen können, dass Investitionen der Bank von einer vorherigen Umschuldung abhängig gemacht wurden. Der Minderheitsanteil der EBWE war für eine Schlüsselrolle der Bank bei der Unterstützung der Reformen nicht hinreichend. Die Erfahrung zeigt hier, dass Investitionen in die Restrukturierung von Unternehmen auf Schwierigkeiten stoßen, wenn es keine starken externen Träger gibt. Sie zeigt auch, dass alteingesessene Manager in komplexen Verarbeitungsunternehmen angesichts ungünstiger Marktbedingungen eher zur Ansammlung von Vermögenswerten neigen als zu Rationalisierung und Kostenabbau.

Kapitalanlagen führen langsam zur Umstellung einer großen Agrarwirtschaftsgruppe in der Nach-Privatisierungsphase

Die EBWE tätigte eine Kapitalanlage mit einem optionalen Folgedarlehen an eine große zum Teil privatisierte Agrarwirtschaftsgruppe, deren Schwerpunkt auf Auslands- und Inlandshandel sowie auf der Erfassung, Lagerung und Verarbeitung einiger wichtiger einheimischer Feldfrüchte und Agrarerzeugnisse lag. Die Regierung behielt, wie auch das Management und die Arbeitnehmer, einen Eigenanteil. Die Vertretung der EBWE im Firmenaufsichtsrat, ein Investitionsprogramm und durch das alteingesessene Management geführte Reformen sollten mittelfristig den Weg für eine endgültige Privatisierung ebnen, und es wurde mit dem möglichen Eintritt strategischer Träger in einige der wichtigsten Bereiche gerechnet. Die Aktien des Unternehmens waren vor der Beteiligung der Bank breit gestreut. Man erwartete, dass die Reformfortschritte im einheimischen Aktienmarkt freudig begrüßt werden und der Bank eine potenzielle Ausstiegsmöglichkeit bieten würden. Die Reformfortschritte wurden jedoch durch das Management behindert, das eher auf Signale der Regierung als auf die der Märkte reagierte. Ein weiteres Problem war die Schwierigkeit, die Ergebnisse einer Vielzahl von Tochtergesellschaften zu überwachen.

Einige Jahre nach der Kapitalanlage wurde in der Bewertung anerkannt, dass die EBWE und ihre Vertreter im Aufsichtsrat erhebliche Anstrengungen unternommen hatten, die Reformen zu intensivieren und die Privatisierung zu fördern. Die Struktur von Management- und Arbeitnehmeraktionären zusammen mit dem Regierungsanteil beschränkte den Einfluss der Bank und einiger weniger institutioneller Investoren als Minderheitsaktionäre. Die Privatisierung einiger Hauptgeschäftszweige traf angesichts der Verbindung mit dem übrigen Agrarsektor auf politischen Widerstand. Trotz einer großen möglichen Auswirkung auf den Transformationsprozess angesichts der zentralen Rolle des Unternehmens im Sektor konnte seine Struktur einige der Hauptrisiken nicht abfangen. Die Kapitalanlage der Bank erwies sich als schlechte Investition, und das Unternehmen konnte sich nicht für die angestrebten Reformdarlehen qualifizieren. Die Erfahrung zeigt hier, dass die Restrukturierung großer ehemaliger Staatsmonopole äußerst riskant ist, wenn die Kontrolle nicht in einem frühen Stadium an kompetente strategische Investoren übertragen wird. Als Minderheitsaktionär kann die EBWE normalerweise keine Bildung starker Eignerallianzen zur Stützung durchgreifender Reformen erwarten, solange die Regierung sowie vorhandene Manager und Arbeitnehmer einen beträchtlichen Anteil beibehalten. Große Agrarwirtschaftsgruppen mit starken Bindungen an die einheimische primäre Landwirtschaft können zusätzlich zu politischen und regulatorischen Risiken führen, die nur dann gemildert werden könnten, wenn die Regierung sich bindend für festgelegte Privatisierungszeitpläne engagiert.

Privatsektors beeinträchtigen. Das Risiko für den weiteren Einfluss auf den Transformationsprozess und für die Investition der Bank kann daher sehr hoch sein. Übermäßig große systemische Risiken können das Maß der direkten Intervention des Privatsektors auf einigen Gebieten einschränken, die gemeinsam mit dem politischen Dialog Investitionen anderer Institutionen rechtfertigen.

Abfederung von Risiken für Investitionen in alten Industriekomplexen. Risiken bei Investitionen in großen Mischkonzernen können in der Regel nur dann zufriedenstellend abgedeckt werden, wenn die Kontrolle des Eigentümers vollständig auf die neuen Träger übergeht. Letztere müssen starke Parteien aus der Industrie mit einer klaren strategischen Eintrittsmotivation sein, die sich in materiellen Investitionen und Managementunterstützung niederschlägt. Frühere Erfahrungen bei komplexen Industrie-sanierungen unter Schwellenmarktbedingungen sind wünschenswert. Darüber hinaus könnte es nötig sein, im voraus Maßnahmen zur Milderung negativer sozialer Auswirkungen eines Abbaus von Arbeitsstellen einzuleiten, insbesondere in Städten, wo solche Unternehmen die einzigen Arbeitgeber sind. Die Bank berücksichtigt gegenwärtig diese Lehren bei der sorgfältigen Auswahl von Großunternehmen, die Unterstützung für Reformen in der Nach-Privatisierungsphase benötigen.

Gewichtung der Risiken von Staatspapieren. Falls die Aufsichtsbehörden eines Landes es versäumen, eine Risikogewichtung von Wertpapieren der Regierung vorzunehmen, sollte die EBWE die Mindestkapitalausstattung neu berechnen, um einschätzen zu können, ob ein sorgfältigeres Vorgehen sich wesentlich anders auf die Position der Bank auswirken würde.

Untersuchung der Eigentumsverhältnisse in neu gegründeten oder restrukturierten Banken. Es ist unerlässlich, eine gründliche Untersuchung der Eigentumsverhältnisse von Banken durchzuführen, um die Motivation der Eigentümer sowie den Umfang ihrer finanziellen Ressourcen festzustellen. Da die Eigentumsverhältnisse häufig hinter Tarnunternehmen verborgen sind, ist es oft notwendig festzustellen, wem diese Unternehmen gehören und ob es gemeinsame Eigentümer gibt. Gibt es einzelne Aktionäre, ist es wichtig herauszufinden, ob man von ihnen erwarten kann, dass sie im Eigeninteresse handeln, oder ob sie Verpflichtungen gegenüber anderen Parteien haben.

Alternative Strategien für lokale Investitionsunterstützung beim Fehlen von Bankenreformen. Der Entschluss, die Unterstützung für eine starke nicht reformorientierte Regionalbank einzustellen, sollte erst nach sorgfältiger Abwägung der Alternativen und unter Berücksichtigung der Länder- und Sektorstrategien der EBWE gefasst werden. Bemühungen, das Verhalten einer Bank von innen oder durch den politischen Dialog zu verändern, sind zu erwägen, wenn es kein offensichtliches Wettbewerbsinstitut gibt, das man unterstützen könnte. Ist eine effiziente Unterstützung für

Beispiele für die Bewertung von Projekten der technischen Zusammenarbeit

Erfolgreiche Beraterdienste in Verbindung mit Darlehen für kleine Unternehmen

Die Bank gewährte ein Darlehen von 10,7 Millionen Euro an KMU über Geschäftsbanken in Kirgisistan, einem Land mit geringem Angebot an KMU-Krediten in der frühen Transformationsphase. Das Darlehen wurde über die Nationalbank von Kirgisistan weitergeleitet. Mit diesem Kredit war eine TZ-Finanzierung in Höhe von rund 2,2 Millionen Euro von verschiedenen Gebern verbunden, um die Banken und ihre Kunden zu unterstützen. Kreditberater für KMU halfen den Banken beim Aufbau ihrer Kreditsysteme und stellten praxisverbundene Weiterbildung für die Mitarbeiter bereit. Außerdem wurde die TZ-Finanzierung zur Einrichtung lokaler Zentren für Geschäftsberatungsdienste mit Unterstützung von KMU-Beratern genutzt. Die Zentren halfen den Unternehmern bei der Ausarbeitung von Geschäftsplänen und bei der Verbesserung von Managementmethoden. Eine im Jahr 2000 durchgeführte Bewertung ergab, dass die TZ-Unterstützung erfolgreich war. Das Darlehen wurde trotz der negativen makroökonomischen Bedingungen des Landes ausgezahlt, und die Teildarlehen wurden zurückgezahlt und die Mittel an neue KMU-Kreditnehmer weitergeleitet. Kenntnisse hinsichtlich der Kreditvergabe an KMU wurden effektiv entwickelt, und es gab Möglichkeiten, dieses Know-how auf das Bankenwesen insgesamt zu übertragen. Mehrere Beratungszentren bewährten sich gut. Das Projekt und damit die Verbindung von EBWE-Finanzierung mit TZ-finanzierter Beratung sowohl für die Intermediärbanken als auch die KMU diente als Modell für die Unterstützung von KMU in der Region.

Unterschiedliche Ergebnisse der TZ-Unterstützung für russische Eisenbahn

Um das russische Ministerium für Eisenbahnen bei seinen Modernisierungsplänen für das Eisenbahnsystem des Landes zu unterstützen, startete die EBWE 13 TZ-Projekte im Gesamtwert von rund 3,8 Millionen Euro. Die Studien und Beratungskomponenten sollten den Weg für große Kapitalanlagen ebnen und neue Strategien unterstützen. Nach Abschluss der TZ-Projekte bewertete die PED die Transformationswirkung als zufriedenstellend. Die TZ-Projekte hatten zum Beispiel zur Restrukturierung der Stromversorgung für den Eigenbedarf des Ministeriums beigetragen. Außerdem bestätigte die Bewertung, dass vier TZ-finanzierte Grundlagenstudien Investitionen eindeutig gefördert hatten, unter anderem ein Darlehen der EBWE in Höhe von 97 Millionen Euro. Mehrere andere Studien erwiesen sich für die Förderung von Investitionen, die auf etwa ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Summe verringert wurden, als weniger erfolgreich. Eine empfohlene Strategie für Instandhaltung und Verbesserungen wurde erfolgreich umgesetzt, aber die Unterstützung für das Signalsystem bedurfte der weiteren Verfeinerung. Allgemein wurde die Reihe der TZ-Projekte als „teilweise erfolgreich“ eingestuft.

Performanzbewertung von TZ-Projekten 1993-2000						
	Erfolgos %	Teilweise erfolgreich %	Erfolgreich %	Sehr erfolgreich %	Gesamtzahl der durch OPER bewerteten Projekte %	TZ-Finan- zierung Mio. Euro
1993	0	3	97	0	5	7,3
1993-94	0	18	82	0	8	8,6
1993-95	0	22	78	0	11	9,8
1993-96	0	23	77	0	14	11,9
1993-97	3	20	76	0	17	17,7
1993-98	2	30	68	0	22	29,7
1993-99	4	32	65	0	26	32,6
1993-2000	4	33	63	0	30	35,0

die Investitionstätigkeit durch das regionale Bankenwesen auf unbestimmte Zeit unwahrscheinlich, sollte die EBWE ihr Augenmerk entweder direkt oder über Regionalfonds auf den Unternehmenssektor richten.

Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken

Die EBWE arbeitet umfassend mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) zusammen. Im Jahr 2000 führte die Bank den Vorsitz der Gruppe Zusammenarbeit bei Bewertungen (*Evaluation Co-operation Group/ECCG*) und nahm an Sitzungen der Arbeitsgruppen über Bewertungen im privaten und öffentlichen Sektor teil. Im Lauf des Jahres gab die EBWE mit TZ-Unterstützung aus Schweden und den Vereinigten Staaten neue gemeinsame Studien in Auftrag. Zu diesen gehörten Untersuchungen über die Bewertung der Entwicklung von Institutionen und die Harmonisierung der Bewertung von Projekten im öffentlichen Sektor. Die EBWE wird sich weiterhin an der gemeinsamen ECCG-Arbeit über Bewertungsmethoden und Harmonisierung beteiligen, zum Austausch mit anderen MEB beitragen und ihrerseits aus deren Erfahrungen Nutzen ziehen. Außerdem nimmt die PED regelmäßig an der Bewertungsarbeit des Entwicklungshilfausschusses der OECD teil. Diese Konsultationen haben zu einer für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit bei der Projektbewertung geführt.

Bewertungen der technischen Zusammenarbeit

Die Bewertung der technischen Zusammenarbeit (TZ) umfasst eingehende OPER großer TZ-Projekte, thematische Studien und unabhängige Bewertungen von Abschlussberichten zu TZ-Projekten durch Banking-Teams.

Seit 1993 wurden 30 OPER und neun Sonderstudien/Zwischenüberprüfungen von Projekten und Bereichen, wo die technische Hilfe eine große Rolle gespielt hat, durchgeführt. Darüber hinaus wurden seit 1998 drei Untersuchungen über Qualität und Kosteneffizienz der Projektabschlussberichte erarbeitet. Diese Studien berücksichtigten mehr als 180 TZ-finanzierte Berateraufträge. Dabei ging es um Finanzierungen in Höhe von rund 52 Millionen Euro durch etwa 30 Geber im Rahmen des Fondsprogramms für Technische Zusammenarbeit der EBWE (entsprechend rund 8 Prozent der gesamten TZ-Zuschüsse an die Bank). Die Bewertungen betreffen TZ-finanzierte Dienstleistungen zur Unterstützung von EBWE-Investitionen sowie „selbständige“ TZ-Projekte. Die nebenstehende Tabelle gibt einen allgemeinen Überblick über den Gesamterfolg dieser TZ-Projekte. Allerdings ist anzumerken, dass die Anzahl der Beispiele nicht hinreicht, um ein repräsentatives Bild aller TZ-Projekte zu vermitteln.

Die PED betrachtet die Ergebnisse im ganzen als zufriedenstellend, obwohl erwähnenswert ist, dass im Gegensatz zu Berichten über Investitionsvorhaben, bisher noch kein TZ-Bericht die Bewertung „Sehr Erfolgreich“ erzielte. Aus diesen Bewertungen ergibt sich durchgängig, dass das Engagement des Kunden und die Eigentumsverhältnisse entscheidend für den Erfolg sind. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass die Überwachung durch die EBWE das Ergebnis verbessern kann. Eine Sonderstudie im Jahr 1999 ergab, dass Investitionsprojekte mit TZ-Unterstützung im allgemeinen höhere Bewertungen erhielten als Projekte ohne diesen Beistand. Von den 239 seit 1993 bewerteten Investitionen der EBWE erhielten 142 TZ-Unterstützung verschiedener Art.

Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Kofinanzierung

Gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank ist sie verpflichtet, bei der Finanzierung ihrer Projekte andere Finanzierungsquellen heranzuziehen. Die wichtigsten Kofinanzierungspartner der EBWE sind:

- Geschäftsbanken: durch Beteiligungen an Darlehen, Übertragungen, Anleihen, Paralleldarlehen und Kreditlinien der EBWE;
- offizielle Kofinanzierungseinrichtungen wie Regierungsbehörden und bilaterale Finanzinstitutionen: durch Bereitstellung von Zuschüssen, Paralleldarlehen und Kapitalbeteiligungen;
- Exportkreditgesellschaften (ECA): durch Direktfinanzierungen, Exportkredite und Garantien für Investitionsversicherungen;
- internationale Finanzinstitutionen (IFI): Kreditvergabe im staatlichen und im privaten Sektor für größere Projekte oder in Ländern, wo private Finanzierungsquellen noch nicht zur Verfügung stehen.

Für die Einsatzländer der EBWE bietet die Kofinanzierung zwei Vorteile: Die Kreditnehmer werden an die internationalen Kapitalmärkte herangeführt, und gleichzeitig werden ausländische Direktinvestitionen gefördert. Bei der Wahl des kofinanzierenden Partners sind stets die besonderen Bedürfnisse und Wünsche des Kunden zu berücksichtigen. Möglicherweise hängt die Entscheidung davon ab, ob es sich um ein Projekt des privaten oder öffentlichen Sektors handelt, oder von den spezifischen Marktverhältnissen, die die kommerziellen und offiziellen Kofinanzierungseinrichtungen betreffen.

Für die meisten Einsatzländer der EBWE stabilisierten sich die Konditionen an den Märkten für Schuldtitel im Jahr 2000 beträchtlich, obwohl die Bereitwilligkeit privater Finanzinstitutionen zur langfristigen Kreditvergabe in Ländern der frühen oder mittleren Transformationsphase weiterhin äußerst gering war.

Obwohl viele Länder in Südosteuropa nach wie vor politischen und wirtschaftlichen Problemen gegenüberstanden, begann die Bereitschaft des Marktes für Projekte in den weiter fortgeschrittenen Ländern zu wachsen. Eine kleine Gruppe qualifizierter Kreditnehmer aus diesen Ländern war weiterhin in der Lage, Zugang zu den Kapitalmärkten zu finden, die meisten von ihnen auch ohne Unterstützung durch IFI.

Trotz des wachsenden Marktstrebens nach Krediten in vielen Einsatzländern der EBWE im Jahresverlauf waren Kreditnehmer in Ländern der frühen und mittleren Transformationsphase während des gleichen Zeitraums weiterhin in hohem Maße auf offizielle Kofinanzierungsquellen, insbesondere auf IFI, angewiesen.

Während der Weltölpreis fast im gesamten Jahr 1999 niedrig blieb, war das Volumen der Transaktionen für den Ölsektor aufgrund der zeitlichen Verzögerung der Inbetriebnahme neuer Projekte fast im gesamten Jahr 2000 gering. Dies wirkte sich weiterhin auf das Volumen der Kofinanzierung für Kreditnehmer in Russland aus, wo Öl- oder Ölsubstituierungsprojekte eine große Rolle spielen.

Aufgrund dieser Marktbedingungen ging der Gesamtbetrag der durch die EBWE im Jahr 2000 mobilisierten Kofinanzierung von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 1999 leicht auf 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2000 zurück. Allerdings stieg die kumulative Anzahl der Kofinanzierungspartner.

Im Jahr 2000 arbeitete die EBWE mit 27 Geschäftsbanken aus 13 Ländern zusammen. Die Kofinanzierungen dieser Banken beliefen sich auf insgesamt 468 Millionen Euro zur Unterstützung von 24 Projekten. Exportkreditgesellschaften (ECA) waren im Berichtsjahr bei Kofinanzierungen mit der EBWE nicht aktiv. Dies entspricht nicht nur der vorsichtigen Deckungspolitik der meisten ECA gegenüber frühen und mittleren Transformationsländern, sondern auch der Fähigkeit der Geschäftsbanken, die Kofinanzierungsbedürfnisse der meisten Projekte abzudecken.

Die EBWE pflegte durch die Teilnahme an den Generalversammlungen des Berner Verbands einen intensiven Dialog mit dem Internationalen Verband der Kredit- und Investitionsversicherer (dem Dachverband der führenden ECA). Außerdem stellte die EBWE dem Berner Verband bei seinen Zusammenkünften mit mittel- und osteuropäischen ECA Fazilitäten und logistische Unterstützung zur Verfügung. Darüber hinaus war die Bank aktiv an den Zusammenkünften der OECD-Exportkreditgruppe

Arten der Kofinanzierungsmittel, nach Wert, im Jahr 2000

	Millionen Euro
A/B-Darlehen/Beteiligungen ¹	370
Paralleldarlehen	139
Garantien	38
Direktkredite/garantiert oder gegen politische Risiken versichert, von ECA	13
Darlehen von internationalen Finanzierungsinstitutionen	369
Beteiligungskapital von internationalen Finanzierungsinstitutionen	95
Beteiligungskapital	20
Zuschüsse	321
Insgesamt	1.365

¹ Die EBWE finanziert ein A/B-Darlehen zum Teil aus Eigenmitteln (Teil A) und syndiziert den Rest an kommerzielle Kreditgeber (Teil B).

Quellen der Kofinanzierungsmittel, nach Wert

2000



Kofinanzierungsunterstützung für Projekte im privaten und im staatlichen Sektor im Jahr 2000

	Anzahl	Gesamtprojektkosten Mio. Euro	EBWE-Mittel Mio. Euro	Kofinanzierung Mio. Euro	Kofinanzierung %
Privatsektor	45	2.285	703	824	60
Staatlicher Sektor	9	1.317	340	541	40
Gesamt	54	3.602	1.043	1.365	100

in Paris beteiligt, vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Harmonisierung von Umweltnormen im Kreise der ECA.

Offizielle Kofinanzierungsinstitutionen (mit Ausnahme der ECA) waren im Jahr 2000 an 32 Projekten beteiligt, zu denen sie insgesamt 881 Millionen Euro beitrugen. Bei der Kofinanzierung von Darlehen und Kapitalanlagen durch andere IFI ging es um 15 Vorhaben im Gesamtwert von 463 Millionen Euro. Andere offizielle Quellen kofinanzierten 22 Projekte in Höhe von 417 Millionen Euro.

Kommerzielle kofinanzierende Institutionen

Von den kommerziellen kofinanzierenden Institutionen steuerten die Geschäftsbanken im Jahr 2000 den größten Anteil an Kofinanzierungen bei. Seit der russischen Finanzkrise im August 1998 zeigten die Geschäftsbanken eine verminderte Bereitschaft, Darlehen an Länder in der frühen oder mittleren Transformationsphase auszureichen. Gleichzeitig wurden höhere Erwartungen an die Renditen gestellt. Im Jahr 2000 beschränkten sich die kofinanzierenden Einrichtungen in den Ländern in der frühen und mittleren Phase des Übergangs auf die Vergabe von Krediten für Projekte mit solide konzipierten Einkünften in frei konvertierbaren Währungen.

Es folgt eine Aufstellung einiger bedeutsamer Beispiele von Kofinanzierungsprojekten mit kommerziellen Kofinanzierungseinrichtungen im Jahr 2000.

Agrokor, Kroatien: Dieses syndizierte Darlehen von 170 Millionen Euro für das größte Lebensmittelunternehmen des Landes war höchst erfolgreich. Eine große Gruppe von Banken zeigte sich an der langen Laufzeit von sieben Jahren interessiert (vgl. S. 42). Dieses ist sowohl der größte syndizierte Unternehmenskredit für das Land als auch die längste Laufzeit für ein kroatisches Unternehmen.

Klärwerklizenz in Maribor, Slowenien: Dieser Kredit über 33 Millionen Euro ist Teil weitergeführter Bemühungen der EBWE zur Mobilisierung von Kofinanzierungen für den kommunalen Bereich. Diese Art der Mittelvergabe ist vor allem deshalb schwierig, weil für Finanzierungen im kommunalen Bereich sehr lange Laufzeiten gefordert werden (über zehn Jahre). Für dieses Projekt konnte die Bank drei große westliche Banken gewinnen,

die sich an der Kofinanzierung des Darlehens mit einer Laufzeit von 13 Jahren beteiligten. Die EBWE möchte dieses Ergebnis nutzen, um weitere Banken für andere kommunale Finanzierungen in noch komplizierter gelagerten Regionen zu finden.

Ölförderanlage Dnipropetrowsk, Ukraine: In einem Jahr mit sehr wenigen Kofinanzierungen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten stellt dieses Projekt über 56 Millionen Euro eine Ausnahme dar. Es ist der Verbindung der Träger und den guten Ergebnissen des Kunden zu verdanken, dass Kofinanzierungen von einer Gruppe vier wichtiger westlicher Banken eingeworben werden konnten. Damit werden die Richtwerte für erfolgreiche kommerzielle Kofinanzierungen in einem anspruchsvollen Umfeld unterstrichen.

Italienisch-rumänisches Unternehmen für industrielle Entwicklung (IRIDE), Rumänien: Dieses Projekt im Umfang von 22 Millionen Euro ist bedeutsam, da die Beschaffung langfristiger Finanzierungen für Projekte in Rumänien noch immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Das Projekt war gut strukturiert und erwies sich als attraktiv für Banken, die sich auf Immobilienkredite spezialisiert haben. Es war daher von Interesse für spezialisierte Kreditinstitute.

Internationale Finanzinstitutionen und sonstige offizielle kofinanzierende Institutionen

Im Jahr 2000 beliefen sich die Kofinanzierungen mit offiziellen kofinanzierenden Institutionen für 32 Projekte der EBWE auf 880,7 Millionen Euro. Den größten Anteil davon erbrachten mit insgesamt 463,2 Millionen Euro (52,6 Prozent) für 15 Projekte wiederum die internationalen Finanzinstitutionen. Die Europäische Kommission trug 277,6 Millionen Euro (31,5 Prozent) für 10 Projekte bei. Von anderen offiziellen Kofinanzierungsinstitutionen kamen 139,9 Millionen Euro (15,9 Prozent) für 15 Projekte.

Unter den internationalen Finanzinstitutionen belegten die Internationale Finanz-Corporation (IFC) und die Europäische Investitionsbank (EIB) die führenden Plätze. Die IFC trug Mittel für 9 Projekte im Gesamtumfang von 178,8 Millionen Euro bei. Sie entfielen auf Bereiche wie Industrie, umfassende Bankprivatisierungen, Mikrokredite, Restrukturierung, Finanzierungen von Leasingoperationen und die Privatisierung des Energiesektors. Die EIB beteiligte sich an drei Projekten im Umfang von 165,5 Millionen Euro. Sie waren in erster Linie in den Bereichen kommunale Umweltstrukturen und Elektrizität und Energie angesiedelt.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat zwei Vorhaben über 70,2 Millionen Euro im Straßenbau und in einem Unternehmen für die Leasingfinanzierung kofinanziert. Durch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) stellte die Weltbank eine Kofinanzierung über 32,2 Millionen Euro für ein Projekt im Bereich Elektrizität und Energie bereit. Der Fonds für internationale Entwicklung der OPEC hat eine Kreditlinie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Bosnien und Herzegowina kofinanziert.

Zum ersten Mal hat die Entwicklungsbank des Europarats (CEB) gemeinsam mit der EBWE eine Kofinanzierung vorgenommen. Sie stellte für die Restrukturierung und Privatisierung der polnischen nationalen Eisenbahngesellschaft PKP 15 Millionen Euro bereit. Diese Mittel werden für die Ausbildung verwendet und sollen die positiven Effekte des Projekts auf den Transformationsprozess steigern.

Im Rahmen verschiedener Programme wie Phare und das strukturelle Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (*Instrument for Structural Policies for Pre-Accession/ISPA*) hat die Europäische Kommission insgesamt 277,6 Millionen Euro für zuschussgestützte Kofinanzierungen für Projekte in den Bereichen kommunale Infrastruktur, Elektrizität und Energie, Agrarwirtschaft, KMU und Mikrokredite bereitgestellt.

Kofinanzierungspartner 2000

Kommerzielle Institutionen

American Express Bank	USA
Banco Santander	Spanien
Bank Austria Creditanstalt	Österreich
Bank Hapoalim	Israel
BNP Paribas	Frankreich
Citibank, NA	USA
Commerzbank	Deutschland
Credit Agricole Indosuez	Frankreich
Dexia	Frankreich
DG Bank	Deutschland
Dresdner Bank	Deutschland
FinnVenture IV Ky	Finnland
FinnVenture V Ky	Finnland
Hypo Alpe-Adria-Bank AG	Österreich
HypoVereinsbank	Deutschland
J.P. Morgan Chase & Co.	USA
MeritaNordbanken	Schweden
Natexis Bank	Frankreich
Privredna Banka	Kroatien
Rabobank	Niederlande
Raiffeisen Zentralbank Österreich	Österreich
Rijecka Banka dd	Kroatien
Slovenska Pol'nohospodarska Banka	Slowakische Republik
Société Générale	Frankreich
Standard Bank	Vereinigtes Königreich
Stedbanka doo	Kroatien
United European Bank	Schweiz
Vilniaus Bankas	Litauen
Zagrebacka Banka	Kroatien

Offizielle Institutionen

Baltic Investment Special Fund (BISF)	Nordische Länder
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Deutschland
ISPA-Programm	Europäische Kommission
LSIF-Programm	Europäische Kommission
Obnova-Programm	Europäische Kommission
Phare-Programm	Europäische Kommission
Netherlands Development Finance Company (FMO)	Niederlande
Deutscher Ukraine-Fonds (KfW)	Deutschland
Norwegische Regierung	Norwegen
Internationaler Fonds für die Entwicklung der Zusammenarbeit (ICDF)	Taipeh-China
Internationale Microinvestitionen AG (IMI)	Deutschland
Investmentfonds für Mittel- und Osteuropa	Dänemark
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	Deutschland
Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	Niederlande
Umweltministerium	Finnland
Finanzministerium	Frankreich
Finanzministerium	Portugal
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Österreich
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Norwegen
Ministerium für Volkswirtschaft	Griechenland
Staatssekretariat für die Wirtschaft (SECO)	Schweiz
Schwedische Behörde für internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung (Sida)	Schweden
US-Treuhandfonds für KMU	USA
Western NIS Fund	USA
Internationale Finanzinstitutionen	
Asian Development Bank (ADB)	IFI
Entwicklungsbank des Europarats	IFI
Europäische Investitionsbank (EIB)	IFI
Internationale Finanz-Corporation (IFC)	IFI
Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)	IFI
Opec Fonds für Internationale Entwicklung	IFI
Weltbank/IDA	IFI

Fett gedruckt sind Organisationen, die im Jahr 2000 zum ersten Mal mit der EBWE eine Kofinanzierung durchgeführt haben.

An einer Reihe von Projekten waren auch bilaterale Finanzinstitutionen beteiligt. Für zwei Projekte im Gesamtvolumen von 21,5 Millionen Euro stellte die Development Finance Company der Niederlande (FMO) Kofinanzierungsmittel bereit. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Internationale Microinvestitionen, beide in Deutschland ansässig, stellten für zwei Projekte im Rahmen der Handelsförderung und der Ausreichung von Mikrokrediten Kofinanzierungen von 5,2 Millionen Euro bereit.

Eine Reihe von Regierungsbehörden und anderen Einrichtungen stellte Kofinanzierungen auf der Basis von Zuschüssen oder besonderen Bedingungen bereit. Das französische Finanzministerium vergab 26,9 Millionen Euro für ein kommunales Dienstleistungsvorhaben in Kasachstan. Über den Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum stellten die nordischen Länder 15,7 Millionen Euro für zwei KMU-Projekte in den baltischen Staaten zur Verfügung. Das amerikanische Finanzministerium hat 10,7 Millionen Euro an Kofinanzierungsmitteln für die Finanzierung von KMU in Südosteuropa bereitgestellt. Der Fonds für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung aus Taiwan beteiligte sich mit 2,4 Millionen Euro an einer Investition in einem Textilunternehmen aus Litauen. Die DOEN-Stiftung aus den Niederlanden und der amerikanische Western NIS Fund waren an verschiedenen Mikrokrediten in Moldau und der Ukraine beteiligt.

Einige Projekte mit hoher Dringlichkeit wurden im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa fertiggestellt. Deutschland, Griechenland, Portugal und die Schweiz beteiligten sich mit Kofinanzierungen an einem wichtigen Infrastrukturprojekt im Rahmen des Umweltaktionsprogramms in der EJR Mazedonien. Das Gesamtvolumen betrug 29,4 Millionen Euro. Zusätzlich stellten Dänemark, Japan und Kanada technische Kooperationszuschüsse im Gesamtwert von 3,3 Millionen Euro zur Unterstützung von Management und Implementierung des Programms zur Verfügung. Deutschland, Norwegen und Österreich trugen zum regionalen Handelsförderungsprogramm für Südosteuropa bei. Über den Italienischen Sonderfonds für Investitionen und das Kosovo-Konto des Aktienfonds für den Wiederaufbau Albaniens (*Albania Reconstruction Equity Fund*) hat Italien Mikro-, Klein- und Mittelunternehmen in Albanien, Bosnien und Herzegowina und auf dem Territorium des Kosovo in der BR Jugoslawien mit Zuschüssen in Höhe von 15,4 Millionen Euro unterstützt.

Beschaffung und Auftragsvergabe

Die Grundsätze und Verfahren der EBWE für die Beschaffung stützen sich auf die Prinzipien der Nichtdiskriminierung, Fairness und Transparenz. Sie sollen Wirtschaftlichkeit und Effektivität fördern und Kreditrisiken bei der Umsetzung der Mittelvergabe und der Investitionstätigkeit der Bank fördern.

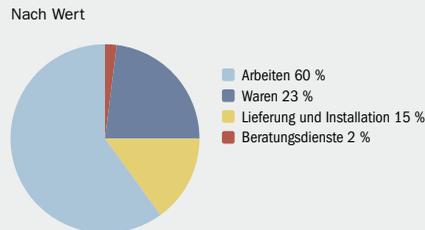
Zwischen den Verfahren der Beschaffung für den öffentlichen Sektor einerseits und für den Privatsektor andererseits besteht ein klarer Unterschied. Die Beschaffung für ein Projekt im Privatsektor erfolgt im Einklang mit kommerziellen Gepflogenheiten, die der besten Geschäftspraxis in der jeweiligen Industriesparte entsprechen. Spezifische Verfahren und Vorschriften bestehen nicht. Durch die Wahrnehmung ihrer Sorgfaltspflicht stellt die EBWE für solche Projekte sicher, dass Beschaffung und Auftragsvergabe ohne Interessenkonflikte ablaufen und im Interesse der Bankkunden solide Einkaufsmethoden angewandt werden.

Die Beschaffung für Projekte der EBWE im öffentlichen Sektor unterliegt den Beschaffungsgrundsätzen und -verfahren der Bank, die besagen, dass im Normalfall das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung gelten soll. Die öffentliche Ausschreibung garantiert die Gleichbehandlung aller Interessenten ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit. Die Bank erwartet von ihren Kunden sowie von anderen beteiligten Unternehmen und Personen, dass sie bei der Beschaffung und Durchführung EBWE-finanzierter Projekte strengste ethische Verhaltensregeln befolgen. Im Jahr 2000 wurden die Bestimmungen für die Beschaffung und Auftragsvergabe überarbeitet. Sie bieten Anbietern nunmehr Hinweise auf die ihnen während des Beschaffungsprozesses zustehenden Rechte sowie auf die Rolle der verschiedenen beteiligten Parteien.

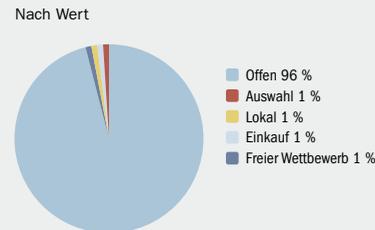
Um allen am Prozess der Beschaffung beteiligten Parteien zu helfen, stellt die Bank eine Reihe von Materialien zur Verfügung, unter anderem Standardvorlagen für Ausschreibungen und Beschaffungsrichtlinien. Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten, Absichtserklärungen von Interessenten, Informationen über die Auftragsvergabe und weitere wichtige Mitteilungen über Aufträge, die von der EBWE finanziert werden, werden von der Bank auch regelmäßig in den *Procurement Opportunities* auf der Website der Bank (www.ebrd.com) veröffentlicht. Geschäftsleute haben dazu kostenlos Zugang.

Die EBWE arbeitete 2000 weiterhin mit multilateralen Entwicklungsbanken und anderen internationalen Finanzinstitutionen an der Harmonisierung ihrer Position im Zusammenhang mit Beschaffungsfragen, unter anderem zu Betrug und Korruption und zur Standardisierung der Beschaffungsunterlagen, zusammen. Nach der Veröffentlichung eines Masterdokuments zur Beschaffung von Gütern im Jahre 1999 begannen die Arbeit an der Harmonisierung der Vorqualifikationen für Ausschreibungen und die Auswahl der Dokumente für Berater. Die EBWE ist am Entwurf dieser Dokumente beteiligt. Darüber hinaus hat sie bei der Entwicklung detaillierter Maßnahmen zur Verminderung des Risikos von Betrug und Korruption im gesamten Beschaffungsprozess eine führende Rolle übernommen.

Art der im öffentlichen Sektor 2000 vergebenen Verträge



Beschaffungsmethode für im öffentlichen Sektor 2000 erteilte Aufträge



Die EBWE-Gruppe Beschaffung und Technische Dienste (*Procurement and Technical Services Unit*) stellte nach wie vor während des ganzen Jahres sowohl für interne als auch für externe Kunden fachliche Beratung und einschlägige Dienstleistungen zur Verfügung. Die Bank hat insbesondere neues Ausbildungsmaterial erarbeitet und für Kunden, Lieferfirmen, Auftragnehmer und Berater eine Reihe von Vorträgen über die Arbeit mit den Beschaffungsgrundsätzen und -verfahren der EBWE veranstaltet. Dafür wurden bilaterale oder nationale und internationale Konferenzen genutzt.

Im Jahresverlauf 2000 finanzierte die EBWE im Rahmen ihrer Tätigkeit im öffentlichen Sektor insgesamt 102 Aufträge im Gesamtauftragswert von 235 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 173 Aufträge im Gesamtauftragswert von 401 Millionen Euro. Der Rückgang ist vor allem auf die verminderte Anzahl Ende 1998 und Anfang 1999 gezeichneter Projekte im öffentlichen Sektor sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Beschaffung für zahlreiche der im Jahr 2000 genehmigten Projekte noch nicht begonnen hat.

Im Jahresverlauf stieg der Anteil der nach öffentlichen Ausschreibungsverfahren platzierten Aufträge beträchtlich. Der Gesamtwert der nach diesen Verfahren zugeschlagenen Aufträge belief sich auf 225 Millionen Euro, das entspricht 96 Prozent des Gesamtwerts aller im Jahr 2000 vergebenen Aufträge. 1999 betrug dieser Wert 92 Prozent. Aufträge für Bauarbeiten machten mehr als die Hälfte des Gesamtwerts der 2000 platzierten Aufträge aus. Der mittlere Auftragswert belief sich hier auf 7,05 Millionen Euro. Die meisten Aufträge wurden für die Lieferung von Gütern platziert – insgesamt 53 – und der mittlere Auftragswert belief sich auf 1,02 Millionen Euro.

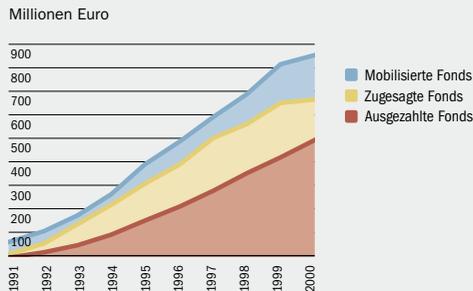
Fonds für technische Zusammenarbeit

Das EBWE-Programm der Fonds für Technische Zusammenarbeit (TZFP) unterstützt die Zielstellung der Bank zur Förderung des Übergangs zur Marktwirtschaft und der unternehmerischen Initiative in ihren Einsatzländern. Im Rahmen des TZFP werden Zuschussmittel von Gebern zur Unterstützung solcher Tätigkeiten mobilisiert, die für den Transformationsprozess von grundlegender Bedeutung sind. Dazu zählen die Entwicklung von KMU, Kommunal- und Umweltinfrastruktur, der Aufbau von Institutionen und die Mobilisierung von Auslandsinvestitionen für die Finanzierung von Projekten mit hoher „Demonstrationswirkung“.

Eine Schlüsselaufgabe des TZFP besteht darin, die EBWE in die Lage zu versetzen, ihren Kunden sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor bei der Erarbeitung und Gliederung solider Investitionsprojekte Unterstützung zukommen zu lassen. Häufig bedarf es externer Erfahrung für die Entwicklung einer Idee für eine Investition bis zu dem Stand, der sowohl den Anforderungen der Investoren als auch denen der Kreditgeber entspricht. Dieses Bedürfnis greift der mit Gebermitteln ausgestattete TZFP auf, der als Katalysator für ausländische Investitionen und Bankfinanzierungen fungiert. Nahezu die Hälfte der gezeichneten Investitionen der EBWE – es handelt sich um etwa 7,6 Milliarden Euro – wurde aus Mitteln der Technischen Zusammenarbeit unterstützt. Eine von der Abteilung Projektbewertung der Bank angestellte Untersuchung hat bestätigt, dass die positiven Auswirkungen von Investitionen mit Unterstützung durch die Technische Zusammenarbeit auf den Transformationsprozess beträchtlich größer sind als die von anderen Investitionen.

Etwa drei Viertel aller Zusagen im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit wurden zur Unterstützung von Investitionen der Bank entweder während der Vorbereitungs- oder der Umsetzungsphase verwendet. Dazu gehört die Unterstützung für die Implementierung regionaler Wagnisfonds, Nach-Privatisierungsfonds und von Kreditlinien. Die verbleibenden Mittel wurden für Beratungsdienste, Ausbildung und Industriezweigstudien verwendet. Die Mittel der Technischen Zusammenarbeit werden mehrheitlich für die Unterstützung des Finanzsektors oder die Entwicklung von KMU zur Verfügung gestellt.

1991-2000 mobilisierte, zugesagte und ausgezahlte kumulative Fonds für technische Zusammenarbeit



Etwa ein Viertel aller TZ-Mittel wird zur Unterstützung von Projekten verwendet, deren Ziel eine Verbesserung des Investitionsklimas und des Übergangs zur Marktwirtschaft ist, nicht zur Unterstützung spezifischer Projekte. Solche Projekte konzentrieren sich häufig auf Bereiche wie die Schaffung demokratischer Institutionen, Unterstützung für KMU und die Reform des Rechtswesens. Die Unterstützung für die Reformen im Rechtswesen und bei den regulatorischen Verfahrensweisen wird in erster Linie durch das Rechtsreformprogramm (LTP) der EBWE (vgl. S. 21) getragen. Die Beratung von KMU erfolgt zu großen Teilen durch das TurnAround-Management-Programm der Bank und das Programm für Geschäftsberatungsdienste (vgl. S. 68). Diese Aktivitäten werden in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und Geberorganisationen ausgeübt, und sie konzentrieren sich auf Bereiche, die die EBWE mit soliden praktischen Erfahrungen untermauern kann. Der TZFP unterstützt durch den vermehrten Rückgriff auf örtliche Berater auch die Entwicklung des lokalen Beraterwesens.

Die Europäische Kommission hat (im Rahmen der Bangkok-Fazilität) mit Japan nennenswerte Beiträge zu den Fonds für Technische Zusammenarbeit der Bank geleistet. Zusammen mit den Mitteln weiterer bilateraler Geber wurden diese Beträge für eine Vielzahl von Berateraufträgen eingesetzt. Zusätzlich dazu erfolgte die Unterstützung der Geber durch Sonderprogramme, so durch den Regionalen Wagnisfonds für Russland (finanziert durch die EG, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden und die Vereinigten Staaten gespeist wird), die Initiativen für Kleinunternehmen (finanziert durch EG und USA) und die Mitteleuropäische Initiative (finanziert durch Italien). Beispiele für typische und durch Geber unterstützte TZ-Tätigkeit im Jahr 2000 finden sich weiter unten.

Im Berichtsjahr finanzierte die EBWE über das TZFP 295 Beraterinsätze, was deren Gesamtzahl auf 2.651 erhöhte. Die Zusagen im Verlauf des Jahres beliefen sich auf 67,7 Millionen Euro, im Vergleich zu 89,4 Millionen Euro im Vorjahr. Damit belief sich die kumulative Gesamtsumme für diese Aufträge Ende 2000

TZ-Zusagen, nach Empfängerländern

	2000		1991-2000	
	Anzahl	Millionen Euro	Anzahl	Millionen Euro
Russland	36	11,3	458	219,1
Ukraine	26	6,1	177	34,0
Rumänien	11	0,7	89	30,4
Kasachstan	8	3,9	65	21,4
Polen	12	2,9	108	21,4
Bosnien und Herzegowina	7	1,0	62	18,6
Estland	5	1,2	156	16,4
Usbekistan	3	0,2	46	15,8
Albanien	4	3,3	71	15,4
Bulgarien	4	0,2	47	14,3
Litauen	15	2,1	138	13,9
Lettland	14	1,7	126	13,3
Kirgisistan	3	0,1	64	13,3
Weißrussland	6	0,3	81	11,6
Slowakische Republik	2	0,1	52	10,9
Slowenien	2	0,2	79	9,6
Aserbajdschan	5	1,2	43	9,5
Moldau	2	0,7	54	8,6
Turkmenistan	2	0,5	26	8,5
Kroatien	25	2,0	72	8,3
Georgien	7	2,7	45	8,3
Ungarn	2	0,2	61	8,3
EJR Mazedonien	7	3,1	40	7,2
Tadschikistan	5	1,0	24	6,8
Tschechische Republik	1	<0,1	30	5,4
Jugoslawien (Kosovo)	6	3,4	6	3,4
Armenien	-	-	24	3,3
Regional	75	17,5	407	101,8
Gesamt	295	67,8	2.651	659,0

TZ-Zusagen, nach Sektoren

	2000		1991-2000	
	Anzahl	Millionen Euro	Anzahl	Millionen Euro
Finanzen, Wirtschaft	57	29,5	650	327,4
Verarbeitung	123	13,9	863	100,4
Energie	39	10,3	402	83,5
Verkehr, Lagerung	19	5,0	197	51,0
Gemeinschafts-/Sozialleistungen	38	4,7	291	48,7
Telekommunikation	9	1,6	120	18,7
Bauwesen	7	1,9	43	14,3
Rohstoffindustrien	1	0,2	35	9,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischereiwesen	2	0,6	37	4,3
Handel, Tourismus	-	-	13	1,4
Gesamt	295	67,8	2.651	659,0

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit

zum 31. Dezember 2000

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Belgien (Bundesregierung)	27. Sept. 94	BEF	30,00	0,74
Belgien (Flämische Regierung)	9. Nov. 94	EUR	0,40	0,40
Belgien (Wallonische Regierung)	16. März 95	BEF	15,00	0,37
Dänemark	1. Juli 92	EUR	3,90	3,90
Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden (TAM, Nordischer Rat)	22. Sept. 95	DKK	7,00	0,94
Deutschland	11. Dez. 92	DEM	10,00	5,11
Deutschland KfW	27. Sept. 95	DEM	12,51	6,40
Europäische Gemeinschaft (Bangkok-Fazilität) ¹	15. Okt. 91	EUR	276,43	276,43
Europäische Gemeinschaft (Bosnien und Herzegowina, Mikro-Kreditprogramme)	26. Juni 98	EUR	1,50	1,50
Europäische Gemeinschaft (Bulgarischer Nach-Privatisierungsfonds)	1. Mai 98	EUR	15,00	15,00
Europäische Gemeinschaft (Polnisches Sonderrestrukturierungsprogramm)	12. Dez. 96	EUR	2,00	2,00
Europäische Gemeinschaft (Rumänischer Nach-Privatisierungsfonds)	10. Okt. 96	EUR	10,00	10,00
Europäische Gemeinschaft (Slowakischer Nach-Privatisierungsfonds)	3. Apr. 96	EUR	8,00	8,00
Europäische Gemeinschaft (TAM-Phare, Regional)	26. Juni 95	EUR	5,90	5,90
Finnland	13. Jan. 92	FIM	33,65	5,66
Finnland, Norwegen, Schweden (RWF für Nord-West-Russland) ²	5. Juli 94	USD	20,00	21,41
Frankreich (Auswärtige Angelegenheiten)	1. Aug. 91	FRF	20,51	3,13
Frankreich (Finanzministerium)	26. März 92	FRF	60,46	9,22
Frankreich (Regionaler Wagnisfonds für Südrussland) ^{2, 3}	28. Feb. 95	FRF	47,34	7,22
Georgien (Finanzsektor) ⁴	12. Dez. 96	USD	0,67	0,72
Griechenland	4. Apr. 95	GRD	419,00	1,23
Irland	17. Sept. 93	EUR	1,60	1,60
Island	3. Dez. 92	EUR	0,26	0,26
Israel	14. Apr. 92	ILS	1,04	0,28
Italien	14. Apr. 92	ITL	9.000,00	4,65
Italien (Bosnien und Herzegowina, KMU)	1. Okt. 99	EUR	1,60	1,60
Italien (Aktienfonds für den Wiederaufbau Albaniens)	28. Sept. 98	USD	3,00	3,22
Italien (KMU für das Kosovo)	18. Nov. 99	EUR	0,85	0,85
Italien (Mitteleuropäische Initiative)	14. Apr. 92	ITL	41.135,00	21,35
Italien (RWF für Westrussland) ^{2, 5}	6. Juni 95	USD	6,41	6,88
Japan	5. Juli 91	JPY	14.181,23	132,69
Kanada	24. Jan. 92	CAD	7,66	5,48
Kanada (Südosteuropa) ⁶	8. Aug. 00	CAD	5,00	3,58
Kanada (TAM-Programm)	30. März 99	CAD	0,55	0,39
Kirgisistan (Finanzsektor) ⁴	28. Juli 98	USD	0,00	0,00
Korea, Republik	25. Apr. 93	USD	0,60	0,64
Luxemburg	26. Nov. 91	EUR	0,95	0,95
EJR Mazedonien (Finanzsektor) ⁴	14. Feb. 96	DEM	1,94	0,99
Moldau – Agroindbank S.A. ⁴	18. Dez. 98	USD	0,06	0,07
Neuseeland	10. Juli 92	NZD	0,33	0,17
Niederlande	20. Nov. 91	NLG	27,26	12,37
Niederlande (Nach-Privatisierungsfonds, Ost-Ukraine)	30. Jan. 97	NLG	8,60	3,90
Niederlande (Umwelt, Niederlande)	22. Juni 95	NLG	0,90	0,41
Niederlande (Übergang)	3. Nov. 97	NLG	3,00	1,36
Norwegen (Allgemein)	27. Apr. 93	EUR	1,50	1,50
Norwegen (Umwelt und Energie)	16. Apr. 91	NOK	27,60	3,35
Österreich	31. Dez. 91	USD	5,00	5,37
Portugal	20. Okt. 92	PTE	150,00	0,75
Russisches Privatisierungszentrum – TAM-Programm, Russische Föderation	10. Mai 00	EUR	0,31	0,31
Schweden	13. Aug. 91	SEK	55,01	6,23
Schweden (Programm für TAM- und Geschäftsberatungsdienste)	11. Dez. 98	EUR	1,00	1,00
Schweiz	31. März 92	CHF	12,52	8,22
Spanien	21. Juli 92	ESP	566,00	3,40
Spanien (Nach-Privatisierungsfonds, Südukraine)	17. Jan. 97	EUR	20,00	20,00
Taipeh-China	16. Sept. 91	USD	18,50	19,88
Türkei	17. Juni 92	TRL	10.000,00	0,02
Turkmenistan (Finanzsektor) ⁴	15. März 99	USD	0,03	0,03
USA	30. Juli 91	USD	1,27	0,91
USA (Evergreen)	3. Juni 94	USD	4,53	4,87
USA (Kooperationsfonds der EBWE für KMU) ¹³	24. Juli 00	USD	1,50	1,61
USA (RWF für Region Untere Wolga) ²	29. Sept. 94	USD	20,00	21,49
USA (US-Berater)	10. Nov. 97	USD	1,15	1,23

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit (Fortsetzung)

zum 31. Dezember 2000

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Vereinigtes Königreich ⁷	25. Nov. 91	GBP	4,47	7,16
Vereinigtes Königreich-B ⁸	14. März 94	GBP	3,68	5,89
Vereinigtes Königreich-C ⁹	25. März 94	GBP	3,96	6,34
Vereinigtes Königreich-D ¹⁰	8. Apr. 99	GBP	1,48	2,37
Vereinigtes Königreich-E ¹¹	28. Okt. 99	GBP	2,00	3,20
Vereinigtes Königreich-F ¹²	8. Aug. 00	GBP	1,00	1,60
Fonds für Technische Zusammenarbeit, Gesamt				715,70
Sonderfonds				
Sonderfonds für die Balkanregion	15. Sept. 99	EUR	3,71	3,71
Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	14. Apr. 92	EUR	20,72	20,72
Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland	18. Okt. 93	USD	65,15	55,72
Sonderfonds der EBWE für KMU ¹⁴	28. Juni 00	USD	0,90	0,98
Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit ¹⁵	12. Sept. 95	EUR	0,88	0,88
KMU-Finanzfazilität der EG ¹⁶	7. Apr. 99	EUR	12,50	12,50
Sonderfonds, Gesamt				94,51
Projekt-spezifische Fonds				35,15
Fonds für Technische Zusammenarbeit, Gesamt				715,70
Sonderfonds, Gesamt				94,51
Projektspezifische Fonds, Gesamt				35,15
Abkommen über Technische Zusammenarbeit, Gesamt				845,36

¹ Der vereinbarte Betrag wurde von der EBWE geändert, um die Ergebnisse der jährlichen Überprüfung der Fazilität (Bangkok-Fazilität) durch die EG zu berücksichtigen. Die Vereinbarung umfasst 1,28 Millionen Euro, die für die Umsetzung von Projekten eingesetzt werden.

² Die Tabelle enthält alle Vereinbarungen über Technische Zusammenarbeit, die die Bank direkt verwaltet und für die Beiträge bei ihr eingegangen sind. Zusätzliche Regionale Wagnisfonds werden nicht von der Bank verwaltet, sie werden als offizielle Kofinanzierungen ausgewiesen (vgl. S. 60).

³ Die Fondsvereinbarung wurde im gegenseitigen Einvernehmen im Juni 1999 beendet. Der vereinbarte Betrag wurde im Juni 2000 ergänzt. Er spiegelt so den erwarteten Endstand des Fonds nach Zahlung aller ausstehenden Verpflichtungen entsprechend der Abschlussvereinbarung wider.

⁴ Die Beiträge zu diesen Fonds umfassen von den Kreditnehmern entsprechend den Darlehensvereinbarungen zwischen der EBWE und bestimmten Finanzintermediären zu zahlende Gebühren für technische Zusammenarbeit. Diese Gebühren sind zu den in den Darlehensverein-

barungen festgelegten Zinszahlungsterminen fällig und werden zum Eingangstermin als Vereinbarungs- und Beitragszahlungen verbucht.

⁵ Die Fondsvereinbarung wurde im gegenseitigen Übereinkommen im Mai 2000 beendet. Der vereinbarte Betrag wurde im Juni 2000 ergänzt. Er spiegelt so den erwarteten Endstand des Fonds nach Zahlung aller ausstehenden Verpflichtungen entsprechend der Abschlussvereinbarung wider.

⁶ Der Kanada-Fonds (Südosteuropa) kann für die technische Zusammenarbeit sowie auch für die Kofinanzierung von Investitionen eingesetzt werden.

⁷ Der Fonds des Vereinigten Königreichs ist in der Russischen Föderation tätig. Im Verlauf des Jahres wurden nicht zugesagte Mittel dem D-Fonds des Vereinigten Königreichs zugeführt.

⁸ Der B-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation tätig. Im Verlauf des Jahres wurden nicht zugesagte Mittel dem D-Fonds des Vereinigten Königreichs zugeführt.

⁹ Der C-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien,

Lettland, Litauen, der EJR Mazedonien, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn tätig.

¹⁰ Der D-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Osteuropa und Zentralasien tätig.

¹¹ Der E-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Mittel- und Südosteuropa tätig.

¹² Der F-Fonds des Vereinigten Königreichs wird in Südosteuropa tätig.

¹³ Der Gesamtwert des Fonds beträgt 2,5 Millionen Euro, von denen 1,5 Millionen Euro für die technische Zusammenarbeit bereitgestellt werden.

¹⁴ Der Gesamtwert des Fonds beträgt 7,5 Millionen Euro, von denen 0,9 Millionen Euro für die technische Zusammenarbeit bereitgestellt wurden.

¹⁵ Die Vereinbarungs- und Beitragsbeträge schließen Rückzahlungen verschiedener Empfänger und direkte Beiträge von Gebern ein. Diese Beträge werden am Tage des Eingangs unter Vereinbarungen und Beiträgen verbucht.

¹⁶ Der Fonds enthält insgesamt 50 Millionen Euro, von denen 12,5 Millionen Euro für die technische Zusammenarbeit bereitgestellt wurden.

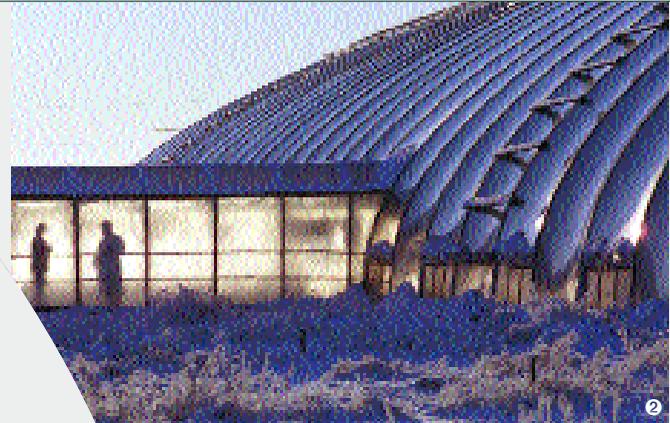
Fonds für Technische Zusammenarbeit seit der ursprünglichen Vereinbarung aufgefüllt.

Kooperationsfonds für Investitionen

zum 31. Dezember 2000

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Europäische Gemeinschaft (Mariza Block 8)	29. Dez. 97	EUR	7,50	7,50
Europäische Gemeinschaft (MUDP II)	19. März 98	EUR	27,40	27,40
Europäische Gemeinschaft (Micro-Enterprise Bank)	25. Juni 98	EUR	11,00	11,00
Italien – Bosnien und Herzegowina	12. Sept. 96	USD	7,50	8,06
Japan-Fonds für Unterstützung nach Konflikten	11. Juli 97	JPY	1.000,00	9,36
Norwegen – Bosnien und Herzegowina	24. Apr. 97	NOK	63,14	7,66
Norwegen – Ostslawonien	12. Dez. 97	NOK	30,00	3,64
Norwegen – Micro-Enterprise Bank d.d.	2. Juni 99	NOK	6,97	0,84
Norwegen – Micro-Enterprise Bank Kosovo	20. Juni 00	USD	0,50	0,54
Österreich – Bosnien und Herzegowina	5. Dez. 96	ATS	66,20	4,81
Schweiz – MEAP EJR Mazedonien	21. Dez. 00	CHF	16,30	10,70
Kooperationsfonds für Investitionen, Gesamt				91,51

- ① Die EBWE nutzte Mittel der technischen Zusammenarbeit für die Ausbildung von Mitarbeitern in der Kreditvergabe in der Micro Enterprise Bank in Bosnien und Herzegowina.
- ② Nach einer EBWE-Investition im Gartenbaubetrieb Teplitschnoje (Russland) wurden Mittel der technischen Zusammenarbeit für die Ausbildung der Mitarbeiter in der modernen Technologie genutzt.



auf 659 Millionen Euro. Der Gesamtwert der kumulativen Auszahlungen erreichte bis Jahresende 496,3 Millionen Euro, von denen 75 Millionen Euro 2000 ausbezahlt wurden.

Die EBWE hat im Jahr 2000 sieben neue Vereinbarungen über Technische Zusammenarbeit und Sonderfonds unterzeichnet, deren Gesamtzahl damit auf 74 stieg. Zu ihnen gehört ein neuer Sonderfonds für KMU im Umfang von 0,98 Millionen Euro. Dieser wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten als ungebundener¹ Sonderfonds eingerichtet. Dazu kam ein weiterer von der britischen Regierung ins Leben gerufener ungebundener Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit. Zusätzlich dazu wurden 22 bestehende Fonds für technische Zusammenarbeit aufgefüllt und 7 projektspezifische Vereinbarungen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die Gesamtmittel aus Zuschüssen für die technische Zusammenarbeit stiegen im Berichtsjahr um 32 Millionen Euro. Damit belief sich die kumulative Gesamtsumme Ende 2000 auf 845,4 Millionen Euro.

Der vollständige Bericht über die aus Gebermitteln der Bank finanzierten Programme findet sich im *Bericht der EBWE an die Gebergemeinschaft* für das Jahr 2000. Höhepunkte der in diesem Zeitraum eingeleiteten technischen Zusammenarbeit waren die folgenden: Für die Ukraine wurde ein Beratervertrag über zwei Jahre zur Unterstützung einer Mikrokreditbank genehmigt, durch den diese in die Lage versetzt werden soll, eine stabile und zuverlässige Organisationsstruktur zu schaffen. In Kasachstan stellte die Bank Berater ein, um die Regulierungswirkung der Gebührenmechanismen im Stromsektor zum Tragen zu bringen. Als Teil des TurnAround-Management-Programms (TAM) der Bank wurde die Bereitstellung von Mitteln gebilligt, um 24 Unternehmen in der GUS Unterstützung für das Management zukommen zu lassen. In Rumänien wurde mit Gebermitteln eine Untersuchung der Kreditwürdigkeit von lokalen Verwaltungsbehörden und kommunalen Behörden als Teil der Prüfungen im Rahmen der banküblichen Sorgfaltspflicht für ein Darlehensprogramm der EBWE finanziert. In Usbekistan unterstützte ein Berater die nationale Eisenbahngesellschaft und half bei der Beschaffung und der Verwirklichung eines Projekts zur Erneuerung des Lokomotivenparks.

¹ Ungebundene Fonds unterliegen bei der Verwendung keinen Beschränkungen im Hinblick auf die Nationalität der Firma oder der beauftragten Experten.

Der durchschnittliche Wert der im Jahr bewilligten Berateraufträge betrug 231.000 Euro. Die größten Aufträge (einige erreichten über 500.000 Euro) hatten eine Verbindung zu laufenden oder potenziellen Investitionen der EBWE, darunter solchen zur Unterstützung von Banken für Mikrofinanzierungen, Geschäftsbanken, kommunalen Umweltprojekten und Vorhaben in der Infrastruktur. In der Regel waren die kleineren Aufträge solche ohne eine Verbindung zu Investitionen, darunter Einsätze im Rahmen von TAM, der Geschäftsberatungsdienste und allgemeiner Sektorüberprüfungen. Hierunter fielen auch einige Aufträge im Rahmen des Rechtsreformprogramms.

TurnAround-Management

TurnAround Management Programm

Das TurnAround-Management-Programm der EBWE (TAM) entstand aus der Zusammenarbeit des Phare-Programms der EU, der EBWE und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und wurde Anfang der neunziger Jahre ins Leben gerufen. Sein Ziel ist die Förderung von kommerziellem und technischen Fachwissen in potenziell tragfähigen Unternehmen. Das TAM-Programm stellt sektorspezifische und von einer Vielzahl von Gebern finanzierte Beratung zur Verfügung. Durch die Entwicklung der örtlichen Volkswirtschaft unterstützt es Fortschritte beim Transformationsprozess, die ihrerseits zur Minderung der Armut und zur Verbesserung der sozialen Bedingungen beitragen.

Das TAM-Programm sieht eine direkte Zusammenarbeit mit einzelnen Unternehmen vor. Diese erhalten Hinweise für die Entwicklung von Managementkenntnissen, der Geschäftsplanung, Restrukturierung, Verbesserung der Erzeugnisse, für die Verringerung der Betriebskosten sowie für die Entwicklung der lokalen Märkte und der Absatzräume für den Export. Unterstützung erhalten auch die EU-Beitrittsländer bei der Anpassung an die geforderten Normen für Fertigung und Erzeugnisqualität. Weitere Tätigkeitsbereiche umfassen eine Festigung des Verständnisses für Umwelteinflüsse, Optimierungen beim Einsatz von Energie sowie Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmer.

Neben der Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Unternehmen unterstützt das TAM-Programm die Unternehmensleitungen dabei, die Aufmerksamkeit potenzieller Investoren, wie der EBWE und anderer Finanzinstitutionen, auf Verbesserungen zu lenken. Nach Abschluss von TAM-Projekten gelingt es den Unternehmen häufig, das Interesse von externen Investoren zu wecken. Nach entsprechenden Zusagen berät das TAM-Programm die Unternehmen ebenfalls über Restrukturierung und Erweiterungen.

Die von der Europäischen Kommission, dem Nordischen Ministerrat sowie weiteren bilateralen Gebern zur Verfügung gestellten Mittel haben das TAM-Programm in die Lage versetzt, seit dem Start im Juli 1993 770 Projekte in 24 Ländern zu verwirklichen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben insgesamt 22 Geber mehr als 52 Millionen Euro für das Programm bereitgestellt. Mit diesen Mitteln können insgesamt über 870 Projekte finanziert werden.

Der Jahresgesamtumsatz der 306 Unternehmen, in denen die TAM-Projekte abgeschlossen worden sind, beträgt 7,04 Milliarden US-Dollar. Verglichen mit dem Anfang des Programms stellt das eine Steigerung von 16 Prozent dar. Dieses Ergebnis wurde ohne größeren Abbau von Arbeitsplätzen erzielt, die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt nunmehr bei 89 Prozent der ursprünglichen Mitarbeiterzahl. 96 Prozent dieser Unternehmen ist es gelungen, externe Finanzierungen von mehr als 860 Millionen US-Dollar einzuwerben. Die EBWE oder ihre Intermediäre stellten 308 Millionen davon zur Verfügung.

Programm für Geschäftsberatungsdienste

Das Programm für Geschäftsberatungsdienste (*Business Advisory Services/BAS*) ergänzt das TAM-Programm und hilft Klein- und Mikrounternehmen, die für den Wettbewerb in der Marktwirtschaft erforderlichen Standards zu erreichen. Das von der TAM-Management-Gruppe geführte BAS-Programm unterstützt Klein- und Mikrounternehmen dabei, Wettbewerbsfähigkeit, Marketing und Finanzmanagement zu verbessern und ISO-Qualitätssysteme und strategische Planung einzuführen.

In Estland, Lettland und Litauen läuft das BAS-Programm für die baltischen Staaten seit mehr als fünf Jahren. Externe Prüfungen und Bewertungen haben es mit „in hohem Maße befriedigend“ bewertet. Bis zum Ende des Jahres 2000 hatte das Programm mehr als 1.200 Projekte in über 900 Unternehmen mit mehr als 110.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 4 Milliarden US-Dollar verwirklicht. Als Folge der Unterstützung durch das BAS-Programm haben diese Firmen externe Finanzierungen im Werte von 39 Millionen US-Dollar einwerben können.

Ursprünglich wurde das BAS-Programm von den nordischen Ländern finanziert, die 9 Millionen Euro bereitstellten. Außerdem erhielt das baltische BAS-Programm 3,2 Millionen Euro von der Europäischen

Kommission. Von diesem Gesamtbetrag wurden 1,85 Millionen Euro für sehr kleine Unternehmen (mit bis zu 50 Mitarbeitern) bereitgestellt, die das höchste Beschäftigungswachstum in den baltischen Ländern aufweisen. Seit seinen Anfängen in der zweiten Jahreshälfte 1998 wurden im Rahmen dieses „Mikro-BAS-Programms“ bereits über 280 Kundenunternehmen beraten.

Das BAS-Programm für die baltischen Staaten hat die Beschäftigungszahlen für kleinere Unternehmen beträchtlich angehoben. Bei den Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitern beträgt der Anstieg im Durchschnitt 54 Prozent, während er in den Betrieben zwischen 50 und 100 Arbeitskräften bei durchschnittlich 33 Prozent liegt.

2000 haben zwei neue BAS-Programme die Tätigkeit aufgenommen. Das Programm für Nordwestrussland wird im wesentlichen von den nordischen Ländern finanziert, während das Programm in Kroatien seine Mittel von der Mitteleuropäischen Initiative erhält.

Für Anfang 2001 sind weitere BAS-Programme konzipiert. EU-Phare wird Mittel für Programme in Bulgarien und Slowenien, der Kooperationsfonds Japan-Europa für die Programme in Kasachstan und Usbekistan beisteuern.

Reaktorsicherheit

Die EBWE verwaltet das Reaktorsicherheitskonto (RSK), den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF) und seit Juni 2000 die drei internationalen Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen (*International Decommissioning Support Fund/IDSF*) für Bulgarien, Litauen und die Slowakische Republik. Die Geberländer haben sich verpflichtet, insgesamt über 1,5 Milliarden Euro für die fünf Fonds zur Verfügung zu stellen. Gemäß den Fondsbestimmungen kommt die Bank ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Geberländern durch Berichte an die jeweiligen Vollversammlungen der Beitragszahler nach. Diese beaufsichtigen die Leitung der Fonds, billigen Arbeitspläne, genehmigen die Jahresberichte und fassen Beschlüsse über die Finanzierung der einzelnen Projekte. Die EBWE erbringt technische, finanzielle, rechtliche und administrative Leistungen und unterstützt bei der Projektumsetzung. Sie erhält aus den Fonds eine Vergütung für alle ihr entstehenden Kosten.

Reaktorsicherheitskonto

Bei der Münchener Gipfelkonferenz im Juli 1992 boten die Staats- und Regierungschefs der G7 den Ländern Mittel- und Osteuropas ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Atomkraftwerke (AKW) an. Es sollte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen umfassen: Erhöhung der Betriebssicherheit, kurzfristige Verbesserungen der technischen Sicherheit der Kraftwerke (auf der Grundlage von Sicherheitsanalysen) sowie eine Verschärfung der Überwachungsbestimmungen. Weiterhin sollte im Rahmen dieses Programms eine Grundlage für langfristige Sicherheitsverbesserungen geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollte

- ① Nach einer Analyse der Sicherheitsvorkehrungen des Reaktors von Ignalina (Litauen) sagten die EG und 17 Länder rund 200 Millionen Euro für den Fonds dieses AKW zu.
- ② Nach dem Bau werden im Lager für abgereicherte Brennstoffe die abgereicherten Brennstäbe der Reaktoren von Tschernobyl gelagert. Der letzte Reaktor wurde im Dezember 2000 abgeschaltet.



der mögliche Aufwand für die Ersetzung von weniger sicheren Kraftwerken durch die Entwicklung alternativer Energiequellen sowie einer effizienteren Nutzung von Energie eingeschätzt und das Potenzial für technische Verbesserungen an Kernkraftwerken neuerer Bauart untersucht werden.

Die G7-Länder befürworteten die Einrichtung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus, der Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit und der technischen Sicherheit in Angriff nehmen sollte, die nicht durch bilaterale Maßnahmen abgedeckt sind. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, sich an der Finanzierung dieser Arbeiten zu beteiligen. Im Februar 1993 schlugen die G7-Länder offiziell vor, dass die EBWE ein Konto für Reaktorsicherheit eröffnen sollte, auf das Beiträge der Geberländer eingezahlt werden sollten, die für Zuschüsse für Sicherheitsprojekte in der Region verwendet werden sollten. Kurze Zeit später richtete die Bank das RSK ein.

Das RSK hat Reaktoren mit hohem Risiko (WWER-440/230 und RBMK-Reaktoren) Priorität eingeräumt. Erstrangiges Ziel war die Verringerung ursprünglicher Mängel bei Konstruktion und Betriebssicherheit durch Investitionen für Ausrüstungen für kurzfristige Sicherheitsmaßnahmen mit dem Ziel, die Sicherheit für einen beschränkten Zeitraum bis zur Stilllegung zu verbessern. Es ist zu Absprachen mit den betreffenden Ländern über Bedingungen für die Einführung neuer, auf gründlichen Sicherheitsanalysen basierender Überwachungssysteme, über die Entwicklung des Energiesektors sowie die vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren aus Gründen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gekommen. Die Bank erarbeitet Projekte und legt sie der Vollversammlung der Beitragszahler zur Annahme vor. Insgesamt waren bis zum 31. Dezember 2000 von den Mitgliedern der Vollversammlung des Reaktorsicherheitskontos (die Europäische Gemeinschaft und die 14 Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten) 260,6 Millionen Euro aufgebracht worden. Sie waren damit ihren Verpflichtungen vollständig nachgekommen.

Umsetzung

Die gesamten kurzfristigen Verbesserungen der technischen Sicherheit in Bulgarien, Litauen, Russland und der Ukraine wurden bis Ende 2000 erfolgreich abgeschlossen. Lediglich Abschlussarbeiten in geringem Umfang stehen noch aus. Die vollständige Anwendung der Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der EBWE bewirkte, dass die Mittel des Fonds wirksam eingesetzt und das ursprüngliche Budget nicht überschritten wurde.

Der Beschluss der Ukraine zur Abschaltung des AKW Tschernobyl und dessen Umsetzung im Dezember 2000 – eine entscheidende Festlegung in der Vereinbarung des RSK mit der Ukraine – waren zweifellos für das RSK und die Reaktorsicherheit im allgemeinen die wichtigsten Ereignisse des Jahres. Die Festlegungen in den Vereinbarungen des RSK mit Bulgarien und Litauen über die Abschaltung der WWER-440/230-Reaktoren und der RBMK-Reaktoren in Kosloduj bzw. Ignalina wurden nunmehr in die Entwürfe der Rahmenabkommen der IDSF für diese beiden Länder aufgenommen. Im großen und ganzen entsprechen die darauf anzuwendenden Grundsätze beider Länder den Vereinbarungen mit dem RSK.

Die Lage in Russland bildet weiterhin eine Ausnahme. Zwar wurden – mit Ausnahme einiger weniger für Anfang 2001 vorgesehenen Arbeiten in St. Petersburg – alle kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit erfolgreich abgeschlossen und zugelassen, aber eine Reihe von Bedingungen für die Betriebssicherheit in der RSK-Vereinbarung mit Russland blieb unerfüllt. Russland nahm im Herbst 2000 den Reaktorblock 1 im AKW Kursk wieder in Betrieb. Die Beitragszahler und die Bank sehen darin einen Bruch der RSK-Vereinbarung. Es kam auch zu weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung von Festlegungen in der RSK-Vereinbarung über den Übergang zu verschärften Überwachungsbestimmungen für die designierten Reaktoren von Typ RBMK und WWER-440/230 auf der Grundlage einzelner Tiefenprüfungen zur Sicherheit dieser Reaktoren. Die gegenwärtige Lage erfüllt die Beitragszahler des RSK mit tiefer Sorge. Diese wurde durch die vom Ministerium für Atomenergie erklärte Absicht noch verschärft, die ältesten WWER- und RBMK-Reaktoren über die ab 2001 ablaufende erwartete Lebensdauer hinaus weiter zu nutzen.

Zur Zeit legt das RSK seinen Schwerpunkt in erster Linie auf die Unterstützung zur Stilllegung des AKW Tschernobyl (Ukraine). Das RSK finanziert zwei für deren Vorbereitung wichtige Einrichtungen (zur Behandlung flüssiger radioaktiver Abfälle und ein Zwischenlager für abgereicherten Brennstoff) sowie einige kleinere damit in Zusammenhang stehende Infrastrukturprojekte. Der Bau der beiden großen Einrichtungen schreitet voran und soll Mitte 2003 abgeschlossen werden. Ein beträchtlicher Teil der Auftragssumme wird an lokale Unterauftragnehmer aus der Ukraine vergeben.

Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Bei der G7-Gipfelkonferenz 1997 in Denver stimmten die Europäische Gemeinschaft und die Ukraine der Schaffung einer zusätzlichen multilateralen Einrichtung für die Bereitstellung von Mitteln zu, um der Ukraine dabei zu helfen, die gegenwärtige Reaktorhülle in Tschernobyl (den „Sarkophag“) in ein stabiles und für die Umwelt sicheres System zu verwandeln. Die G7 und die Europäische Gemeinschaft sagten 300 Millionen US-Dollar (320 Millionen Euro) zu und forderten die besorgten Regierungen und andere potenzielle Geber auf, sich der Initiative anzuschließen, um alle erforderlichen Mittel für den Sarkophag-Implementierungsplan (*Shelter Implementation Plan/SIP*) bereitzustellen.

Der SIP wurde im Frühjahr des Jahres 1997 in gemeinsamer Trägerschaft des Tacis-Programms der Europäischen Gemeinschaft und des Energieministeriums der Vereinigten Staaten erarbeitet. Die Ukraine, die G7 und die Europäische Union stimmten ihm zu. Er legt Verfahren für die Auswahl aus bestimmten technischen Möglichkeiten fest, nicht jedoch die abschließende technische Lösung. Die entscheidenden technischen Zielstellungen wurden in 297 Aktivitäten unterteilt. Für sie wurden die Kosten ermittelt, ehe sie in einen Projektablaufplan eingegliedert wurden. Daraus ging hervor, dass der SIP nach ungefähr acht bis neun Jahren abgeschlossen sein würde. Die Kosten wurden auf 768 Millionen US-Dollar (820 Millionen Euro) geschätzt.

Im September 1997 stimmte das Direktorium der EBWE der Übernahme der Aufgaben des Fondsverwalters durch die Bank zu und nahm die Fondsbestimmungen im November 1997 an. Bei der Geberkonferenz in New York im November 1997, die unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Präsidenten Kutschma und des US-Vizepräsidenten Gore veranstaltet wurde, erklärten sich neben den G7 und der Europäischen Gemeinschaft weitere Länder bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Fonds nahm seine Tätigkeit im Dezember 1997 auf.

Die zweite Geberkonferenz in Berlin im Juli 2000 bestätigte das Engagement der internationalen Gebergemeinschaft. Der gesamte zugesagte Betrag stieg auf 717 Millionen US-Dollar (766 Millionen Euro), ungefähr 93 Prozent der geschätzten Gesamtkosten für den SIP. Der Generalversammlung der Geber gehören mit Stand vom 31. Dezember 2000 die Europäische Gemeinschaft und 22 Länder

an (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kuwait, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Ukraine, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten). Zusätzlich dazu haben Island, Israel, Korea, Portugal und die Slowakische Republik den Status von Gebern.

Umsetzung

Die erste aus technischen Überprüfungen und Notmaßnahmen bestehende Phase des Sarkophag-Implementierungsplans wurde 2000 abgeschlossen. Nunmehr beginnt der zweite Abschnitt. Er umfasst die Installation von Überwachungsvorrichtungen und größere bauliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Sarkophags und für den neuen Berstschutz (eine technische Umweltsicherung mit einer Lebensdauer von etwa 100 Jahren).

Im Mai hat die EBWE die wichtige Entscheidung zur Stabilisierung gefasst. Sie stellt das Ende der ersten Phase dar. Umfassende Prüfungen und Hinweise der Internationalen Beratergruppe (einer Gruppe unabhängiger westlicher und ukrainischer Fachleute, die der Bank und der Vollversammlung bei der Bearbeitung der komplizierten technischen Probleme im Zusammenhang mit dem SIP zur Seite steht) waren für dieses Ergebnis entscheidend. Die Prüfung weiterer Entscheidungen hat ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Besonders wichtig sind die Strategie für die Beräumung des radioaktiven Abfalls und das Konzept für den neuen Berstschutz. Werden diese Beschlüsse, wie vorgesehen, Anfang 2001 gefasst, steht dem Abschluss des SIP im Jahr 2007 nichts mehr entgegen.

In technischer, organisatorischer und institutioneller Hinsicht sind aber noch zahlreiche Herausforderungen zu meistern. Eine der Voraussetzungen für den Erfolg des SIP sind tiefgreifende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Regulierungsbehörden. Von entscheidender Bedeutung für die wirksame und kalkulierbare Tätigkeit der Regulierungsbehörde sind die Weiterführung ihrer Umstrukturierung zum Staatskomitee für die Regulierung der Atomenergie der Ukraine (das im Dezember durch ein Dekret des ukrainischen Präsidenten ins Leben gerufen wurde) sowie die weitere Rationalisierung anderer Regulierungsverfahren.

Die Laufzeit der Verträge für den Berater der Projektmanagement-Gruppe und den für die Zulassungsverfahren ist bis zum Ablauf des Projekts verlängert worden. Das ermöglicht es, die Lehren aus der ersten Phase einzubeziehen, bei denen es im wesentlichen um die Beschäftigung von mehr ukrainischem Personal in der Projektmanagement-Gruppe und Entscheidungsvollmachten ging. Diese Verbesserungen vom Ende 2000 müssen erhalten und angesichts der unmittelbar bevorstehenden organisatorischen Veränderungen im Gefolge der Abschaltung des AKW Tschernobyl weiter ausgebaut werden. Nach wie vor sind die enge Zusammenarbeit und konzertierte Bemühungen gemeinsam mit der Regierung der Ukraine zur Abgrenzung und Lösung dieser entscheidenden Fragen von sehr großer Bedeutung.

Die Berliner Geberkonferenz ergab, dass fast für das gesamte Projekt ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Das ermöglicht der EBWE 2001 die Bereitstellung von Mitteln für neue Zuschussvereinbarungen mit ukrainischen Empfängern. Im Rahmen von sechs Zuschussvereinbarungen wurden (mit Stand vom 31. Dezember 2000) insgesamt bereits 297 Millionen Euro zugesagt. Im Rahmen dieser Zuschüsse wurden Verträge über mehr als 100 Millionen Euro unterzeichnet.

Internationale Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen

Im Zuge des Beitritts zur EU haben die Regierungen Bulgariens, Litauens und der Slowakischen Republik Beschlüsse zur Abschaltung der Reaktoren vom Typ RBMK und WWER-440/230 gefasst, die im großen und ganzen den Festlegungen in den Vereinbarungen mit dem RSK entsprechen.

Litauen hat eine Verpflichtung zur Abschaltung des Reaktorblocks 1 des AKW Ignalina vor 2005 übernommen. Block 2 von Ignalina soll zu einem Zeitpunkt folgen, der bei der Vorlage der zukünftigen Energiestrategie festgelegt wird, die spätestens 2004 erarbeitet wird. Die Regierung Bulgariens hat im November 1999 zugesagt, Block 1 und 2 des AKW Kosloduj vor 2003 abzuschalten. Block 3 und 4 sollen vor den früher ins Auge gefassten Terminen – 2008 und 2010 – abgeschaltet werden. Der genaue Termin soll bis 2002 bestimmt werden. Im Januar 2000 nahm die Regierung der Slowakischen Republik eine neue Energiepolitik an, mit der das Land die Verpflichtung übernimmt, Block 1 und 2 des AKW Bohunice 2006 bzw. 2008 abzuschalten.

Im Zuge des Dialogs mit den Beitrittsländern gab die Europäische Kommission die Absicht bekannt, die Stilllegung dieser Reaktoren über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren beträchtlich zu bezuschussen. Sie lud die EBWE ein, die Verwaltung der drei Internationalen Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen (*International Decommissioning Support Fund/IDSF*) zu übernehmen. Im Juni 2000 stimmte das Direktorium der Bank den Statuten der verschiedenen ISDF und der Übernahme ihrer Verwaltung durch die EBWE zu.

Die Fondsmittel werden für Projekte zur Unterstützung des ersten Stilllegungsabschnitts der designierten Reaktoren verwendet. Ebenfalls dienen sie der Finanzierung von Maßnahmen, um die erforderliche Restrukturierung, Erneuerung und Modernisierung der Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie der Verbesserung des Energiewirksamkeitsgrads zu erleichtern, die sich aus den Beschlüssen zur Abschaltung herleiten.

In Wilna fand im Juni 2000 eine internationale Geberkonferenz für den IDSF für Ignalina statt. Dabei wurden insgesamt 191 Millionen Euro von der Europäischen Gemeinschaft, sowie von acht Mitgliedsländern der EU und Norwegen und Polen zugesagt. Mit Stand vom 31. Dezember 2000 hatte die Bank Beitragsvereinbarungen über insgesamt 134 Millionen Euro mit der Europäischen Gemeinschaft und neun Ländern (Belgien, Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und der Schweiz) entweder abgeschlossen oder stand kurz vor deren Abschluss. Außerdem hatten die Europäische Gemeinschaft und die Niederlande Beitragsvereinbarungen über einen Gesamtbetrag von 87 Millionen Euro für den IDSF Kosloduj vollständig oder nahezu abgeschlossen.

Während des Jahres hat die EBWE in Zusammenarbeit mit den Empfängerländern und der Europäischen Kommission ihren Schwerpunkt auf die Erarbeitung von Rahmenvereinbarungen gelegt, Projekte für mögliche Finanzierungen durch die jeweiligen IDSF in Betracht gezogen und dann erarbeitet sowie Absprachen für die Fondsverwaltung getroffen. Nunmehr sind die Voraussetzungen gegeben, dass die ersten Vollversammlungen der Beitragszahler für die IDSF für Litauen und Bulgarien Anfang 2001 stattfinden können. Die Fonds könnten dann ihre Arbeit an Projekten aufnehmen. Der Dialog mit der Slowakischen Republik ist ebenfalls im Gang, die erste Gebervollversammlung ist für 2001 angesetzt worden.

Finanzergebnisse und Jahresabschluss

73 Finanzergebnisse

81 Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

Kapitalflussrechnung

Anmerkungen zum Jahresabschluss

100 Zusammenfassung der Sonderfonds

Finanzergebnisse

Die EBRD konsolidierte im Jahr 2000 die Rückkehr in die Gewinnzone und wies nach Rückstellungen einen Gewinn in Höhe von 152,8 Millionen Euro für das Geschäftsjahr aus, verglichen mit 42,7 Millionen Euro für 1999. Die Bank erreichte damit zum 31. Dezember 2000 aufs neue Rücklagen von 65,9 Millionen Euro und konnte die meisten finanziellen Rückschläge des Jahres 1998 ausgleichen.

Vor allgemeinen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 519,2 Millionen Euro lagen die operativen Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit um fast 40 Prozent über denen des Vorjahres in Höhe von 376,4 Millionen Euro. Alle Einkommensbereiche wiesen im Jahr 2000 bessere Ergebnisse aus. Im besonderen lagen die Nettozinserträge in Höhe von 273,3 Millionen Euro um 46 Prozent über den für 1999 ausgewiesenen Beträgen, Dividendeneinkünfte aus Aktienanlagen in Höhe von 28,1 Millionen Euro waren mehr als doppelt so hoch wie die des Vorjahres. Die Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen übertrafen mit 166,8 Millionen Euro die für 1999 um 30 Prozent. Die Verringerung notleidender Bestände wirkte sich positiv auf die Nettozinserträge aus. Zum 31. Januar 2000 gingen für 26 Darlehen über insgesamt 363,8 Millionen Euro keine Zinszahlungen ein, verglichen mit 26 Darlehen in Höhe von 452,7 Millionen Euro zum Jahresende 1999. 72 Prozent davon bzw. 260,1 Millionen Euro gehörten zum russischen Bestand (1999: 85 Prozent bzw. 382,8 Millionen Euro).

Die Rückstellungskosten für 2000 lagen mit 174,3 Millionen Euro knapp über denen für 1999 (160,9 Millionen Euro). Diese Zunahme ist auf höhere Rückstellungen für die Finanzabteilung zurückzuführen, die sich im Jahr 2000 auf 7,2 Millionen Euro beliefen (1999: 5,3 Millionen Euro Guthaben). Das Guthaben für 1999 war vor allem auf reduzierte Risikoeinstufungen der koreanischen Engagements zurückzuführen, die es gestatteten, die Höhe der Rückstellungen gegenüber Ende 1998 zu verringern. Die Rückstellungsbelastungen des Bereichs Banking in Höhe von 167,2 Millionen Euro unterschieden sich nicht wesentlich von denen des Vorjahres (1999: 166,2 Millionen Euro). Neue Einzelrückstellungen für den Bestand des Bereichs Banking lagen aufgrund der Beitreibung von Vermögenswerten infolge von Restrukturierungen, einer Verringerung der Anzahl notleidender Darlehen und besserer Portfolioergebnisse im Jahr 2000 unter denen für 1999.

Im Gefolge der Russlandkrise befand sich im Anlageportfolio der Bank eine Reihe von Risikoengagements, für die die Bank erhebliche Rückstellungen vorgenommen hat. Angesichts der Art der übernommenen Risiken ist die Beitreibung wesentlicher Anteile dieser Investitionen durch die Bank unwahrscheinlich. Belastungen durch allgemeine Rückstellungen für die Anlagen des Bereichs Banking lagen über denen des Vorjahres. Obwohl die Restrukturierung von Projekten die Auflösung von Einzelrückstellungen ermöglichte, stellten diese Projekte immer noch ein hohes Risiko dar und erforderten somit hohe allgemeine Rückstellungen. Das Risikoprofil neuer Projektauszahlungen war ausgeprägter als das für 1999 (siehe unten).

Die Tätigkeit im Bereich Banking wurde im Jahresverlauf zum ersten Mal rentabel und wies nach vollständiger Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Kapitalleistungen einen Gewinn von 79,1 Millionen Euro aus (1999: 11,6 Millionen Euro Verlust). Dies war vor allem auf eine Zunahme der Nettozinserträge und Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen zurückzuführen. Allerdings lagen die Einkünfte in allen Bereichen über denen des Vorjahres. Die Finanzabteilung kann wieder auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken und erhöhte nach vollständiger Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Kapitalleistungen den Nettogewinn um mehr als ein Drittel auf 73,7 Millionen Euro (1999: Gewinn 54,3 Millionen Euro). Dabei nutzte sie attraktive Finanzierungsmöglichkeiten und erzielte aus einem größeren Anlagevolumen gute Renditen.

In Pfund Sterling ausgedrückt hielten sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen innerhalb des Budgetrahmens und waren mit denen für 1999 vergleichbar. Darin spiegeln sich anhaltende Budgetdisziplin und effektive Kostenkontrollen wider. Allerdings lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen aufgrund des stärkeren Pfundes im Jahr 2000 in Euro ausgedrückt mit 192,1 Millionen Euro um 19,3 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (1999: 172,8 Millionen Euro).

Die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit im Bereich Banking beliefen sich zum Jahresende auf 1,2 Milliarden Euro, verglichen mit 1,1 Milliarden Euro Ende 1999. Dies entsprach 15,8 Prozent der ausgezahlten Darlehen und Aktienanlagen (1999: 16,2 Prozent) und entsprach der Verpflichtung der EBWE, gestützt auf die laufende Bewertung des Portfolios und der damit verbundenen inhärenten Risiken, sorgfältig Vorsorge für bestehende und voraussichtliche Risiken zu treffen. Die Projekten in Russland zugeordneten Rückstellungen beliefen sich auf rund 37 Prozent der Gesamtsumme (1999: 51 Prozent); Rückstellungen für nichtstaatliche Kredite entsprachen 34 Prozent der an nichtstaatliche Kreditnehmer ausgezahlten und in Anspruch genommenen Beträge in diesem Land (1999: 37 Prozent).

Tätigkeit des Bereichs Banking

Portfolio

Das Volumen der Neugeschäfte belief sich im Jahr 2000 auf 2,7 Milliarden Euro für 95 Projekte. Dies ist das höchste Ergebnis jährlicher Zusagen, das die EBWE bisher erreicht hat, und bedeutet gegenüber dem ausgewiesenen Vorjahresvolumen eine Zunahme um 24 Prozent (1999: 2,2 Milliarden Euro für 88 Projekte). Der Anteil der Kapitalanlagen am Neugeschäftsvolumen lag bei 23 Prozent, der des Privatsektors bei 78 Prozent. Das Neugeschäft umfasste auch restrukturierte Projekte in Höhe von 198 Millionen Euro.

Das kumulative Nettogeschäftsvolumen erreichte Ende 2000 in den Einsatzländern insgesamt die Höhe von 16,6 Milliarden Euro, verglichen mit 13,7 Milliarden Euro Ende 1999. Das Portfolio der gemachten Nettozusagen stieg von 10,8 Milliarden Euro Ende 1999 auf 12,2 Milliarden Euro Ende 2000 an, eine Erhöhung von 13 Prozent.

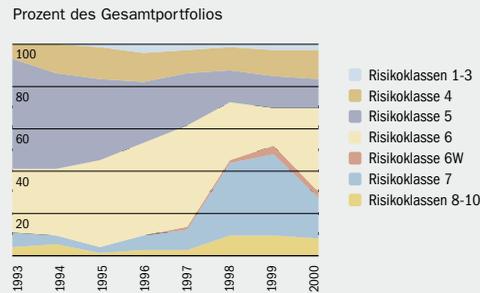
Die Pipeline von Projekten in Vorbereitung wurde im Jahr 2000 nach der Bewilligung 107 neuer Projekte durch das Direktorium ausgebaut. Dabei handelte es sich um Darlehen und Aktienanlagen der Bank im Gesamtwert von 3,6 Milliarden Euro, verglichen mit 99 Projekten im Gesamtwert von 2,6 Milliarden Euro im Vorjahr. Im Jahr 2000 bewilligte das Direktorium die zweitgrößte Anzahl von Projekten. Zum Jahresende 2000 beliefen sich die kumulierten Bewilligungen ohne Stornierungen auf 20,2 Milliarden Euro (1999: 16,5 Milliarden Euro). Der gesamte Projektwert der kumulativen Direktoriumsbevolligungen belief sich auf 70,6 Milliarden Euro, verglichen mit 55,9 Milliarden Euro zum 31. Dezember 1999. Darin ist per 31. Dezember 2000 die Mobilisierung von 50,4 Milliarden Euro enthalten, verglichen mit 39,4 Milliarden Euro Ende Dezember 1999.

Die Bruttoauszahlungen betragen im Jahr 2000 insgesamt 1,5 Milliarden Euro, eine Zunahme von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die operativen Anlagen beliefen sich Ende 2000 auf 7,6 Milliarden Euro (1999: 7,0 Milliarden Euro) und umfassten Darlehen in Höhe von 5,6 Milliarden Euro und Aktienanlagen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro.

Risiken

Aufgrund der in vielen Einsatzländern der EBWE bestehenden hohen Kreditrisiken führt die Bank regelmäßig Überprüfungen einzelner Engagements in ihrem Portfolio durch. Die Abteilung Risikomanagement unterzieht alle nicht abgeschlossenen Projekte zumindest zweimal jährlich einer offiziellen Überprüfung. Engagements, bei denen eine größere Anfälligkeit gegenüber Zahlungsausfall zu vermuten ist, werden häufiger überprüft. Die jährlichen

Gesamtprofil der Risikoeinstufung des Darlehens-, Garantie- und Kapitalanlageportfolios über den Zeitraum, nach gezeichneten Beträgen



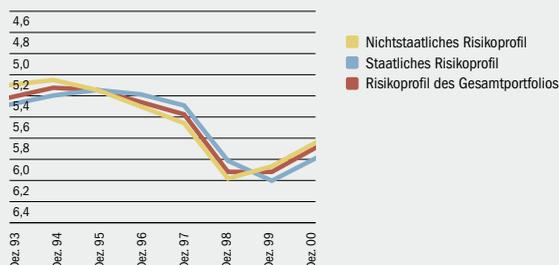
Überprüfungen für Engagements im Privatsektor werden auch nach Projektabschluss fortgesetzt. Zu jeder Überprüfung gehört eine Analyse der Einstufung des Projektrisikos. Bei Projekten, deren Ergebnisse unter den Erwartungen liegen, wird auch die Höhe der Einzelrückstellungen kontrolliert. Die Auszahlungskontrolle liegt in den Händen der Projektverwaltungsgruppe innerhalb der Abteilung Risikomanagement. Sie ist dafür verantwortlich, dass vor der Auszahlung die Projektkonditionen eingehalten werden. Sie sorgt auch dafür, dass die richtigen Verfahren im Sinne der bewilligten Grundsätze die richtigen Verfahren befolgt werden. Darüber hinaus wird das Portfolio auf die Diversifizierung sowohl für das Land als auch den Sektor überwacht.

Gefährdete Investitionen werden auf das Unternehmenssanierungs-Team übertragen, das sowohl der Abteilung Risikomanagement als auch dem Bereich Banking untersteht. In Fällen, wo dies zu positiven Ergebnissen führen könnte, übernimmt es das Management des Restrukturierungsprozesses. Das Unternehmenssanierungs-Team arbeitet in solchen Situationen an der Entwicklung und Umsetzung einer Strategie eng mit Risikomanagement und Banking zusammen.

Alle Projekte und Einsatzländer erhalten auf einer internen Bewertungsskala von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (erwarteter Verlust) Kreditrisiko-Ratings. Für das ordnungsgemäß bediente Portfolio werden die allgemeinen Rückstellungen aufgrund einer Matrix festgesetzt, die sich auf externe Verlustindikatoren sowie auf die Erfahrungen der EBWE stützt und angenommene Projekt-, Sektor- und Länderrisiken berücksichtigt. Das von der Bank genutzte Modell allgemeiner Rückstellungen wurde aufgrund jüngster Portfolioerfahrungen und durch die Anwendung eines neuen Verfahrens zur Einschätzung erwarteter Verluste aus einzelnen Projekten im Jahr 2000 verfeinert.

Angesichts der Märkte, in denen die Bank tätig ist, und ihres Transformationsmandats erwartet die EBWE zum Zeitpunkt der Bewilligung normalerweise projektspezifische Einstufungen unter die Risikokategorien 4 bis 6 (etwa mit Standard & Poor's BBB- bis B-Ratings vergleichbar). Die mittlere Projektrisikoeinstufung

Gewichtetes mittleres Gesamtrisikoeinstufungsprofil über den Zeitraum, nach gezeichneten Beträgen



von im Jahr 2000 unterzeichneten Neuprojekten lag bei 5,55 (1999: 5,36). Die gewichtete mittlere Projektrisikoeinstufung des unterzeichneten Bestands betrug per 31. Dezember 2000 5,65 (1999: 5,68).

Das Portfolio der Bank profitierte im Jahr 2000 von einer durch einen Aufschwung in Russland angeführten stetigen Verbesserung des Kreditklimas in der Region. Eine Reihe von Einsatzländern wurde von der Bank sowie von externen Rating-Agenturen höher eingestuft. Der Anteil mit einem Risiko behafteter Projekte ging aufgrund der Auflösung einer Anzahl früherer Problemengagements und des Wachstums im Gesamtportfolio zurück. Zum Ende 2000 war der prozentuale Anteil gezeichneter Projekte in den allgemeinen Risikokategorien 4 bis 6 von 47 Prozent zum 31. Dezember 1999 auf 68 Prozent gestiegen. Projekte in der Risikokategorie 6W (Wachsamkeit geboten) und 7 (besondere Aufmerksamkeit) gingen auf 23 Prozent (1999: 42 Prozent) und diejenigen in den Kategorien 8 (unter Standard), 9 (zweifelhaft) und 10 (erwarteter Verlust) auf 7 Prozent zurück (1999: 8 Prozent).

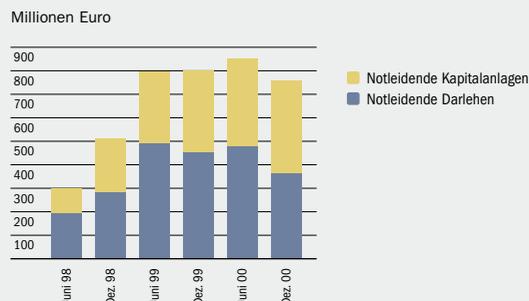
Das Portfolio der EBWE hat sich im Geschäftsjahr verbessert. Die mittlere Gesamtrisikoeinstufung des gezeichneten Portfolios stieg auf 5,91 (1999: 6,14) verbessert. Beträchtliche Verbesserungen gab es im Geschäftsjahr sowohl im staatlichen als auch im nichtstaatlichen Sektor.

Sind Zahlungen für nichtstaatliche Engagements mehr als 60 Tage oder für staatliche Engagements mehr als 180 Tage im Verzug, gelten die Darlehen als notleidend. Zusätzlich können auch ordnungsgemäß bediente Darlehen als notleidend eingestuft werden, wenn ein zukünftiger Zahlungsverzug zu erwarten ist. Als notleidend werden alle Kapitalanlagen betrachtet, für die Einzelrückstellungen vorgenommen worden sind.

Ergebnisse

Im Bereich Banking war zum ersten Mal die Tätigkeit nach Rückstellungen einschließlich aller Sonderzuteilungen rentabel. Der Nettogewinn nach Rückstellungen in Höhe von 74,0 Millionen Euro für 2000 tritt an Stelle eines auf gleicher Grundlage ermittelten Nettoverlustes von 11,6 Millionen Euro für 1999. Die operativen

Notleidende Darlehen und Kapitalanlagen



Einkünfte in Höhe von 423,0 Millionen Euro aus dem Kerngeschäft des Bereichs Banking lagen im Jahr 2000 um 35 Prozent über dem Betrag von 313,7 Millionen Euro für 1999. Alle Einkommensbereiche zeigten im Jahr 2000 bessere Ergebnisse als im Vorjahr, insbesondere die Nettozinserträge aus Darlehen (37 Prozent Zunahme), Dividendeneinkünfte (mehr als verdoppelt) und Nettogewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen (30 Prozent Zunahme).

Die Veräußerung einer kleinen Anzahl der reiferen Aktienbestände der EBWE stellte einen bedeutenden Anteil der aus dem Aktienanlageportfolio eingegangenen Einkünfte dar. Der Beitrag dieses Portfolios zur Gewinn- und Verlustrechnung dürfte angesichts seiner Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Veräußerungen beträchtlichen Schwankungen unterliegen. Die reiferen Aktienbestände können erst veräußert werden, wenn die Rolle der Bank im Transformationsprozess für das betreffende Projekt beendet ist und wenn die Möglichkeit besteht, die Anteile am Markt oder anderweitig zu verkaufen. Die Veräußerungen werden mit dem weiteren Reifen des wachsenden Anlageportfolios zunehmen, aber es ist nach wie vor schwierig, den voraussichtlichen Zeitpunkt und die Einkünfte aus solchen Veräußerungen vorauszusagen.

Tätigkeit der Finanzabteilung

Portfolio

Die von der Finanzabteilung verwalteten Vermögenswerte beliefen sich zum 31. Dezember 2000 auf 12,4 Milliarden Euro (1999: 10,6 Milliarden Euro). Sie umfassten Schuldtitel im Wert von 7,1 Milliarden Euro und Platzierungen bei Kreditinstituten im Wert von 5,3 Milliarden Euro (unter anderem Rückkaufsvereinbarungen und die gesamten Gegenswaps).

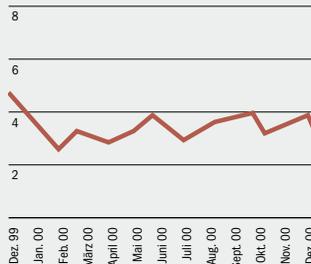
Zum Jahresende 2000 wurden etwa 3 Prozent der Vermögenswerte der Finanzabteilung durch insgesamt 11 externe Vermögensverwalter geführt. Die extern verwalteten Portfolios umfassten einen finanzierten und nominellen Betrag eines auf Euro lautenden Zinstauschprogramms¹ in Höhe von 357,3 Millionen Euro und

¹ In dem Euro-Programm erhalten die Fondsverwalter nominelle Beträge für die Zinnsatzpositionierung, ohne die effektiven Barmittel zugewiesen zu bekommen.

Gesamter nicht diversifizierter VaR – Allgemeinbegrenzung: 18 Millionen Euro

(10 Börsentage, 99 % Zuverlässigkeitsniveau;
Angaben: BIS RiskMetrics)

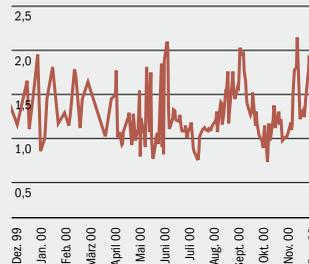
Millionen Euro



Intern verwaltete Positionen

(10 Börsentage, 99 % Zuverlässigkeitsniveau;
Angaben: BIS RiskMetrics)

Millionen Euro



eines auf US-Dollar lautenden Programms für durch Hypotheken unterlegte Schuldtitel in Höhe von 364,3 Millionen Euro. Diese Mittel werden durch unabhängige Manager verwaltet, um in den Genuss spezialisierter Dienstleistungen und Investmentverfahren zu kommen und Ergebnismaßstäbe Dritter anlegen zu können. Diese unabhängigen Verwalter müssen die gleichen Investitionsvorschriften einhalten, die die Bank bei ihren intern verwalteten Mitteln befolgt.

Risiken

Zum 31. Dezember 2000 belief sich der gesamte Risikowert (*Value-at-Risk/VaR*) der EBWE, errechnet mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen, auf 3,3 Millionen Euro² (1999: 4,7 Millionen Euro).

Diese Angaben deuten auf eine zurückhaltende Nutzung der Gesamt-VaR-Begrenzung für alle Mittel der Finanzabteilung, ob intern oder extern verwaltet. Diese Begrenzung ist in der Vollmacht der Bank für die Abteilung festgelegt und beläuft sich bei einer Berechnung mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent in einem Zeitraum von zehn Börsentagen auf 18,0 Millionen Euro.

Der VaR des intern verwalteten Portfolios belief sich auf 1,6 Millionen Euro (1999: 1,3 Millionen Euro). Im Verlauf des Jahres lag die Schwankungsbreite zwischen 0,7 Millionen Euro und 2,2 Millionen Euro, und war mit der für 1999 vergleichbar, wenn auch etwas enger.

Wie in früheren Jahren war der Beitrag des Wechselkursrisikos zur Gesamt-VaR-Zahl jederzeit relativ begrenzt und lag nie über 0,8 Millionen Euro. Daher war die Zinssatzpositionierung das hauptsächliche Marktrisiko der EBWE. Das intern verwaltete Portfolio, auf das sich diese Zahlen beziehen, belief sich zum 31. Dezember 2000 auf 10,7 Milliarden Euro (1999: 9,3 Milliarden Euro).

² Anders ausgedrückt bestand die einprozentige Möglichkeit, dass die Bank in einem Zeitraum von 10 Börsentagen aufgrund negativer Veränderungen der Zinssätze und Wechselkurse einen Verlust von mindestens 3,3 Millionen Euro erleiden könnte.

Zusätzlich zeigten die in den extern verwalteten Portfolios bestehenden Marktrisiken zum Jahresende einen VaR von 0,6 Millionen Euro (1999: 1,0 Millionen Euro) für das auf Euro lautende Programm und 1,2 Millionen Euro (1999: 2,4 Millionen Euro) für das auf US-Dollar lautende Programm.³ Der Nettovermögenswert dieser extern verwalteten Portfolios lag zum 31. Dezember 2000 bei 45,8 Millionen Euro bzw. 364,3 Millionen Euro.

Die Gesamtqualität der Kreditengagements der Finanzabteilung war nach wie vor hoch. Die gewichtete mittlere Kreditrisikoeinstufung betrug 1,65 auf der internen Wertungsskala der EBWE (etwas besser als AA+). Zum Jahresende 2000 wurden 92,9 Prozent der gesamten Engagements mit 2,5 (eine Einstufung zwischen A+ und AA-) oder besser (1999: 91,6 Prozent) bewertet. Alle Engagements waren erstklassige Investitionen; nur staatlich gebundene Engagements in Korea und vollständig gesicherte Derivatengagements bei einem einzelnen Partner lagen unter der internen Einstufung von 3,3 (vergleichbar mit A-).

Das Kreditverlustrisiko war über 22 Länder gestreut, wobei nicht mehr als 8,6 Prozent des Risikos auf ein Land entfielen. Die einzige Ausnahme sind die Vereinigten Staaten mit 38,1 Prozent (der gleiche Wert wie 1999).

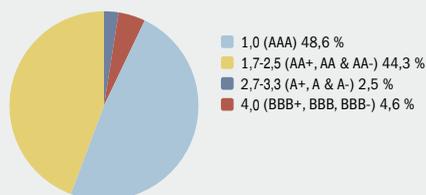
Vor allem im Bereich der Derivattransaktionen im Freiverkehr gab es aktive Bemühungen um Abfederungstechniken für das Kreditrisiko. Zum Jahresende 2000 waren 94,6 Prozent der Bruttokreditrisiken bei Freiverkehrsderivaten-Transaktionen mit Partnern, mit denen sowohl eine Rahmenvereinbarung (*Master Agreement/MA*) als auch eine Kreditsicherungsabsprache (*Credit Support Annex/CSA*) getroffen worden war.

Die Steuerung der operativen Risiken für die Transaktionen der Finanzabteilung der EBWE hat sich bisher auf die Risiküberwachung und die -abfederung konzentriert, da geeignete Quantifizierungstechniken für die Risikomessung im Sektor im allgemeinen

³ Der VaR des auf US-Dollar lautenden Programms wird durch einen externen Informationsdienst für Risiken berechnet.

Kreditqualitätsprofil des Portfolios der Finanzabteilung

31. Dezember 2000



Engagement bei Derivattransaktionen im Freiverkehr*

31. Dezember 2000



* Die Prozentangaben beziehen sich auf das täglich neu bewertete Bruttoengagement.

noch erörtert werden. Besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, sicherzustellen, dass das Prinzip der Aufgabentrennung für alle Phasen der Arbeitsabläufe einer Transaktion eingehalten wird.

Die EBWE hat all ihre strategischen Systeme einer Überprüfung unterzogen und in einem bankweit angewandten Verfahren, das sowohl die Finanzabteilung als auch den Bereich Banking umfasst, eine Auswechslung ihrer Abwicklungs- und Hauptbuchsysteme in Gang gesetzt.

In regelmäßigen Abständen werden Risikokartierungen erarbeitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss des Direktoriums vorgelegt. Dabei konzentrieren sich die Gespräche mehr und mehr auf das operative Risiko und die von der EBWE genutzten Unterkategorien (System-, Transaktions-, operatives Kontrollrisiko und mit menschlichem Fehlverhalten verbundenes Risiko). Außerdem werden gegenwärtig die bei der Überwachung der Transaktionen der Finanzabteilung angewandten Indikatoren des operativen Risikos überprüft.

Ergebnisse

Die Finanzabteilung erzielte im Jahr 2000 mit einem Gewinn in Höhe von 73,7 Millionen Euro nach Rückstellungen (1999: 54,3 Millionen Euro) überzeugende Ergebnisse. Diese Zunahme ist in der Hauptsache auf verbesserte Spannerträge aus dem Anlageportfolio der Finanzabteilung zurückzuführen, wo Finanzanlagen unter schwankenden Marktbedingungen zu einmalig breiten Spannen zur Verfügung standen.

Finanzierung

Kapital

Das eingezahlte Kapital belief sich zum 31. Dezember 2000 und zum 31. Dezember 1999 auf insgesamt 5,2 Milliarden Euro. Inzwischen haben alle Mitglieder bis auf drei die Kapitalerhöhung gezeichnet und Zeichnungsurkunden für 982.300 Anteile hinterlegt (1999: 972.200). Damit stieg die Zahl der gezeichneten Anteile der EBWE auf nahezu 2,0 Millionen. Die dritte Rate der

Kapitalerhöhung wurde im April 2000 fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital nahm kumulativ auf 3,8 Milliarden Euro zu, verglichen mit 3,5 Milliarden Euro Ende 1999.

Überfälliges Kapital in Form von Barmitteln und Schuldscheinen belief sich Ende 2000 auf 24,6 Millionen Euro (1999: 31,9 Millionen Euro), davon rund 17,9 Millionen Euro in Verbindung mit der Kapitalerhöhung. Weitere Einlösungen hinterlegter Schuldscheine in Höhe von 5,5 Millionen Euro sind ebenfalls überfällig, davon 3,1 Millionen Euro in Verbindung mit der Kapitalerhöhung.

Kapitalausstattung

Bei der Umsetzung ihrer operativen Strategie lässt sich die EBWE bei der Kapitalverwendung durch satzungsmäßige und finanzpolitische Parameter leiten. Der finanzielle Spielraum ist der Betrag, der der Bank für die Zusage neuer Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien zur Verfügung steht, bevor sie die Grenze ihres Verschuldungsgrads von 1:1 erreicht. Dieser Verschuldungsgrad bedeutet, dass der Gesamtbetrag ausstehender Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien der Bank in ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit den Gesamtbetrag des ungeminderten gezeichneten Kapitals, der Rücklagen und Überschüsse nicht überschreiten darf.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 5.3 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank begann die EBWE im Jahr 2000 mit einer Überprüfung ihres Stammkapitals, die im Jahresverlauf 2001 abgeschlossen wird. Die herkömmliche Messung des Spielraums der Kapitalausstattung wurde überprüft und darüber hinaus durch eine risikobasierte Analyse unter Nutzung des eigenen Risikokapitalmodells der Bank ergänzt.

Kreditaufnahme

Die EBWE lässt sich in ihrer Kreditaufnahmepolitik von zwei wichtigen Prinzipien leiten. Erstens: Sie bemüht sich um kongruente mittlere Laufzeiten ihrer Aktiva und Passiva, um die Refinanzierungsrisiken zu minimieren. Zweitens: Sie bemüht sich darum, die Verfügbarkeit langfristiger Mittel mit optimaler Kosteneffizienz für die EBWE sicherzustellen.

Die gesamten Kreditaufnahmen beliefen sich zum 31. Dezember 2000 auf 14,1 Milliarden Euro, gegenüber 1999 eine Zunahme von 1,5 Milliarden Euro. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms gab es 38 Neuemissionen; die mittleren Kosten nach Swap lagen bei Libor minus 31 Basispunkten. Die mittlere verbleibende Laufzeit mittel- bis langfristiger Fremdmittel wurde im Lauf des Jahres verlängert und betrug zum 31. Dezember 2000 9,5 Jahre (1999: 8,1 Jahre).

Zusätzlich zu mittel- bis langfristigen Fremdmitteln enthält die Zahl für die gesamte Kreditaufnahme außerdem als verbrieftete Schulden eingeordnete kurzfristige Fremdmittel, die die Bank zum Zweck der Liquiditätssteuerung aufnimmt.

Aufwendungen

Auf Pfund Sterling lautende allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen lagen im Jahr 2000 bei 129,5 Millionen GBP. Sie hielten sich im Rahmen des Budgets und entsprachen denen früherer Jahre (1999: 129,4 Millionen GBP). Das ist ein Ergebnis anhaltender Budgetdisziplin, effektiver Kostenkontrollen und eines proaktiven Kostendeckungsprogramms. In Euro ausgedrückt lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE einschließlich Abschreibungen bei 192,1 Millionen Euro (1999: 172,8 Millionen Euro).

Der Anstieg in Euro war auf die höheren effektiven Umtauschrate Pfund Sterling/Euro während des Geschäftsjahres zurückzuführen; der Mittelwert betrug 1,64 Euro pro Pfund gegenüber 1,53 im Jahr 1999. Die EBWE pflegt Devisenkontrakte einzugehen, um die Auswirkung eines stärkeren Pfundes gegenüber dem Euro auf die weitgehend auf Sterling lautenden Kosten zu minimieren, daher lag der von der Bank erreichte effektive gewichtete Mittelwert bei der Umrechnung in Euro für Berichtszwecke niedriger. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2000 für Aufwendungen eine gewichtete mittlere Euro/Sterling-Umtauschrate von 1,52 erzielt (1999: 1,36), was zu einer Kostenverringerung in Höhe von 15,0 Millionen Euro führte, verglichen mit 20,3 Millionen Euro im Jahr 1999.

Außerdem schloss die EBWE eine Reihe von Devisentermingeschäften ab, um die Kosten der für zukünftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Pfund Sterling abzusichern. Sicherungen bestehen für etwa 42 Prozent des Aufwendungsbudgets für 2001. Zum 31. Dezember 2000 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn in Höhe von 12,8 Millionen Euro aus (1999: 24,6 Millionen Euro). In Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank wurde dieser Gewinn abgegrenzt und wird in späteren Jahren in der Bilanz ausgewiesen.

Rückstellungen

Die allgemeine Rückstellungspraxis der EBWE für nichtstaatliche Engagements stützt sich auf eine Risikoeinstufungsmethode, die von der unabhängigen Abteilung Risikomanagement der Bank vorgelegt wird und zum Ende des Monats der Auszahlung zur Anwendung kommt. Für staatliche Projekte wird eine pauschale allgemeine Rückstellung in Höhe von 3 Prozent der ausgezahlten Engagements für Risiken vorgenommen, wobei der der Bank durch ihre Mitglieder eingeräumte Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt wird. Die EBWE nimmt nach Bedarf von Fall zu Fall Einzelrückstellungen vor. Rückstellungen richten sich nach den Nettoauszahlungen zum relevanten Stichtag.

Die Anwendung der Rückstellungsgrundsätze der EBWE führte für das Jahr zu einer Belastung in Höhe von 174,3 Millionen Euro, die um 8 Prozent über der für 1999 in Höhe von 160,9 Millionen Euro liegt. Die Rückstellungen für den Bereich Banking lagen für das Geschäftsjahr bei 167,2 Millionen Euro, verglichen mit 166,2 Millionen Euro für 1999, und die der Finanzabteilung (siehe unten) beliefen sich auf 7,2 Millionen Euro (1999: 5,3 Millionen Euro). Obwohl die gesamten Rückstellungen für den Bereich Banking etwa das Niveau des Vorjahres erreichten, hatte sich die Zusammensetzung aus einzelnen und allgemeinen Rückstellungen verändert. Der Anteil der Einzelrückstellungen im Jahr 2000 betrug 62 Prozent (1999: 86 Prozent) und spiegelte die besseren Portfolioergebnisse und die verbesserte Beitreibung von Vermögenswerten wider. Der Anteil der allgemeinen Rückstellungen an den Gesamtrückstellungen des Bereichs Banking lag 2000 bei 38 Prozent (1999: 14 Prozent). Dies war auf eine Reihe von Projekten, die nach Restrukturierung aus den Einzel- in die allgemeinen Rückstellungen zurückkehrten, sowie auf einige Projektherabstufungen im Portfolio zurückzuführen.

Infolge dieser Belastungen für das Jahr 2000 erreichten die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking die Höhe von 1,2 Milliarden Euro, das entspricht 15,8 Prozent des ausgezahlten Portfolios der Darlehen und Kapitalanlagen (1999: 1,1 Milliarden Euro bzw. 16,2 Prozent).

Rückstellungen in Verbindung mit dem Portfolio der Finanzabteilung beliefen sich zum Jahresende 2000 auf 13,2 Millionen Euro (1999: 6,3 Millionen Euro).

Aussichten für das Jahr 2001

Das Budget der EBWE sieht einen Gewinn für 2001 vor, obwohl dieser deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen dürfte. Die Ergebnisse für das Jahr 2001 sind anfällig für andauernde Ungewissheiten im operativen Umfeld, insbesondere für die Auswirkungen des gegenwärtigen Abschwungs der Weltwirtschaft und eine verminderte Robustheit der Aktienmärkte.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

Durch Berichterstattung und Offenlegung übernimmt die EBWE die Berichtspflichten der Finanzinstitute im Privatsektor. Das entspricht ihrem Grundsatz, sich an die Bestenpraxis im Sektor zu halten.

Prinzipien des Finanz- und Risikomanagements

Die Finanzpolitik der EBWE folgt den Richtlinien des soliden Finanzmanagements und baut auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank auf. Sie stellt das finanzielle Rahmenwerk bereit, in dem die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der EBWE hat folgende Ziele:

- Streben nach finanzieller Tragfähigkeit;
- Bildung von Rücklagen und Sicherstellung nachhaltiger Rentabilität;
- Markt- und Ergebnisorientierung bei allen Aktivitäten;
- Arbeit in einem umfassenden Rahmen des Risikomanagements; und
- Sicherstellung von Transparenz und Einhaltung der Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen sowie Unterstützung einer effektiven Unternehmensführung.

Die Finanzpolitik der EBWE legt die an die Tätigkeit des Bereichs Banking und der Finanzabteilung anzulegenden Finanz- und Risikoparameter fest. Dazu gehören Rückstellungs-, Preisfestsetzungs- und Liquiditätsgrundsätze sowie die Vollmacht der Finanzabteilung. Die Rückstellungsgrundsätze bestimmen für alle Vermögenswerte die Höhe der allgemeinen Rückstellungen und das Verfahren der Einstellung von Einzelrückstellungen. Die Preisfestsetzungsgrundsätze regeln die an die Konditionen von Darlehen, Garantien und Kapitalanlagen anzulegenden Erwägungen und Parameter. Die Liquiditätsgrundsätze bestimmen den von der Bank benötigten Betrag liquider Mittel. Darüber hinaus regelt die Finanzpolitik die Kapitalverwendung, setzt die Parameter für das Portfoliorisiko der Banking-Tätigkeit, die Sicherungsgrundsätze, die Anlagebewertung, Veräußerungsverfahren und -strategien, die Übernahme von Emissionen, das Risikomanagement und die Grundsätze der Unternehmensführung.

Die Vollmacht der Finanzabteilung ist das Dokument, kraft dessen das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Geschäfte der Finanzabteilung der EBWE zu führen, und in dem die bei dieser Aktivität einzuhaltenden Risikoparameter beschrieben werden. Das Kreditverfahren beschreibt die Verfahren für Bewilligung, Management und Überprüfung der Engagements der Bank. Der Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit prüft die Vollmacht der Finanzabteilung, und der Rechnungsprüfungsausschuss der Bank prüft das Kreditverfahren. Beide werden dem Direktorium zur Bewilligung unterbreitet. Die unabhängige Abteilung Risikomanagement der EBWE unter Vorsitz eines Mitglieds des Exekutivausschusses der Bank ist bestrebt sicherzustellen, dass alle Risiken richtig erkannt und durch umfassende und strikt angewendete Verfahren angemessen gesteuert und abgedeckt werden.

Die EBWE ist sowohl in der Tätigkeit des Bereichs Banking als auch in den Aktivitäten der Finanzabteilung Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiken ergeben sich, da Kreditnehmer und Partner der Finanzabteilung bei ihren vertraglichen Verpflichtungen in Verzug geraten oder der Wert einer Investition der Bank beeinträchtigt werden könnten. Das Portfolio des Bereichs Banking enthält die meisten Kreditrisiken. Alle ordentlichen Projekte werden in regelmäßigen Abständen überprüft, damit umgehend erkannt wird, ob Veränderungen bei den zugeordneten Risikoeinstufungen vorzunehmen und welche Maßnahmen zur Abfederung vergrößerter Risiken erforderlich sind.

Das Hauptverlustrisiko der EBWE am Markt besteht darin, dass Veränderungen von Zinssätzen und Wechselkursen die Positionen, die die Bank in ihrem Finanzabteilungsportfolio übernommen hat, negativ beeinflussen könnten. Die EBWE ist bestrebt, Marktrisiken im Portfolio der Vermögenswerte und Kreditaufnahmen der Finanzabteilung durch aktive Aktiva- und Passivsteuerung und das Management der Wechselkursrisiken so weit wie möglich zu steuern. Zinsschwankungsrisiken werden durch eine Zusammensetzung synthetischer Kongruenzen der Zinsprofile von Aktiva und Passiva gesteuert, vor allem durch den Gebrauch von Derivaten zu Sicherungszwecken. Die Messungen der Wechselkurs- und Zinsschwankungsrisiken unterliegen nicht der Finanzabteilung, um die Einhaltung der genehmigten Grenzwerte, unter anderem des VaR, sicherzustellen.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der Kapitalerhaltung der EBWE, insbesondere im Hinblick auf das Portfolio der Finanzabteilung, werden Sensitivitäten gegenüber Risikofaktoren im Markt, VaR- und Belastungstestangaben als Risiken oberhalb des auf Libor gestützten Maßstabs der Bank für Investitionen berechnet.¹ Die Bank achtet besonders darauf, dass die eingegangenen Marktrisiken die Grenzen der Risikobereitschaft der Bank nicht überschreiten, daher werden VaR-Tendenzen und Stresstests sorgfältig überwacht.

Das operative Risiko wird durch die Untersuchung aller Aspekte der Risikoanfälligkeit von Engagements bestimmt, die nicht in den Bereich des Kredit- und Marktrisikos fallen. Dies umfasst die Risiken durch Verluste, die durch Irrtümer oder Unterlassungen bei der Bearbeitung und Abwicklung von Transaktionen, beim Ausweis von Finanzergebnissen oder durch Versagen der Kontrollen entstehen.

Die Grundsätze und Verfahren der EBWE decken alle wichtigen Aspekte des operativen Risikos ab. Dazu gehören vor allem der hohe Standard der Geschäftsethik der Bank und das bewährte System wechselseitiger interner Kontrollen und der Trennung von Zuständigkeitsbereichen, die die EBWE im Anfangsstadium vor allen operativen Risiken schützen. Dazu kommen:

- der Verhaltenskodex der EBWE;
- Planung für die Beirichtung im Falle von Katastrophen und für Eventualfälle;
- Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen;
- Integrität der Verfahren im Rahmen der Sorgfaltspflicht;
- Verfahren im Hinblick auf korrupte Verhaltensweisen und Geldwäsche;
- Verfahrensregelungen in Fällen von Betrug oder Betrugsverdacht;
- Grundsätze für die Informationstätigkeit; und
- Beschaffungsgrundsätze.

Außerdem überwacht die Bank die Fortschritte im Risikosteuerungsbereich im Rahmen des 1995 eingeführten Programms für Verbesserungen der Risiko-steuerung bei Transaktionen der Finanzabteilung (Risk Management Enhancement Programme for Treasury Transactions). Ziel dieses laufenden Programms ist es, sicherzustellen, dass das Vorgehen der EBWE beim Management von Markt- und Kreditrisiken sowie operativen Risiken in der Tätigkeit der Finanzabteilung der jeweiligen besten Marktpraxis im Sektor entsprechen. Der Stand der Entwicklung bei der Messung, Überwachung und Abfederung dieser Risiken wird in regelmäßigen Abständen durch den Rechnungsprüfungsausschuss des Direktoriums der Bank überprüft.

¹ Ein VaR von Null wäre z. B. gleichbedeutend mit dem Fehlen aller Wechselkursrisiken und würde darauf hindeuten, dass das Zinsrisiko der Aktiva vollkommen dem der Passiva der Bank entspricht.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate vor allem zur Absicherung gegen Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen ihrer Aktivitäten im Bereich Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind Bestandteil der Aktivitäten der Finanzabteilung. Darüber hinaus nutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in bestimmte Wertpapiere oder zur Absicherung bestimmter Engagements.

Alle Risiken aus derivativen Instrumenten werden mit solchen kombiniert, die sich aus anderen von den gleichen zugrunde liegenden Risikofaktoren und den gleichen allgemeinen Markt- und Kreditrisikobegrenzungen abhängigen Instrumenten ergeben. Darüber hinaus werden derivatspezifische Risiken besonders sorgfältig beobachtet. Das erfolgt zum Beispiel durch die Überwachung der Volatilitätsrisiken für Optionen, der Margenrisiken für Swaps und Basisrisiken für Terminkontrakte.

Um die Kreditrisiken in den Transaktionen der Finanzabteilung kontrollieren zu können, ist es in der EBWE üblich, allen einzelnen Vertragspartnern im Voraus eine Bewilligung zu erteilen und ihre Eignung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Begrenzungen für einzelne Parteien erfolgen in Übereinstimmung mit Richtlinien, die auf der Grundlage der Kreditwürdigkeit der Parteien den Höchstumfang und die Höchstdauer des Engagements festlegen.

Insbesondere Derivatstransaktionen sind normalerweise auf Parteien mit erstklassiger Kreditwürdigkeit beschränkt. Darüber hinaus achtet die EBWE sehr sorgfältig auf die weitere Abfederung der Kreditrisiken von Derivaten der Finanzabteilung, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Mechanismen zurückgreift. Derivatstransaktionen im Freiverkehr werden grundsätzlich durch Rahmenvereinbarungen dokumentiert, die die Verrechnung durch Glattstellung vorsehen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich dieser Bestimmung durch Dokumentation eines möglichst breiten Spektrums der mit einer gegebenen Partei im Rahmen einer einzelnen auf den Bestimmungen der Internationalen Vereinigung für Swaps und Derivate aufbauenden Globalvereinbarung gehandelten Instrumente zu erweitern.

Die EBWE hat den Einsatz von Besicherungsvereinbarungen in Verbindung mit ihrer Tätigkeit mit Derivaten im Freiverkehr laufend erweitert. Zum Jahresende 2000 waren 95 Prozent der Bruttoengagements mit Derivatparteien Gegenstand von Besicherungsvereinbarungen, und mit allen verbleibenden aktiven Parteien waren Verhandlungen über die Unterzeichnung solcher Vereinbarungen im Gange.

Unternehmensführung

Die EBWE setzt sich für eine effektive Unternehmensführung ein, bei der Zuständigkeiten und die damit verbundenen Kontrollen in der gesamten Bank eindeutig festgelegt und voneinander abgegrenzt sind. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Rahmenbestimmungen für die Unternehmensführung. Diese Struktur wird darüber hinaus durch ein System der Berichterstattung gestützt, in dem die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche innerhalb der EBWE zugeschnitten sind, denen sie zugeleitet werden. Auf diese Weise kann das System der gegenseitigen Kontrolle bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktionieren.

Das grundlegende Regelwerk der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank, das vorsieht, dass sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten sowie leitende und sonstige Bedienstete verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 62 Anteilseigner der Bank vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat die Ausübung seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Vorbehaltlich dieser ist es für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Grundsätze der EBWE verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich zugeteilten und die ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus. Zu seiner Unterstützung hat das Direktorium drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuss;
- den Ausschuss für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten; und
- den Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 2000 ist auf Seite 111 im einzelnen aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuss

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt und ist der gesetzliche Vertreter der EBWE. Er führt die laufenden Geschäfte der Bank nach den Weisungen des Direktoriums.

Der Exekutivausschuss besteht aus den Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und steht unter dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Ergebnisse ihrer Tätigkeit bereitzustellen und bei der Erarbeitung ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten diesbezüglichen Berichte die Prinzipien der besten Praxis anzuwenden. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen ihres Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anzuwerben und an sich binden zu können;
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können; und
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben die Anteilseigner der Bank der Anwendung von Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung zugestimmt. Gehälter und Bonuszahlungen sind leistungsorientiert.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu den Gesamtergebnissen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen sie nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keine Zuwendungen aus dem Bonusprogramm. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2000 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1999 000 Euro
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen		410.190	297.073
aus festverzinslichen Schuldtiteln sowie sonstige Zinsen		581.345	368.377
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(718.223)	(478.885)
Nettozinserträge		273.312	186.565
Dividendenerträge		28.081	13.899
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	4	29.379	25.847
Finanzgeschäfte			
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		166.770	128.530
Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften	5	21.685	21.584
Betriebliche Erträge		519.227	376.425
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6	(179.002)	(159.685)
Abschreibungen	12	(13.099)	(13.162)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		327.126	203.578
Wertberichtigungen für Verluste	7	(174.334)	(160.911)
Gewinn für das Jahr		152.792	42.667

Bilanz

zum 31. Dezember 2000	Anmerkung	000 Euro	31. Dezember 2000 000 Euro	000 Euro	31. Dezember 1999 000 Euro
Aktiva					
Platzierungen und Schuldtitel					
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		5.344.328		2.773.490	
Schuldtitel	8	7.075.502		7.865.490	
			12.419.830		10.638.980
Sonstige Aktiva	9		763.672		994.620
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	10	4.940.425		4.756.369	
Aktienanlagen	10	1.386.372		1.238.960	
			6.326.797		5.995.329
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	12		38.894		41.009
Ausstehendes eingezahltes Kapital	15		1.740.817		1.924.695
Summe der Aktiva			21.290.010		19.594.633
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		455.745		743.657	
Verbriefte Verbindlichkeiten	13	13.621.661		11.818.129	
			14.077.406		12.561.786
Sonstige Passiva	14		1.960.609		1.961.040
Gezeichnetes Kapital	15	19.742.750		19.640.750	
Abrufbares Kapital		(14.556.615)		(14.477.645)	
Eingezahltes Kapital			5.186.135		5.163.105
Rücklagen und Gewinn für das Jahr			65.860		(91.298)
Eigenkapital der Mitglieder			5.251.995		5.071.807
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			21.290.010		19.594.633
Bilanzvermerke					
Nichtabgerufene Zusagen	11		4.655.228		3.880.872

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Gezeichnetes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Rücklage für Umrechnungs- differenzen 000 Euro	Allgemeine Rücklage 000 Euro	Sonder- rücklage 000 Euro	Aufgelaufene Rücklage 000 Euro	(Verlust)/ Gewinn für das Jahr 000 Euro	Rücklagen und Gewinn für das Jahr 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Stand 31. Dezember 1998	19.290.750	(14.206.395)	57.854	24.366	96.383	(60.412)	(256.146)	(137.955)	4.946.400
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(895)	-	-	-	-	(895)	(895)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.885	-	-	-	4.885	4.885
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	19.327	(19.327)	-	-	-
(Verlust) Zuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	(261.233)	261.233	-	-
Zuweisung an die Rücklage aus dem Neuausweis des Pensionsfonds	-	-	-	-	-	5.087	(5.087)	-	-
Kapitalerhöhung	350.000	(271.250)	-	-	-	-	-	-	78.750
Gewinn für das Jahr	-	-	-	-	-	-	42.667	42.667	42.667
Stand 31. Dezember 1999	19.640.750	(14.477.645)	56.959	29.251	115.710	(335.885)	42.667	(91.298)	5.071.807
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.366	-	-	-	4.366	4.366
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	9.848	(9.848)	-	-	-
Gewinnzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	42.667	(42.667)	-	-
Kapitalerhöhung	102.000	(78.970)	-	-	-	-	-	-	23.030
Gewinn für das Jahr	-	-	-	-	-	-	152.792	152.792	152.792
Stand 31. Dezember 2000	19.742.750	(14.556.615)	56.959	33.617	125.558	(303.066)	152.792	65.860	5.251.995

In die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen werden die Unterschiedsbeträge eingestellt, die sich aus der Umrechnung von nicht auf Euro lautenden Kapitaleinlagen ergeben. Es ist übliche Praxis der Bank, Devisenterminkontrakte abzuschließen, um den Euro-Wert der zukünftigen auf US-Dollar und japanische Yen lautenden Kapitalzeichnungen festzulegen. Unterschiedsbeträge zwischen den durch diese Kontrakte erworbenen Euro-Beträgen zum einen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Beträgen zum anderen werden direkt in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

Die allgemeine Rücklage besteht aus den gemäß Artikel 53 des Übereinkommens gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitende und sonstige Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Besteuerung aller von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten einbezogene interne Steuer. Laut Artikel 53 des Übereinkommens, ergänzt durch Artikel 16 des Sitzabkommens, sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt.

Gemäß Übereinkommen wird eine Sonderrücklage zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den Finanzrichtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Emissionsgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat. Gemäß Übereinkommen ist vorgesehen, den Betrag von 11,0 Millionen Euro (1999: 9,8 Millionen Euro), bestehend aus den für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Jahr eingegangenen designierten Gebühren und Provisionen, aus dem Gewinn für das am 31. Dezember abgelaufene Jahr im Jahr 2001 einzubehalten und in die Sonderrücklage zu überstellen.

Der Verlustvortrag der aufgelaufenen Rücklage aus früheren Jahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisung der designierten Gebühren- und Provisionseinkünfte in die Sonderrücklage.

Kapitalflussrechnung

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Geschäftsjahr zum		Geschäftsjahr zum
	000 Euro	31. Dezember 2000 000 Euro	
Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit			
Gewinn für das Geschäftsjahr	152.792		42.667
Anpassungen für:			
Rückstellungen für Verluste	174.334		160.911
Abschreibungen auf Sachanlagen	13.099		13.162
Realisierte (Gewinne) aus Aktienanlagen	(166.770)		(128.530)
Interner Steueraufwand	4.366		4.885
Unrealisierte (Gewinne) auf den Handelsbestand	(2.389)		(3.172)
Realisierte (Gewinne) auf das Anlageportfolio	(1.829)		(2.764)
Devisenschwankungen von Rückstellungen	37.562		59.658
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen	211.165		146.817
Abnahme/(Zunahme) des Betriebsvermögens:			
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungen	8.033		(137.778)
Nettoabnahme der Positionen im Handelsbestand	41.251		303.129
Zunahme der Betriebspassiva:			
Zinsaufwand und aufgelaufene Kosten	130.649		298.588
Mittelbereitstellung aus laufender Geschäftstätigkeit		391.098	610.756
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
Mittelzufluss aus Rückzahlung von Darlehen	1.410.119		1.427.841
Platzierungen (netto) bei Kreditinstitutionen	(21.197)		1.128.166
Mittelzufluss aus dem Verkauf von Aktienanlagen	253.175		259.012
Mittelzufluss aus Verkauf von Wertpapieren aus Anlagebestand	3.129.471		1.958.576
Kauf von Anlagepapieren	(2.244.432)		(4.604.509)
Mittelabfluss für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren	(2.190.162)		(2.740.571)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(10.984)		(10.849)
Mittelherkunft (Mittelverwendung) aus laufender Investitionstätigkeit		325.990	(2.582.334)
Cashflow aus Finanzgeschäften			
Kapitaleinzahlungen	206.907		153.140
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen	-		(895)
Emission verbriefter Verbindlichkeiten	4.721.974		4.871.412
Tilgung verbriefter Verbindlichkeiten	(2.910.913)		(2.284.950)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		2.017.968	2.738.707
Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		2.735.056	767.129
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Jahres		2.132.329	1.365.200
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember ¹		4.867.385	2.132.329

¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	5.182.779	2.710.356
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(315.394)	(578.027)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	4.867.385	2.132.329

Anmerkung: Geschäftsgewinne schließen eingegangene Dividenden von 28,1 Millionen Euro ein (1999: 13,9 Millionen Euro).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1 Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 2000 waren 59 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS) sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen.

Mit Ausnahme von Schuldtiteln und damit verbundenen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten und zu Marktpreisen ausgewiesen werden, und von Grundbesitz, der zum Marktpreis gehalten wird, wird die Bilanz der Bank auf Anschaffungskostenbasis erstellt. Finanzielle Aktiva und Passiva werden in die Bilanz aufgenommen, wenn damit verbundene Risiken und Vergütungen übernommen worden sind.

ii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Bilanzwährung im Jahresabschluss. Nach der Ablösung des Ecu durch den Euro am 1. Januar 1999 wurde der Euro die Bilanzwährung für den Jahresabschluss.

Monetäre Aktiva und Passiva, die in ausländischen Währungen ausgewiesen sind, werden zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Kassakursen in Euro umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Euro umgerechnet. Ertrags- und Aufwandsposten werden zum gültigen Kurs in Euro umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in Pfund Sterling. Diese werden gesichert und zur durchschnittlichen gewichteten Sicherungsrate umgerechnet.

Wechselkursgewinne und -verluste und Sicherungskosten, die sich aus Kontrakten ergeben, die zur Sicherung bestimmter Erträge und Aufwendungen oder voraussichtlicher Transaktionen abgeschlossen werden, werden abgegrenzt und bis zum Zeitpunkt solcher Transaktionen unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ ausgewiesen. Nach diesem Zeitpunkt werden sie bei der Festsetzung solcher Einkünfte und Aufwendungen ausgewiesen. Alle sonstigen mit Sicherungsgeschäften verbundenen Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zur gleichen Zeit verbucht wie die Wechselkursdifferenzbeträge bei den Posten, die durch die Sicherungsgeschäfte gedeckt werden. Aufwendungen für solche Kontrakte, die nicht länger als Sicherungsgeschäfte bezeichnet werden, werden in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

iii Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Euro, in US-Dollar oder in japanischen Yen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet.

Entsprechend den oben unter (ii) dargestellten Umrechnungsgrundsätzen der Bank werden am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Schuldscheine in US-Dollar und japanischen Yen zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Wechselkursen in Euro umgerechnet. Die Differenzbeträge zwischen diesen Euro-Werten und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Gegenwerten werden unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iv Schuldtitel

Schuldtitel, die langfristig oder bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, werden zum Buchwert abzüglich dauernder Wertminderungen ausgewiesen. Anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb anfallen, werden in den Zinserträgen ausgewiesen. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere werden entsprechend der Marktentwicklung bewertet, und der resultierende Gewinn oder Verlust wird unmittelbar in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen und zusammen mit dem sich aus der Finanzierung dieser Wertpapiere ergebenden Zinseinkommen und Zinsaufwand unter „Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften“ eingestellt.

v Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aller Wertberichtigungen ausgewiesen.

Aktienanlagen, die der Bank die Option geben, ihre Investition gegen eine zinsbasierte Rendite bei kreditwürdigen Partnern abzulösen, weisen mit Schuldinstrumenten verbundene Risikomerkmale auf und werden entsprechend als Darlehen eingestuft und ausgewiesen. Dividenden aus (als Darlehen eingestuft) Aktienanlagen werden nicht als Erträge ausgewiesen, sondern abgegrenzt, bis die Aktienanlage veräußert wird. Zu diesem Zeitpunkt werden sie mit dem Erlös der Veräußerung verrechnet.

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen in den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS 28) sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft. Hält die Bank mehr als 20 Prozent eines Zielunternehmens, bemüht sie sich im allgemeinen nicht um einen nennenswerten Einfluss. Da sie keinen konsolidierten Jahresabschluss vorlegt, werden sämtliche Aktienanlagen, auch die in verbundenen Unternehmen, zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Dabei werden bei Aktienanlagen, die 20 Prozent des Zielunternehmens überschreiten, Buchwert und Gewinn- und Verlustwirkung offengelegt und die Bilanzen gehen vom anteiligen Reinvermögen aus. Diese Offenlegungen und zusätzliche Einzelheiten zu Aktienanlagen der Bank, die über 20 Prozent des Aktienkapitals der Zielunternehmen betragen und wo die Anschaffungskosten abzüglich besonderer Rückstellungen über 10 Millionen Euro liegen, finden sich in Anmerkung 10.

vi Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Wertberichtigungen werden wie folgt als Einzel- oder Allgemeinwertberichtigungen eingestuft:

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Wertverringerungen durch Schätzung ermittelt.

Allgemeine Wertberichtigungen für nichtstaatliche Risikoanlagen basieren auf einem Risikoeinstufungsansatz, der am Monatsende der Auszahlung zur Anwendung kommt. Für alle staatlichen Risikoanlagen wird eine Wertberichtigung von 3 Prozent vorgenommen, wobei der auf die Mitglieder übertragene Status eines bevorzugten Kreditnehmers der Bank berücksichtigt wird. Allgemeine wie auch einzelne Wertberichtigungen werden als Abzüge von den Aktivkategorien Darlehen und Kapitalanlagen ausgewiesen. Die Wertberichtigung für Bürgschaften kommt mit deren Inkrafttreten zur Anwendung und basiert auf der Inanspruchnahme unter Verwendung einer durchgängig angewandten Methode zur allgemeinen Wertberichtigung für nichtstaatliche Risikoanlagen. Sie wird unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

Allgemeine Wertberichtigungen auf Anlagen der Finanzabteilung werden auf Grundlage der Risikoeinstufung vorgenommen, wobei kein Unterschied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Anlagen gemacht wird. Sie werden vom Buchwert von „Schuldtitle“ abgezogen.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen innerhalb des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In Anmerkung 7 finden sich Einzelheiten zu den Wertberichtigungen der Bank. Wird ein Darlehen für uneinbringlich gehalten oder besteht keine Möglichkeit zur Deckung einer Aktienanlage, wird die Kapitalsumme mit der damit verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Zahlungseingänge werden bei früher erfolgten Abschreibungen mit der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz: Null

Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit: Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung: 1 Jahr

viii Rechnungslegung für Pachten

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Genussrechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasing bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die Leasingverpflichtungen werden als Passiva behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen der Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß Abschnitt vii oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Genussrechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als kurzfristige Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen, sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank. Zahlungen im Rahmen von kurzfristigen Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird ein kurzfristiger Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszahlenden Zahlungen als Aufwand innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

ix Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Einkommen aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebührenzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, kann jedoch bei Eingang auf Basis der zugrunde liegenden Leistung des Projekts verbucht werden. Die Bank vereinnahmt Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor nur bei Zahlungseingang.

Pauschalgebühren werden nach Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt. Bereitstellungsgebühren und Gebühren für über einen Zeitraum erbrachte Leistungen werden für den Zeitraum vereinnahmt, in dem die Zusage besteht, oder die Leistungen werden ab dem Zeitpunkt erbracht, zu dem das Darlehen in Kraft tritt. Sonstige Gebühren und Provisionen werden bei Zahlungseingang ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungsagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) zu gleichen Teilen Beiträge, um bei Eintreten des Ruhestands eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab. Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten und können nur für die Erbringung der Leistungen im Rahmen der Pläne verwendet werden. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitragsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Die Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung hinsichtlich des festgelegten Leistungsplans umfasst ebenfalls versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, laufende Bearbeitungskosten und sonstige versicherungsmathematische Anpassungen nach dem Gutachten qualifizierter externer Fachleute. Diese Belastung enthält außerdem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste jenseits der Bandbreite von 10 Prozent, die über die geschätzte mittlere Restarbeitszeit der Mitarbeiter der Bank abgeschrieben werden. Die 10-Prozent-Bandbreite ist der jeweils höhere Wert von 10 Prozent der definierten Leistungsverpflichtung oder des Marktwerts der Vermögenswerte. Außerdem beraten die Versicherungsmathematiker die Bank hinsichtlich der nach dem Plan für festgelegte Leistungen zu erbringenden Beiträge, die auf die unabhängigen Treuhänder des Plans übertragen werden.

xi Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xii Staatliche Zuschüsse

Staatliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschussfähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

xiii Derivate als Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Partei derivativer Transaktionen, einschließlich Devisen- und Zinsswapvereinbarungen, Termin- und Optionsgeschäften sowie Devisenterminkontrakten. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank in ihrem Aktiv- und Passivgeschäft und voraussichtliche zukünftige Cashflows in fremder Währung zu sichern und bei der Investition der flüssigen Mittel der Finanzabteilung die Marktstimmung zu berücksichtigen. Außerdem handelt die Bank als intermediäre Bereitstellerin dieser Instrumente für ihre Kunden und sichert sich selbst durch Ausgleichsgeschäfte mit Dritten gegen entsprechende Verluste. Bei Derivatgeschäften, die im Jahresabschluss als Sicherungsgeschäfte erfasst werden, muss das Verlustrisiko der besicherten Position entweder eliminiert oder stark verringert werden, die Transaktion muss von Anfang an als Sicherungsgeschäft bezeichnet werden und während des Verlaufs des Sicherungszeitraums in Kraft bleiben. Gewinne und Verluste aus Sicherungsgeschäften werden auf gleicher Basis wie die aus den gesicherten Geschäften verbucht. Mit dem eigenen Wertpapierhandel der Bank in Verbindung stehende Derivate werden zum Marktwert angesetzt, und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden sofort unter „Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften“ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

3 Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente

Zu Verwaltungszwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank primär in Aktivitäten der Bereiche Banking und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen vorgenommen werden, um den Einsatzländern in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien des soliden Bankgeschäfts zugrunde gelegt.

Die Hauptinvestitionsprodukte sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Aktivitäten der Finanzabteilung umfassen die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiva- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment

	Banking 2000 000 Euro	Finanzabteilung 2000 000 Euro	Insgesamt 2000 000 Euro	Banking 1999 000 Euro	Finanzabteilung 1999 000 Euro	Insgesamt 1999 000 Euro
Zinserträge	415.805	575.730	991.535	298.302	367.148	665.450
Sonstige Erträge	224.230	21.685	245.915	168.276	21.584	189.860
Summe der Segmenteinkünfte	640.035	597.415	1.237.450	466.578	388.732	855.310
Abzüglich Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	(350.948)	(516.088)	(867.036)	(240.009)	(335.740)	(575.749)
Zuweisung von Kapitaleistungen	133.932	14.881	148.813	87.178	9.686	96.864
Abzüglich allgemeiner Verwaltungsaufwendungen	(164.861)	(14.141)	(179.002)	(147.309)	(12.376)	(159.685)
Abzüglich Abschreibungen	(11.855)	(1.244)	(13.099)	(11.859)	(1.303)	(13.162)
Segmentergebnis vor Rückstellungen	246.303	80.823	327.126	154.579	48.999	203.578
Rückstellungen	(167.177)	(7.157)	(174.334)	(166.184)	5.273	(160.911)
Reingewinn/(Verlust) nach Rückstellungen	79.126	73.666	152.792	(11.605)	54.272	42.667
Segmentaktiva	6.591.157	12.958.036	19.549.193	6.220.733	11.449.205	17.669.938
Ausstehendes eingezahltes Kapital			1.740.817			1.924.695
Summe der Aktiva			21.290.010			19.594.633
Segmentpassiva	6.591.157	12.958.036	19.549.193	6.220.733	11.449.205	17.669.938
Ausstehendes Eigenkapital der Mitglieder			1.740.817			1.924.695
Summe der Passiva			21.290.010			19.594.633
Kapitalaufwendungen	9.940	1.044	10.984	9.775	1.074	10.849

Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen und der oben angegebene Kapitalertrag ergeben insgesamt 718,2 Millionen Euro (1999: 478,9 Millionen Euro). Dieser Betrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Sekundäres Berichtsformat – geografisches Segment

Die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking in den Einsatzländern wird zu internen Managementzwecken in drei Regionen eingeteilt.

	Segmenteinkünfte 2000 000 Euro	Segmenteinkünfte 1999 000 Euro	Segmentaktiva 2000 000 Euro	Segmentaktiva 1999 000 Euro
Fortgeschrittene Länder ¹	235.207	217.936	2.869.969	2.746.986
Frühe/Mittlere Länder ²	285.081	154.176	2.637.139	2.319.480
Russische Föderation	119.747	94.466	1.084.049	1.154.267
Insgesamt	640.035	466.578	6.591.157	6.220.733

Geografische Segmentzahlen in bezug auf die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking werden oben angegeben. Eine geografische Analyse der Tätigkeit der Finanzabteilung wird aufgrund des Gebrauchs derivativer Instrumente, durch die Einkünfte in andere Währungen und Stellen verschoben werden als die, aus denen die Aktiva stammen, nicht für nützlich erachtet. Die oben angegebenen Einkünfte nach geografischen Segmenten und die Einkünfte nach Geschäftssegmenten der Finanzabteilung ergeben zusammen Gesamtsegmenteinkünfte in Höhe von 1,2 Milliarden Euro.

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

² Frühe/Mittlere Länder umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJRMazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland.

4 Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Bereitstellungsgebühren	11.669	10.906
Pauschalgebühren	9.685	8.959
Managementgebühren	3.434	3.489
Handelsfinanzierungsgebühren	2.496	1.048
Sonstige	2.095	1.445
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	29.379	25.847

5 Nettogewinn aus Wertpapier- und Devisengeschäften

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Anlagebestand	749	2.764
Handelsbestand	22.925	25.440
Devisengeschäfte	(1.989)	(6.620)
Nettogewinn aus Wertpapier- und Devisengeschäften	21.685	21.584

Der Nettogewinn aus Wertpapiergeschäften stellt im Falle des Anlagebestands der Bank die realisierten Gewinne dar, die sich aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Portfolio ergeben. Im Falle des Handelsbestands umfasst der Nettogewinn sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen.

6 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Personalaufwand ¹	111.183	95.954
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse ²	67.819	63.731
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen ³	179.002	159.685

Die Bank pflegt Devisenkontrakte abzuschließen, um die Auswirkung aller Aufwertungen des Pfundes gegenüber dem Euro bei den zum Großteil in Pfund denominierten Aufwendungen zu minimieren, wenn diese für Berichtszwecke in Euro umgerechnet werden. Die Anwendung dieser Praxis hatte zur Folge, dass die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2000 um 15,0 Millionen Euro (1999: 20,3 Millionen Euro) vermindert werden konnten. Außerdem hat die Bank eine Reihe von Devisenterminkontrakten abgeschlossen, um die für künftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Aufwendungen in Pfund Sterling abzusichern. Sicherungsgeschäfte bestehen für das Jahr 2001 für rund 42 Prozent. Zum 31. Dezember 2000 wies der Marktwert dieser Transaktionen einen Gewinn von 12,8 Millionen Euro aus, der gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank passivisch abgegrenzt worden ist und im folgenden Jahr ergebniswirksam verbucht wird.

¹ Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfassten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 848 Festangestellten (1999: 836), 64 vertraglichen Mitarbeitern (davon 38 mit Sonderverträgen und 26 Praktikanten/kurzfristig Tätigen), 232 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 76 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren waren 39 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 2000 waren beschäftigt: 862 Festangestellte (1999: 833), 56 vertragliche Mitarbeiter (davon 28 mit Sonderverträgen und 28 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 238 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 75 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren waren 39 Mitarbeiter extern finanziert.

Darüber hinaus waren 206 Projektmitarbeiter (1999: 207) im Regionalen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Russland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

² Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Euro in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (1999: 2,1 Millionen Euro).

³ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Pfund Sterling beliefen sich auf insgesamt £119,3 Millionen (1999: £118,9 Millionen).

7 Rückstellungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	2000 Insgesamt 000 Euro	1999 Insgesamt 000 Euro
Rückstellungen für das Geschäftsjahr:							
Allgemeine Rückstellungen für							
im Umlauf befindliche Auszahlungen	78.537	140.878	219.415	2.033	7.157	228.605	10.186
ausstehende Zusagen	(29.742)	(54.293)	(84.035)	(6.013)	–	(90.048)	(14.748)
Garantien	–	–	–	14.305	–	14.305	4.481
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	1.866	–	1.866	–	–	1.866	14.128
Einzelrückstellungen	21.171	80.396	101.567	1.612	–	103.179	142.052
Bestandsrisiko	(65.302)	(15.218)	(80.520)	(3.053)	–	(83.573)	4.812
Für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	6.530	151.763	158.293	8.884	7.157	174.334	
Für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	47.356	111.720	159.076	7.108	(5.273)		160.911
Veränderungen bei Rückstellungen							
	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	Insgesamt 000 Euro	
Stand 1. Januar 2000	666.942	446.874	1.113.816	10.957	6.320	1.131.093	
Rückstellungen	6.530	151.763	158.293	8.884	7.157	174.334	
Kursberichtigungen	39.322	–	39.322	(1.475)	(285)	37.562	
Abzüglich abgeschriebener Beträge	(112.719)	(18.177)	(130.896)	–	–	(130.896)	
Stand 31. Dezember 2000	600.075	580.460	1.180.535	18.366	13.192	1.212.093	
<i>Aufgegliedert nach:</i>							
Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	194.039	282.381	476.420	4.061	13.192	493.673	
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	68.121	–	68.121	–	–	68.121	
Einzelrückstellungen	337.915	298.079	635.994	–	–	635.994	
Rückstellungen für Verluste, abgezogen von den Aktiva	600.075	580.460	1.180.535	4.061	13.192	1.197.788	
Rückstellungen für Verluste, abgezogen von sonstigen Passiva	–	–	–	14.305	–	14.305	
Stand 31. Dezember 2000	600.075	580.460	1.180.535	18.366	13.192	1.212.093	

Im Verlauf des am 31. Dezember 2000 abgelaufenen Geschäftsjahrs verfeinerte die Bank ihre Methode der allgemeinen Rückstellungen und berücksichtigte dabei die aus laufenden Projekten gewonnenen Erfahrungen und die Entwicklungen in der Marktpraxis der Bankenindustrie. Zu dem Zeitpunkt, an dem die verfeinerte Methode zuerst angewandt wurde, fiel bei den Gesamtrückstellungen der Unterschied zu den nach der früheren Methode errechneten kaum ins Gewicht. Wie in Anmerkung 2 (vi) dargelegt, werden die allgemeinen Rückstellungen zum 31. Dezember 2000 jetzt auf der Basis ausgezahlter Aktiva errechnet, und zwar

nach einem Risikoeinstufungsansatz für nichtstaatliche Aktiva und mit 3 Prozent für staatliche Risikoanlagen. Die von der Bank in früheren Geschäftsjahren unter allgemeinen Verbindlichkeiten ausgewiesene Rückstellung für sonstige Bestandsrisiken, die allgemeine Rückstellungen für Zusagen und für Bestandsrisiken umfasste, wurde in diese neue allgemeine Rückstellungsberechnung einbezogen, die als Abzug vom Buchwert der verbundenen Aktiva ausgewiesen ist.

8 Schuldtitel

Aufgegliedert nach Emittenten	Buchwert 2000 000 Euro	Buchwert 1999 000 Euro
Regierungen	701.060	618.693
Körperschaften des öffentlichen Rechts	904.537	1.042.636
Sonstige Kreditnehmer	5.469.905	6.204.161
Stand 31. Dezember	7.075.502	7.865.490
Aufgegliedert nach Bestand		
Anlagebestand	5.208.121	6.093.159
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	1.190.365	1.160.547
Extern verwaltete Fonds	625.440	571.476
	1.815.805	1.732.023
Bankingbestand	51.576	40.308
Stand 31. Dezember	7.075.502	7.865.490

9 Sonstige Aktiva

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zinsforderungen	382.853	414.501
Aus dem Wertpapiergeschäft	290.964	502.710
Sonstige	89.855	77.409
Stand 31. Dezember	763.672	994.620

10 Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen im Umlauf	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt 000 Euro
Stand 1. Januar 2000	5.328.267	1.616.323	6.944.590
Auszahlungen	1.480.940	455.091	1.936.031
Rückzahlungen, vorzeitige Tilgungen und Abgänge zu Anschaffungskosten	(1.410.119)	(86.405)	(1.496.524)
Kursberichtigungen	254.131	–	254.131
Abschreibungen	(112.719)	(18.177)	(130.896)
Stand 31. Dezember 2000	5.540.500	1.966.832	7.507.332
Wertberichtigungen zum 31. Dezember 2000	(600.075)	(580.460)	(1.180.535)
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 2000	4.940.425	1.386.372	6.326.797
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1999	4.756.369	1.238.960	5.995.329

Zum 31. Dezember 2000 hatte die Bank 26 Darlehen in Höhe von 363,8 Millionen Euro (1999: 26 Darlehen im Gesamtwert von 452,7 Millionen Euro) im Bestand, die sich aufgrund von überfälligen Zinsen und Tilgungen in notleidendem Zustand befanden. Für diese Darlehen wurden Sonderrückstellungen in Höhe von 278,9 Millionen Euro (1999: 314,2 Millionen Euro) gebildet.

Da die Bank keine Tochtergesellschaften hat, erstellt sie keinen konsolidierten Abschluss. Sie weist alle Aktienanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigung für dauernde Wertminderung aus. Hätte die Bank das anteilige Reinvermögen für alle Investitionen bilanziert, in denen sie mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens hält und deren in den Aktienanlagen in der Bilanz zum 31. Dezember 2000 enthaltener Buchwert rund 585,0 Millionen Euro betrug, beliefe sich die Nettoauswirkung in der Gewinn- und Verlustrechnung auf einen Gewinn in Höhe von rund 17,2 Millionen Euro. Dies entspricht dem Anteil der Bank an den Nettogewinnen oder -verlusten aus den letzten geprüften Abschlüssen der Zielunternehmen. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Vorlage von in Übereinstimmung mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ausgearbeiteten und geprüften Abschlüssen aller Zielunternehmen stützen sich diese Zahlen auf Gewinne oder Verluste des letzten 12-Monats-Zeitraums, für den diese Informationen vorliegen.

Nachfolgend aufgelistet sind alle Aktienanlagen, bei denen die Bank zum 31. Dezember 2000 mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens hielt und wo die Gesamtinvestition der Bank abzüglich Wertrückstellungen sich auf mehr als 10,0 Millionen Euro belief. Bedeutende Aktienanteile übernimmt die Bank normalerweise nur dann, wenn womöglich mit nachfolgender externer Beteiligung zu rechnen ist.

	Anteil in %
Black Sea Fund	32
Budapest Bank	34
Cargill Industrial Complex	33
Danone – Ciastka	25
East Europe Food Fund	21
Lafarge – Rumänien	38
Lafarge – Kujawy and RMC	22
Lafarge – Malogoszcz and Wierzbica	22
Polish Private Equity Fund	33

11 Übersicht über die Geschäftstätigkeit

<i>Aufgliederung nach Ländern</i>	Operative Aktiva 2000 000 Euro	Operative Aktiva 1999 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2000 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 1999 000 Euro
Albanien	31.924	27.813	46.926	51.780
Armenien	74.666	53.497	29.724	9.581
Aserbaidschan	204.204	177.144	90.171	69.335
Bosnien und Herzegowina	57.133	35.218	79.903	44.177
Bulgarien	305.924	237.604	57.670	43.211
Estland	199.082	204.925	40.760	27.650
Georgien	89.481	53.541	85.502	110.926
Kasachstan	233.800	161.072	324.552	304.070
Kirgisistan	109.782	101.723	25.778	36.764
Kroatien	336.318	275.975	232.733	187.612
Lettland	95.534	105.123	68.576	82.212
Litauen	250.858	187.581	54.531	24.597
EJR Mazedonien	94.377	74.278	88.122	66.988
Moldau	75.109	72.884	69.229	40.784
Polen	863.884	741.775	526.418	332.832
Rumänien	880.414	794.627	339.971	369.635
Russische Föderation	1.494.710	1.619.082	732.937	595.887
Slowakische Republik	206.613	253.505	35.628	39.550
Slowenien	200.879	184.266	22.322	36.267
Tadschikistan	10.972	8.655	2.786	5.126
Tschechische Republik	294.691	277.548	141.801	115.159
Turkmenistan	40.473	31.272	111.467	117.996
Ukraine	336.531	310.203	629.728	459.885
Ungarn	489.086	486.828	108.158	118.935
Usbekistan	255.443	220.392	217.526	227.539
Weißrussland	87.903	110.467	7.365	16.049
Regional	243.192	179.870	484.944	346.325
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Aufgliederung nach Instrumenten

Darlehen	5.540.500	5.328.267	3.527.185	2.961.410
Anlagen in Stammaktien	1.966.832	1.616.323	806.876	731.080
Schuldtitle	55.651	42.278	-	-
Garantien	-	-	321.167	188.382
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Aufgliederung nach Sektoren

Handel und Fremdenverkehr	222.636	291.964	72.016	78.240
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	122.133	136.908	126.859	113.501
Energie/Elektrizitätserzeugung	847.324	568.345	1.393.283	1.061.068
Rohstoffindustrie	506.013	607.385	263.123	174.201
Finanzwesen	2.330.210	2.292.162	1.166.492	1.124.407
Verarbeitende Industrie	1.807.801	1.439.086	596.054	527.541
Primärindustrien	111.902	109.458	106.053	16.713
Telekommunikation	709.042	702.812	210.735	230.584
Verkehrs- und Bauwesen	905.922	838.748	720.613	554.617
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Anmerkung: Der Begriff „Operative Aktiva“ ersetzt „Im Umlauf befindliche Auszahlungen“ und versteht sich vor Rückstellungen, und der Begriff „Nicht in Anspruch genommene Zusagen“ ersetzt „Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt“.

12 Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen 000 Euro	Technik und Büroausstattung 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
<i>Anschaftungskosten</i>			
Stand 1. Januar 2000	67.915	65.812	133.727
Zugänge	796	10.188	10.984
Abgänge	–	(220)	(220)
Stand 31. Dezember 2000	68.711	75.780	144.491
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 2000	33.339	59.379	92.718
Belastungen	4.617	8.482	13.099
Abgänge	–	(220)	(220)
Stand 31. Dezember 2000	37.956	67.641	105.597
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 2000	30.755	8.139	38.894
Stand 31. Dezember 1999	34.576	6.433	41.009

Zugänge enthalten 1,0 Millionen Euro für Computerausstattung im Rahmen von Finanzierungs-Leasing mit einer verbundenen Abschreibung von 0,2 Millionen Euro. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 1,0 Millionen Euro, von denen 0,4 Millionen Euro innerhalb

eines Jahres nach dem Bilanzstichtag und 0,6 Millionen Euro nach einem Jahr, aber nicht mehr als 5 Jahre nach dem Bilanzstichtag, fällig sind. Diese zukünftigen Zahlungen sind unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

13 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1999 enthält die nicht getilgten verbrieften Verbindlichkeiten der Bank und dazugehörige Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert 000 Euro	Nicht abgegrenztes Agio 000 Euro	Angepasste Kapital- beträge 000 Euro	Forderungen/ (Verbindlichkeiten) aus Währungs- swaps 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 2000 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 1999 000 Euro
Australische Dollar	253.422	–	253.422	(253.422)	–	–
Estnische Kronen	6.389	–	6.389	(6.389)	–	–
Euro	1.752.395	21.255	1.773.650	490.972	2.264.622	2.556.037
Goldbarren	707.179	–	707.179	(707.179)	–	–
Griechische Drachmen	227.668	–	227.668	(227.668)	–	–
Hongkong-Dollar	337.553	–	337.553	(337.553)	–	–
Japanische Yen	1.480.864	–	1.480.864	(1.000.863)	480.001	548.527
Kanadische Dollar	139.652	–	139.652	(139.652)	–	–
Neue Taiwan-Dollar	831.544	–	831.544	(831.544)	–	–
Pfund Sterling	2.878.284	–	2.878.284	(1.008.663)	1.869.621	1.529.024
Polnische Zloty	603.486	–	603.486	(603.486)	–	–
Russische Rubel	33.189	–	33.189	(33.189)	–	–
Singapur-Dollar	93.023	–	93.023	(93.023)	–	–
Slowakische Kronen	51.956	–	51.956	(51.956)	–	–
Südafrikanische Rand	501.224	–	501.224	(501.224)	–	–
Südkoreanische Won	74.720	–	74.720	(74.720)	–	–
Tschechische Kronen	45.566	–	45.566	(45.566)	–	–
Ungarische Forint	7.549	–	7.549	–	7.549	7.852
US-Dollar	3.564.551	10.192	3.574.743	5.425.125	8.999.868	7.176.689
Stand 31. Dezember	13.590.214	31.447	13.621.661	–	13.621.661	11.818.129

Während des Berichtsjahrs löste die Bank vor Fälligkeit Anleihen und mittelfristige Schuldscheine im Wert von 212,9 Millionen Euro ein und erzielte damit einen Reingewinn von 5,0 Millionen Euro.

14 Sonstige Verbindlichkeiten

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zinsverbindlichkeiten	369.246	388.345
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	1.437.085	1.287.561
Sonstige	154.278	285.134
Stand 31. Dezember	1.960.609	1.961.040

15 Gezeichnetes Kapital

	Zahl der 2000 Anteile	Insgesamt 2000 000 Euro	Zahl 1999 der Anteile	Insgesamt 1999 000 Euro
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>davon</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.975	9.919.750	991.875	9.918.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	982.300	9.823.000	972.200	9.722.000
Teilsomme – gezeichnetes Kapital	1.974.275	19.742.750	1.964.075	19.640.750
Zuzuteilende Anteile ¹	4.675	46.750	4.675	46.750
Nicht zugeteilte Anteile ²	6.050	60.500	16.250	162.500
Autorisiertes und emittiertes Stammkapital	1.985.000	19.850.000	1.985.000	19.850.000
Noch nicht gezeichnet	15.000	150.000	15.000	150.000
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die den Ländern, die ehemals Teil Jugoslawiens waren, potentiell zur Verfügung stehen.

² Anteile, die neuen oder bestehenden Mitgliedern potentiell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Euro. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, dass Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, dass im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluss aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Gemäß dem Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuld-

scheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile und Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zusammenfassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals		
Von Mitgliedern emittierte Schuldscheine		
Einlösung noch nicht fällig	317.368	237.079
Einlösung fällig	6.420	4.027
Eingegangene Schuldscheine insgesamt	323.788	241.106
Eingezahltes gezeichnetes Kapital		
noch nicht fällige Beträge	1.392.463	1.651.737
fällige, aber noch nicht eingegangene Beträge	24.566	31.852
Eingezahltes gezeichnetes Kapital insgesamt	1.417.029	1.683.589
Ausstehendes eingezahltes Kapital zum 31. Dezember	1.740.817	1.924.695

15 Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung

Stand 31. Dezember 2000 Mitglieder	Gesamt- anteile (Anzahl)	Resultierende Stimmen ¹ (Anzahl)	Gesamtes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Eingezahltes Kapital ² 000 Euro
Mitglieder der Europäischen Union					
Belgien	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Dänemark	24.000	24.000	240.000	177.000	63.000
Deutschland	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Finnland	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Frankreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Griechenland	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Irland	6.000	6.000	60.000	44.250	15.750
Italien	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Luxemburg	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Niederlande	49.600	49.600	496.000	365.800	130.200
Österreich	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Portugal	8.400	8.400	84.000	61.950	22.050
Schweden	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Spanien	68.000	62.730	680.000	501.500	178.500
Vereinigtes Königreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Europäische Gemeinschaft	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Europäische Investitionsbank	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Weitere europäische Länder					
Island	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Israel	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Liechtenstein	400	400	4.000	2.950	1.050
Malta	200	200	2.000	1.470	530
Norwegen	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Schweiz	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Türkei	23.000	23.000	230.000	169.620	60.380
Zypern	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Einsatzländer					
Albanien	2.000	1.592	20.000	14.750	5.250
Armenien	1.000	960	10.000	7.370	2.630
Aserbaidschan	2.000	1.114	20.000	14.750	5.250
Bosnien und Herzegowina	3.380	2.240	33.800	24.930	8.870
Bulgarien	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Estland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Georgien	2.000	992	20.000	14.750	5.250
Kasachstan	4.600	4.381	46.000	33.920	12.080
Kirgisistan	2.000	1.292	20.000	14.750	5.250
Kroatien	7.292	7.292	72.920	53.780	19.140
Lettland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Litauen	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
EJR Mazedonien	1.382	1.382	13.820	10.200	3.620
Moldau	2.000	1.558	20.000	14.750	5.250
Polen	25.600	25.600	256.000	188.800	67.200
Rumänien	9.600	9.600	96.000	70.800	25.200
Russische Föderation	80.000	80.000	800.000	590.000	210.000
Slowakische Republik	8.534	8.534	85.340	62.940	22.400
Slowenien	4.196	4.039	41.960	30.940	11.020
Tadschikistan	2.000	886	20.000	14.750	5.250
Tschechische Republik	17.066	17.066	170.660	125.860	44.800
Turkmenistan	200	180	2.000	1.470	530
Ukraine	16.000	15.360	160.000	118.000	42.000
Ungarn	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Usbekistan	4.200	4.137	42.000	30.970	11.030
Weißrussland	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Nicht zugeweilte Anteile für die Länder, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren	4.675 ³	-	46.750	32.730	14.020
Außereuropäische Länder					
Ägypten	2.000	1.750	20.000	14.750	5.250
Australien	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Japan	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Kanada	68.000	68.000	680.000	501.500	178.500
Republik Korea	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Mexiko	3.000	3.000	30.000	21.000	9.000
Marokko	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Mongolei	200	200	2.000	1.470	530
Neuseeland	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	200.000	200.000	2.000.000	1.475.000	525.000
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	1.974.275	1.957.235	19.742.750	14.556.615	5.186.135
Nicht zugeweilte Anteile	10.725		107.250		
Autorisiertes und emittiertes Kapital	1.985.000		19.850.000		

¹ Stimmrechte werden wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge in bezug auf die Verpflichtungen des Mitglieds für eingezahlte Anteile eingeschränkt. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.969.600 (1999: 1.959.400).

² An eingezahltem Kapital gingen 3,77 Milliarden Euro ein (1999: 3,48 Milliarden Euro). 24,6 Mio Euro sind überfällig (1999: 31,9 Mio Euro). Zusätzlich beziehen

sich 5,5 Mio Euro auf überfällige Einlösungen hinterlegter Schuldscheine (1999: 3,2 Mio Euro). 1,4 Milliarden Euro sind noch nicht fällig (1999: 1,65 Milliarden Euro), vor allem in Verbindung mit der Kapitalerhöhung, und sind bis zum 15. April 2005 zahlbar.

³ Die mit diesen Anteilen verbundenen Stimmrechte sind bis zur Neuverteilung ausgesetzt worden.

16 Von Mitgliedern begebene Schuldscheine

Emissionswährungen	Insgesamt eingegangen 000 Euro	Wechselkurs- gewinn 000 Euro	In Anspruch genommener Betrag 000 Euro	Ausstehender Betrag 2000 000 Euro	Ausstehender Betrag 1999 000 Euro
Euro	917.646	–	(758.510)	159.136	116.410
Japanische Yen	179.235	12.037	(153.035)	38.237	30.967
US-Dollar	512.864	25.781	(412.230)	126.415	93.729
Stand 31. Dezember	1.609.745	37.818	(1.323.775)	323.788	241.106

Die auf das Stammkapital bezüglichen Schuldscheine oder anderen hinterlegten Schuldtitel lauten auf Euro, US-Dollar oder japanische Yen. In Übereinstimmung mit einem vom Direktorium eingeführten Verfahren für die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen von Mitgliedern im Zusammenhang mit ihren ursprünglichen Zeichnungen 1992 oder später hinterlegten Schuldtiteln ist jeder derartige Schuldschein oder andere Schuldtitel in drei gleichen jährlichen Raten abgerufen worden. Das in Verbindung mit Zeichnungen für die Kapitalerhöhung angenommene Verfahren sieht die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen Schuldtiteln in fünf gleichen Jahresraten vor.

Die in US-Dollar oder japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine oder anderen Schuldtitel wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls sie am Jahresende noch im Bestand waren, zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Marktkursen in Euro umgerechnet.

17 Nettowährungsposition

	Euro 000 Euro	US-Dollar 000 Euro	Japanische Yen 000 Euro	Pfund Sterling 000 Euro	Sonstige Währungen 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva						
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.852.811	3.428.701	29.347	19.311	14.158	5.344.328
Schuldtitel	1.023.798	4.618.294	1.023.658	340.830	68.922	7.075.502
Sonstige Aktiva	110.285	435.515	29.580	49.609	138.683	763.672
Darlehen	1.521.667	3.378.122	10.429	–	30.207	4.940.425
Aktienanlagen	–	–	–	–	1.386.372	1.386.372
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	38.894	–	–	–	–	38.894
Fällige eingezahlte Anteile	996.618	562.981	181.218	–	–	1.740.817
Summe der Aktiva	5.544.073	12.423.613	1.274.232	409.750	1.638.342	21.290.010
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(285.144)	(11.679)	(140.351)	(1.616)	(16.955)	(455.745)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(1.773.650)	(3.574.743)	(1.480.864)	(2.878.284)	(3.914.120)	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(1.050.022)	(655.652)	(26.080)	(117.382)	(111.473)	(1.960.609)
Summe der Passiva	(3.108.816)	(4.242.074)	(1.647.295)	(2.997.282)	(4.042.548)	(16.038.015)
Aktiva/(Passiva) netto	2.435.257	8.181.539	(373.063)	(2.587.532)	(2.404.206)	5.251.995
Derivative Finanzinstrumente	1.428.807	(8.189.499)	377.441	2.586.612	3.796.639	–
Währungsposition zum 31. Dezember 2000	3.864.064	(7.960)	4.378	(920)	1.392.433	5.251.995
Währungsposition zum 31. Dezember 1999	3.846.793	25.592	5.171	(7.799)	1.202.050	5.071.807

Zusätzlich zu der Geschäftswährung der Bank, dem Euro, sind die einzeln aufgeführten Währungen solche, in denen die Bank in der Hauptsache Kredite aufnimmt (siehe Anmerkung 13) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefasste Positionen, die die Bank nach Wertberichtigungen für bilanzunwirksame Posten einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zugänglich waren.

18 Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um mit Finanzierungsinstrumenten verbundene Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition stützt sich auf Grundsätze, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, dass 40 Prozent der Nettoinvestitionen der Finanzabteilung eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, dass die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Aufgliederung der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder nach relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefasst.

	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Laufzeit unbestimmt 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen							
an Kreditinstitute(n)	4.304.354	878.425	128.870	–	32.679	–	5.344.328
Schuldtitel	223.843	233.507	326.851	2.707.375	3.583.926	–	7.075.502
Sonstige Aktiva	336.823	34.328	345.847	21.255	25.419	–	763.672
Darlehen	221.857	142.890	797.860	2.404.103	1.635.875	(262.160)	4.940.425
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	1.386.372	1.386.372
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	38.894	38.894
Fälliges eingezahltes Kapital	–	–	384.189	1.324.217	–	32.411	1.740.817
Summe der Aktiva	5.086.877	1.289.150	1.983.617	6.456.950	5.277.899	1.195.517	21.290.010
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(314.098)	(1.296)	–	–	(140.351)	–	(455.745)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2.092.513)	(266.733)	(1.626.198)	(4.584.235)	(5.051.982)	–	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(333.071)	(89.265)	(379.655)	(63.614)	(142.536)	(952.468)	(1.960.609)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.251.995)	(5.251.995)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(2.739.682)	(357.294)	(2.005.853)	(4.647.849)	(5.334.869)	(6.204.463)	(21.290.010)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2000	2.347.195	931.856	(22.236)	1.809.101	(56.970)	(5.008.946)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2000	2.347.195	3.279.051	3.256.815	5.065.916	5.008.946	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1999	1.768.242	1.181.967	3.288.867	4.911.979	4.760.416	–	–

19 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, dass der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist.

Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, dass sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Mittel ohne Zinserträge 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	4.304.354	878.425	161.549	-	-	-	5.344.328
Schuldtitle	3.143.418	2.029.642	317.561	1.039.460	545.421	-	7.075.502
Sonstige Aktiva	98.486	-	382.854	-	-	282.332	763.672
Darlehen	589.046	1.589.321	2.264.846	351.521	407.851	(262.160)	4.940.425
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich ausstehendes eingezahltes Kapital	-	-	-	-	-	3.166.083	3.166.083
Summe der Aktiva	8.135.304	4.497.388	3.126.810	1.390.981	953.272	3.186.255	21.290.010
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(314.098)	(1.296)	-	-	(140.351)	-	(455.745)
Verbrieftete Verbindlichkeiten	(2.199.970)	(437.986)	(1.454.946)	(4.476.777)	(5.051.982)	-	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(413.977)	-	(369.245)	-	-	(1.177.387)	(1.960.609)
Eigenkapital der Mitglieder	-	-	-	-	-	(5.251.995)	(5.251.995)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(2.928.045)	(439.282)	(1.824.191)	(4.476.777)	(5.192.333)	(6.429.382)	(21.290.010)
Nettovermögen	5.207.259	4.058.106	1.302.619	(3.085.796)	(4.239.061)	(3.243.127)	-
Derivative Finanzinstrumente	(887.537)	(2.489.491)	(3.947.829)	3.085.796	4.239.061	-	-
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2000	4.319.722	1.568.615	(2.645.210)	-	-	(3.243.127)	-
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2000	4.319.722	5.888.337	3.243.127	3.243.127	3.243.127	-	-
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1999	3.910.845	5.050.994	2.898.639	2.827.911	2.827.911	-	-

Die Bemessung der Zinsänderungsrisikorate der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (*Value-at-Risk/VaR*), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Zum 31. Dezember 2000, kalkuliert mit Bezug auf ein Verlässlichkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Handelstagen, betrug das VaR der Bank einschließlich extern verwalteter Investitionsprogramme 3,3 Millionen Euro (1999: 4,7 Millionen Euro).

20 Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Finanzabteilung

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Kreditderivate ¹	3.133.554	2.070.629
Vereinbarungen über Swaps und Optionen im Freiverkehr: ²		
vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	717.220	877.018
nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	103.140	330.394

Die Bank ist bei der Wahl ihrer Gegenpartei sehr vorsichtig und geht davon aus, dass Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Derivatgeschäfte insbesondere beschränken sich normalerweise auf Partner mit mindestens einem AA-Rating, die eine Sicherungsvereinbarung mit der Bank getroffen haben.

¹ Diese Beträge stellen den gesamten fiktiven Wert aller durch die Bank vereinbarten Kreditderivatkontrakte unter anderem für die gesamten Gegenswaps dar.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

21 Informationen über den geschätzten Veräußerungswert

Nachfolgend finden sich Informationen über die geschätzten Veräußerungswerte der finanziellen Aktiva und Passiva der Bank. Diese bedeuten den geschätzten Betrag, für den zwischen sachkundigen und willigen Parteien in einer geschäftlichen Transaktion ein Vermögenswert eingetauscht oder eine Forderung beglichen werden könnte. Wo für ein bestimmtes Instrument ein aktiver Markt besteht, wurden notierte Preise eingesetzt. Wo kein aktiver Markt besteht, wurden geschätzte Werte von intern angewandten Preisbestimmungsmodellen verwendet, die mit Ausnahme von Aktienanlagen (siehe (d) unten) nach DCF-Analyse erstellt wurden.

Folgendes sollte bei der unten aufgeführten Darstellung geschätzter Veräußerungswerte berücksichtigt werden:

(a) der Wert kurzfristiger Finanzinstrumente, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, nähert sich dem in der Bilanz der Bank ausgewiesenen Wert.
(b) der Wert in bezug auf Schuldtitel und verbrieft Verbindlichkeiten schließt den geschätzten Veräußerungswert von damit verbundenen derivativen Instrumenten ein. Für die Emissionen verbrieft Verbindlichkeiten der Bank, die privat platziert werden, sind Informationen nur für die Emissionen zugänglich, bei denen die Bank später einen Teil der Emission zurückgekauft hat.

(c) der Bilanzwert von Darlehen wird abzüglich Rückstellungen ausgewiesen, was ihrem geschätzten Veräußerungswert nahekommt. Da die Bank ihr Zinsveränderungsrisiko auf Bestandsbasis steuert, ist es nicht möglich, die spezifischen Derivatinstrumente zu identifizieren, die das Zinsrisiko im Darlehensbestand der Bank absichern. Folglich berücksichtigt der ausgewiesene Betrag des Darlehensbestands nicht den Schätzwert der möglicherweise damit verbundenen Derivatinstrumente.

(d) der Wert von Aktienanlagen, die an einer amtlichen Börse gehandelt werden, wird durch notierte Börsenpreise bestimmt. Die notierten Aktienanlagen der Bank befinden sich normalerweise in Märkten, die relativ wenig flüssig und volatil sind, und der nachfolgend angegebene Wert berücksichtigt diese Tatsache nicht zusätzlich. In allen anderen Fällen wird angenommen, dass der Wert den Anschaffungskosten der Bank abzüglich Rückstellungen entspricht.

	Bilanzwert 2000 000 Euro	Geschätzte Anpassung des Veräußerungswerts 2000 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 2000 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 1999 000 Euro
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	5.344.328	–	5.344.328	2.773.490
Schuldtitel	7.075.502	(1.994)	7.073.508	7.863.637
	12.419.830	(1.994)	12.417.836	10.637.127
Darlehen	4.940.425	–	4.940.425	4.756.369
Aktienanlagen	1.386.372	232.920	1.619.292	1.557.163
Sonstiges Sachvermögen	2.543.383	–	2.543.383	2.960.324
Summe der Aktiva	21.290.010	230.926	21.520.936	19.910.983
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(455.745)	–	(455.745)	(743.657)
Verbrieft Verbindlichkeiten	(13.621.661)	17.823	(13.603.838)	(11.807.187)
	(14.077.406)	17.823	(14.059.583)	(12.550.844)
Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	(1.960.609)	–	(1.960.609)	(1.961.040)
Eigenkapital der Mitglieder	(5.251.995)	–	(5.251.995)	(5.071.807)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(21.290.010)	17.823	(21.272.187)	(19.583.691)
Geschätzter Veräußerungswert (netto) zum 31. Dezember			248.749	327.292

Im Anlagebestand der Bank gehaltene Schuldtitel werden normalerweise bis zur Fälligkeit gehalten und werden daher in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen.

22 Gültige Pachtverträge

Die Bank hat den Hauptsitz in London und bestimmte Gebäude ihrer Ländervertretungen in Einsatzländern gepachtet. Dabei handelt es sich um normale kurzfristige Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind für die Bank im normalen Geschäftsverlauf ohne erhebliche Vertragsstrafen nicht kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Nach einer solchen Überprüfung kann die Miete entweder unverändert bleiben oder erhöht werden. Es besteht eine Kündigungsklausel, die im Jahr 2006 rechtswirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden.

Die Bank hat für zwei Stockwerke des Sitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen. Die Bedingungen dieser Verträge entsprechen den Bedingungen des Hauptpachtvertrages der Bank. Die voraussichtlichen zukünftigen Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Verträge betragen zum 31. Dezember 2000 17,4 Millionen Euro. Die erfolgswirksam verbuchten Mieteingänge für das Berichtsjahr beliefen sich auf 3,9 Millionen Euro.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Operate-Leasingverträge sind nachfolgend ausgewiesen:

Zahlbar:	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Innerhalb eines Jahres	26.536	26.222
In ein bis fünf Jahren	98.988	100.371
In mehr als fünf Jahren	17.321	40.630
Stand 31. Dezember	142.845	167.223

23 Pensionspläne für Mitarbeiter

Festgelegter Leistungsplan

Eine vollständige versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Kosten je Leistungseinheit durchgeführt. Für Zwecke der IAS-19 wird diese jährlich fortgeschrieben. Die letzte Schätzung fand am 31. August 1999 statt und wurde

anschließend revidiert, um sicherzustellen, dass es bis zum 31. Dezember 2000 keine wesentlichen Änderungen gab. Die Hauptannahmen werden im folgenden dargestellt. Der gegenwärtige Wert der Verpflichtungen und der derzeitigen Bearbeitungskosten im Rahmen des festgelegten Leistungsplans wurde unter Verwendung der projizierten Kosten je Leistungseinheit berechnet.

In der Bilanz werden folgende Beträge ausgewiesen:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Marktwert der Planvermögen	81.095	65.058
Derzeitiger Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans	(57.286)	(50.726)
	23.809	14.332
Nicht ausgewiesene versicherungsmathematische Verluste	1.610	8.374
Vorauszahlungen zum 31. Dezember	25.419	22.706
Veränderungen in der Vorauszahlung (ausgewiesen unter „Sonstige Aktiva“):		
Stand 1. Januar	22.706	20.525
Währungsunterschiede	(120)	571
Eingegangene Beiträge	11.119	10.789
Gesamtaufwendungen wie unten	(8.286)	(9.179)
Stand 31. Dezember	25.419	22.706

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Beträge sind folgende:

Derzeitige Bearbeitungskosten	(9.778)	(9.823)
Zinsen	(3.712)	(2.899)
Erwartete Rendite der Aktiva	5.524	3.865
Abschreibung auf versicherungsmathematische Verluste	(320)	(322)
Insgesamt in Mitarbeiteraufwendungen eingeschlossen	(8.286)	(9.179)

Hauptsächlich verwendete versicherungsmathematische Annahmen:

Diskontsatz	6,5 %	5,5 %
Erwartete Rendite auf Planvermögen	7,5 %	6,5 %
Zukünftige Gehaltserhöhungen	4,0 %	3,5 %
Mittlere erwartete Restarbeitsdauer der Mitarbeiter	15 Jahre	15 Jahre

Festgelegter Beitragsplan

Die im Rahmen des festgelegten Beitragsplans verbuchten Pensionskosten betragen 5,1 Millionen Euro (1999: 4,4 Millionen Euro) und werden unter „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

24 Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 2000 verwaltete die Bank 68 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (1999: 63) im Gesamtvolumen von 715,7 Millionen Euro (1999: 700,9 Millionen Euro). Dieser Betrag umfasst auch Mittel für das Tacis- und Phare-Programm der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 276,4 Millionen Euro. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 2000 insgesamt 576,5 Millionen Euro eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 2000 insgesamt 182,4 Millionen Euro. Darüber hinaus verwaltete die Bank 65 projektgebundene Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 35,1 Millionen Euro.

Außerdem verwaltete die Bank im Jahresverlauf neun Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 56,6 Millionen Euro und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,9 Millionen Euro spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Die Bank verwaltete außerdem den EBWE-Japan Special Earmarked Fund, der 1994 zu dem Zweck eingerichtet wurde, die japanischen Beiträge für das Programm für russische Kleinunternehmen zu steuern. Dieser Fonds wurde im Oktober 2000 in gegenseitigem Einvernehmen geschlossen und der Restbetrag auf den Japan-Europe Cooperation Fund übertragen.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 2000 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Euro eingegangen.

Die G-7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds („TSF“). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabiles System beizustehen. Zum 31. Dezember 2000 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 22 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 344,3 Millionen Euro eingegangen.

Im Zuge ihrer Beitrittsbestrebungen zur Europäischen Union übernahmen drei mitteleuropäische Länder, nämlich Litauen, Bulgarien und die Slowakische Republik die bindende Verpflichtung, die Reaktorblöcke vom Typ RBMK und WWER-440/230 bis zu bestimmten Terminen abzuschalten und stillzulegen. Daraufhin erklärte die Europäische Kommission ihre Absicht, die Stilllegung dieser Reaktoren innerhalb eines Zeitraums von acht bis zehn Jahren durch beträchtliche Zuschüsse zu unterstützen, und forderte die Bank auf, drei Internationale Unterstützungsfonds für die Stilllegung (*International Decommissioning Support Funds/IDSF*) zu verwalten. Am 12. Juni 2000 bewilligte das Direktorium die Statuten der IDSF für Ignalina, Kosloduj und Bohunice und stimmte der Übernahme der Verwaltung dieser Fonds durch die Bank zu. Die Fonds finanzieren ausgewählte Projekte zur Unterstützung der ersten Phase der Stilllegung der designierten Reaktoren. Außerdem geht es um Finanzierungsmaßnahmen zur Förderung der erforderlichen Restrukturierung, Verbesserung und Modernisierung der Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung und Verbesserungen der Energiewirksamkeit, die der Beschluss zur Stilllegung nach sich zieht. Zum 31. Dezember 2000 hatten acht Beitragszahler dem IDSF für Ignalina unter Verwendung der in den Statuten des IDSF Ignalina definierten festen Umrechnungskurse Zusagen in Höhe von insgesamt 18,0 Millionen Euro gemacht. Zu diesem Zeitpunkt waren für die IDSF Kosloduj und Bohunice noch keine Beitragsvereinbarungen abgeschlossen worden.

Bericht der Abschlussprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 2000 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Kapitalflussrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 81 bis 99 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung diesem Jahresabschluss ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die International Accounting Standards über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlussprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, dass der Jahresabschluss keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlussprüfung umfasst die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des

Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns durchgeführte Abschlussprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der International Accounting Standards und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Banken und anderen Finanzinstituten in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 2000 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Kapitalflussrechnung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 13. März 2001

Zusammenfassung der Sonderfonds

Sonderfonds werden im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet und unter anderem im Rahmen der vom Direktorium der Bank bewilligten Bestimmungen verwaltet. Zum 31. Dezember 2000 verwaltete die Bank elf Sonderfonds: acht Sonderfonds für Investitionen und drei Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit.

Die folgenden Tabellen enthalten eine Zusammenfassung von Auszügen aus den Jahresabschlüssen der Sonderfonds sowie eine Zusammenfassung der von Geberländern zugesagten Beiträge. Die Jahresabschlüsse für die jeweiligen Sonderfonds wurden gesondert geprüft. Die geprüften Jahresabschlüsse sind auf Antrag bei der Bank erhältlich.

Die Sonderfonds haben die folgenden Ziele:

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum und Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen.

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland und Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland

Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in der Russischen Föderation.

Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau

Förderung der Entwicklung von Mikrounternehmen durch Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau.

Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären

Unterstützung von Finanzintermediären in den Einsatzländern der Bank durch Investitionen in ihr Kapital.

italienischer Sonderfonds für Investitionen

Förderung der Modernisierung, Restrukturierung, Erweiterung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in bestimmten Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds für die Finanzierung von KMU

Erleichterung der Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Sonderfonds für die Balkanregion

Hilfeleistungen beim Wiederaufbau von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Rumänien.

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Fazilität für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds der EBWE für KMU

Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, EJR Mazedonien und Rumänien.

100

Sonderfonds für Investitionen

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung für den am 31. Dezember 2000 abgelaufenen Zeitraum	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären 000 Euro	italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für KMU	Sonderfonds für Investitionen insgesamt 000 Euro
Betriebsgewinn/(-verlust) vor Rückstellungen	2.397	6.345	251	630	1.240	(532)	(204)	(238)	9.889
(Belastung)/Auflösung von Rückstellungen für Verluste	(837)	(4.551)	329	(441)	(43)	(62)	-	-	(5.605)
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum	1.560	1.794	580	189	1.197	(594)	(204)	(238)	4.284
Auszug aus der Bilanz zum 31. Dezember 2000									
Darlehen	5.913	38.303	448	814	1.471	-	-	-	46.949
Rückstellungen	(442)	(14.159)	(224)	(110)	(190)	-	-	-	(15.125)
	5.471	24.144	224	704	1.281	-	-	-	31.824
Aktienanlagen	9.938	5.356	-	2.400	86	600	-	-	18.380
Rückstellungen	(1.452)	(2.678)	-	(476)	(25)	(62)	-	-	(4.693)
	8.486	2.678	-	1.924	61	538	-	-	13.687
Platzierungen und andere Aktiva	27.928	42.281	1.762	4.643	12.199	8.849	9.696	6.875	114.233
Noch nicht eingegangene Einlagen	-	-	-	8.597	-	40.000	750	1.075	50.422
Summe der Aktiva	41.885	69.103	1.986	15.868	13.541	49.387	10.446	7.950	210.166
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	50	31.553	6	33	6	6	165	3	31.822
Einlagen	41.500	59.351	1.261	15.066	11.435	50.000	10.485	8.185	197.283
Rücklagen und Gewinn/ (Verlust) für den Zeitraum	335	(21.801)	719	769	2.100	(619)	(204)	(238)	(18.939)
Summe der Passiva	41.885	69.103	1.986	15.868	13.541	49.387	10.446	7.950	210.166
Nicht in Anspruch genommene Zusagen und Garantien	13.239	60.885	950	1.424	1.929	8.053	6.268	907	93.655

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit

Auszug aus dem Mittelzufluss und Mittelabfluss des Fonds und Bilanz für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt 000 Euro
Bilanzvortrag	8.258	16.416	298	24.972
Eingegangene Einlagen	–	1.551	17	1.568
Zinsen und sonstige Erträge	246	2.656	8	2.910
Rückzahlungen von Auszahlungen	–	269	–	269
Auszahlungen	(2.735)	(7.785)	(120)	(10.640)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	(52)	(8)	(65)
Fondsvermögen	5.764	13.055	195	19.014
Kumulative bewilligte Zusagen	20.218	59.625	879	80.722
Kumulative Auszahlungen	(15.258)	(51.580)	(686)	(67.524)
Eingesetztes Fondsvermögen	4.960	8.045	193	13.198
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	804	5.010	2	5.816
Fondsvermögen	5.764	13.055	195	19.014

Von Geberländern zugesagte Beiträge zu den Sonderfonds

	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären 000 Euro	Italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für KMU 000 Euro	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds insgesamt 000 Euro
Dänemark	8.940	–	–	–	–	–	750	–	1.450	–	11.140
Deutschland	–	9.843	–	–	–	–	2.250	–	–	3.025	15.118
Europäische Gemeinschaft	–	–	–	–	–	50.000	–	–	–	–	50.000
Finnland	8.629	–	–	–	–	–	–	–	1.411	–	10.040
Frankreich	–	7.686	–	–	–	–	–	–	–	4.980	12.666
Island	427	–	–	–	–	–	–	–	69	–	496
Italien	–	8.401	–	–	11.435	–	–	–	–	1.360	21.196
Japan	–	21.162	–	–	–	–	–	–	–	3.295	24.457
Kanada	–	2.707	–	–	–	–	1.472	–	–	4.309	8.488
Norwegen	7.732	–	–	–	–	–	1.145	–	1.256	–	10.133
Österreich	–	–	–	–	–	–	276	–	–	–	276
Schweden	15.772	–	–	–	–	–	–	–	2.564	–	18.336
Schweiz	–	2.360	1.261	655	–	–	3.097	–	–	1.244	8.617
Taipeh-China	–	–	–	12.674	–	–	1.495	–	–	–	14.169
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	–	–	–	–	–	12.824	12.824
Vereinigte Staaten von Amerika	–	7.192	–	1.737	–	–	–	8.185	–	24.677	41.791
Insgesamt zum 31. Dezember 2000	41.500	59.351	1.261	15.066	11.435	50.000	10.485	8.185	6.750	55.714	259.747

Projektbewilligungen 2000

Stand 31. Dezember 2000

Vom Direktorium der EBWE im Jahr 2000 bewilligte Projekte

	Anzahl ¹ Mio. Euro		%
Albanien	1	2	0,1
Georgien	1	3	0,1
Kirgisistan	1	4	0,1
Slowenien	1	10	0,3
Lettland	1	12	0,3
Estland	3	30	0,8
Moldau	3	33	0,9
Usbekistan	2	35	1,0
Ungarn	1	35	1,0
Armenien	2	43	1,2
Bosnien und Herzegowina	2	53	1,4
Aserbaidschan	1	54	1,5
Bulgarien	4	61	1,7
Tschechische Republik	2	64	1,8
Litauen	3	92	2,5
Kasachstan	6	98	2,7
EJR Mazedonien	3	110	3,0
Slowakische Republik	2	117	3,2
Rumänien	5	179	4,9
Kroatien	5	197	5,4
Russland	13	379	10,4
Ukraine	8	486	13,4
Regional	14	767	21,1
Polen	22	776	21,3
Gesamt	107	3.640	100,0

¹ Unter Rahmenvereinbarungen gezeichnete Teilprojekte werden als Bruchzahlen geführt. Die Projektbewilligung führt nicht in allen Fällen zu einer gezeichneten Zusage.

Albanien

Privatisierung der National Commercial Bank

Unterstützung für Albanien's erste Privatisierung im Finanzsektor. Förderung des Bankwesens, guter Unternehmensführung und Mobilisierung von Ersparnissen.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Januar • Unterzeichnet 8. Juni

Bewilligte Mittel 2,3 • Gesamtinvestitionen 2,1

Armenien

Yerevan Brandy Company

Darlehen an den größten Branntweinproduzenten Armeniens in Partnerschaft mit Pernod Ricard, zur Steigerung von Produktion und Qualität in einem wichtigen Exportsektor.

Nahrungsmittel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 21. März • Unterzeichnet 20. Oktober

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 53,7

Privatisierung der Verteilung im Stromsektor

Investitionen in vier regionale Elektrizitätswerke. Die Privatisierung soll Verluste verringern und die Qualität der Verbraucherversorgung verbessern.

Energieverteilung • B/1 • Aktien

Bewilligt 19. September • Unterzeichnet 5. Dezember

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 21,5

Aserbaidschan

Moncrief Oil

Produktionsteilungsübereinkommen in Aserbaidschan für die Modernisierung von zwei Ölfeldern durch Moncrief Oil.

Öl- und Gaserzeugung • B/1 • Aktien

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 21. August

Bewilligte Mittel 53,9 • Gesamtinvestitionen 185,1

Bosnien und Herzegowina

Micro Enterprise Bank (MEB)

Darlehen zur Vergabe an private Mikro- und Kleinunternehmen gestattet der MEB weitere Konsolidierung.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 13. Juni • Unterzeichnet 2. Oktober

Bewilligte Mittel 2,7 • Gesamtinvestitionen 2,7

Restrukturierung im Elektrizitätssektor

Staatliches Darlehen zur Erhöhung der Zuverlässigkeit der nationalen Stromversorgung durch die Installation von Systemen für die Stromüberwachung, -kontrolle und das Energiemanagement.

Energieübertragung • C/1 • Darlehen

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 2. November

Bewilligte Mittel 50,0 • Gesamtinvestitionen 249,8

Bulgarien

BNP-Dresdner (Bank) Bulgaria – Kapitalerhöhung (4.)

Kapitalanlage in BNP-Dresdner Bulgaria.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Januar • Unterzeichnet 25. Januar

Bewilligte Mittel 2,0 • Gesamtinvestitionen 2,0

Nahrungsmittelhandel Sofia

Bau einer Kette von Hyper- und Supermärkten im ganzen Land, Verbesserung des lokalen Nahrungsmittelverteilungssektors.

Groß- und Einzelhandel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 21. März • Unterzeichnet 20. Juni

Bewilligte Mittel 13,7 • Gesamtinvestitionen 39,2

Isiklar/Celhart (2)

Zweite Phase der Modernisierung und Erweiterung einer Zellstoff- und Papiermühle.

Forstwirtschaft und Papier • B/O • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 26. Mai

Bewilligte Mittel 10,7 • Gesamtinvestitionen 32,2

Erläuterungen

Teilprojekte sind *kursiv* gedruckt.

Die drei der Projektbeschreibung folgenden Zeilen enthalten folgende Informationen:

Sektor • Umweltprüfungskategorie • Finanzierungsart

Datum der Bewilligung durch das Direktorium • Datum der Unterzeichnung, wenn vor dem 28. Februar 2001

Durch die EBWE bewilligte Mittel • Gesamte Investition für das Projekt (in Mio. Euro)

Darlehen sind nach den am 31. Dezember 2000 geltenden Wechselkursen berechnet.

Aktien sind zu den am Tag der Auszahlung gültigen Wechselkursen in Euro umgerechnet. Daher kann es zu Unterschieden zwischen Mitteln der EBWE und der Gesamtinvestition kommen.

Aufgrund von Auf- und Abrundungen ist es möglich, dass die Gesamtergebnisse nicht mit der Summe der Einzelposten übereinstimmen.

Umweltprüfungskategorien

Das Projekt erfordert:

A – eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung

B – eine Umweltanalyse

C – weder Umweltprüfung noch Umweltanalyse

O – keinen Ökoaudit

1 – einen Ökoaudit

FI – Finanzintermediär

Lizenz für Sofia Water System

Unterstützung bei der Verbesserung der Dienstleistungen der ersten privat geführten Wasser- und Abwassergesellschaft des Landes, für mehr als eine Million Stadtbewohner.

Müll/Abwasser • B/O • Darlehen

Bewilligt 3. Oktober • Unterzeichnet 15. Dezember

Bewilligte Mittel 31,0 • Gesamtinvestitionen 98,7

Rila Solutions

Teilprojekt im regionalen Internet-Rahmenplan. Kapitalanlage für ein expandierendes Unternehmen für Internet-Software.

Telekommunikation • B/O • Aktien

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 3,2 • Gesamtinvestitionen 9,7

Estland**MKU-Fazilität**

Unterstützung der Entwicklung der Privatwirtschaft durch die Bereitstellung mittelfristiger Darlehen an lokale Banken zur Weitervergabe an Mikro- und Kleinunternehmen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 4. April

Eesti Uhispank

Teilprojekt im Rahmen der MKU-Fazilität.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 30. August

Bewilligte Mittel 3,0 • Gesamtinvestitionen 11,0

Hansapank

Teilprojekt im Rahmen der MKU-Fazilität.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 28. Juli

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Baltic Food Holding

Expansion des Supermarktbereichs der Firma und damit verbundener Großhandels- und Vertriebsaktivitäten in Estland, Lettland und Litauen.

Groß- und Einzelhandel • B/O • Aktien

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 15. Juni

Bewilligte Mittel 12,1 • Gesamtinvestitionen 57,4

Vor-Privatisierungs-Finanzierung für Tallinna Vesi

Unterstützung für die Privatisierung des Wasserwerks in Tallinn durch Umschuldung bestehender Kredite über 23 Millionen Euro. Dadurch attraktiver für potenzielle Investoren.

Müll/Abwasser • B/O • Aktien

Bewilligt 5. September

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Georgien**Microfinance Bank Georgien**

Anreiz für die Entwicklung von Mikro- und Kleinunternehmen im Privatsektor Georgiens durch Einbeziehung in den formellen Bankensektor.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 7. März • Unterzeichnet 30. März

Bewilligte Mittel 3,4 • Gesamtinvestitionen 3,4

Kasachstan**Eurobond-Emission der Halyk Savings Bank**

Beteiligung an einer Emission von JP Morgan für die größte Privatkundenbank Kasachstans, bei der über die Hälfte der Privateinlagen des Landes eingehen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 3. Mai

Bewilligte Mittel 16,1 • Gesamtinvestitionen 16,1

Nachgeordnete Darlehensfazilität an Citibank Kasachstan

Stärkung der Kapitalisierung der Bank und der Ausweitung ihres Kreditgeschäfts ohne Gefährdung durch Wechselkursrisiken.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 3. Mai • Unterzeichnet 25. September

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 21,5

Demir Kazakhstan Bank

Kapitalanlage für die Expansion, Verbesserung der Unternehmensführung und Stärkung des effektiven Wettbewerbs in einem sehr kleinen Bankensektor.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 27. Juni

Bewilligte Mittel 3,2 • Gesamtinvestitionen 3,2

Agrokaz

Finanzierung des Erwerbs landwirtschaftlicher Geräte zum Leasing an Kleinbetriebe in Nordkasachstan.

Schwerindustrie • C/O • Darlehen

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 5,1 • Gesamtinvestitionen 13,1

Straßenbau

Modernisierung der wichtigen regionalen 245 km Straße zwischen Almaty und Bischkek (Kirgisistan).

Bauwesen • B/O • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 8. Dezember

Bewilligte Mittel 30,6 • Gesamtinvestitionen 131,2

Sanierung Festmüll-Entsorgung Almaty

Darlehen an die Stadt Almaty für die bessere Abfuhr und sicherere Entsorgung städtischer Abfälle. Vorteile für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt.

Müll/Abwasser • B/1 • Darlehen

Bewilligt 19. Dezember • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 26,4

Kirgisistan**Kyrgyz Investment and Commercial Bank (KICB)**

Stärkung des Finanzsektors. Befähigt die neue Bank, Unterstützung für die aufstrebenden kommerziellen und industriellen Sektoren des Landes bereitzustellen.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 13. Juli

Bewilligte Mittel 4,2 • Gesamtinvestitionen 18,3

Kroatien**Slavonska Banka D.D. Osijek**

Mittelfristige Kreditfazilität für Vergabe vor allem an KMU; soll einer der größten Banken Kroatiens Flexibilität für die Ausstellung von Garantien geben.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 22. November

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 20,0

Vorrangiges Darlehen an Bank Austria Creditanstalt Kroatien

Erstes Teilprojekt innerhalb der regionalen Rahmenfazilität für Bank Austria Creditanstalt.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 5. September • Unterzeichnet 11. November

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Pliva-Forschungsinstitut

Finanzierung des Baus eines hochmodernen Forschungsinstituts in Zagreb für das größte Pharmaunternehmen in Mittel- und Osteuropa.

Arzneimittel und Medizin • B/O • Darlehen

Bewilligt 19. September • Unterzeichnet 17. November

Bewilligte Mittel 26,9 • Gesamtinvestitionen 121,6

Agrokor

Größte Investition ihrer Art in Kroatien, um die größte Nahrungsmittelfirma des Landes bei der Verbesserung ihrer Geschäftstätigkeit zu unterstützen und ihren internationalen Ruf zu stärken.

Nahrungsmittel • C/1 • Darlehen

Bewilligt 3. Oktober • Unterzeichnet 30. November

Bewilligte Mittel 70,0 • Gesamtinvestitionen 160,0

Leclerc Kroatien

Finanzierungen für Hypermärkte in Kroatien.

Groß- und Einzelhandel • B/0 • Darlehen

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 35,6 • Gesamtinvestitionen 150,0

Spansko Supermarkt

Teilprojekt von Leclerc Kroatien.

Groß- und Einzelhandel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 14,4 • Gesamtinvestitionen 34,1

Nasice Zement

Unterstützung für Kroatiens zweitgrößtem Zementhersteller bei der Senkung seiner Betriebskosten durch die Umstellung von Gas auf Kohle als Hauptbrennstoff im Zementbrennofen.

Schwerindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 12. Dezember • Unterzeichnet 15. Dezember

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 25,0

Lettland

Firmendarlehen an Riga Water Company

Verbesserung des städtischen Wasser- und Abwassersystems. Das Versorgungsunternehmen erhält als erstes in Lettland ein direktes Firmendarlehen von einer IFI.

Müll/Abwasser • B/0 • Darlehen

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 20. November

Bewilligte Mittel 11,8 • Gesamtinvestitionen 160,4

Litauen

LDB/LZUB Aktien-Swap

Ermöglicht Austritt aus der Lithuanian Development Bank und Förderung der Privatisierung der Lithuanian Agricultural Bank.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 11. Januar • Unterzeichnet 14. Januar

Bewilligte Mittel 1,6 • Gesamtinvestitionen 4,8

Lifosa

Exportorientierter privatisierter Düngemittelhersteller, Partner von Cargill, kann Produktion erweitern, Effizienz erhöhen und Logistik verbessern.

Rohstoffherzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 29. September

Bewilligte Mittel 32,2 • Gesamtinvestitionen 68,3

Börsengang von Lietuvos Telekomas

Kapitalanlage zur Förderung des ersten bedeutenden Börsengangs in Litauen – unterstützt den gegenwärtigen Festnetzbetreiber des Landes.

Telekommunikation • C/0 • Aktien

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 12. Juni

Bewilligte Mittel 51,8 • Gesamtinvestitionen 365,8

NPF – Baltische NPF – Sonex

Teilprojekt des Nachprivatisierungs-Kapitalanlagefonds. Nutzung von IT-Systemen.

Finanzen • C/0 • Aktien

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 11. Juli

Bewilligte Mittel 1,6 • Gesamtinvestitionen 1,6

KMU-Darlehen an Siauliū Bankas

Erste im Rahmen der KMU-Finanzierungsfazilität der EBWE-EU einer litauischen Bank bereitgestellte revolvingende Kreditlinie.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 6. Dezember

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 5,0

EJR Mazedonien

Export & Credit Bank A.D. Skopje

Kapitalanlage zur Unterstützung der Geschäftstätigkeit dieser mittelgroßen Bank, Hilfe bei der Konsolidierung des Bankensektors des Landes.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 3. Mai • Unterzeichnet 15. Mai

Bewilligte Mittel 3,1 • Gesamtinvestitionen 3,1

Kommunal- und Umwelt-Aktionsprogramm (MEAP)

Dieses Vorhaben für die Bereitstellung dringend benötigter Wasser- und Abwasserdienste für fünf Städte ist das erste durch die EBWE im Rahmen des „Schnellstart“-Programms des Stabilitätspakts für Südosteuropa abgeschlossene Projekt.

Müll/Abwasser • B/0 • Darlehen

Bewilligt 19. September • Unterzeichnet 22. September

Bewilligte Mittel 20,8 • Gesamtinvestitionen 53,3

Duferco-Makstil-Fazilität

Teilprojekt im Rahmen der regionalen Arbeitskapital- und Garantiefazilität für Duferco.

Schwerindustrie • C/1 • Garantie

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 19. Dezember

Bewilligte Mittel 32,2 • Gesamtinvestitionen 32,2

Rohöl-Pipeline Thessaloniki-Skopje

Darlehen für die neue Pipeline Thessaloniki-Skopje zur Senkung der Transportkosten. EJR Mazedonien erhält zuverlässige Bezugsquelle für Öl.

Pipelines • A/0 • Darlehen

Bewilligt 19. Dezember • Unterzeichnet 2. Januar

Bewilligte Mittel 53,7 • Gesamtinvestitionen 112,8

Moldau

Kapitalanlage Stromverteilung

Kapitalanlage mit UFISA (Spanien) in drei Stromverteilergesellschaften zur Unterstützung der laufenden Privatisierung des Elektrizitätssektors des Landes.

Energieverteilung • C/0 • Optionensanleihen/Optionen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 15. Dezember

Bewilligte Mittel 5,4 • Gesamtinvestitionen 5,4

Micro Enterprise Credit S.A.

Erichtung einer neuen Finanzinstitution, spezialisiert auf Dienstleistungen für MKU, die sonst im formalen Sektor kaum Zugang zu Finanzierungen hätten.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 1,1 • Gesamtinvestitionen 1,1

Darlehen für Stromverteilung nach Privatisierung

Für Stromverteiler zur Renovierung, Modernisierung und Bereitstellung von Betriebskapital für die Netze.

Energieverteilung • C/1 • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 26,9 • Gesamtinvestitionen 53,7

Polen

PKP: Restrukturierung und Privatisierung

Erhöhte Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs durch Finanzierung von Abfindungszahlungen an Arbeitskräfte als Teil der Restrukturierung.

Transport und Verkehr • B/0 • Darlehen

Bewilligt 25. Januar • Unterzeichnet 11. Dezember

Bewilligte Mittel 100,0 • Gesamtinvestitionen 231,0

KZP – Polen (Trebruk) – III

Finanzielle Restrukturierung der Papiermühle Kostrzyn.

Forstwirtschaft und Papier • C/1 • Aktien

Bewilligt 7. März • Unterzeichnet 6. April

Bewilligte Mittel 15,3 • Gesamtinvestitionen 49,6

Cementownia Chelm – Umschuldung

Umschuldung bestehender Finanzierung eines führenden polnischen Zementherstellers.

Groß- und Einzelhandel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 18. April • Unterzeichnet 8. Juni

Bewilligte Mittel 26,1 • Gesamtinvestitionen 26,1

Energo-Asekuracja S.A.

Kapitalerhöhung bei polnischer Versicherungsgesellschaft zur Unterstützung der Expansion des Sachversicherungsbereichs und zur Finanzierung eines neuen Lebensversicherungs-Ventures.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 18. April • Unterzeichnet 29. Mai

Bewilligte Mittel 5,2 • Gesamtinvestitionen 22,7

Börsengang von Globe Trade Centre S.A.

Kapitalanlage im ersten öffentlichen Zeichnungsangebot einer Immobilienfirma in Mittel- und Osteuropa. Notierung an der Warschauer und Londoner Börse.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Aktien

Bewilligt 18. April • Unterzeichnet 16. Mai

Bewilligte Mittel 32,2 • Gesamtinvestitionen 86,0

Treasury Line für polnische Banken

Fazilität für die Erschließung einer wichtigen und innovativen Quelle zur Mobilisierung von Landeswährung in einem der fortgeschrittensten Länder der Region.

Finanzen • FI • Treasury Line

Bewilligt 31. Mai

Bewilligte Mittel 107,5 • Gesamtinvestitionen 107,5

CAIB Investment Fund Company S.A.

Kapitalanteil an einer lokalen Investmentgesellschaft und Grundkapital für neue Fonds, von denen einige Produkte für die dritte Säule des Pensionsprogramms anbieten.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 13. Juni

Bewilligte Mittel 19,7 • Gesamtinvestitionen 19,7

Fremdkapital für Hortex

Zuteilung eines Betriebskapitaldarlehens.

Nahrungsmittel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 21. Juli

Bewilligte Mittel 12,4 • Gesamtinvestitionen 12,4

Polnischer Unternehmensfonds IV

Der vor allem für Investitionen in Gesundheitswesen, IT, Telekom und verbraucherorientierte Sektoren bestimmte Fonds wird durch Enterprise Investors Corporation verwaltet.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 2. Oktober

Bewilligte Mittel 53,7 • Gesamtinvestitionen 322,4

Kruszwica II

Kapitalerhöhung zur Unterstützung laufender Investition in einen führenden Speiseölerzeuger und zur Unterstützung der Privatisierung und Restrukturierung in einem bedeutenden Sektor.

Nahrungsmittel • B/1 • Aktien

Bewilligt 13. Juli • Unterzeichnet 20. Dezember

Bewilligte Mittel 1,2 • Gesamtinvestitionen 5,8

Warschauer Verkehrskontrolle

Darlehen für ein städtisches Verkehrskontrollsystem einschließlich Straßenverbesserungen.

Transport und Verkehr • B/0 • Darlehen

Bewilligt 13. Juli

Bewilligte Mittel 15,0 • Gesamtinvestitionen 15,0

Argus Capital Partners

Mobilisierung von Privatsektorkapital bei der Errichtung eines Kapitalbeteiligungsfonds.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Juli • Unterzeichnet 26. September

Bewilligte Mittel 27,4 • Gesamtinvestitionen 168,7

Empik Centrum Investmentdarlehen III

Unterstützung zum Abschluss des Modernisierungsprogramms der führenden polnischen Kaufhauskette. Soll Empik als modernes, verbraucherorientiertes Unternehmen neu positionieren.

Groß- und Einzelhandel • C/0 • Darlehen

Bewilligt 5. September • Unterzeichnet 21. September

Bewilligte Mittel 19,1 • Gesamtinvestitionen 30,0

Syndiziertes Darlehen für Europejski Fundusz Leasingowy S.A.

Syndiziertes Darlehen soll den größten unabhängigen Ausrüstungs- und Fahrzeugverleiher des Landes befähigen, das Leasingportfolio auf KMU in Polen auszuweiten.

Finanzen • C/0 • Darlehen

Bewilligt 5. September • Unterzeichnet 13. Februar

Bewilligte Mittel 35,0 • Gesamtinvestitionen 100,0

Pekao S.A. Derivative

Kapitalerhöhung für polnische Bank.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 3. Oktober • Unterzeichnet 27. Oktober

Bewilligte Mittel 13,5 • Gesamtinvestitionen 13,7

Kapitalbeteiligung an Pekao S.A.

Kapitalanlage in einer der größten Bankengruppen in Polen, um den EBWE-Anteil an erweiterter Kapitalausstattung zu halten.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 17. Oktober • Unterzeichnet 27. Oktober

Bewilligte Mittel 43,0 • Gesamtinvestitionen 67,4

Krakau Plaszow II – Modernisierung der Kläranlage

Modernisierung der Kläranlage, um EU-Umweltnormen zu erfüllen und Verschmutzung der Weichsel zu verringern.

Müll/Abwasser • B/0 • Darlehen

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 28. Dezember

Bewilligte Mittel 21,7 • Gesamtinvestitionen 81,0

Polska Telefonia Cyfrowa Sp.z.o.o.

Übernommene Konsortialquote eines vorrangigen Darlehens. Ermöglicht PTC, das Risiko von Wechselkursschwankungen abzufedern und Entwicklung des Netzes zu finanzieren.

Telekommunikation • B/0 • Underwriting

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 16. Februar

Bewilligte Mittel 150,0 • Gesamtinvestitionen 650,0

Hotel Atrium, Warschau

Finanzierung von Entwurf, Bau und Betrieb eines Viersternehotels im Zentrum Warschau; Teil des Atrium-Immobilienprogramms.

Tourismus und Freizeit • B/0 • Aktien

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 20. Dezember

Bewilligte Mittel 16,0 • Gesamtinvestitionen 82,5

Multi-Sektor-Kommunalinfrastruktur-Projekt, Breslau

Zweites Darlehen an die Stadt für Verbesserungen der Wasserversorgung, Kanalisation und Festmüllentsorgung, um EU-Umweltnormen zu erfüllen.

Müll/Abwasser • B/0 • Darlehen

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 19. Dezember

Bewilligte Mittel 30,2 • Gesamtinvestitionen 90,4

Städtische Verkehrsmittel Danzig und Sopot

Darlehen zur Finanzierung von Verbesserungen der städtischen Verkehrsinfrastruktur wie z. B. Straßenbahnsysteme, Straßenunterführungen und Verkehrsregelung.

Transport und Verkehr • B/0 • Darlehen

Bewilligt 28. November

Bewilligte Mittel 17,0 • Gesamtinvestitionen 65,0

Fonds Nova Polonia

Kapitalanlage in Fonds, der in Polen und anderen Einsatzländern in KMU investieren wird.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 12. Dezember • Unterzeichnet 12. Januar

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 80,0

Soufflet MPF-Slodownia Soufflet Polska S.A.R.L., Erweiterung

Erhöhung der Koinvestition im Rahmen der 1997 bewilligten Group Soufflet Multiprojekt-Fazilität zur Erweiterung der Produktionskapazität der Anlage.

Nahrungsmittel • FI • Darlehen

Bewilligt 19. Dezember

Bewilligte Mittel 4,5 • Gesamtinvestitionen 5,6

Rumänien

Unirea S.A.

Finanzierung zur Unterstützung des Erwerbs von Sonnenblumenkernen, Bau einer Abfüll- und Raffinerieanlage.

Nahrungsmittel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 25. Juli

Bewilligte Mittel 25,8 • Gesamtinvestitionen 39,2

Betriebskapitalfazilität für Fibrex

Darlehen für Nach-Privatisierungsunterstützung sowie Produktionserweiterung für ein Nylon-faserwerk im Besitz von RadiciNylon (Italien).

Textilherstellung • C/1 • Darlehen

Bewilligt 17. Oktober • Unterzeichnet 30. November

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 32,2

Kommunale Umwelt Darlehensfazilität (MELF)

Rahmen zur Bereitstellung von Kofinanzierung für ISPA-(EU-)finanzierte Investitionen für Wasser-, Abwasser- und Festmüllwirtschaft, um Beitrittsvorschriften der EU für Umweltnormen zu erfüllen.

Müll/Abwasser • FI • Darlehen

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 60,0 • Gesamtinvestitionen 230,0

MELF: Teilprojekt Constanta

Darlehen für die Modernisierung der Abwasserinfrastruktur im wichtigsten Urlaubsziel am Schwarzen Meer, garantiert durch den Bezirk Constanta.

Müll/Abwasser • B/0 • Darlehen

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 18. November

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 100,4

National Power Grid Company (NPGC)

Unterstützung für nationalen Elektrizitätsnetzbetreiber als Träger eines neuen marktbestimmten Elektrizitätssektors durch Modernisierung der Systeme und Schulung von Mitarbeitern.

Energieübertragung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 8. Dezember

Bewilligte Mittel 55,3 • Gesamtinvestitionen 219,7

Victoria Centre

Finanzierung für Erschließung und Bau eines Bürogebäudes mit 17.000 m² Fläche in Bukarest.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 29. Dezember

Bewilligte Mittel 8,2 • Gesamtinvestitionen 34,5

Russland

Louis Dreyfus Wostok

Mittelfristige revolvierende Betriebskapitalfazilität, um zur Erntezeit Getreide für Verarbeitung und Handel aufzukaufen.

Nahrungsmittel • C/0 • Darlehen

Bewilligt 11. Januar • Unterzeichnet 7. Februar

Bewilligte Mittel 23,6 • Gesamtinvestitionen 50,5

Louis Dreyfus Wostok Erweiterung

Darlehen an Wostok, garantiert durch Louis Dreyfus.

Nahrungsmittel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 25. Januar • Unterzeichnet 29. August

Bewilligte Mittel 32,2 • Gesamtinvestitionen 64,5

Rekapitalisierung der International Moscow Bank

Die Rekapitalisierung der viertgrößten Bank in Russland war die erste größere Transaktion der EBWE im Bankensektor des Landes seit der Krise von 1998.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Januar • Unterzeichnet 19. April

Bewilligte Mittel 10,3 • Gesamtinvestitionen 76,8

Russische Rückversicherungsgesellschaft

Unterstützung für langfristige Entwicklung der Russischen Rückversicherungsgesellschaft, eines der wenigen Rückversicherungsträger in einem unterkapitalisierten Sektor.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 22. Februar

Bewilligte Mittel 8,2 • Gesamtinvestitionen 26,9

Lukoil: Mittelfristige Betriebskapitalfazilität

Mittelfristiges Darlehen an führende Ölgesellschaft Russlands zur Bereitstellung von Betriebskapital für exportverbundene Zahlungen, Rohölförderung und -verarbeitung.

Öl- und Gaserzeugung • C/1 • Darlehen

Bewilligt 7. März • Unterzeichnet 15. Mai

Bewilligte Mittel 80,6 • Gesamtinvestitionen 161,2

Custom Farm Centres

Darlehen an John-Deere-Finance zum Erwerb landwirtschaftlicher Maschinen zu Leasing-Zwecken, erstes Leasing-Projekt der EBWE in Russland.

Schwerindustrie • C/0 • Darlehen

Bewilligt 21. März

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamtinvestitionen 161,2

Severstal: Mittelfristige Handelsfazilität

Revolvierende Handelsfazilität für Russlands größtes Stahlunternehmen zur Bereitstellung steuergünstigerer und flexiblerer Exportvorfinanzierung.

Schwerindustrie • C/1 • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 23. Juni

Bewilligte Mittel 37,6 • Gesamtinvestitionen 191,3

St. Petersburg: Luftfracht-Terminal Pulkowo

Bau eines hochmodernen Luftfracht-Terminals, das einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Nordwestrussland leisten wird.

Flughäfen und Flugnavigationssysteme • B/0 • Darlehen

Bewilligt 3. Mai • Unterzeichnet 10. Oktober

Bewilligte Mittel 4,3 • Gesamtinvestitionen 40,6

Telekommunikationsbetreiber in Russland

Kapitalanlage in Vimpelcom, Russlands führendem Mobilfunkbetreiber, um kostengünstige Dienstleistungen für Kunden im Moskauer Raum bereitzustellen.

Telekommunikation • B/0 • Aktien

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 21. Juli

Bewilligte Mittel 33,1 • Gesamtinvestitionen 314,0

Nachgeordnete Kreditfazilität an Raiffeisenbank Moskau

Stärkung der Kapitaldecke der Bank und Weiterentwicklung des Privatkundengeschäfts sowie Bereitstellung mittelfristiger Finanzierungen für russische Firmen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 9. Oktober

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 21,5

Elektrolytische Zinkschmelze, Tscheljabinsk

Das erste langfristige Darlehen der EBWE an ein russisches Industrieunternehmen seit der Krise von 1998 wird Umweltstandards anheben und Kapazitäten erweitern.

Schwerindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 9. Oktober

Bewilligte Mittel 16,1 • Gesamtinvestitionen 46,2

Duferco – Viz Stahl-Fazilität

Teilprojekt der regionalen Betriebskapital- und Garantiefazilität für Duferco.

Schwerindustrie • C/1 • Garantie

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 19. Dezember

Bewilligte Mittel 37,6 • Gesamtinvestitionen 37,6

Eigenkapitalbeteiligung bei Viz Stahl

Teilprojekt der regionalen Betriebskapital- und Garantiefazilität für Duferco.

Schwerindustrie • B/1 • Aktien

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 19. Dezember

Bewilligte Mittel 5,4 • Gesamtinvestitionen 5,4

Getreidelager-Quittungsprogramm – Rabo Invest

Innovatives rohstoffbasiertes Finanzierungsprogramm; erstes Projekt im Rahmen des regionalen Getreidelager-Quittungsprogramm der EBWE.

Rohstoffherzeugung • FI • Garantie

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 15. November

Bewilligte Mittel 53,7 • Gesamtinvestitionen 153,7

Sondermüll-Notprogramm für St. Petersburg

Darlehen an die Stadt zur Modernisierung der einzigen offiziellen Sondermülldeponie in Krasny Bor, einer umweltgefährdenden Anlage, die sofortiges Handeln erfordert.

Müll/Abwasser • B/1 • Darlehen

Bewilligt 28. November

Bewilligte Mittel 5,9 • Gesamtinvestitionen 11,0

Slowakische Republik

Vor-Privatisierung der Všeobecná úverová banka (VUB)

Ankauf von bis zu 20 % des Kapitals von VUB und eine Kreditlinie im Rahmen der KMU-Finanzierungsfazilität der EU/EBWE, für Privatisierung der Bank.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 14. November • Unterzeichnet 9. Februar

Bewilligte Mittel 90,0 • Gesamtinvestitionen 90,0

Globtel A.S.

Eigenkapitalbeteiligung für Globtel zur Teilfinanzierung laufender Restrukturierungsprogramme durch veräußernde Aktionäre als Teil des Börsengangs.

Telekommunikation • C/0 • Aktien

Bewilligt 12. Dezember

Bewilligte Mittel 26,9 • Gesamtinvestitionen 263,3

Slowenien

Erweiterung bei Yulon

Ermöglicht der Spinnerei Investitionen in eine Anlage in einer wenig entwickelten Region des Landes. Weitere Unterstützung für nationale Textilindustrie.

Textilherstellung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 31. Mai • Unterzeichnet 21. Juli

Bewilligte Mittel 9,5 • Gesamtinvestitionen 20,0

Tschechische Republik

KMU-Fazilität für Česka Sportelna

Teilprojekt im Rahmen der KMU-Finanzierungsfazilität der EBWE-EU.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 6. Dezember

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 20,0

Darlehensfazilität für Fernheizung Harpen ČR

Modernisierung von Fernheizungsanlagen, Verbesserung von Dienstleistungen und Abbau von Treibhausgasemissionen. Vereinbart und kofinanziert mit Commerzbank Praha.

Energieeinsparung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 15. Dezember

Bewilligte Mittel 17,1 • Gesamtinvestitionen 37,6

TIW Eastern Europe N.V.

Kapitalanlage in Cesky Mobil über TIW Czech.

Telekommunikation • C/0 • Aktien

Bewilligt 12. Dezember

Bewilligte Mittel 26,9 • Gesamtinvestitionen 139,7

Ukraine

Getreideverarbeitung Cerealia Boryspil

Eigenkapitalbeteiligung mit schwedischer Nahrungsmittelgruppe Cerealia zur Unterstützung der Erweiterung von Boryspil, dem führenden Zerealienhersteller.

Nahrungsmittel • C/0 • Aktien

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 29. Juni

Bewilligte Mittel 3,3 • Gesamtinvestitionen 8,6

Unternehmensförderungsfazilität

Rahmenfazilität für ausgewählte Banken zur Vergabe an qualifizierte Privatunternehmen erhöht das Angebot dringend benötigter mittelfristiger Finanzierungen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 3. Mai

Bewilligte Mittel 27,9 • Gesamtinvestitionen 27,9

Credit Lyonnais Ukraine

Teilprojekt der Unternehmensförderungsfazilität.

Bewilligt 3. Mai

Bewilligte Mittel 5,4 • Gesamtinvestitionen 5,4

First Ukrainian International Bank

Teilprojekt der Unternehmensförderungsfazilität.

Bewilligt 3. Mai • Unterzeichnet 26. Oktober

Bewilligte Mittel 10,7 • Gesamtinvestitionen 10,7

West Ukrainian Commercial Bank

Teilprojekt der Unternehmensförderungsfazilität.

Bewilligt 3. Mai

Bewilligte Mittel 2,5 • Gesamtinvestitionen 2,5

Ukrrichflot II

Unterstützung der laufenden Finanzierung von fünf Fluss/See-Frachtern. Ermöglicht Ukrrichflot den Ankauf von zwei neuen in Rumänien gebauten Schiffen.

Transport und Verkehr • B/0 • Darlehen

Bewilligt 5. September • Unterzeichnet 20. Oktober

Bewilligte Mittel 6,1 • Gesamtinvestitionen 60,6

Darlehensfazilität für Treibstoffkäufe

Jahreszeitliche Betriebskapitalfazilität zur Unterstützung der Reformen im Energiesektor, ermöglicht vier staatlichen Elektrizitätswerken den Ankauf von Öl.

Energieverteilung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 3. Oktober • Unterzeichnet 6. Oktober

Bewilligte Mittel 107,5 • Gesamtinvestitionen 107,5

Sanierung der Schnellstraße M06, Reform der Finanzierung des Straßensektors

Darlehen für die Sanierung von Abschnitten einer der wichtigsten Straßen der Ukraine und für die Unterstützung bei der Restrukturierung und von Bau und Verwaltung von Straßen.

Bauwesen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 11. Dezember

Bewilligte Mittel 75,0 • Gesamtinvestitionen 100,0

Ista Centre

Firmendarlehen und revolvingende Kapitalfazilität für Expansion der Batterieproduktion.

Leichtindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 10,7 • Gesamtinvestitionen 13,1

Ukraine International Airlines

Eigenkapitalbeteiligung zur Unterstützung der Fluglinie bei der Befriedigung der Marktnachfrage nach Passagier- und Frachtdiensten zwischen der Ukraine und Westeuropa.

Transport und Verkehr • B/0 • Aktien

Bewilligt 28. November • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 6,1 • Gesamtinvestitionen 5,8

Fertigstellungsprojekt für K2/R4

Darlehen an Energoatom für Fertigstellung und Verbesserung der Betriebssicherheit von zwei AKW. Bewilligt vorbehaltlich der Erfüllung von Bedingungen, darunter die endgültige Schließung der Anlage in Tschernobyl.

Energieerzeugung • A/1 • Darlehen

Bewilligt 7. Dezember

Bewilligte Mittel 231,0 • Gesamtinvestitionen 1.591,0

Ungarn

BorsodChem II

Zeichnung von Aktien im Gegenwert von bis zu 9,1 % des Kapitals von BorsodChem im Rahmen einer durch die Firma in Betracht gezogenen Kapitalerhöhung.

Chemikalien • C/1 • Aktien

Bewilligt 31. Oktober

Bewilligte Mittel 34,7 • Gesamtinvestitionen 34,7

Usbekistan

Kapitalerhöhung und vorrangiges Darlehen an Uzbek Leasing International

Eigenkapitalbeteiligung und Darlehen für eine bestehende Leasing-Firma mit der Zielgruppe private KMU. Folgeinvestition einer 1995 durch die EBWE bewilligten Kapitalanlage.

Finanzen • FI • Aktien and Darlehen

Bewilligt 4. April • Unterzeichnet 15. Juni

Bewilligte Mittel 2,5 • Gesamtinvestitionen 13,9

Sarafschan-Newmont: Dritte Fazilität

Förderung der Erweiterung einer Haufenlaugungsanlage in Muruntau, des größten Goldbergwerks der GUS.

Bergbau und Aufbereitung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 17. Oktober • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 32,2 • Gesamtinvestitionen 49,4

Regional

Kaukasus-Fonds

Investitionen vor allem in Privatunternehmen, die in den Kaukasusländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien ansässig oder tätig sind.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 11. Januar

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamtinvestitionen 8,6

Frontera Resources

Unterstützung für Finanzierung von Reparaturen und Bohrungen im Zusammenhang mit zwei Produktionsverträgen, die die kommerzielle Ölentwicklung in Aserbaidschan und Georgien fördern.

Öl- und Gaserzeugung • A/1 • Darlehen

Bewilligt 7. März • Unterzeichnet 15. Mai

Bewilligte Mittel 64,5 • Gesamtinvestitionen 650,0

Erweiterung der KMU-Finanzierungs-Fazilität des Phare-Programms

Aufstockung von Darlehen an Banken, die sich mit der EBWE an der Fazilität beteiligen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 4. April

Bewilligte Mittel 55,0 • Gesamtinvestitionen 200,0

Heitman Central Europe Property Fund

Von Heitman International eingerichteter Investmentfonds für Investitionen in Immobilienprojekten in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Verschiedene Dienstleistungen • FI • Aktien

Bewilligt 27. Juni • Unterzeichnet 29. September

Bewilligte Mittel 28,2 • Gesamtinvestitionen 141,0

Koinvestitionsfazilität für private Kapitalanlagefonds

Die neue Fazilität ermöglicht der EBWE gemeinsame Investitionen mit privaten Kapitalanlagefonds, in denen sie bereits Aktionär ist.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 27. Juni

Bewilligte Mittel 38,7 • Gesamtinvestitionen 79,0

KMU-Finanzierungs-Fazilität von US/EBWE

Das zum Teil durch die USA finanzierte Programm ermöglicht der EBWE, die verstärkte Unterstützung kleiner Unternehmen in Südosteuropa, einschließlich des Kosovo.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 27. Juni

Bewilligte Mittel 107,5 • Gesamtinvestitionen 161,2

Baltic Investment Fund III LP

Privater Kapitalanlagefonds für Investitionen in mittleren Unternehmen, Unterstützung für Privatssektor in Estland, Lettland und Litauen.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Juli • Unterzeichnet 3. November

Bewilligte Mittel 8,0 • Gesamtinvestitionen 25,5

Rahmenfazilität für Bank Austria Creditanstalt

Rahmenfazilität für die Bereitstellung vor- und nachrangiger Schuldtitel für Tochtergesellschaften der Bank in den Einsatzländern der EBWE.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 5. September

Bewilligte Mittel 50,0 • Gesamtinvestitionen 50,0

Raiffeisen CEE Private Equity Fund LP

Mobilisierung von Mitteln des Privatsektors für Kapitalanlagen vor allem in Mittel- und Osteuropa.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 5. September

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 150,0

Privater Kapitalanlagefonds Baring Wostok

Der Fonds investiert in mittlere Unternehmen, vor allem in Russland und der Ukraine. Er konzentriert sich auf Öl und Gas, Telekommunikation, Hochtechnologie, Forstwirtschaft und Konsumgüter.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 3. Oktober • Unterzeichnet 13. Dezember

Bewilligte Mittel 53,7 • Gesamtinvestitionen 161,2

KMU-Finanzierungs-Fazilität Phase II von EU/EBWE

Zusätzliche Finanzierung für das Programm.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 3. Oktober

Bewilligte Mittel 140,0 • Gesamtinvestitionen 150,0

Internet-Rahmenfinanzierung/Red-stars.com

Kapitalrahmen zur Finanzierung von Internetprojekten in Mittel- und Osteuropa.

Telekommunikation • C/0 • Aktien

Bewilligt 31. Oktober

Bewilligte Mittel 26,9 • Gesamtinvestitionen 26,9

Red-stars.com co-investment facility

Koinvestition mit red-stars.com.

Finanzen • C/0 • Aktien

Bewilligt 31. Oktober

Bewilligte Mittel 5,4 • Gesamtinvestitionen 107,5

TBI Holding

Finanzierungspaket an eine niederländische Versicherungs- und Rentenversicherungsgesellschaft, ermöglicht der EBWE Zugang zu Firmen, die für eine Direktinvestition zu klein sind.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 31. Oktober • Unterzeichnet 4. Dezember

Bewilligte Mittel 23,2 • Gesamtinvestitionen 47,5

Betriebskapital- und Garantiefazilität für Duferco

Rahmenfazilität für Duferco Group. Zwei erste spezifische Garantievereinbarungen für Makstil und Viz Stahl in der EJR Mazedonien und in Russland, an denen Duferco die Mehrheit hält.

Schwerindustrie • C/1 • Garantie

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 69,8 • Gesamtinvestitionen 128,9

Getreidelager-Quittungsprogramm

Rahmenfazilität zur Unterstützung von Finanzierungsinitiativen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in allen Einsatzländern der Bank.

Rohstoffherzeugung • FI • Darlehen

Bewilligt 14. November

Bewilligte Mittel 53,7 • Gesamtinvestitionen 107,5

DVI

Syndizierte AB-Darlehen zur Finanzierung von Leasing- oder Kaufverträgen für medizinische Ausrüstungen durch Krankenhäuser und Diagnosezentren in Mittel- und Osteuropa.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Dezember

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 40,0

Trigranit II

Teilprojekt der regionalen Koinvestitions-Fazilität für private Kapitalanlagefonds. Aufstockung einer Kapitalbeteiligung in Mitteleuropas führender kommerzieller Immobiliengesellschaft. Vorrangig für ein Konferenzzentrum in Budapest.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Aktien

Bewilligt 19. Dezember • Unterzeichnet 7. Februar

Bewilligte Mittel 4,2 • Gesamtinvestitionen 12,9

Bewilligte Mittel	3.639,5
Gesamtinvestitionen	11.626,6

Gouverneure

Gouverneure und Stellvertretende Gouverneure

31. Dezember 2000

Mitglieder

Ägypten
 Albanien
 Armenien
 Aserbaidschan
 Australien
 Belgien
 Bosnien und Herzegowina
 Bulgarien
 Dänemark
 Deutschland
 Estland
 Finnland
 Frankreich
 Georgien
 Griechenland
 Irland
 Island
 Israel
 Italien
 Japan
 Kanada
 Kasachstan
 Kirgisistan
 Republik Korea
 Kroatien
 Lettland
 Liechtenstein
 Litauen
 Luxemburg
 Malta
 Marokko
 EJR Mazedonien
 Mexiko
 Moldau
 Mongolei
 Neuseeland
 Niederlande
 Norwegen
 Österreich
 Polen
 Portugal
 Rumänien
 Russische Föderation
 Schweden
 Schweiz
 Slowakische Republik
 Slowenien
 Spanien
 Tadschikistan
 Tschechische Republik
 Türkei
 Turkmenistan
 Ukraine
 Ungarn
 Usbekistan
 Vereinigtes Königreich
 Vereinigte Staaten von Amerika
 Weißrussland
 Zypern
 Europäische Gemeinschaft
 Europäische Investitionsbank

Gouverneure

Hassan Ali Ali Khedr
 Ermelinda Meksi
 Levon Barkhudaryan ¹
 Elman S. Roustamow
 Peter Costello
 Didier Reynders
 Neven Tomic
 Murawej Radew
 Marianne Jelved
 Hans Eichel
 Siim Kallas
 Sauli Niinistö
 Laurent Fabius
 Teimuras Mamatsaschwili
 Yannis Papantoniou
 Charlie McCreavey
 Valgerdur Sverrisdóttir
 David Klein
 Vincenzo Visco
 Kiichi Miyazawa
 Paul Martin
 Jershan Utembajew
 Rosa Otunbajewa
 Nyum Jin
 Mato Crkvenac
 Roberts Zile
 Michael Ritter
 Jonas Lionginas
 Jean-Claude Juncker
 John Dalli
 Fathallah Oualalou
 Nikola Gruevski
 Francisco Gil Díaz
 Andrei Cucu
 Chultemiin Ulaan
 Phil Goff
 Gerrit Zalm
 Karl E. Schjøtt-Pedersen
 Karl-Heinz Grasser
 Hanna Gronkiewicz-Waltz
 Joaquim Pina Moura
 Decebal Traian Remes
 German O. Gref
 Bosse Ringholm
 Pascal Couchepin
 Brigita Schmögnerová
 Anton Rop
 Rodrigo Rato
 Murotali M. Alimardonow
 Pavel Mertlík
 Selçuk Demiralp
 Sejtibaj Kandimow
 Igor O. Mitjukow
 Zsigmond Jári
 Rustam S. Asimow
 Gordon Brown
 Lawrence H. Summers
 Walerij I. Kokorew
 Takis Klerides
 Pedro Solbes Mira
 Philippe Maystadt

Stellvertretende Gouverneure

Youssef Boutros-Ghali
 Adriana Berberi
 Vahan Shirkhanyan ¹
 Fuad Achundow
 Kay Patterson
 Jean-Pierre Arnoldi
 Enver Backovic
 Martin Saimow
 Michael Dithmer
 Caio Koch-Weser
 Aare Järvan
 Leif Fagnäs
 Jean-Pierre Jouyet
 –
 Stefanos Avgouleas
 John Hurley
 Thorgeir Örlýgsson
 Avi Ben-Bassat
 Mario Draghi
 Masaru Hayami
 Gaëtan Lavertu
 Anwar Saidenow
 Urkaly Isajew
 Chol-Hwan Chon
 Josip Kulisic
 Aigars Kalvitis
 Roland Marxer
 Arvydas Kregždė
 Jean Guill
 Michael C. Bonello
 Nouredine Omary
 Trajko Slaveski
 Agustín Carstens
 Dumitru Ursu
 Ochirbatyn Chuluunbat
 Paul East
 Jozias van Aartsen
 Olav Soleng
 Thomas Wieser
 Krzysztof Ners
 Manuel Baganha
 Emil Ghizari
 Sergej I. Kolotuchin
 Sven Hegelund
 Oscar Knapp
 Marián Jusko
 Senka Maver
 Juan Costa Climent
 Husein Aliew
 Josef Tosovský
 Ferhat Emil
 Guwantsch Geoklenow
 Wiktor A. Juschtschenko
 Werner Riecke
 Abdurafik A. Achadow
 Clare Short
 Alan P. Larson
 Nikolaj P. Saitschenko
 Andreas Chimarides
 Giovanni Ravasio
 Wolfgang Roth

Vorsitzender des Gouverneursrats

Gouverneur für Frankreich (Laurent Fabius)

Stellvertretende Vorsitzende des Gouverneursrats

Gouverneur für Ungarn (Zsigmond Jári)
 Gouverneur für Schweden (Bosse Ringholm)

Alle Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat. Der Gouverneursrat hat viele seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, das für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich ist. Unter anderem legt das Direktorium Richtlinien fest und trifft Entscheidungen in Verbindung mit Darlehen, Kapitalbeteiligungen und anderen Geschäften, die den allgemeinen Grundsätzen des Gouverneursrats entsprechen.

Der Präsident steht dem Direktorium vor. Unter Anleitung des Direktoriums führt er die laufenden Geschäfte der Bank und ist als Personalchef für deren Organisation und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

¹ Bis Dezember

Direktoren

Direktoren und Stellvertretende Direktoren

31. Dezember 2000

Direktoren

Byongwon Bahk
Sylvain de Forges
Joaquin de la Infiesta
Peter Engström
Michael Flynn
Gerlando Genuardi
Tor Hernæs
Wilhelm Jaggi
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Sergej Owsejtschik
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrociocche
Norbert Radermacher
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Károly Soós
Walentin Zwetanow
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Kunimitsu Yoshinaga

Stellvertretende Direktoren

Gary Johnston
Marc Jullien
Carlos Escribano
Martin Pöder
Torsten Gersfelt
Grammatiki Tsingou-Papadopetrou
Rauli Suikkanen
Ayşe Dönmezer
Gideon Schurr
Andrew Lewis
Tom MacDonald
Igor Kowtun
Vassili Lelakis
Ionut Costea
Francesco Saverio Nisio
Clemens Kerres
nicht besetzt
Georges Heinen
Igor Očka
Jan Bielecki
Evert-Jan van Vrouwerff
António de Almeida
Masato Iso

Länderbereiche

Korea/Australien/Neuseeland/Ägypten
Frankreich
Spanien/Mexiko
Schweden/Island/Estland
Irland/Dänemark/Litauen/EJR Mazedonien
Europäische Investitionsbank
Norwegen/Finnland/Lettland
Schweiz/Türkei/Liechtenstein/Usbekistan/Kirgisistan/Aserbaidschan/Turkmenistan
Österreich/Israel/Zypern/Malta/Kasachstan/Bosnien und Herzegowina
Vereinigtes Königreich
Kanada/Marokko
Russische Föderation/Weißrussland/Tadschikistan
Europäische Gemeinschaft
Ukraine/Rumänien/Moldau/Georgien/Armenien
Italien
Deutschland
Vereinigte Staaten von Amerika
Belgien/Luxemburg/Slowenien
Ungarn/Tschechische Republik/Slowakische Republik/Kroatien
Bulgarien/Polen/Albanien
Niederlande/Mongolei
Griechenland/Portugal
Japan

Direktoriums-ausschüsse

31. Dezember 2000

Finanzprüfungsausschuss

Heiner Luschin (*Vorsitzender*)
Peter Engström (*Stellvertretender Vorsitzender*)
Byongwon Bahk
Sylvain de Forges
Sergej Owsejtschik
Bernard Snoy
Walentin Zwetanow

Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit

Wilhelm Jaggi (*Vorsitzender*)
Károly Soós (*Stellvertretender Vorsitzender*)
Michael Flynn
Tor Hernæs
Michael McCulloch
Jurij Polunejew
Norbert Radermacher
Karen Shepherd

Ausschuss für Budget und Verwaltungsangelegenheiten

Enzo Quattrociocche (*Vorsitzender*)
Joaquin de la Infiesta (*Stellvertretender Vorsitzender*)
Gerlando Genuardi
Patrice Muller
Philippe Petit-Laurent
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Kunimitsu Yoshinaga

Lenkungsgruppe des Direktoriums

Patrice Muller (*Vorsitzender*)
Sergej Owsejtschik (*Stellvertretender Vorsitzender*)
Heiner Luschin
Peter Engström
Enzo Quattrociocche
Joaquin de la Infiesta
Wilhelm Jaggi
Károly Soós
Antonio Maria Costa (*Generalsekretär*)

Der Finanzprüfungsausschuss befasst sich mit der Ernennung und dem Aufgabenbereich der externen Rechnungsprüfer. Er überprüft den Jahresabschluss, die allgemeinen Rechnungslegungsprinzipien, die Grundsätze und Tätigkeit des Innenrevisors, die Genehmigung der Ausgaben, die Kontrollsysteme sowie die Beschaffungsgrundsätze und Projektbewertung.

Der Ausschuss für Budget und Verwaltungsangelegenheiten prüft die allgemeinen Budgetgrundsätze sowie Vorschläge, Verfahrensweisen und Berichte. Er befasst sich außerdem mit Personalfragen, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten sowie mit Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit Direktoren und ihren Mitarbeitern.

Der Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit überprüft die Finanzierungsgrundsätze, einschließlich der für die Kreditaufnahme sowie die allgemeinen Grundsätze für Geschäftstätigkeit, Verfahrensweisen und Berichterstattung.

Die Lenkungsgruppe des Direktoriums wurde 1994 eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Koordinierung zwischen dem Direktorium und dem Management im Hinblick auf die Vorbereitung auf Sitzungen des Direktoriums, der Ausschüsse und von Workshops zu verbessern.

Vertretungen der EBWE

Albanien

Rruga Dëshmoret
e4 Shkurtit Nr. 26
Tirana
Albanien
Tel.: +355 42 32898
Fax: +355 42 30580
Leiter des Büros: Giulio Moreno

Armenien

Bagramian Avenue 20
375019 Eriwan
Armenien
Tel.: +3742 540 425
Fax: +3742 540 430
Amtierender Leiter des Büros:
Jürgen Schramm

Aserbaidtschan

ul. Sabir 5
370004 Baku
Aserbaidtschan
Tel.: +99 412 971 014
Fax: +99 412 971 019
Leiter des Büros: Thomas Moser

Bosnien und Herzegowina

Obala Kulina Bana 4
2. Etage
71000 Sarajewo
Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387 33 667 945
Fax: +387 33 667 950
Leiterin des Büros: Serean Ghinescu

Bulgarien

ul. Moskowska 17
1000 Sofia
Bulgarien
Tel.: +359 2 987 6611
Fax: +359 2 981 5336
Länderdirektor: Jean-Marc Peterschmitt

Estland

Roosikrantsi 11
4. Etage
10109 Tallinn
Estland
Tel.: +372 6418 548
Fax: +372 6418 552
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Georgien

Ninotschheidse 38
380008 Tiflis
Georgien
Tel.: +995 32 920 512
Fax: +995 32 923 845
Leiter des Büros: Jürgen Schramm

Kasachstan

Bi 41 Kasybek
4. Etage
480100 Almaty
Kasachstan
Tel.: +7 3272 58 14 76
Fax: +7 3272 58 14 22
Länderdirektor: Mike Davey

Regionalbüro:

Beibetschilik Straße 21
47300 Astana
Kasachstan
Tel.: +7 3172 580 204
Fax: +7 3172 580 201
Analystin: Lejla Abdimomunowa

Kirgisistan

ul. Geologitscheskaja 26
720005 Bischkek
Kirgisistan
Tel.: +996 312 530 012
Fax: +996 312 666 284
Leiter des Büros: Fernand Pillonel

Kroatien

Petrinjska 59
5. Etage
10000 Zagreb
Kroatien
Tel.: +385 1 4812 400
Fax: +385 1 4819 468
Leiter des Büros: Andrew Krapotkin

Lettland

Valdemara Centre
Kr. Valdemara Straße 21
LV 1010 Riga
Lettland
Tel.: +371 750 5520
Fax: +371 750 5521
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Litauen

A. Jaksto 5
3. Etage
2600 Wilna
Litauen
Tel.: +370 2 227 258
Fax: +370 2 224 666
Leiter des Büros: Urmas Paavel

EJR Mazedonien

Dame Gruev 14
Business Centre Index
91000 Skopje
EJR Mazedonien
Tel.: +389 91 113 262
Fax: +389 91 126 047
Leiter des Büros: Philippe Leclercq

Moldau

Raum 309
 Straße des 31. August 1989, 98
 MD 2012 Chisinau
 Moldau
 Tel.: +373 2 248 414
 Fax: +373 2 249 363
 Leiterin des Büros: Hildegard Gacek
(im Hauptsitz tätig)

Polen

ul. Emilii Plater 53
 Warsaw Financial Center
 Suite 1300
 00-113 Warschau
 Polen
 Tel.: +48 22 520 5700
 Fax: +48 22 520 5800
 Länderdirektorin: Irene Grzybowski

Rumänien

Strada Orlando 8
 Sektor 1
 Bukarest
 Rumänien
 Tel.: +40 1 311 3300
 Fax: +40 1 312 2233
 Länderdirektor: Salvatore Candido

Russland

ul. Bolschaja Moltschanowka 36
 Stroenie 1
 121069 Moskau
 Russland
 Tel.: +7 095/501 787 1111
 Fax: +7 095/501 787 1122
 Länderdirektorin: Dragica Pilipovic-Chaffey

Regionalbüro:

Newskij Prospekt 25
 191186 St. Petersburg
 Russland
 Tel.: +7 812 326 2525
 Fax: +7 812 326 2526
 Leiter des Büros: Robert Sasson

Regionalbüro:

Raum 404
 ul. Werchneportowaja 46
 690003 Wladiwostok
 Russland
 Tel.: +7 4232 51 77 66
 Fax: +7 4232 51 77 67
 Leiterin des Büros: Elena Danysch

Regionalbüro:

Büro 605
 World Trade Center
 ul. Kuibischew 44
 620026 Jekaterinburg
 Russland
 Tel.: +7 34 32 59 61 50
 Fax: +7 34 32 59 61 51
 Leiterin des Büros: Tatjana Jembulajewa

Slowakische Republik

Grösslingova 4
 81418 Bratislava
 Slowakische Republik
 Tel.: +421 7 5296 7835
 Fax: +421 7 5292 1459
 Länderdirektor: Alexander Auboeck

Slowenien

Trg Republike 3
 9. Etage
 1000 Laibach
 Slowenien
 Tel.: +386 14 26 3600
 Fax: +386 14 26 3636
 Amtierender Leiter des Büros:
 Murat Yildiran

Tadschikistan

ul. Shotemur 29
 Raum 36-38
 734025 Duschanbe
 Tadschikistan
 Tel.: +992 372 210 763
 Fax: +992 372 210 763
 Missionsberater: Musaffar Usmanow

Tschechische Republik

Karlova 27
 11000 Prag 1
 Tschechische Republik
 Tel.: +4202 2423 9070
 Fax: +4202 2423 3077
 Leiter des Büros: Jacob Sadilek

Turkmenistan

ul. Asadi 95
 744000 Aschgabat
 Turkmenistan
 Tel.: +993 12 51 22 63
 Fax: +993 12 51 03 18
 Leiter des Büros: Jaap Sprey

Ukraine

ul. Sofijwska 27/23
 01001 Kiev
 Ukraine
 Tel.: +380 44 464 01 32
 Fax: +380 44 464 08 13
 Länderdirektor: Andrew Seton

Ungarn

Rakoczi ut 42
 1072 Budapest
 Ungarn
 Tel.: +36 1 266 6000
 Fax: +36 1 266 6003
 Länderdirektor: Hans-Peter Achermann

Usbekistan

International and Banking
 Financial Centre
 Turab Tula 1
 4. Etage
 700003 Taschkent
 Usbekistan
 Tel.: +998 711 39 40 14
 Fax: +998 711 20 61 21
 Leiter des Büros: Kenji Nakazawa

Weißrussland

ul. Gertsena 2
 220050 Minsk
 Weißrussland
 Tel.: +375 172 110 370
 Fax: +375 172 110 410
 Leiterin des Büros: Hildegard Gacek
(im Hauptsitz tätig)

Kontakte und Informationen

13. März 2001

Präsident

Jean Lemierre

Banking

Erster Vizepräsident
Stellvertretender Vizepräsident
Leiter, Planung und Budgetierung
(*Unterstellung: Bereich Finanzen*)

Charles Frank
David Hexter

Josué Tanaka

Leiter Kleinunternehmen

Gavin Anderson
Elizabeth Wallace
Reinhard Schmoelz

Leiter, Marketing und Geschäftsentwicklung
Leiter, Firmenforderungsteam
(*Unterstellung: Bereich Finanzen*)

Oliver Greene
Charles Wrangham
Lindsay Forbes
Frances Reid

Unterstützung für Kapitalanlagen
Fazilität für Direktinvestitionen

Infrastruktur

Leiter
Kommunal- und Umweltinfrastruktur
Strom- und Energieversorger
Energiewirksamkeit
Transport

Johan Bastin
Thomas Maier
Tony Marsh
Jacquelin Ligot
Roy Knighton

Industrie und Handel

Leiter
Agrarwirtschaft
Bodenschätze
Immobilien, Tourismus, Schifffahrt
Telekommunikation, Informatik, Medien

Peter Reiniger
Hans Christian Jacobsen
Kevin Bortz
Edgar Rosenmayr
Izzet Guney

Finanzinstitutionen

Leiter
Bankkredite
Bankkapital
Nichtbanken-Finanzinstitute
Aktienfonds

Kurt Geiger
Rogers LeBaron
Kurt Geiger (*Amtierend*)
Jonathan Woollett
Kanako Sekine

Russland und Zentralasien

Leiter
Russland (*Büro Moskau*)
Kasachstan und Kirgisistan (*Büro Almaty*)
Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan
(*Büro Taschkent*)

David Hexter
Dragica Pilipovic-Chaffey
Mike Davey

Kazuhiko Koguchi

Mitteuropa

Leiter
Baltische Länder
Polen (*Büro Warschau*)
Tschechische Republik und
Slowakische Republik (*Büro Bratislava*)
Kroatien, Ungarn und Slowenien (*Büro Budapest*)

Alain Pilloux
George Krivicky
Irene Grzybowski

Alexander Auboeck
Hans Peter Achermann

Südliches und Östliches Europa, Kaukasus

Leiter
Ukraine
Albanien, EJR Mazedonien,
Bosnien und Herzegowina
Rumänien (*Büro Bukarest*)
Bulgarien (*Büro Sofia*)
Armenien, Aserbaidschan, Georgien,
Moldau und Weißrussland

Olivier Descamps
Andrew Seton

Henry Russell
Salvatore Candido
Jean-Marc Peterschmitt

Hildegard Gacek

Finanzen

Vizepräsident
Stellvertretende Vizepräsidentin

Steven Kaempfer
Noreen Doyle

Finanzabteilung

Leiter
Stellvertretender Leiter und
Leiter, Finanzierungen
Leiter, Investitionen – Kredite
Leiter, Investitionen – Zinssätze
Leiter, Analytik
Leiter, Aktiva- und Passivmanagement
Leiter, Management Kundenrisiko

Marcus Fedder

Ayesha Shah
Constantine Kazantzidis
Bart Mauldin

–
Axel van Nederveen
Grant Metcalfe-Smith

Risikomanagement

Leiterin
Risikocontroller
Leiter, Kreditwesen
Leiter, Portfolioprüfung
Leiter, Konsortien
Leitung, Firmenforderungen
(*Unterstellung: Bereich Banking*)

Noreen Doyle
Jean-André Sorasio
Bob Harada
Mike Williams
Lorenz Jorgensen

Charles Wrangham
Oliver Greene

Strategie- und Unternehmensplanung und Budgetierung

Leiter Josué Tanaka

Rechnungslegung, Berichterstattung und Finanz-Controlling

Leiter
Leiterin, Finanzielle Rechnungslegung und
Ausgaben-Controlling
Leiterin, Finanz-Controlling für Fonds
Leiter, Finanz-Controlling für Finanzabteilung

Nigel Kerby
Julie Williams
Teresa Godwin-Coombs
Terry Cullen

Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie

Leiter, Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie
Leiter, IT

Christopher Holyoak
Tim Goldstone

Personal und Verwaltung

Vizepräsidentin
Leiter, Personalwesen
Leiter, Verwaltung

Hanna Gronkiewicz-Waltz
Franco Furno
John McNess

Projektbewertung, Unterstützung von Projekt- und Umwelttätigkeit

Vizepräsident
Stellvertretender Vizepräsident

Joachim Jahnke
Jean-François Maquet

Projektbewertung

Leiter

Fredrik Korfker

Beschaffung und Technische Dienstleistungen

Leiter

Peter Pease

Ankauf

Leitender Verantwortlicher

David Wiseman

Offizielle Kofinanzierung

Leiter

Gary Bond

Beratungsleistungen

Leiter

Dilek Macit

Umweltprüfungen

Leiter

Tim Murphy

Reaktorsicherheit

Leiter

Vince Novak

Programm für Unternehmensanierung

Leitender Verantwortlicher

Michael McAlister

Generalsekretariat

Generalsekretär
Stellvertretender Generalsekretär

Antonio Maria Costa
Nigel Carter

Rechtsabteilung

Leiter
Stellvertretender Leiter
Assistenten der Rechtsabteilung

Emmanuel Maurice
Norbert Seiler
Stephen Petri
Gerard Sanders

Volkswirtschaftliche Abteilung

Chefvolkswirt
Stellvertretender Chefvolkswirt
Leiter, Grundsatzstudien

Willem Buitert
Ricardo Lago
Steven Fries

Innenrevision

Leiter
Stellvertretender Leiter

Tarek Rouchdy
Ray Portelli

Kommunikation

Leiterin

Brigid Janssen

Büro des Präsidenten

Leiter

Arnaud Prudhomme

Hinweise

Abkürzungen und Akronyme

Die Bank, EBWE	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AKW	Atomkraftwerk
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BR Jugoslawien	Bundesrepublik Jugoslawien
ECA	Exportkreditgesellschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EJR Mazedonien	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien
ENVAC	Umweltbeirat der EBWE
ESCO	Energiedienstleistungsunternehmen
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IDSF	Fonds zur Unterstützung von Stilllegungen
IFC	Internationale Finanz-Corporation
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Libor	London Interbanken-Angebotssatz
LSIF	Umfangreiche Infrastrukturfazilität
LTP	Rechtsreformprogramm
MEB	Multilaterale Entwicklungsbank
MKU	Mikro- und Kleinunternehmen
MOE	Mittel- und Osteuropa
MPF	Multi-Projekt-Fazilität
NGO	Nichtregierungsorganisation
NPF	Nach-Privatisierungsfonds
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPER	Projektergebnisbewertung
PED	Projektbewertungsabteilung
PPP	Kaufkraftparität
RSBF	Fonds für Kleinunternehmen in Russland
RSK	Reaktorsicherheitskonto
RWF	Regionaler Wagnisfonds
SIP	Sarkophag-Implementierungsplan
SRP	Sonderrestrukturierungsprogramm
Tacis	Technische Hilfe für GUS-Länder (EU)
TAM	TurnAround-Management-Programm
TFP	Handelsförderungsprogramm
TSF	Tschernobyl-Sarkophag-Fonds
TZ	Technische Zusammenarbeit
TZFP	Fondsprogramm für Technische Zusammenarbeit
UAP	Umweltaktionsplan
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VaR	Risikowert

Erfassung der Projekte

Werden mehrere Teilprojekte in einer Rahmenvereinbarung zusammengefasst, kann es bei der Zählung von Projekten zu Dezimalstellen kommen. Wegen Auf- oder Abrundens von Zahlen kann es in den Tabellen zu Diskrepanzen kommen.

Wechselkurse

Wo erforderlich wurden andere Währungen auf Grundlage der am 31. Dezember 2000 gültigen Wechselkurse in Euro umgerechnet. (Annähernde Umrechnungskurse für den Euro: 1,96 DEM, 6,56 FRF, 0,62 GBP, 0,93 USD, 106,87 JPY.)

Definitionen

Additionalität

„Additionalität“ ist ein im Übereinkommen zur Errichtung der Bank verankertes Schlüsselprinzip der Geschäftstätigkeit der EBWE. Nach diesem Prinzip vermeidet es die Bank, bei der Projektfinanzierung kommerzielle Quellen zu ersetzen, solange diese ihre Mittel unter Berücksichtigung der mit dem Projekt verbundenen Risiken zu akzeptablen Bedingungen zur Verfügung stellen und solange die Transformationswirkung des Projekts nicht ernstlich durch Konditionen beeinträchtigt wird, die sich von denen der Bank unterscheiden.

Aktiva

- *Operative Aktiva:* Darlehen und Kapitalanlagen im Besitz der EBWE mit Ausnahme der von der Finanzabteilung erworbenen Bestände, ohne abgeschriebene Aktiva. Im technischen Sinn sind operative Aktiva Nettoauszahlungen. Die Bezeichnung „Banking-Aktiva“ kann sich auf die operativen Aktiva der Abteilung Banking insgesamt beziehen.
- *Zinstragende Aktiva:* Operative Aktiva abzüglich notleidende Darlehen.
- *Notleidende Aktiva:* Notleidende Darlehen und Kapitalanlagen.
- *Produktive Aktiva:* Operative Aktiva abzüglich notleidende Aktiva.
- *Portfolio:* Operative Aktiva zuzüglich nicht in Anspruch genommene Zusagen der Bank, gelegentlich auch als „ausstehende Zusagen“ bezeichnet.

Ländergruppen

Die EBWE teilt ihre Einsatzländer nach Fortschritten im Übergang zur Marktwirtschaft ein. Russische und regionale Projekte werden getrennt behandelt.

- *Frühe/Mittlere Phase:* Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, die EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland.
- *Fortgeschrittene Phase:* Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

Stand des Projekts oder der Fazilität

- *Konzeptfreigabe:* Eine vom Bereich des Vizepräsidenten für Banking durchgeführte Prüfung, um festzustellen, ob ein Projekt den Grundsätzen und Schwerpunkten der EBWE entspricht und ob für die weitere Bearbeitung beträchtliche Mittel eingesetzt werden sollten.
- *Erste Prüfung:* Wird vom Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit vorgenommen und ermöglicht dem Management die erste Bewertung eines Projekts und die Instruktion des Projektteams.
- *Abschlussprüfung:* Abschließende Prüfung der Kreditbedingungen und -grundsätze im Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, ehe das Projekt dem Direktorium vorgelegt wird. Die Unterschriften der betroffenen Teams und Abteilungen sind erforderlich.
- *Bewilligung durch das Direktorium:* Die Bewilligung durch das Direktorium bedeutet die Zusage der EBWE für die Bereitstellung der Finanzierung.
- *Zusage:* Rechtlich bindende Verpflichtung der EBWE zur Investition eines bestimmten Betrags an Darlehen oder Kapitalanlagen oder zur Übernahme von Garantien für einen spezifischen Zeitraum zu vereinbarten vom Direktorium bewilligten Bedingungen.
- *Auszahlung:* Von der Bank entsprechend der Zusage gezahlte Mittel zum Erwerb von Darlehen oder Kapitalanlagen.

Zusätzliche mobilisierte Mittel

Ressourcen, die von anderen Investoren als Teil eines EBWE-Projekts zugesagt werden.

Weitere Informationen

Veröffentlichungen

Die EBWE gibt eine Reihe von Publikationen, Grundsatzpapieren und anderen Informationen heraus.

Der *Transition Report* erscheint jährlich und enthält Analysen der Transformationsprobleme und der gesamtwirtschaftlichen und rechtlichen Fortschritte der Einsatzländer der EBWE (veröffentlicht im November, Preis £30); dazu gehört der *Transition Report Update* (veröffentlicht im April, Preis £15).

Zeitschriften: *Environments in transition* (das Umweltprogramm der EBWE mit Aktualisierungen der Projekte) und *Law in transition* (die Rechtszeitschrift der EBWE).

Alle Veröffentlichungen sind bei der Publikationsstelle der EBWE erhältlich (Tel: +44 20 7338 7553; Fax: +44 20 7338 6102). Die meisten sind von der Website der EBWE abrufbar (www.ebrd.com).

Jahrestagung

Zum Programm der Jahrestagung der EBWE gehört ein *Business Forum*, das für potenzielle Investoren in der Region zugänglich ist. Über Einzelheiten informiert die Annual Meetings Management Unit (Tel: +44 20 7338 6625; Fax: +44 20 7338 7320).

Die nächsten Jahrestagungen finden 2002 in Bukarest (Rumänien), 2003 in Taschkent (Usbekistan) und 2004 in London statt.

Veröffentlichung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Zusammenstellung und Redaktion: Gruppe Publikationen, Kommunikationsabteilung
Deutsche, französische und russische Übersetzung: Übersetzungsabteilung
Entwurf und Produktion: Gruppe Design
Gedruckt von Ventura Litho Limited in England



Umschlag und Innenteil auf umweltbewusst produziertem Papier gedruckt.
Consort Royal Silk wird unter Verwendung von im wesentlichen chlorfreien Zellstoff
aus bewirtschafteten Wäldern hergestellt.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich

Zentralvermittlung:

Tel: +44 20 7338 6000
Fax: +44 20 7338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
SWIFT: EBRDGB2L

Website:

www.ebrd.com

Anforderungen von Veröffentlichungen:

Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102

Allgemeine Anfragen zur EBWE:

Tel: +44 20 7338 6372

Nachfragen zu Projekten/Vorschläge:

Tel: +44 20 7338 6282
Fax: +44 20 7338 6102

Marketing und Geschäftsentwicklung:

Tel: +44 20 7338 7168
Fax: +44 20 7338 7380